Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

zu Drs 7/4900
Teil 3

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu Drs 7/4900

Thema: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 - HG 2021/2022)

Beschlussempfehlung

Der Landtag möge beschließen:

den Gesetzentwurf der Staatsregierung – Drucksache 7/4900 – in der vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Fassung anzunehmen.

Dresden, 11. Mai 2021

gez. Holger Hentschel
Ausschussvorsitzender

gez. Lars Rohwer
Berichterstatter

Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses
zur Bearbeitung des Gesetzentwurfes der Staatsregierung

„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 - HG 2021/2022)“

Berichterstatter: Lars Rohwer, MdL

Allgemeine Anmerkungen zum Beratungsverfahren:

Der oben genannte Gesetzentwurf ging am 16. Dezember 2020 beim Sächsischen Landtag ein und wurde durch die Staatsregierung in der 21. Sitzung des Sächsischen Landtages am 7. Januar 2021 eingebracht. Im Ergebnis der 1. Lesung erfolgte die Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie an alle Fachausschüsse zur Mitberatung, um eine Beschlussempfehlung an den Sächsischen Landtag zu erarbeiten.

In der 19. und 20. Sitzung am 25. sowie 26. Januar 2021 führte der Haushalts- und Finanzausschuss eine Anhörung von Sachkundigen zur Gesetzesvorlage der Staatsregierung durch. In dieser Anhörung erhielten auch die Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände Gelegenheit, ihre Ausführungen zum Gesetzentwurf zu machen. Eine weitere Anhörung zu anhörungspflichtigen Änderungsanträgen der Fraktionen wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss in der 24. Sitzung am 12. April 2021 durchgeführt.

In der 25. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 21. April 2021 wurden die Einzelpläne des Sächsischen Landtages – Einzelplan 01 –, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen – Einzelplan 04 – und des Sächsischen Rechnungshofs – Einzelplan 11 – beraten. Alle anderen Einzelpläne wurden in der 26. Sitzung am 4. Mai 2021, der 27. Sitzung am 5. Mai 2021 sowie in der 28. Sitzung am 6. Mai 2021 beraten.

Der Haushalts- und Finanzausschuss verständigte sich wie in den Vorjahren einvernehmlich darauf, dass die Abstimmungen zu den einzelnen Titeln oder Kapiteln jeweils die dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstige Anlagen mit einschließen und jeweils auch für beide Haushaltsjahre gelten, falls nicht von einem Mitglied ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt wurde. Mit Einverständnis der Einreicher wurden auch Abstimmungen von Änderungsanträgen gemeinsam durchgeführt. Ebenso wurde über zusammenhängende Kapitel insgesamt abgestimmt, wenn zu diesen Kapiteln keine Änderungsanträge vorlagen.

Nach Abschluss der Beratungen zu den Einzelplänen waren in der Bereinigungssitzung noch einige Änderungen sowie haushaltstechnische Konsequenzen aus den vorherigen Beschlüssen erforderlich. Dies geschah auf Grundlage einer Vorlage des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, die als Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD eingebracht und abgestimmt wurden. Die bei der Bearbeitung der Einzelpläne erzielten Abstimmungsergebnisse sind den entsprechenden Berichten beigefügt.

Die Einzelpläne wurden in der Fassung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses jeweils mit folgenden Abstimmungsergebnissen dem Plenum zur Annahme empfohlen:

Einzelplan 01	–	11 : 5 : 2 Stimmen
Einzelplan 02	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 03	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 04	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 05	–	11 : 2 : 6 Stimmen
Einzelplan 06	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 07	–	10 : 2 : 6 Stimmen
Einzelplan 08	–	10 : 2 : 6 Stimmen
Einzelplan 09	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 10	–	11 : 8 : 0 Stimmen
Einzelplan 11	–	19 : 0 : 0 Stimmen
Einzelplan 12	–	11 : 2 : 6 Stimmen
Einzelplan 13	–	12 : 0 : 6 Stimmen
Einzelplan 14	–	11 : 2 : 6 Stimmen
Einzelplan 15	–	11 : 8 : 0 Stimmen

Zur Beratung des Gesetzentwurfes:

Der Gesetzestext wurde nach Abschluss der Beratungen zu den Einzelplänen in der 28. Sitzung am 6. Mai 2021 beraten.

Den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses lagen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt.

Die Äußerung des Präsidenten des Sächsischen Rechnungshofes gem. § 35 Abs. 3 Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages zum Staatshaushalt 2021/2022 (Anlage 3) und die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse sind beigefügt.

Die Abstimmung zu den § 1 und § 14 erfolgte erst nach der Bereinigungssitzung im Zusammenhang mit der Schlussabstimmung.

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses sind ohne eine grundsätzliche Aussprache zum Haushaltsgesetz gleich in die Beratung der einzelnen Änderungsanträge eingetreten.

Überschrift

Der Überschrift wurde ohne weitere Aussprache einstimmig zugestimmt.

§ 2 – Kreditermächtigungen

Die Fraktion DIE LINKE erklärte, bei der Änderung im § 2 gehe es darum, die Ermächtigung und die Möglichkeiten des Staatsministeriums der Finanzen zur kurzfristigen Schuldenaufnahme zulasten zukünftiger Generationen zu begrenzen und die Kreditaufnahmen zur Finanzierung des Corona-Bewältigungsfonds strikt an die Bestimmungen und Vorgaben des Corona-Fonds zu binden.

Von den Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ist darauf verwiesen worden, dass der Sächsische Rechnungshof dem Sächsischen Staatsministerium der Finanzen in den Jahresberichten regelmäßig eine ordnungsgemäße Haushalts- und Wirtschaftsführung attestiert habe. Insofern seien die erhobenen Vorwürfe haltlos.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 11 : 6 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 2 : 5 Stimmen der unveränderten Fassung des § 2 zu.

§ 3 – Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

Die Fraktion DIE LINKE begehrte, angesichts der erheblichen finanziellen Dimensionen, die sich dahinter verbergen würden, Satz 3 in Absatz 2 ersatzlos zu streichen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 11 : 6 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 2 : 6 Stimmen der unveränderten Fassung des § 3 zu.

§ 4 – Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

§ 4 Absatz 3

Die Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD verwiesen darauf, dass die Änderungsanträge 1, 2 und 4 dazu dienen, das Parlament und die Beteiligungsrechte des Parlaments zu stärken.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD wurde mit 17 : 2 : 0 Stimmen angenommen.

Mit der von der Fraktion DIE LINKE vorgeschlagenen Neufassung von Absatz 3 im § 4 sollte das Staatsministerium der Finanzen zur Wahrung der Kontrollrechte des Parlaments und des dazu eingesetzten Haushalts- und Finanzausschusses verpflichtet werden, vor der Erteilung von Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben sowie Verpflichtungen von erheblicher finanzieller Bedeutung zuvor den Haushalts- und Finanzausschuss anzuhören und dessen Zustimmung für diese eben erheblichen Abweichungen vom beschlossenen Haushaltsplan einzuholen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 8 : 11 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte dem § 4 mit der entsprechenden Änderung mit 11 : 2 : 6 Stimmen zu.

§ 5 – Gewährleistungen

Die Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD brachten die Änderungsanträge zu § 5 in Gänze ein.

Auch die Fraktion DIE LINKE brachte die Änderungsanträge zu § 5 zusammen ein. Es sei nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen in der derzeitigen Regelung die Gewährleistungsrahmen in Höhe von bis zu 300 Millionen Euro und bis zu 1,5 Milliarden Euro allein durch das Staatsministerium der Finanzen und ohne Einbeziehung des Haushalts- und Finanzausschusses bestimmt werden sollen. Mit den Änderungsanträgen beantragte die Fraktion DIE LINKE, dass die viel zu hohen Gewährleistungsrahmen auf ein angemessenes Maß abgesenkt werden.

Die eingebrachten Änderungsanträge erhielten bei der Abstimmung folgende Ergebnisse:

§ 5 Absatz 1 Satz 3

Änderungsantrag CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 2 a
Abstimmungsergebnis: 17 : 2 : 0 Stimmen

Änderungsantrag LINKE 4 a
Abstimmungsergebnis: 8 : 11 : 0 Stimmen

§ 5 Absatz 1

Änderungsantrag CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 2 b
Abstimmungsergebnis: 17 : 2 : 0 Stimmen

§ 5 Absatz 2

Änderungsantrag LINKE 4 b
Abstimmungsergebnis: 2 : 11 : 6 Stimmen

§ 5 Absatz 4

Änderungsantrag LINKE 4 c
Abstimmungsergebnis: 2 : 17 : 0 Stimmen

Änderungsantrag CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 2 c
Abstimmungsergebnis: 17 : 2 : 0 Stimmen

Der Ausschuss stimmte dem § 5 mit den entsprechenden Änderungen mit 17 : 2 : 0 Stimmen zu.

§ 6 – Stellenplan

Der Ausschuss stimmte dem § 6 ohne weitere Aussprache mit 17 : 0 : 2 Stimmen zu.

§ 7 – Ausnahmen von der Stellenplanbindung

Der Ausschuss stimmte dem § 7 ohne weitere Aussprache mit 17 : 0 : 2 Stimmen zu.

§ 7a – Ergänzende Regelung zu § 17 Absatz 5 und 6 der Sächsischen Haushaltsordnung

Die Fraktion DIE LINKE brachte ihren Änderungsantrag ein. Ungeachtet dessen, dass die Landtagsverwaltung bereits zu ihrem Rechtsgutachten von 2016 umfangreich zur Zulässigkeit und Grenzen der zusätzlichen Ausbringung von Personalstellen, insbesondere zur Parallelvorschrift des § 6 Absatz 12 des seinerzeitigen Haushaltsgesetzes Stellung genommen und empfohlen hatte: „für künftige Sachverhalte scheint eine präsentierende Neuregelung denkbar, die eine Parlamentsbeteiligung sichern kann“ und „eine handhabbare beziehungsweise eine deutliche Begrenzung beizugeben“, finde diese auch im vorliegenden Entwurf nach wie vor keinerlei Berücksichtigung. Mit dem Änderungsantrag wolle die Fraktion DIE LINKE dies beheben.

Von den Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ist entgegnet worden, dass der Einwilligungsvorbehalt schon jetzt Rechtslage sei. Die zwingende Vorlage eines Nachtragshaushaltes würde eine erhebliche Verschärfung der Rechtslage darstellen. Auch die Einführung einer finanziellen Bagatellgrenze führe nicht zu mehr Rechtssicherheit.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ist mit 2 : 11 : 6 Stimmen abgelehnt worden.

Die AfD-Fraktion brachte ihren Änderungsantrag ein. Im Jahr 2016 habe der Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund einer gleichlautenden Vorschrift einem Antrag der Staatsregierung auf 217 neue Polizeistellen zugestimmt. Sowohl der Sächsische Rechnungshof als auch der Juristische Dienst des Landtages hätten dafür einen Nachtragshaushalt für erforderlich gehalten. Von daher sehe man eine begrenzende oder klarstellende Vorschrift für erforderlich, an die sich dann die Voraussetzung für über- und außerplanmäßige Ausgaben nach § 37 Absatz 1 Satz 2 Sächsischer Haushaltsordnung ausrichten sollen. Die AfD-Fraktion beantragte, eine nach der Stellenzahl festgelegte Obergrenze einzuführen, weil unklar sei, worauf sich eine beitragsmäßige Begrenzung beziehe.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion wurde mit 6 : 13 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 8 : 0 Stimmen der unveränderten Fassung des § 7a zu.

§ 7b – Ergänzende Regelungen zu § 47 der Sächsischen Haushaltsordnung

Der Ausschuss stimmte dem § 7b ohne weitere Aussprache mit 17 : 0 : 2 Stimmen zu.

§ 7c – Ergänzende Regelung zu § 49 der Sächsischen Haushaltsordnung

Die Fraktion DIE LINKE erklärte, hier gehe es um Sachverhalte, bei denen aus ihrer Sicht ein Nachtragshaushalt notwendig sei, und beantragte dies auch auf die umfangreiche Anwendung von Altersteilzeit, den kw-Vermerken oder sonstigen Arbeitszeitmodellen, die den beschlossenen Stellenplan ansonsten indirekt hinfällig werden lassen würden, auszudehnen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 17 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte der unveränderten Fassung des § 7c mit 17 : 2 : 0 Stimmen zu.

§ 7d – Ergänzende Regelung zu § 50 der Sächsischen Haushaltsordnung

§7e – Leistungsorientierte Besoldung und außertarifliche Leistungsprämien

§ 7f – Besondere Regelungen zur Personalbewirtschaftung an Hochschulen

Zu den §§ 7d, 7e und 7f lagen keine Änderungsanträge vor. Diese wurden gemeinsam abgestimmt. Der Ausschuss stimmte den §§ 7d, 7e und 7f mit 11 : 0 : 8 Stimmen zu.

§ 8 – Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

Der Ausschuss stimmte dem § 8 mit 13 : 0 : 6 Stimmen zu.

§ 9 – Übertragung von Ausgaben, Deckungsfähigkeit

Zum § 9 beantragte die Fraktion DIE LINKE einen neuen Absatz 2a einzufügen, der das Sächsisches Staatsministerium der Finanzen künftig dazu verpflichten soll, dem Haushalts- und Finanzausschuss über die nach den Absätzen 1 und 2 erfolgten Übertragungen und Einziehungen unverzüglich nach Ablauf des Haushaltsjahres eine einzelplankonkrete Übersicht vorzulegen.

Die Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sahen das Begehren als faktisch für unmöglich an, weil sich das Einsammeln und Darstellen der Reste bis zur Mitte des Jahres hinziehe. Dies dauere länger, als im Änderungsantrag gefordert.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 17 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 2 : 6 Stimmen der unveränderten Fassung des § 9 zu.

§ 10 – Sonstige Ermächtigungen

Die Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD beantragten, den Absatz 11 zu streichen. Damit werde den Aussagen in der Anhörung zum Thema

der steuerrechtlichen Belange Rechnung getragen. Die Besserstellung sei hier nicht angemessen.

Die Fraktion DIE LINKE brachte ihren Änderungsantrag formal ein.

Die AfD-Fraktion begründete die Streichung des Absatzes 9 damit, weil es sich bei der Bildung bzw. Auflösung von Staatsbetrieben sowie deren Eingliederung in der Verwaltung um Organisationsentscheidungen handle, die nach Artikel 83 Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen nur durch Gesetz geregelt werden können.

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD wurde mit 13 : 0 : 6 Stimmen angenommen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 11 : 6 Stimmen und der Änderungsantrag der AfD-Fraktion mit 6 : 13 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 8 : 0 Stimmen mit den entsprechenden Änderungen dem § 10 zu.

§ 11 – Förderprogramme der Europäischen Union

Mit ihrem Änderungsantrag vertrat die Fraktion DIE LINKE die Auffassung, dass es bei der im Entwurf zu § 11 Absatz 4 HG 2021/2022 geregelten Ermächtigung zur Umsetzung der Operationellen Programme und des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum allein schon in Anbetracht des Umfangs der davon umfassten Haushaltsmittel einer zwingenden vorherigen Beteiligung und Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses bedürfe, um auch hierbei die Budgethoheit des Parlaments zu wahren und ein Mindestmaß an Kontrolle bei der Umsetzung der Operationellen Programme sicher zu stellen.

Die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD lehnten dies ab. Die Beteiligung des Haushalts- und Finanzausschusses sei bereits in Absatz 4 Nummer 1, Einwilligung bei Umschichtung bei über 10 Millionen Euro, normiert. Ein genereller Einwilligungsvorbehalt erzeuge einen hohen Verwaltungsaufwand, der mit Blick darauf, dass es sich hierbei um Drittmittel handle, nicht gerechtfertigt sei.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 2 : 11 : 6 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 2 : 6 Stimmen der unveränderten Fassung des § 11 zu.

§ 12 – Bewegliche Sachen und Grundstücke

Der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD wurde ohne Aussprache mit 19 : 0 : 0 Stimmen angenommen.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 0 : 8 Stimmen den entsprechenden Änderungen dem § 11 zu.

§ 13 – Erprobung von Budgetierungsverfahren

Von der Fraktion DIE LINKE wurde die Streichung des § 13 beantragt, da mit derartigen Spezialermächtigungen in erster Linie Sonderlösungen für Einzelbereiche geschaffen werden, die in der Summe keine Verbesserungen für den Gesamthaushalt darstellen, sondern Probleme wegen Intransparenz und abweichender Regelungen verschärfen. In der Erprobung von Budgetierungsverfahren sehe die Fraktion DIE LINKE keinen Gewinn, sondern eher ein Hindernis.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde mit 8 : 11 : 0 Stimmen abgelehnt.

Der Ausschuss stimmte dem § 13 in der unveränderten Fassung mit 11 : 8 : 2 Stimmen zu.

Bereinigungssitzung

§ 1 – Feststellung des Haushaltsplanes

Die Abstimmung zu § 1 erfolgte erst nach der Bereinigungssitzung im Zusammenhang mit der Schlussabstimmung.

Zur Schlussabstimmung lag ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zu Änderungen in § 1 des Gesetzentwurfs vor.

Dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zu Änderungen in § 1 wurde mit 11 : 0 : 8 Stimmen zugestimmt.

Der Ausschuss stimmte mit 11 : 0 : 8 Stimmen mit den entsprechenden Änderungen dem § 1 zu.

§ 14 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Der Ausschuss stimmte dem § 14 mit 17 : 0 : 2 Stimmen zu.

Gesamtabstimmung Gesetz mit Änderungen

In der Gesamtabstimmung zum Haushaltsgesetz einschließlich des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021/2022 empfahl der Haushalts- und Finanzausschuss mit **11 : 8 : 0 Stimmen** dem Plenum die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

gez. Holger Hentschel
Ausschussvorsitzender

gez. Lars Rohwer
Berichterstatter

Anlagen

Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

zu Drs 7/4900

Änderungsantrag

der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

zu Drs 7/4900

Thema: **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 - HG 2021/2022)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss möge beschließen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs mit folgenden Änderungen zu empfehlen:

1. § 4 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:
   „(3) Vor Einwilligung in über- und außerplanmäßige Ausgaben sowie Verpflichtungsermächtigungen von erheblicher finanzieller Bedeutung ist der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages anzuhören, sofern nicht aus zwingenden Gründen eine Ausnahme geboten ist.“

2. § 5 wird wie folgt geändert:
   a) In Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „500 000 000“ durch die Angabe „250 000 000“ ersetzt.
   b) Dem Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:
   „Darüber hinausgehende Gewährleistungen bedürfen der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages.“
   c) In Absatz 4 wird die Angabe „50 000 000“ durch die Angabe „25 000 000“ ersetzt.

3. § 10 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 11 wird aufgehoben.
   b) Der Absatz 12 wird der Absatz 11.

Dresden, den 1. April 2021 b.w.

gez.
Georg-Ludwig von Breitenbuch, MdL
und Fraktion

gez.
Franziska Schubert, MdL
und Fraktion

gez.
Dirk Panter, MdL
und Fraktion

4. In § 12 Absatz 8 Satz 1 werden nach dem Wort „ermächtigt,“ die Wörter „mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages,“ eingefügt.

Begründung:

Der Änderungsantrag dient der Stärkung der Entscheidungshoheit des Parlaments, indem Zustimmungserfordernisse und Wertgrenzen geregelt werden. Er soll die Transparenz und die Überprüfbarkeit des Haushalts verbessern.

Die Förderung klimafreundlicher Technologien im Freistaat Sachsen ist zu begrüßen. Mit der Aufhebung des § 10 Absatz 11 werden die rechtlichen Bedenken, die in der Anhörung von den Sachverständigen zum Ausdruck gebracht wurden, aufgegriffen. Mit der Möglichkeit des kostenlosen Ladens von Elektrofahrzeugen für die Bediensteten des Freistaates Sachsen, gehen eine Reihe von umsatzsteuer- und einkommenssteuerrechtlichen Fragen einher, die rechtlich noch nicht abschließend geklärt sind. Zudem führt sie im Vergleich zu allen übrigen Bürgerinnen und Bürger zu einer Privilegierung der Bediensteten des Freistaates. Daher wird von dieser Regelung Abstand genommen.

Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

DRUCKSACHE

zu Drs 7/4900

Änderungsantrag

der Fraktionen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

zu Drs 7/4900

Thema: **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 – HG 2021/2022)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss möge beschließen, dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 – HG 2021/2022)" mit folgenden Änderungen anzunehmen:

I. § 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe „21 245 547 700 Euro" durch die Angabe „21 339 024 500 Euro" ersetzt.
2. In Nummer 2 wird die Angabe „21 712 578 300 Euro" durch die Angabe „21 841 476 900 Euro" ersetzt.

Begründung:

Änderung des Haushaltsvolumens in den Haushaltsjahren 2021 und 2022.

Dresden, den 6. Mai 2021

Georg-Ludwig von Breitenbuch, MdL und Fraktion

Franziska Schubert, MdL und Fraktion

Dirk Panter, MdL und Fraktion

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben 2021

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen nach Hauptgruppen					4
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	Personalausgaben
		- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -
01	Landtag		4,0	0,0		4,0	47.296,6
02	Staatskanzlei		45,2	50,0	2.711,0	2.806,2	24.542,1
03	Staatsministerium des Innern		17.623,8	14.477,2	5.667,7	37.968,7	1.020.111,0
04	Staatsministerium der Finanzen		32.838,7	7.161,3		40.000,0	369.609,1
05	Staatsministerium für Kultus		1.523,8	20.520,2	142.421,4	164.465,4	2.603.519,5
06	Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung		227.599,0	20.901,0	0,0	248.500,0	516.804,8
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		10.783,8	748.199,6	350.803,8	1.109.787,2	91.591,3
08	Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt		10.012,6	588.820,5	23.800,0	622.633,1	61.177,4
09	Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft	21.000,0	8.323,6	108.427,8	118.837,1	256.588,5	120.737,6
10	Staatsministerium für Regionalentwicklung		1.532,7	56.653,3	120.511,2	178.697,2	25.759,5
11	Rechnungshof		1,2	0,0		1,2	16.876,5
12	Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus		8.526,6	303.472,3	82.618,5	394.619,4	17.447,8
13	Sächsischer Datenschutzbeauftragter		24,0	0,0		24,0	2.910,4
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung		2.625,0		10.800,0	13.425,0	
15	Allgemeine Finanzverwaltung	13.439.403,9	70.242,1	3.879.834,5	880.024,1	18.269.504,6	254.641,8
	Summe 2021	**13.460.403,9**	**391.908,1**	**5.748.517,7**	**1.738.194,8**	**21.339.024,5**	**5.173.025,4**
	Summe 2020	**12.295.316,6**	**424.306,6**	**6.195.724,7**	**2.466.649,7**	**21.381.997,6**	**4.974.154,2**
	2021 mehr(+)/weniger(-)	+1.165.087,3	-32.398,5	-447.207,0	-728.454,9	-42.973,1	+198.871,2

Ausgaben nach Hauptgruppen						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsermächtigungen	Einzelplan
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben			
- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	
4.741,3	15.326,0		843,0		68.206,9	-68.202,9		01
42.391,1	40.034,7		2.117,3		109.085,2	-106.279,0	50.200,5	02
180.039,9	562.253,7	1.000,0	155.528,7		1.918.933,3	-1.880.964,6	307.162,3	03
26.093,0	211.598,4		17.288,6		624.589,1	-584.589,1	18.476,3	04
49.402,1	1.751.748,0		253.526,7		4.658.196,3	-4.493.730,9	272.998,5	05
242.403,1	188.981,7		27.113,7	0,0	975.303,3	-726.803,3	58.421,8	06
97.907,5	869.243,9	114.032,9	572.769,1	20.913,2	1.766.457,9	-656.670,7	1.193.022,3	07
29.889,1	1.072.318,8		189.909,0		1.353.294,3	-730.661,2	316.728,0	08
55.870,1	343.030,0	785,0	317.101,7	0,0	837.524,4	-580.935,9	370.156,1	09
36.814,3	170.919,9		412.356,0		645.649,7	-467.152,5	422.669,5	10
837,1	4.751,6		133,5		22.598,7	-22.597,5		11
20.281,2	1.883.602,0	11.607,3	299.100,3		2.232.038,6	-1.837.419,2	177.931,4	12
559,1	676,1		312,8		4.458,4	-4.434,4	120,6	13
355.349,6		411.475,9	12.148,0		778.973,5	-765.548,5	294.000,0	14
86.673,9	4.663.434,9		413.135,6	-74.371,3	5.343.514,9	12.925.989,7	560.230,4	15
1.229.252,4	**11.777.919,7**	**538.901,1**	**2.673.384,0**	**-53.458,1**	**21.339.024,5**	**0,0**	**4.042.117,7**	
1.207.928,4	**11.921.414,7**	**511.186,3**	**2.607.843,6**	**159.470,5**	**21.381.997,6**	**0,0**	**2.951.662,1**	
+21.324,0	-143.495,0	+27.714,8	+65.540,5	-212.928,6	-42.973,1	0,0	+1.090.455,6	

Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2021

Einzelplan	Bezeichnung	Soll	Soll VE	davon fällig			
		2021	2021	2022	2023	2024	2025 ff.
		T€	T€	T€	T€	T€	T€
1	2	3	4	5	6	7	8
02	Staatskanzlei	35.163,7	50.200,5	18.693,0	11.257,5	8.250,0	12.000,0
03	Staatsministerium des Innern	237.201,5	307.162,3	130.978,3	96.908,0	57.572,0	21.704,0
04	Staatsministerium der Finanzen	85.608,0	18.476,3	3.244,3	5.172,0	4.200,0	5.860,0
05	Staatsministerium für Kultus	387.856,3	272.998,5	103.971,1	59.010,0	106.867,4	3.150,0
06	Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung	60.494,6	58.421,8	29.916,5	10.971,5	7.614,3	9.919,5
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	852.035,4	1.193.022,3	354.480,7	364.838,3	251.510,2	222.193,1
08	Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	316.284,7	316.728,0	149.139,9	68.202,5	38.637,2	60.748,4
09	Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft	535.268,5	370.156,1	176.697,9	119.463,4	54.755,3	19.239,5
10	Staatsministerium für Regionalentwicklung	278.181,8	422.669,5	159.524,8	117.793,3	80.772,8	64.578,6
12	Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus	348.125,7	177.931,4	66.458,9	59.640,0	35.787,5	16.045,0
13	Sächsischer Datenschutzbeauftragter	173,6	120,6	120,6			
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	20.000,0	294.000,0	132.000,0	106.000,0	32.000,0	24.000,0
15	Allgemeine Finanzverwaltung	383.007,0	560.230,4	313.764,1	158.516,3	83.225,0	4.725,0
	Zusammen:	**3.541.400,8**	**4.042.117,7**	**1.638.990,1**	**1.177.772,8**	**761.191,7**	**464.163,1**

Vorbelastung der Haushaltsjahre ab 2022		
Soll VE 2021	Vorbelastung aus VE früherer Haushaltsjahre	Gesamtsumme der VE-Vorbelastungen
T€	T€	T€
9	10	11
50.200,5	119.645,6	169.846,1
307.162,3	48.660,7	355.823,0
18.476,3	300,0	18.776,3
272.998,5	159.398,1	432.396,6
58.421,8	13.106,7	71.528,5
1.193.022,3	660.343,6	1.853.365,9
316.728,0	106.613,0	423.341,0
370.156,1	148.590,8	518.746,9
422.669,5	68.739,6	491.409,1
177.931,4	42.684,0	220.615,4
120,6		120,6
294.000,0	306.156,6	600.156,6
560.230,4	89.516,5	649.746,9
4.042.117,7	**1.763.755,2**	**5.805.872,9**

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben 2022

Einzelplan	Bezeichnung	Einnahmen nach Hauptgruppen					
		0 Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	1 Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl	2 Einnahmen aus Zuweisungen und Zuschüssen mit Ausnahme für Investitionen	3 Einnahmen aus Schuldenaufnahmen, aus Zuweisungen und Zuschüssen für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen	Gesamteinnahmen	4 Personalausgaben
		- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -
01	Landtag		4,0	0,0		4,0	50.554,6
02	Staatskanzlei		45,2	50,0	2.711,0	2.806,2	25.135,4
03	Staatsministerium des Innern		17.786,9	9.807,4	5.667,7	33.262,0	1.064.472,5
04	Staatsministerium der Finanzen		32.901,7	7.098,3		40.000,0	395.413,8
05	Staatsministerium für Kultus		1.497,3	26.607,1	142.421,4	170.525,8	2.741.234,5
06	Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung		228.851,2	22.148,8	0,0	251.000,0	536.425,3
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr		10.801,1	565.061,2	204.769,3	780.631,6	96.456,2
08	Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt		9.866,5	598.380,4	23.800,0	632.046,9	64.068,7
09	Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft	21.000,0	8.287,0	103.760,5	117.656,9	250.704,4	125.570,8
10	Staatsministerium für Regionalentwicklung		1.532,7	49.134,3	121.403,4	172.070,4	25.663,8
11	Rechnungshof		0,9	0,0		0,9	17.472,6
12	Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus		8.528,6	301.880,8	80.970,0	391.379,4	16.235,9
13	Sächsischer Datenschutzbeauftragter		24,0	0,0		24,0	3.199,3
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung		2.625,0		18.000,0	20.625,0	
15	Allgemeine Finanzverwaltung	14.110.516,1	73.808,8	3.823.692,5	1.088.378,9	19.096.396,3	325.257,8
	Summe 2022	**14.131.516,1**	**396.560,9**	**5.507.621,3**	**1.805.778,6**	**21.841.476,9**	**5.489.161,4**
	Summe 2021	**13.460.403,9**	**391.908,1**	**5.748.517,7**	**1.738.194,8**	**21.339.024,5**	**5.173.025,4**
	2022 mehr(+)/weniger(-)	+671.112,2	+4.652,8	-240.896,4	+67.583,8	+502.452,4	+316.136,0

Ausgaben nach Hauptgruppen						+ Überschuss - Zuschuss (Gesamteinnahmen - Gesamtausgaben)	Verpflichtungsermächtigungen	Einzelplan
5 Sächliche Verwaltungsausgaben und Ausgaben für den Schuldendienst	6 Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	7 Baumaßnahmen	8 Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	9 Besondere Finanzierungsausgaben	Gesamtausgaben			
- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	- Tsd. EUR -	
4.701,3	15.713,8		569,0		71.538,7	-71.534,7		01
42.639,5	41.713,4		2.317,2		111.805,5	-108.999,3	69.516,1	02
197.959,9	603.447,8	1.000,0	144.518,4		2.011.398,4	-1.978.136,4	200.818,2	03
31.025,9	220.261,5		14.254,6		660.955,8	-620.955,8	5.120,0	04
52.632,4	1.831.325,4		225.802,5		4.850.994,8	-4.680.469,0	268.439,2	05
244.266,7	194.673,6		22.480,1	0,0	997.845,7	-746.845,7	56.797,2	06
100.439,3	783.017,5	106.801,7	541.266,6	11.031,7	1.639.013,0	-856.381,4	1.230.676,8	07
30.312,5	1.093.214,1		189.100,0		1.376.695,3	-744.648,4	241.667,3	08
50.396,5	325.564,3	585,0	266.419,1	0,0	768.535,7	-517.831,3	314.566,7	09
28.726,6	146.007,5		337.683,2		538.081,1	-386.010,7	326.923,3	10
833,6	4.917,7		361,2		23.585,3	-23.584,4		11
20.566,3	1.897.713,7	1.665,0	280.905,4		2.219.086,3	-1.827.706,9	159.242,3	12
490,1	761,0		181,8		4.632,2	-4.608,2	241,2	13
365.369,2		373.554,4	5.992,9		744.916,5	-724.291,5	259.000,0	14
82.588,2	4.868.347,9		620.570,0	-74.371,3	5.822.392,6	13.274.003,7	696.840,0	15
1.252.948,0	**12.026.679,0**	**483.606,1**	**2.652.422,0**	**-63.339,6**	**21.841.476,9**	**0,0**	**3.831.848,3**	
1.229.252,4	**11.777.919,7**	**538.901,1**	**2.673.384,0**	**-53.458,1**	**21.339.024,5**	**0,0**	**4.042.117,7**	
+23.695,6	+248.759,3	-55.295,0	-20.962,0	-9.881,5	+502.452,4	0,0	-210.269,4	

Übersicht über die veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen 2022

Einzelplan	Bezeichnung	Soll	Soll VE	davon fällig		
		2022	2022	2023	2024	2025 ff.
		T€	T€	T€	T€	T€
1	2	3	4	5	6	7
02	Staatskanzlei	37.310,8	69.516,1	25.141,0	19.125,1	25.250,0
03	Staatsministerium des Innern	254.449,6	200.818,2	117.368,2	61.445,0	22.005,0
04	Staatsministerium der Finanzen	88.525,1	5.120,0	1.595,0	1.200,0	2.325,0
05	Staatsministerium für Kultus	217.310,7	268.439,2	81.050,7	164.186,0	23.202,5
06	Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung	61.543,8	56.797,2	34.448,7	14.279,8	8.068,7
07	Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	698.280,0	1.230.676,8	444.868,2	328.383,3	457.425,3
08	Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt	302.512,8	241.667,3	128.055,9	56.653,4	56.958,0
09	Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft	521.673,3	314.566,7	154.836,1	108.771,2	50.959,4
10	Staatsministerium für Regionalentwicklung	293.594,5	326.923,3	123.444,6	100.428,9	105.049,8
12	Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus	299.290,2	159.242,3	73.264,7	51.737,6	34.240,0
13	Sächsischer Datenschutzbeauftragter	173,6	241,2	120,6	120,6	
14	Staatliche Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung	6.000,0	259.000,0	113.000,0	93.000,0	53.000,0
15	Allgemeine Finanzverwaltung	802.104,6	696.840,0	404.540,0	215.130,0	77.170,0
	Zusammen:	**3.582.769,0**	**3.831.848,3**	**1.701.733,7**	**1.214.460,9**	**915.653,7**

Vorbelastung der Haushaltsjahre ab 2023		
Soll VE 2022	Vorbelastung aus VE früherer Haushaltsjahre	Gesamtsumme der VE-Vorbelastungen
T€	T€	T€
8	9	10
69.516,1	112.950,9	182.467,0
200.818,2	122.287,3	323.105,5
5.120,0	14.802,0	19.922,0
268.439,2	152.624,4	421.063,6
56.797,2	34.704,7	91.501,9
1.230.676,8	1.047.976,8	2.278.653,6
241.667,3	170.788,1	412.455,4
314.566,7	229.550,2	544.116,9
328.923,3	232.241,7	561.165,0
159.242,3	45.027,5	204.269,8
241,2		241,2
259.000,0	328.374,0	587.374,0
696.840,0	278.922,4	975.762,4
3.831.848,3	**2.770.250,0**	**6.602.098,3**

Finanzierungsübersicht 2021/2022

		Betrag für 2021 Tsd. EUR	Betrag für 2022 Tsd. EUR
1		2	3
A. Ermittlung des Finanzierungssaldos			
1.	**Einnahmen (ohne Aufnahme von Krediten, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus Überschüssen)**	**20.513.199,1**	**20.960.685,7**
2.	**Ausgaben (ohne Tilgung von Krediten, Zuführungen an Rücklagen und Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen)**	**21.328.111,3**	**21.840.445,2**
3.	**Finanzierungssaldo (Nr. 1 abzüglich Nr. 2)**	**-814.912,2**	**-879.759,5**
B. Deckung des Finanzierungssaldos			
1.	**Netto-Neuverschuldung**		
1.1.	Aufnahme von Krediten (brutto)	795.000,0	411.000,0
1.2.	Tilgung von Krediten	795.000,0	411.000,0
1.3.	**Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)**	**0,0**	**0,0**
2.	**Abwicklung der Rechnungsergebnisse aus Vorjahren**		
2.1.	Einnahmen aus Überschüssen		
2.2.	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen		
3.	**Rücklagenbewegung**		
3.1.	Entnahmen aus Rücklagen	825.825,4	880.791,2
3.2.	Zuführungen an Rücklagen	10.913,2	1.031,7
3.3.	**Saldo (Nr. 3.1 abzüglich Nr. 3.2)**	**814.912,2**	**879.759,5**
4.	**Deckung insgesamt (Nr. 1.3 und Nr. 3.3)**	**814.912,2**	**879.759,5**

Kreditfinanzierungsplan 2021/2022

		Betrag für 2021 Tsd. EUR	Betrag für 2022 Tsd. EUR
1		2	3
1.	**Kredite am Kreditmarkt**		
1.1.	Aufnahme von Krediten am Kreditmarkt	795.000,0	411.000,0
1.2.	Tilgung von Krediten am Kreditmarkt	795.000,0	411.000,0
1.3.	Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) am Kreditmarkt (Nr. 1.1 abzüglich Nr. 1.2)	0,0	0,0
2.	**Kredite im öffentlichen Bereich**		
2.1.	Aufnahme von Krediten bei Sondervermögen		
2.2.	Tilgung von Krediten bei Sondervermögen		
2.3.	Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) bei Sondervermögen (Nr. 2.1 abzüglich Nr. 2.2)		
3.	**Kreditaufnahme gesamt**		
3.1.	Aufnahme von Krediten (Nr. 1.1 und Nr. 2.1)	795.000,0	411.000,0
3.2.	Tilgung von Krediten (Nr. 1.2 und Nr. 2.2)	795.000,0	411.000,0
3.3.	Nettokreditaufnahme (+)/Nettokredittilgung (-) (Nr. 1.3 und Nr. 2.3)	0,0	0,0

Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

zu Drs 7/4900

Änderungsantrag

der **AfD-Fraktion**

zu Drs 7/4900

Thema: **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 – HG 2021/2022)**

Der Haushalts- und Finanzausschuss möge beschließen, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs mit folgenden Änderungen zu empfehlen:

I. § 7a wird wie folgt geändert:

1. Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, auf Antrag des zuständigen Ressorts, des Rechnungshofes, der Verwaltung des Landtages oder des Sächsischen Datenschutzbeauftragten mit Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages bis zu 50 Stellen im Einzelfall auszubringen oder gleichwertig umzuwandeln, wenn dafür ein unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis besteht."

2. Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„Als unabweisbar ist ein Bedürfnis insbesondere nicht anzusehen, wenn nach Lage des Einzelfalles ein Nachtragshaushaltsgesetz rechtzeitig herbeigeführt oder die Ausbringung oder Umwandlung der Stellen bis zum nächsten Haushaltsgesetz zurückgestellt werden kann."

Dresden, den 01.04.2021

André Barth, MdL
und Fraktion

3. Die Sätze 2 bis 4 werden zu den Sätzen 3 bis 5.

II. § 10 wird wie folgt geändert:

1. Absatz 9 wird aufgehoben.

2. Die Absätze 10 bis 12 werden die Absätze 9 bis 11.

Begründung:

Zu I:
§ 7a sieht die Möglichkeit der Schaffung von über- und außerplanmäßigen Stellen vor. Entsprechend den Voraussetzungen für über- und außerplanmäßige Ausgaben in § 37 Absatz 1 Satz 2 SäHO soll auch deren Schaffung davon abhängig gemacht werden, dass ein unvorhergesehenes und unabweisbares Bedürfnis vorliegt. Entsprechend der Vorschrift in § 37 Absatz 1 Satz 3 SäHO wird in § 7a Satz 2 klargestellt, in welchen Fällen ein unabweisbares Bedürfnis nicht vorliegt.

Darüber hinaus wird die Schaffung von über- und außerplanmäßigen Stellen auf maximal 50 Stellen im Einzelfall begrenzt, um Stellenmehrungen in größerem Umfang der Entscheidung des Landtags vorzubehalten. Da die Schaffung von zusätzlichen Stellen und die nachfolgende Einstellung von Personal den Landtag über ein Haushaltsjahr hinaus bindet, ist eine solche Begrenzung zwingend geboten, um eine Verletzung des Budgetrechts des Landtages in seinem Kernbereich zu verhindern.

Zu II:
Nach Art. 83 Absatz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen werden Aufbau, räumliche Gliederung und Zuständigkeiten der Landesverwaltung durch Gesetz geregelt. Da Staatsbetriebe ein wesentlicher Teil der Verwaltungsorganisation des Freistaates Sachsen darstellen, wäre eine Ermächtigung des SMF, Teile der Staatsverwaltung in Staatsbetriebe auszugliedern sowie Staatsbetriebe aufzulösen und in die Staatsverwaltung einzugliedern, verfassungswidrig.

Sächsischer Landtag
7. Wahlperiode

zu Drs 7/4900

Änderungsantrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

zur Drs 7/4900,

Gesetzentwurf der Staatsregierung mit dem Titel:

„Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 (Haushaltsgesetz 2021/2022 – HG 2021/2022)“

Der Haushalts- und Finanzausschuss möge beschließen,

dem Landtag zu empfehlen, den Gesetzentwurf wie folgt zu ändern:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1a Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, auf Grundlage des Feststellungsbeschlusses des Landtages nach Artikel 95 Absatz 6 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Sachsen unter Einhaltung der gesetzlichen Regelungen des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes vom 9. April 2020 (SächsGVBl. S. 166) zur Finanzierung der Ausgaben des Sondervermögens „Corona- Bewältigungsfonds Sachsen“ bis zum Höchstbetrag von 6 000 000 000 Euro Kredite aufzunehmen.“

b) In Absatz 3 wird jeweils die Angabe „10 Prozent“ durch die Angabe „8 Prozent“ ersetzt.

Dresden, den 16. April 2021 - b.w. -

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „2 Prozent“ durch die Angabe „1 Prozent“ ersetzt.

d) Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Die geplante Inanspruchnahme der Kreditermächtigung nach Absatz 1a durch das Staatsministerium der Finanzen bedarf der vorherigen Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages nach den dazu geregelten Maßgaben und Verfahren des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes. Darüber hinaus bedürfen Kreditaufnahmen, die im Einzelfall 50 000 000 Euro übersteigen, der vorherigen Beschlussfassung des Landtags über einen hierzu durch das Staatsministerium der Finanzen dem Landtag rechtzeitig vorzulegenden Nachtrag zum Haushaltsgesetz 2021/2022 (Nachtragshaushaltsgesetz).“

e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 2 wird der Satz 3 gestrichen.

b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Maßnahmen und Entscheidungen nach den Absätzen 1 und 2 bedürfen der vorherigen Zustimmung des Landtages.“

3. § 4 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Staatsministerium der Finanzen kann Einwilligungen in über- und außerplanmäßige Ausgaben sowie Verpflichtungen von erheblicher finanzieller Bedeutung nur nach vorheriger Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages mit dessen Zustimmung erteilen. Die Über- und Außerplanmäßigkeit der jeweiligen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen ist unter Vorlage der entsprechenden Unterlagen zu begründen.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „500 000 000 Euro“ durch die Angabe „100 000 000 Euro“ ersetzt.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „2 000 000 000 Euro“ durch die Angabe „500 000 000 Euro“ ersetzt.

c) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Gewährleistungsübernahmen nach den Absätzen 1 bis 3 bedürfen der vorherigen Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages, soweit sie den Betrag von 5 000 000 Euro im Einzelfall übersteigen.“

5. § 7a wird wie folgt gefasst:

„Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, auf Antrag der zuständigen Ressorts, des Rechnungshofs oder der Landtagsverwaltung mit vorheriger Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags Planstellen auszubringen, wenn dafür ein unabweisbares, auf andere Weise nicht zu befriedigendes Bedürfnis besteht. Der Rechnungshof ist zu unterrichten und hierzu zu hören. Ab einem Betrag von mehr als 5 000 000 Euro können Planstellen nur durch ein Nachtragshaushaltsgesetz ausgebracht werden."

6. § 7c wird wie folgt geändert:

a) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, dem Landtag die haushaltsmäßige Umsetzung von Altersteilzeit und sonstigen Arbeitszeitmodellen in einem Nachtrag zum Haushaltsgesetz 2021/2022 (Nachtragshaushaltsgesetz) vorzulegen, über den der Landtag beschließt."

b) Es wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Über die auf Grundlage der Ermächtigungen nach den Absätzen 1 bis 3 vom Staatsministerium der Finanzen beabsichtigten Maßnahmen und Entscheidungen ist der Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages rechtzeitig zu unterrichten."

7. Nach § 9 Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages ist über die nach den Absätzen 1 und 2 erfolgten Übertragungen und Einziehungen unverzüglich nach Ablauf des Haushaltsjahres eine einzelplankonkrete Übersicht zu geben."

8. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Die Absätze 4, 11 und 12 werden gestrichen.

b) Die bisherigen Absätze 5 bis 10 werden die Absätze 4 bis 9.

c) Der nunmehrige Absatz 7 wird wie folgt gefasst:

„(7) Soweit zum Vollzug von Organisationsveränderungen erforderlich, wird das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, nach vorheriger Einwilligung durch den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages im Einvernehmen mit den betroffenen Ressorts in den betreffenden Kapiteln der Einzelpläne und zwischen diesen

1. Mittel und Stellen über § 50 Absatz 1 und § 50 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 der Sächsischen Haushaltsordnung hinaus umzusetzen und die erforderlichen neuen Titel auszubringen sowie
2. Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig zu erklären."

9. § 11 Absatz 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Staatsministerium der Finanzen wird zur Umsetzung der Operationellen Programme und des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum im Förderzeitraum 2021 bis 2027 für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 ermächtigt, mit vorheriger Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages

1. die im Einzelplan 15 zentral veranschlagten Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen in die betroffenen Einzelpläne umzuschichten sowie weiteren Umschichtungen innerhalb und zwischen den Einzelplänen zuzustimmen und dafür jeweils neue Kapitel und Titel auszubringen,
2. im Benehmen mit der jeweils zuständigen Verwaltungsbehörde, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen ganz oder teilweise vor Genehmigung der jeweiligen Operationellen Programme sowie des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum freizugeben; ohne gesonderte Freigabe bleiben die Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen bis zu deren Genehmigung gesperrt."

10. § 13 wird gestrichen.

Begründung:

A. Allgemeines

Auch mit dem vorliegenden Haushaltsgesetz 2021/2022 verfolgt die Staatsregierung nach wie vor und unverändert das Ziel, die geltenden verfassungsrechtlichen Anforderungen und spezialgesetzlichen Vorgaben der Sächsischen Haushaltsordnung an bzw. für einen transparenten Staatshaushalt sowie zur Wahrung des Budgetrechts des Landtags und dessen Kontrollfunktion und Kontrollfähigkeit dadurch weiter aufzuweichen und zu umgehen, dass sie sich bzw. dem Staatsministerium der Finanzen im Rahmen des Haushaltsgesetzes eigene Ermächtigungen beim Haushaltsvollzug erteilen lässt.

So sollen nach dem Haushaltsgesetzentwurf – in Fortsetzung und im weiteren Ausbau der diesbezüglichen „Haushaltsstrategie" der Staatsregierung weitreichende Ermächtigungen für das Staatsministerium der Finanzen normiert werden, die nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE einer – den Verfassungsgeboten der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit entsprechenden – deutlichen Beschränkung und damit nachträglichen Korrektur durch den (Haushalts)Gesetzgeber bedürfen.

Mit den hierzu eingereichten Änderungsanträgen der Fraktion DIE LINKE sollen daher die immer weiter ausufernden Haushaltsermächtigungen zugunsten des Staatsministeriums der Finanzen begrenzt und damit unzulässige Ermächtigungen der Exekutive – wieder – an den Landtag **als dem Haushaltsgesetzgeber** bzw. den Haushalts- und Finanzausschuss zurückgeführt werden.

Nur so lässt sich die weitgehend von Landtag und dessen für Haushalt und Finanzen zuständigen Ausschuss in unzulässiger Weise losgelöste Verwendung von Haushaltsmitteln im Wege des Haushaltsvollzugs durch das Staatsministerium der Finanzen auf das nach der Verfassung gebotene und für die wirksame Ausübung des Budgetrechts durch das Parlament verträgliche Maß korrigieren.

B. zu den Änderungen im Einzelnen

Zu 1. – § 2 Kreditermächtigungen

Mit den folgenden Änderungen sollen die Ermächtigungen und damit die Möglichkeiten des Staatsministeriums der Finanzen zur kurzfristigen Schuldenaufnahme zulasten künftiger Generationen begrenzt sowie die Kreditaufnahmen zur Finanzierung des Corona-Bewältigungsfonds Sachsen strikt an die Bestimmungen und Vorgaben des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes gebunden werden.

Nach § 2 HG 2021/2022-GE wird die Staatsregierung ausnahmsweise ermächtigt, Kassenverstärkungskredite nach Absatz 3 und ab November des laufenden Haushaltsjahres Kredite im Vorgriff auf die Kreditermächtigungen des nächsten Haushaltsjahres nach Absatz 4 aufzunehmen. Damit sollen Liquiditätsengpässe überbrückt werden können, die entstehen, weil Ein- und Auszahlungen zeitlich nicht zusammenfallen.

Mit den von der Fraktion DIE LINKE dazu begehrten Änderungen wird der zulässige Höchstbetrag der Kassenverstärkungskredite auf 8 Prozent (statt 10 Prozent) und bezüglich der Vorgriffe auf 1 Prozent (statt 2 Prozent) der Nettoausgaben des Freistaates Sachsen beschränkt.

Mit der Neufassung des Absatzes 5 wird zum einen gesetzlich klargestellt, dass die geplante Inanspruchnahme der Kreditermächtigung zur Finanzierung des Corona-Bewältigungsfonds Sachsen durch das Staatsministerium der Finanzen in jedem Fall der vorherigen Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtages nach den dazu geregelten Maßgaben und Verfahren des Sächsischen Coronabewältigungsfondsgesetzes bedarf.

Darüber dürfen Kreditaufnahmen, die im Einzelfall **50 000 000 Euro** übersteigen, nur erfolgen, wenn hierzu eine vorherige Beschlussfassung des Landtags über einen hierzu durch das Staatsministerium der Finanzen dem Landtag rechtzeitig vorzulegenden Nachtrag zum Haushaltsgesetz 2021/2022 (Nachtragshaushaltsgesetz) erfolgt ist. Damit wird klargestellt, dass ab einer solchen Kreditsumme allein der Landtag als Haushaltsgesetzgeber mittels Nachtragshaushaltsgesetz zu entscheiden hat.

Die mit dem Änderungsantrag vorgenommenen Begrenzungen bei der Schuldenaufnahme sollen zudem der Gewährleistung der Haushaltsdisziplin beim Vollzug des – vom Landtag beschlossenen – Haushaltes durch das Staatsministerium der Finanzen dienen.

Zu 2. – § 3 Konjunkturpolitisch bedingte Maßnahmen

Für die in § 3 Absatz 2 Satz 3 HG 2021/2022-GE angeordnete „*entsprechende Geltung*" der Regelungen nach § 42 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 der Sächsischen Haushaltsordnung gibt es keinerlei Regelungsbedürfnis in einem – zudem nur für die Haushaltsjahre 2021/2022 geltenden – Haushaltsgesetz. Daher ist Satz 3 ersatzlos zu streichen. Angesichts der erheblichen finanziellen Dimension der im Rahmen dieser Haushaltsermächtigung der Staatsregierung beim Eintritt der gesetzlich bestimmten Voraussetzungen (Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit, eine die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigende Nachfrageausweitung) zu tätigenden zusätzlichen Ausgaben bedarf es einer gesetzlichen Regelung, die klarstellt und gewährleistet, dass bei derartigen Entscheidungen das Budgetrecht des Parlaments gewahrt wird. Dem folgend bestimmt der neue Absatz 3, dass die nach den Absätzen 2 und 3 von der Staatsregierung zu ergreifenden Maßnahmen oder zu treffenden Entscheidungen der vorherigen Zustimmung des Landtages bedürfen.

Zu 3. – § 4 Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen

Mit der vorgeschlagenen Neufassung des § 4 Absatz 3 HG 2021/2022-GE soll das Staatsministerium der Finanzen zur Wahrung der Kontrollrechte des Parlaments und des dazu eingesetzten Haushalts- und Finanzausschusses verpflichtet werden, vor der Erteilung von Einwilligungen in über- und außerplanmäßige Ausgaben sowie Verpflichtungen von erheblicher finanzieller Bedeutung (mehr als 5 Mio. Euro) zuvor den Haushalts- und Finanzausschuss anzuhören und dessen Zustimmung für diese erheblichen Abweichungen vom beschlossenen Haushaltsplan einzuholen.

Eine solche Anhörungs- und Zustimmungspflicht ist zudem ein erforderliches Instrument zur uneingeschränkten Wahrung des Budgetrechts des Landtags.

Zu 4. – § 5 Gewährleistungen

Nach § 39 Absatz 2 Satz 4 der Sächsischen Haushaltsordnung bedürfen Übernahmen von Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen zur Haftungsbegrenzung im Zusammenhang mit Unternehmen in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts, bei denen der Freistaat Sachsen Gewährträger oder Träger ist, der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses durch Beschluss. Hier geht der Gesetzgeber – zu Recht – von einem besonderen Risiko derartiger Rechtsgeschäfte aus und unterwirft diese aus diesem Grunde einem Einwilligungsvorbehalt zugunsten des Haushalts- und Finanzausschusses als dem zuständigen parlamentarischen Kontrollorgan des Landtags.

Es ist nicht nachzuvollziehen, aus welchen Gründen im § 5 Absätzen 1 und 2 HG 2021/2022-GE die Gewährleistungsrahmen in Höhe von bis zu 300 Mio. Euro und bis 1,5 Mrd. Euro allein durch das Staatsministerium der Finanzen ohne Einbeziehung des Haushalts- und Finanzausschusses bestimmt werden sollen.

Mit den vorgelegten Änderungsanträgen sollen diese viel zu hohen Gewährleistungsrahmen auf ein angemessenes Maß abgesenkt werden, um die notwendige Hinzuziehung des parlamentarischen Kontrollorgans und damit die Wahrung des Budgetrechts des Landtags auch in diesem Bereich in größerem Umfang abzusichern. Aus den vorstehenden Erwägungen ist nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE der Einwilligungsvorbehalt in § 5 Absatz 4 HG 2021/2022-GE auf alle Gewährleistungsübernahmen des § 5 zu erstrecken, sobald dabei der Betrag von 5 000 000 Euro (die nach § 4 Absatz 1 HG 2021/2022-GE i.V.m. § 37 Absatz 1 Satz 4 SäHO maßgebliche Höhe) im Einzelfall überschritten wird.

Zu 5. – § 7a Ergänzende Regelung zu § 17 Absatz 5 und 6 der Sächsischen Haushaltsordnung

Ungeachtet dessen, dass die Landtagsverwaltung bereits in ihrem Rechtsgutachten vom 20. Juli 2016 **(!)** umfangreich zu Zulässigkeit und Grenzen der zusätzlichen Ausbringung von Personalstellen, insbesondere zu der Parallelvorschrift des § 6 Absatz 12 des seinerzeitigen Haushaltsgesetzes 2015/2016, Stellung genommen und empfohlen hatte: „*für künftige Sachverhalte scheint eine* ***präzisierende Neuregelung*** *denkbar, die eine* ***Parlamentsbeteiligung*** *sichern kann*“ und „eine handhabbare(re) bzw. deutlichere Begrenzung beizugeben“, findet diese auch im vorliegenden § 7a HG 2021/2022-GE nach wie vor keinerlei Berücksichtigung.

Die ausweislich des Gutachtens eingewandte Notwendigkeit der Begrenzung der Ermächtigung der Staatsregierung zur zusätzlichen Personalstellenausbringung soll dadurch bewirkt werden, dass nunmehr ein der Höhe nach deutlich begrenzter Betrag in Anlehnung an die Bestimmung des § 4 Absatz 1 HG 2021/2022-GE in Verbindung mit § 37 Absatz 1 Satz 4 SäHO in Höhe von 5 Mio. Euro gesetzlich bestimmt wird.

Damit sind zusätzliche Personalstellenausbringungen ohne Beteiligung des Landtages nur dann zulässig, wenn sie unterhalb dieses Grenz- und Schwellenbetrages von 5 Mio. Euro liegen. Die mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vorgeschlagene Neufassung des § 7a HG 2021/2022-GE berücksichtigt damit die o. g. zutreffenden Einwände des Rechtsgutachtens und setzt die diesbezüglichen Empfehlungen zur Wahrung der Budgethoheit – auch – bei der Veranschlagung und Ausbringung zusätzlicher Planstellen um.

Zu 6. – § 7c Ergänzende Regelung zu § 49 der Sächsischen Haushaltsordnung

Das Staatsministerium der Finanzen wird verpflichtet, vor der Ausübung der in § 7c Absatz 3 HG 2021/2022-GE erteilten Ermächtigung, Regelungen zur haushaltsmäßigen Umsetzung der Altersteilzeit und sonstigen Arbeitszeitmodellen zu treffen, den dazu erforderlichen Nachtrag zum Haushaltsgesetz in Gestalt eines entsprechenden Nachtragshaushaltsgesetzes dem Landtag vorzulegen.

Mit dem dazu im Änderungsantrag darüber hinaus neu gefassten Absatz 4 soll die erforderliche und gebotene Kontrollhoheit des Haushalts- und Finanzausschusses bei den aufgrund der Ermächtigungen nach den vorstehenden Absätzen vom Staatsministerium der Finanzen beabsichtigten Maßnahmen und Entscheidungen im Zusammenhang mit der Ausbringung, Veränderung und auch die „kw-Stellung“ von Personalstellen im jeweiligen Haushaltsplan wiederhergestellt werden. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird dann in Zukunft auf der Grundlage der dann erfolgenden Mitteilungen durch das Staatsministerium der Finanzen in die Lage versetzt, rechtzeitig auf die vom Staatsministerium der Finanzen getroffenen Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen zu reagieren bzw. diese wirksam zu kontrollieren.

Zu 7. – § 9 Übertragung von Ausgaben, Deckungsfähigkeit

Zur Wahrung der Transparenz gegenüber dem Parlament im Haushaltsvollzug durch das Staatsministerium der Finanzen bei der Übertragung von Ausgaberesten und Haushaltsvorgriffen sowie bei der Einziehung unverbrauchter Mittel aus übertragenen Ausgabebewilligungen ist es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE geboten, zumindest den Haushalts- und Finanzausschuss über diese unverzüglich zu unterrichten, damit dieser – und damit das Parlament – seine diesbezüglichen Kontrollrechte auch tatsächlich und zeitnah ausüben kann.

Aus diesem Grunde verpflichtet der neu einzufügende Absatz 2a das Staatsministerium der Finanzen künftig dazu, dem Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages über die nach den Absätzen 1 und 2 erfolgten Übertragungen und Einziehungen unverzüglich nach Ablauf des Haushaltsjahres eine einzelplankonkrete Übersicht vorzulegen.

Zu 8. – § 10 Sonstige Ermächtigungen und Regelungen

Die in § 10 Absatze 4 HG 2021/2022-GE vorgesehenen weitreichenden Ausnahmen vom Prinzip der sachlichen Bindung bei Umschichtungen und Verstärkungen von Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen des vom Landtag beschlossenen Haushaltes sind ersatzlos zu streichen. Soweit ein dringendes, sachlich begründetes Umschichtungsbedürfnis bei Eilbedürftigkeit besteht, kann dazu das bestehende Notbewilligungsrecht des Parlaments genutzt werden.

Mit der weiteren ersatzlosen Streichung des § 10 Absatz 8 Nummer 1 HG 2021/ 2022-GE wird darüber hinaus sichergestellt, dass die darin vorgesehene Ermächtigung des Staatsministeriums der Finanzen zur Einrichtung neuer Einzelpläne oder neuer Kapitel ausschließlich dem Haushaltsgesetzgebungsverfahren und damit dem hierzu qua Verfassung allein berufenen und ermächtigten Parlament vorbehalten bleibt.

Darüber hinaus soll auch der neu eingeführte Absatz 11 nach dem zugelassen werden soll, dass Bedienstete des Freistaates Sachsen ihre privaten Elektrofahrzeuge oder Hybridelektrofahrzeuge an Ladevorrichtungen ihrer unmittelbaren Beschäftigungsdienststelle

ohne Kostenerstattung elektrisch aufladen können, ersatzlos gestrichen werden. Für eine derartige finanzielle Bevorzugung von Landesbediensteten gegenüber allen anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Sachsen bzw. für die Gewährung solcher vorzugsweisen finanziellen Vorteile gibt es weder zwingende, noch triftige rechtliche Gründe oder anderweitige überragende Gründe, die eine solche Privilegierung rechtfertigen würden.

Des Weiteren soll dem Staatsministerium der Finanzen auch nicht die im Absatz 12 neu vorgesehene Ermächtigung erteilt werden, im Einvernehmen mit dem zuständigen Ressort Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Zuschussförderungen zugunsten von Darlehensförderungen für den gleichen Förderzweck umzuschichten und die erforderlichen neuen Titel auszubringen. Die damit vom Staatsministerium für Finanzen beabsichtigten nachträglichen, die vom Parlament mit dem aufgestellten Haushaltsplan getroffene Festlegung zur Mittelverwendung grundlegend ändernden haushalterischen Entscheidungen, insbesondere die damit eingeräumte Möglichkeit der „Umnutzung“ von als (verlorene) Zuschüsse im Haushaltsplan eingestellten Mittel auf eine dann – rückzahlungspflichtige – Darlehensverwendung, bedürfen der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers.

Zu 9. – § 11 Förderprogramme der Europäischen Union

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE bedarf es bei der im § 11 Absatz 4 HG 2021/2022-GE geregelten Ermächtigung zur Umsetzung der Operationellen Programme und des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum im Förderzeitraum 2021 bis 2027 in den beiden Haushaltsjahren 2021/2022 allein schon in Anbetracht des Umfangs der davon umfassten Haushaltsmittel einer zwingenden vorherigen Beteiligung und Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses, um auch hierbei die Budgethoheit des Parlaments und ein Mindestmaß an Kontrolle bei der Umsetzung der Operationellen Programme zu wahren.

Daher wird die Bestimmung des Absatzes 4 dem entsprechend neu gefasst und die vorherige Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschuss als gesetzliche Voraussetzung für die Wirksamkeit der in den Nummern 1 und 2 dem Staatsministerium der Finanzen zur Umsetzung der Operationellen Programme eingeräumten haushalterischen Maßnahmen normiert.

Zu 10. – Streichung § 13 Erprobung von Budgetierungsverfahren

Mit der Streichung der derzeit im § 13 HG 2021/2022-GE bestimmten Ermächtigungen des Staatsministeriums der Finanzen, im Rahmen des Haushaltsvollzuges den Behörden „Flexibilität in der Mittelbewirtschaftung“ zur Ermöglichung der „modellhaften Einführung der Budgetierung in einzelnen Dienststellen der Staatsverwaltung“ zu gestatten, soll der damit möglichen Schaffung intransparenter Finanzspielräume für „ausgesuchte“ Bereiche der Staatsverwaltung verhindert werden, die regelmäßig zu Lasten des Gesamthaushaltes wirken.

Mit derartigen Spezialermächtigungen werden nicht zuletzt Sonderlösungen für Einzelbereiche geschaffen, die keine Verbesserungen für den Gesamthaushalt schaffen, sondern gerade das Gegenteil bewirken: Die Verschärfung des Problems der Intransparenz des vom Parlament für zwei Haushaltsjahre beschlossenen Staatshaushaltes für den Landtag selbst.

Folglich ist diese, die Erprobung von Budgetierungsverfahren zulassenden Regelung aus dem vorliegenden Haushaltsgesetz ersatzlos zu streichen.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Der Präsident

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF
Schongauerstraße 3 | 04328 Leipzig

Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtages
Herrn Holger Hentschel, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Nachrichtlich

Staatsminister im Sächsischen
Staatsministerium der Finanzen
Herrn Hartmut Vorjohann
Postfach 10 09 48
01076 Dresden

- Nur per Email -

Durchwahl
Telefon +49 341 3525 1001
Telefax +49 341 3525-1999

poststelle
@srh.sachsen.de*

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
PP-0413/7/2-2021/857

Leipzig,
11. Februar 2021

Äußerung des Präsidenten des SRH gem. § 35 Abs. 3 GO-SLT zum Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022

- Regierungsentwurf Haushaltsgesetz (HG) und Staatshaushaltspläne LT-Drs. 7/4900
- Regierungsentwurf Haushaltsbegleitgesetz (HBG) LT-Drs. 7/4901

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Sächsische Staatsregierung hat am 8. Dezember 2020 den Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 beschlossen. Der Entwurf des HG 2021/2022 liegt dem Sächsischen Landtag als Drs. 7/4900 und der Entwurf des HBG als Drs. 7/4901 vor.

Dem SRH ist es ein wichtiges Anliegen, sich in diesem Stadium des Aufstellungsverfahrens auf der Basis seiner Prüfungserkenntnisse zu den Entwürfen zu Wort zu melden. Die nachstehenden Bemerkungen, denen ein einstimmiger Beschluss des Großen Kollegiums des SRH zugrunde liegt, spiegeln Erkenntnisse aus zahlreichen Prüfungen des SRH zu den vielfältigen Bereichen der staatlichen Finanzwirtschaft und eine kritische Auseinandersetzung mit der nun anstehenden Fortschreibung für die Hj. 2021/2022 wider. Ich bitte Sie, dieses Schreiben an die Ausschussmitglieder und an die betroffenen Fachausschüsse weiterzuleiten.

Vorab erlaube ich mir anzumerken, dass es dem SRH um solide, transparente, nachhaltige und generationengerechte sächsische Haushalte in den kommenden, zugegeben sehr schwierigen, Jahren geht. Vorzeichen für nötige Anstrengungen bilden sich in den für 2023 und 2024 eingeplanten globalen Minderausgaben bereits ab. Gleiches gilt für das Aufbringen erster Tilgungsraten zum Abbau der coronabedingten Schulden als Startpunkt für die vom Gesetzgeber aus sehr guten Gründen in der Verfassung verankerten, strengen Verpflichtung zur zügigen Konsolidierung des Haushaltes.

Postanschrift/Hausanschrift:
Sächsischer Rechnungshof
Schongauerstraße 3
04328 Leipzig

www.srh.sachsen.de

* Informationen zur Übermittlung von elektronisch signierten sowie verschlüsselten elektronischen Dokumenten erhalten Sie unter www.rechnungshof.sachsen.de/kontakt.html

2021/857
479

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Weitere Schritte müssen folgen, um die sächsischen Staatsfinanzen auf tragfähigem Boden zu halten. Dies ist nur zu erreichen, wenn alle Ansätze hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und Dringlichkeit hinterfragt werden, um mit dem Einsatz der knapper werdenden Mittel die geplanten politischen Ziele erreichen zu können. Dazu sollte insbesondere mit einer angemessenen Mittelausstattung zu Gunsten von Investitionen der Erhalt der staatlichen Vermögenswerte im Blickpunkt stehen. Die gebotenen haushaltswirtschaftlichen Entscheidungen dulden keinen Aufschub um weitere zwei Jahre.

Teil A Anmerkungen zur Haushaltsentwicklung

1 Gesamthaushalt 2021/2022

Die Sächsische Staatsregierung hat den Entwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 vor der Kulisse einer krisengeprägten wirtschaftlichen Lage des Freistaates und der nicht absehbaren finanziellen Folgen der Bewältigung der Corona-Pandemie aufgestellt. Der Preis dafür sind u. a. geplante Kreditaufnahmen auf dem Kapitalmarkt in den Jahren 2021/2022 i. H. v. rd. 3,1 Mrd. € zum Ausgleich der Steuermindereinnahmen und zur Finanzierung der coronabedingten Maßnahmen aus dem Corona-Bewältigungsfonds Sachsen. Wie noch auszuführen sein wird, ist nach Auffassung des SRH für die erneute Kreditaufnahme ein Feststellungsbeschluss des Sächsischen Landtages über das Fortbestehen der außergewöhnlichen Notsituation erforderlich; vgl. Teil C, Pkt. 1.

Die dem Regierungsentwurf zu Grunde liegenden Berechnungen von Steuereinnahmen in den Jahren 2021/2022 bergen Risiken. Für das Jahr 2021 werden rd. 13,4 Mrd. € und für das Hj. 2022 14,1 Mrd. € als Steuereinnahmen veranschlagt. Damit wird bereits für das Jahr 2021 von einer ansteigenden Entwicklung der Steuereinnahmen auf Vor-Corona-Niveau ausgegangen. Der Ansatz für 2021 gleicht zahlenmäßig dem Ist-Ergebnis von 2019.

Dabei ist nicht auszuschließen, dass der veranschlagte Ansatz an Steuereinnahmen zu optimistisch gewählt wurde. Dies wird aus dem folgenden Diagramm im Rückblick auf die außergewöhnlich einnahmenstarken Jahre bis 2019 deutlich:

Quelle: Eigene Berechnung SRH

Anlage 3

Angesichts der aktuellen Entwicklung im Zusammenhang mit dem Lockdown in der ganzen Bundesrepublik Deutschland, deren finanzielle Folgen auf den sächsischen Haushalt sich weiterhin schwer einschätzen lassen, empfehlen wir, die den Ansätzen zugrundeliegende Steuerschätzung besonders kritisch zu prüfen und entsprechende Sicherheitsabschläge erforderlichenfalls anzupassen. Es besteht aus Sicht des SRH das Risiko, dass sich die optimistischen Annahmen der sächsischen Staatsregierung in Bezug auf die Entwicklung der Steuereinnahmen im Ergebnis nicht erfüllen werden.

Die aktuelle Situation gebietet nach Ansicht des SRH eine aufgabenkritische Auseinandersetzung mit den vorgelegten Mittelansätzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt und die Ausnutzung aller Potenziale, die der sächsische Haushalt zur Verringerung der geplanten Kreditaufnahme aufweist. **Der Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 bedarf insoweit einer Nachjustierung im Rahmen des parlamentarischen Diskussionsprozesses.**

Das Gesamthaushaltsvolumen 2021 sinkt im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2020 nur moderat um 135 Mio. € und im Hj. 2022 wächst es um 332 Mio. € an. Der negative Finanzierungssaldo liegt in den beiden Haushaltsjahren bei rd. 700 Mio. € und weist auf eine strukturelle Deckungslücke hin. Die coronabedingten Mehrausgaben werden aus dem Corona-Bewältigungsfonds Sachsen finanziert. Sie wirken sich im vorgelegten Entwurf zum Landeshaushalt nicht auf den Ausgabenanstieg aus. Diese Deckungslücke muss der Freistaat durch die Rücklagenentnahmen und die kreditfinanzierten Kompensationsbeträge für Steuermindereinnahmen finanzieren. Eine wesentliche Vorbindung des Landeshaushalts wird in den kommenden zwei Jahren geprägt sein durch die stellenplangebundenen Personalausgaben für den geplanten Zuwachs um 2.100 Stellen, durch gesetzliche Leistungen u. a. für den kommunalen Raum und höchstwahrscheinlich durch höhere Landeskofinanzierungsmittel für die Umsetzung von EU-Förderprogrammen in der neuen Förderperiode.

Der erhebliche Stellenzuwachs ist ohne Vorlage eines Stellenentwicklungsberichtes zum Doppelhaushalt 2021/2022 eingeplant. Mit Beschluss vom 8. Dezember 1997 (Drs. 2/7610) hatte der Sächsische Landtag die Staatsregierung ersucht, zum jeweiligen Staatshaushalt einen Stellenabbaubericht vorzulegen, der seit dem Doppelhaushalt 2013/2014 den Titel Stellenentwicklungsbericht trägt.

Der Stellenentwicklungsbericht gibt einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Planstellen und Stellen sowie weiterer Beschäftigungsvolumina in VZÄ in den Ressorts. Er ist insofern ein unverzichtbares Dokument zur Beurteilung der Stellenhaushalte und des verfügbaren Arbeitsvolumens. Ohne seine Vorlage kann die kurz- und mittelfristige Tragfähigkeit des Stellenplans gar nicht bewertet werden. Zudem fehlt eine fundierte Personalbedarfsanalyse für die künftige Personalausstattung des Freistaates nach wie vor.

Der dem Sächsischen Landtag zur Beratung vorliegende Doppelhaushalt wird die Weichen für die Finanzpolitik des Freistaates in den nächsten zwei Jahren stellen. Anstatt einer Kurskorrektur zeichnet er das Bild eines sich verfestigenden Ausgabeverhaltens. Der sächsische Haushalt muss in der mittelfristigen Dimension der Jahre 2023/2024 mit der voraussichtlichen Deckungslücke von 2,2 Mrd. € p. a. betrachtet werden. Das sind rd. 10 % des Haushaltsvolumens, die ab 2023 weder aus dem Corona-Bewältigungsfonds noch mit Rücklagenentnahmen ausgeglichen werden können.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Der Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2021/2022 verschiebt gebotene Strukturentscheidungen in die Zukunft und zu Lasten künftiger Generationen. Die Ausschöpfung von vorhandenen haushaltswirtschaftlichen Potenzialen und die Bewertung von Bedarfen und Aufgaben nach Notwendigkeit und Dringlichkeit muss nach Ansicht des SRH bereits im laufenden Aufstellungsverfahren beginnen.

Der Regierungsentwurf weist ein Haushaltsvolumen von rd. 21,0 Mrd. € je Haushaltsjahr aus. Hinzu kommen die Vorjahresreste aus dem Jahr 2020, die 2021 zusätzlich zu den eingeplanten Haushaltsansätzen im Entwurf als Ausgabebefugnisse zur Verfügung stehen werden. Deren Umfang dürfte sich, wie in den vergangenen Jahren, bei rd. 2,5 Mrd. € bewegen und das 2021 zur Verfügung stehende Gesamtausgabenvolumen im Ergebnis auf rd. 24 Mrd. € erhöhen.

Nach Ansicht des SRH sollten die Vorjahresreste, soweit möglich, vorrangig bewirtschaftet werden, bevor die betreffenden Haushaltsstellen "mit frischem Geld" aufgestockt werden und die Ansätze am Ende des Jahres wiederum verbliebene Reste bilden. Die gegenwärtige finanzielle Situation des Freistaates erfordert das Durchbrechen der bisherigen Mechanismen. Der Umfang von jährlich übertragenen Vorjahresresten könnte erheblich abgebaut und die erforderliche Neukreditaufnahme entsprechend gesenkt werden; vgl. SRH, Jahresbericht 2020, Beitrag 1, Pkt. 4.4, Tz. 28 f.

Ein weiteres Potenzial liegt in der Kassenverstärkungs- und Haushaltsausgleichsrücklage, die laut Erläuterung im Regierungsentwurf zum Einzelplan 15 (Kapitel 15 10 Titel 359 01) zum Jahresende 2020 voraussichtlich über den Sockelbestand von rd. 1,3 Mrd. € verfügte. Obwohl die Rücklage im Sinne von § 18 Abs. 4 SäHO für den Fall eines Konjunktureinbruchs geschaffen wurde, ist eine Entnahme der Mittel aus dem Sockelbestand weder in 2021 noch in 2022 veranschlagt. In der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024 (Seite 8) wird dies damit begründet, dass im konjunkturellen Extremfall der Einnahmerückgang nur in einem der Haushaltsjahre durch Entnahmen aus der Haushaltsausgleichsrücklage annähernd ausgeglichen werden könnte. Nach Ansicht des SRH ist ein solcher Extremfall bereits eingetreten.

Der SRH empfiehlt mit Nachdruck, noch vorhandene Potenziale in Form von Vorjahresresten und Rücklagenentnahmen im laufenden Haushaltsaufstellungsverfahren zu heben und in gleichem Maße die Neuverschuldung zu reduzieren. Ein kreditfinanzierter Haushaltsausgleich 2021 und 2022 ohne gleichzeitige Einsparanstrengungen in allen Gliederungen und Bestandteilen ist nicht generationengerecht.

2 Tilgungsplan

Art. 95 Abs. 6 Sächsische Verfassung sieht vor, dass die Tilgung der Kredite in genannten Ausnahmefällen innerhalb von 8 Jahren zu erfolgen hat. Diese Frist wurde dementsprechend in § 4 Abs. 2 Sächsisches Corona-Bewältigungsfondsgesetz festgesetzt. Die Tilgungsdauer ist zwar sehr ambitioniert, die Planbewältigung steht dem Freistaat allerdings erst in zwei Jahren bevor. Diese Zeit ist zu nutzen, um mit hoher Haushaltsdisziplin sowie nachdrücklicher Aufgaben- und Ausgabeanalyse den Kreditmittelbedarf so gering wie möglich zu halten und die sächsische Haushaltswirtschaft auf einen Finanzrahmen einzusteuern, der künftig die Mittel für die Konsolidierung in Form der fristgemäßen Tilgung der coronabedingten Schulden bereitstellt.

Ein solcher Prozess könnte dadurch unterstützt werden, wenn die Tilgung über die vollen 8 Jahre mit steigenden Tilgungsraten ausgestaltet würde, um die Ausgabenlast zwischen 2023 und 2030 anders zu verteilen. Dafür wäre eine Anpassung in § 4 Abs. 2 Sächsisches Corona-Bewältigungsfondsgesetz erforderlich.

Eine Streckung der verfassungsrechtlich festgelegten Tilgungsdauer für die Kredite aus dem Corona-Bewältigungsfonds Sachsen wäre nach Ansicht des SRH keine generationengerechte Lösung. Das Land würde damit die Lasten der Rückzahlung der Kreditmittel lediglich vor sich herschieben, anstatt diesen mit einer offensiven Haushalts- und Finanzplanung zu begegnen.

3 Investive Ausgabepositionen

Im Regierungsentwurf ist eine über alle Einzelpläne hinweg sichtbare Steigerung der konsumtiven Ausgaben zu Lasten der investiven Ausgaben zu erkennen. Vor allem die deutliche Steigerung der Personalausgaben und anderer nichtinvestiver Ausgabeblöcke führt zur Verdrängung notwendiger Investitionen. Seit Jahren besteht ein erhöhter Bedarf an Investitionen in Krankenhäuser, Staatsstraßen oder in landeseigene Immobilien, um deren Anlagesubstanz langfristig zu erhalten. Dabei handelt es sich um Pflichtaufgaben des Freistaates, denen er seit Jahren zu Gunsten von höheren konsumtiven Ausgaben nicht im angemessenem Umfang nachkommt. Im Detail verweisen wir auf die Ausführungen zu Einzelplänen 08 und 14 im Teil D (Anlage 1).

Deshalb bedarf es größerer Anstrengungen der Staatsregierung, um zielgerichtet die Planungskapazitäten und Strukturen bei den zuständigen Stellen zu stärken und um Planungsverfahren zu beschleunigen, damit sie eine schnellere Modernisierung des staatlichen Kapitalstocks ermöglichen.

Der SRH weist mit Nachdruck darauf hin, dass das Aufschieben nötiger investiver Maßnahmen das Entstehen von Haushaltsvorbelastungen bedeutet. Diese verstärken sich häufig im Zeitablauf und können im schlimmsten Fall zum Funktionsverlust von Teilen des Infrastrukturvermögens führen. Nachhaltigkeit staatlicher Finanzwirtschaft erfordert daher, die Mittel für Investitionen zeitgerecht und in ausreichendem Umfang zu veranschlagen und einzusetzen.

4 Doppelstrukturen

Im Entwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 zeichnen sich Aufgabenüberschneidungen u. a. in folgenden Bereichen ab:

- Braunkohlestrukturwandel: sieben zuständige Organisationseinheiten SK, SMR, SMWA, SMF, SAS GmbH, SAB, Regionalbüros und Beratung durch Externe
- Künstliche Intelligenz: SK, SMWA, SMWKT
- Demokratie: SMJuSDEG, SMS; SMI
- Medien: SK, MDM, SLM

Effizienzverluste oder Abgrenzungsprobleme bei der Aufgabenerfüllung können damit in den kommenden Jahren nicht ausgeschlossen werden. Insbesondere bei der Aufstellung oder Änderung von Förderprogrammen sind mögliche Doppelstrukturen zu vermeiden.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Im Detail verweist der SRH auf die Ausführungen zu den Einzelplänen im Teil D (Anlage 1).

Der SRH sieht diese Entwicklung sehr kritisch und empfiehlt eine nochmalige Abstimmung zwischen den Ressorts noch vor der Feststellung des Doppelhaushaltes 2021/2022.

5 Qualität der Haushaltsaufstellung

Den vorgelegten Regierungsentwurf prägen je nach Einzelplan und Kapitel zum Teil erhebliche Ausgabensteigerungen. Deswegen hat der SRH bei der Betrachtung der Entwürfe zu den Einzelplänen u. a. untersucht, ob die Ressorts ihrer Erläuterungspflicht nach Nr. 2.3 zu § 17 der VwV zur SäHO nachkommen und insbesondere die wesentlichen Änderungen des Mittelansatzes entsprechend der Vorgabe des SMF im Haushaltsaufstellungsschreiben vom 6. Februar 2020, Pkt. 2.4.4.2 näher erläutert und begründet sind. Dabei handelt es sich um Ansatzdifferenzen von mindestens 100 T€ oder mindestens 25 T€ und einer Veränderung um mindestens 10 % gegenüber dem Vorjahresansatz.

Im Ergebnis der Untersuchung hat der SRH festgestellt, dass die Ressorts bei sehr vielen Haushaltstiteln keine Begründung zu den wesentlichen Ausgabensteigerungen angegeben haben und damit ihrer Begründungspflicht nicht nachkommen. Allein aus der Angabe einer gesetzlichen Grundlage kann eine Begründung des Mehrbedarfes nicht hergeleitet werden. Ergebnisse der Untersuchung hat der SRH als Übersicht in der Anlage 2 dargestellt.

Die Angabe einer tragfähigen Begründung von Mehrbedarfen ist zum Nachweis der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit der Ausgaben unumgänglich. Sie ermöglicht die gebotene strenge Prüfung im Aufstellungsverfahren und trägt dazu bei, den Kreditmittelbedarf zu begrenzen.

Bei dieser Gelegenheit weist der SRH darauf hin, dass insbesondere bei einzeln veranschlagten Baumaßnahmen Änderungen des Mittelansatzes im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von mindestens 100 T€ dem Baufortschritt immanent und daher nicht unüblich sind.

Insofern empfiehlt der SRH die Wesentlichkeitsschwelle bei Ausgaben der HGr. 7 und 8 künftig höher anzusetzen.

Teil B Anmerkungen zum Personalhaushalt und Stellenplan

Der SRH sieht die Streichung von über 2.300 kw-Vermerken sowie die zusätzliche Schaffung von über 2.100 neuen Stellen mit großer Sorge. Dies hat nicht nur einen erheblichen Anstieg der Personalausgaben von über 10% im Doppelhaushalt 2021/2022 zur Folge, sondern bindet kommende Haushalte über Jahrzehnte hinweg vor. Dabei fehlt es nicht nur an einer personalwirtschaftlichen Gesamtstrategie des Freistaates, sondern in weiten Teilen erfolgt der Stellenaufwuchs ohne die vom Sächsischen Landtag beauftragte Aufgabenkritik und ohne die vom SRH bereits in seiner Stellungnahme zum Bericht der Personalkommission II angemahnte Personalbedarfsberechnung.

Der wirtschaftliche und sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln – insbesondere Steuermitteln – gebietet eine stichhaltige nachvollziehbare Begründung jeder Streichung eines kw-Vermerks und jeder Schaffung einer neuen Stelle. Dies gilt insbesondere in Zeiten des Einnahmerückgangs.

Der SRH empfiehlt – wie schon in seiner Stellungnahme zum Bericht der Personalkommission II – die Streichung der kw-Vermerke bis zur Vorlage der noch ausstehenden Aufgabenkritik und der Personalbedarfsberechnung durch die Staatsregierung zurückzustellen und nach deren Vorliegen mit der Aufstellung des Doppelhaushalts 2023/2024 weiter zu entscheiden. Der SRH empfiehlt ferner, von der Ausbringung neuer Stellen im Doppelhaushalt 2021/2022 weitestgehend abzusehen und auch die Schaffung etwaiger neuer Stellen erst mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 vorzunehmen. Für dringliche Bedarfe – etwa im Bereich IT – könnten im geringen, zweistelligen Umfang im Doppelhaushalt 2021/2022 neue Stellen ausgebracht werden.

1 Personalausgaben der Hauptgruppe 4 und Stellenhaushalt gesamt

Der Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 sieht Personalausgaben der Hauptgruppe 4 i. H. v. 5.170,4 Mio. € für das Hj. 2021 und 5.482,9 Mio. € für das Hj. 2022 vor. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Personalausgaben 2021 um insgesamt 196,2 Mio. € (3,94 %). Im Hj. 2022 steigen die Personalausgaben um weitere 312,5 Mio. € (6,04 %).

Bei den Personalausgaben der Hauptgruppe 4 ist im Haushalt 2022 ein Anstieg um insgesamt 10,23 % gegenüber dem im Hj. 2020 verabschiedeten Nachtragshaushalt vorgesehen. Der Anstieg wird im Wesentlichen von dem umfangreichen Stellenaufwuchs infolge der Regierungsneubildung sowie weiteren Stellenmehrungen und -hebungen in den beiden Haushaltsjahren bestimmt. Zudem sind regelmäßig Besoldungs- und Entgeltanpassungen in den Planansätzen berücksichtigt.

Der Anteil der Personalausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben beträgt 24,4 % im Hj. 2021 und 25,3 % im Hj. 2022.

Nach Angaben in der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024 belaufen sich die Personalausgaben in 2023 auf 5.587,9 Mio. € und in 2024 auf 5.724,0 Mio. €. Die bereinigten Gesamtausgaben sinken im Betrachtungszeitraum 2020 bis 2024 um 2,5 % und die Personalausgaben steigen um 15,1 %.

Die Personalausgaben verändern sich stark entgegengesetzt zum Gesamthaushalt.

Die dynamische Entwicklung der Personalausgaben ist mit hohen Risiken verbunden, da die aufgrund des Stellenplans eingegangenen personalwirtschaftlichen Verpflichtungen je Stelle über mindestens 40 Jahre zu finanzieren sind und den Handlungsspielraum des Freistaates spürbar einschränken.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Für die einzelnen Ressorts sind folgende Änderungen in der Stellenausstattung vorgesehen:

Stellentwicklung Personalsoll gesamt nach Epl.								
Epl.	*2020 Doppelhaushalt*	2020 Nachtrags-haushalt	2021	Veränderung zum absolut	Veränderung zum in %	2022	Veränderung zum absolut	Veränderung zum in %
01	*158*	158	164	6	3,80	164	0	0,00
02	*867*	853	976	123	14,42	972	-4	-0,41
03	*20.204*	19.868	19.494	-374	-1,88	19.480	-14	-0,07
04	*8.330*	8.330	8.563	233	2,80	8.799	236	2,76
05	*33.368*	33.344	33.689	345	1,03	33.950	261	0,77
06	*9.095*	9.133	9.382	249	2,73	9.400	18	0,19
07	*1.331*	1.331	1.304	-27	-2,03	1.314	10	0,77
08	*904*	904	938	34	3,76	940	2	0,21
09	*3.860*	3.860	4.124	264	6,84	4.144	20	0,48
10		336	563	227	67,56	558	-5	-0,89
11	*237*	237	235	-2	-0,84	235	0	0,00
12	*13.447*	13.447	13.762	315	2,34	13.977	215	1,56
13	*31*	31	34	3	9,68	34	0	0,00
15	*103*	103	81	-22	-21,36	73	-8	-9,88
gesamt	*91.935*	**91.935**	**93.309**	**1.374**	**1,49**	**94.040**	**731**	**0,78**

Der Stellenaufwuchs verteilt sich wie folgt auf das Personalsoll A, B, C und D:

P-Soll	2020	2021	Veränderung absolut	Veränderung in %	2022	Veränderung absolut	Veränderung in %
A	68.097	68.285	188	0,28	68.544	259	0,38
B	6.045	6.554	509	8,42	6.503	-51	-0,78
C	17.198	17.793	595	3,46	18.030	237	1,33
D	595	677	82	13,78	963	286	42,25
gesamt	**91.935**	**93.309**	**1.374**	**1,49**	**94.040**	**731**	**0,78**

Im Regierungsentwurf ist für den Doppelhaushalt 2021/2022 eine Stellenmehrung von insgesamt 2.105 Stellen vorgesehen. Das entspricht einem Stellenaufwuchs gegenüber dem Nachtragshaushalt 2020 um 2,3 %.

Mit dem veranschlagten Stellenplan setzt die Staatsregierung den in den letzten Doppelhaushalten begonnenen Stellenaufwuchs fort.

Nach den Angaben in der Mittelfristigen Finanzplanung 2020 bis 2024 bestehe ein Stellenmehrbedarf, insbesondere zur Deckung des Lehrerbedarfs, für zusätzliches Personal an den Hochschulen, aufgrund der Regierungsneubildung sowie im Zuge dringender Bedarfe wie etwa im Bereich der Digitalisierung.

Die Stellenmehrung im Regierungsentwurf im Personalsoll lässt bei Einzelbetrachtungen im Personalsoll A bis D folgende Schwerpunkte erkennen:

Personalsoll A

- Stellenzugänge wegen Aufgabenneustrukturierung im Ergebnis der Regierungsneubildung, vor allem in der Laufbahngruppe 2.2 und zusätzliche Stellen wegen dringender Bedarfe im Ergebnis der Regierungsneubildung,
- Stellenzugänge wegen dringender Bedarfe in allen Einzelplänen,
- Erhöhung des Stellenpools Demografie um 50 Stellen im Einzelplan 02,
- 630 Stellenabgänge – Wachpolizei zum 31.12.2020 im Einzelplan 03,

Personalsoll B

- 269 Stellenzugänge – Anwärter Laufbahngruppe 1 Einstellungskorridor (700) der Polizei in 2021,
- 97 Stellenabgänge – Anwärter Laufbahngruppe 1 kw-Vollzug Einstellungskorridor (600) der Polizei in 2022,
- 88 Stellenzugänge – Anwärter Laufbahngruppe 1, Ausbildungsoffensive im Einzelplan 06,

Personalsoll C

- 188 Stellenzugänge – Überführung von Projekt- und Drittmittelstellen aus dem Sondervermögen Aufbauhilfefonds im Einzelplan 09,
- 581 Stellenzugänge – für Zukunftsvertrag Studium und Lehre im Einzelplan 12,

Personalsoll D

- 48 Stellenzugänge für den Zensus 2021 im Einzelplan 03,
- 133 Stellenzugänge in 2021 und 218 Stellenzugänge in 2022 für die Umsetzung der Grundsteuerreform im Einzelplan 04.

2 Personalausgabenpauschsätze

Die Personalausgabenpauschsätze bilden die Berechnungsgrundlage für die Ermittlung der stellenplangebundenen Personalausgaben. Neben den spezifischen Entgelt- und Besoldungsgruppen spielt bei der Bemessung der Sätze unter anderem auch die Altersstruktur eine Rolle. So ermöglichen die Pauschsätze eine sichere Veranschlagung. Neben der Anzahl und Wertigkeit der Stellen sind die Pauschsätze der weitere Faktor bei der Veranschlagung der stellenplangebundenen Personalausgaben. Anders als die Anzahl und die Wertigkeit der Stellen sind die Personalkostenpauschsätze jedoch ihrer Natur gemäß nur sehr bedingt steuerbar.

Insbesondere die Erhöhung der Pauschsätze 2022 gegenüber 2021 für Beamte, Richter und Professoren auf 103,5 % und bei Beschäftigten auf rd. 104,8 % liegen deutlich über den Steigerungen (des jeweils zweiten Haushaltsjahres) der letzten Doppelhaushalte.

Die Steigerungssätze betrugen in den letzten drei Doppelhaushalten zwischen 2,0 % und 2,5 %. Zudem ist zu bemerken, dass auch bei der Kalkulation des Personalaufwandes der Staatsbetriebe für das Jahr 2022 eine Steigerung gegenüber 2021 von nur 2,5 % vorgesehen ist.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

3 Stellenhebungen

Die Stellenpläne der stellenplanführenden Kapitel weisen neben Zu- und Abgängen, Umwandlungen und Umsetzungen, auch Stellenhebungen und Stellensenkungen aus. Stellenhebungen, in Einzelfällen in erheblichem Umfang, sind in einer ganzen Reihe von Kapiteln vorgesehen.

An Stellenhebungen sind die gleichen strengen Maßstäbe anzusetzen wie an Stellenzugänge. Insbesondere ist nachzuweisen, dass die Stellenhebungen nicht anderweitig durch geeignete Stellenbewirtschaftungsmaßnahmen aufgefangen werden können, z. B. im Bereich der unterwertig besetzten Stellen.

Eine Kompensation der geplanten Stellenhebungen durch entsprechende Stellensenkungen, wie im Haushaltsaufstellungsschreiben vorgesehen, ist nur in Einzelfällen dokumentiert.

4 Stellenobergrenzen

Der Anteil der Beförderungsämter der Besoldungsgruppen A 16 und B 2 darf gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 2 SächsBesG zusammen 10 % der Planstellen der Besoldungsgruppen A 13 bis A 16 und B 2 nicht übersteigen. Laut § 3 Sächsische Stellenobergrenzenverordnung (besondere Stellenobergrenze) darf der Anteil der B 2 und B 3 Stellen 60 % der Stellen von A 16 bis B 3 nicht übersteigen.

Aufgrund der Stellenzugänge, -hebungen und -umwandlungen in den Kapiteln 08 01 und 10 01 hat sich der Umfang der Beförderungsstellen in der Laufbahngruppe 2 erhöht. Infolge dessen ist im Einzelplan 08 die Stellenobergrenze i. S. d. § 26 Abs. 2 Nr. 2 SächsBesG mit rd. 4 % sowie die besondere Stellenobergrenze gem. § 3 Sächsische Stellenobergrenzenverordnung mit rd. 2 % überschritten. Im Epl. 10 ist die besondere Stellenobergrenze mit rd. 8 % überschritten.

5 Bemerkungen zu Personalausgaben und Stellen in den Einzelplänen und in Nebenhaushalten

5.1 Stellen für befristet Beschäftigte

Im Kapitel 09 02 - Sammelansatz - sind im Personalsoll A neben den Stellen für die „Technische Hilfe" weitere 22 Stellen bei Titel 428 01 ohne weitere Begründung ausgebracht. Im Haushaltplan 2015/2016 ist zur Veranschlagung dieser Stellen erklärt:

„Stellen für befristet Beschäftigte werden aufgrund der Neuabgrenzung von Personalsoll A und B bei 09 02/428 01 geführt."
„Veranschlagt sind Personalausgaben für Beschäftigte mit befristeten Arbeitsverträgen bis zu 24 Monaten, die zur Abdeckung von Arbeitsspitzen im gesamten Ressortbereich vorzusehen sind."

Stellen für befristet Beschäftigte sind nicht im Personalsoll A zu veranschlagen. Sie sind zu streichen oder, sofern der Bedarf sachlich begründet ist, dem Personalsoll D zuzuordnen.

5.2 Besetzung von Planstellen

Nach Kapitelvermerk zu Kapitel 03 12 – Landespolizei – dürfen in den Kapiteln 03 12, 03 14, 03 15, 03 16 und 03 20 für den Zeitraum des Doppelhaushaltes 2021/2022 Planstellen der Laufbahngruppe 2.1 laufbahnübergreifend mit Beamten der Laufbahngruppe 1.2 besetzt werden.

Der Kapitelvermerk zu den Kapiteln 05 35 bis 05 39 lässt zu, abweichend von den Stellenplänen, für Lehrkräfte vorgesehene Stellen im Umfang von bis zu 329 VZÄ im Jahr 2021 und 472 VZÄ im Jahr 2022 mit Schulassistenten laufbahnübergreifend zu besetzen.

Nach Nr. 3.1.1 Satz 3 VwV zu § 49 SäHO dürfen Stellen nur innerhalb derselben Laufbahngruppe mit Bediensteten vergleichbarer oder niedrigerer Besoldungs- oder Entgeltgruppe besetzt werden.

Eine von § 49 Abs. 1 SäHO abweichende Besetzung einer Planstelle bedarf einer besonderen Regelung im Haushaltsgesetz. Erläuterungen im Kapitelvermerk sind nicht ausreichend.

Nach Pkt. 5.1.3 Haushaltsaufstellungsschreiben sind die Ausgaben für Mehrarbeitsvergütungen und Überstunden (Titel 422 41, 428 03) in den Pauschsätzen berücksichtigt. Die Titel 422 41 und 428 03 sind daher grundsätzlich als Leertitel auszubringen.

Abweichend davon sind im Kapitel 09 12 – Sächsisches Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie - im Titel 428 03 für die beiden Haushaltsjahre jeweils 150,0 T€ veranschlagt.

Die veranschlagten Personalausgaben im Titel 428 03 sind zu streichen.

5.3 Staatsbetrieb Landestalsperrenverwaltung (LTV)

Nach den Vorbemerkungen zu Kapitel 09 20 sind insgesamt 188 Projekt- und Drittmittelstellen aus dem Personalsoll D sowie dem Kapitel 09 06 (Sondervermögen des Aufbauhilfefonds 2002) in das Personalsoll C der LTV eingeordnet. Davon entfallen:

- 120 Stellen zur nachhaltigen Schadensbeseitigung infolge des Augusthochwassers 2002
- 33 Stellen zur nachhaltigen Schadensbeseitigung infolge „Junihochwassers 2013,
- 15 Stellen zur nachhaltigen Schadensbeseitigung von Schadenereignissen und
- 20 Stellen zur Umsetzung der Hochwasserschutzprogramme.

Das ehemalige und nunmehr überführte Personalsoll D mit befristeten Stellen im Umfang von 188 Stellen war/ist in den Haushaltsplänen des SMUL/SMEKUL nicht abgebildet. Die Kapitel 09 06 und 09 07, in denen das Sondervermögen des Aufbauhilfefonds veranschlagt war, sind unter Hinweis in den Vorbemerkungen auf die Aufhebung des Sondervermögens zum 31. Dezember 2020 entfallen. Auch in diesen beiden Kapiteln waren die finanzierten Projekt- und Drittmittelstellen nicht abgebildet. Insofern bleibt unklar, wieviel Stellen tatsächlich für das Sondervermögen gebunden waren. Zweifelhaft erscheint auch die Notwendigkeit der Überführung. Weder im Haushaltsvorentwurf noch im jetzt vorliegenden Regierungsentwurf ist der Personalbedarf in diesem Umfang begründet.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Allein mit der Überführung der 188 Stellen steigt der Stellenbestand der LTV von 634 auf 822 Stellen und damit um rd. 30%.

Darüber hinaus ist die LTV ermächtigt, die im Stellenplan ausgebrachten Stellensummen **jährlich um bis zu 85 Stellen für befristet Beschäftigte zu überschreiten.**

5.4 Personalausgaben Bildungsbereich

Der Kapitelvermerk zu den Kapiteln 05 35 bis 05 39 erlaubt, Lehrkräfte im Rahmen der verfügbaren Personalausgabemittel des jeweiligen Haushaltsjahres unbefristet einzustellen. Diese sind auf die nächste freie entsprechende Stelle im Stellenplan des jeweils betreffenden Schulkapitels, die spätestens bis zum Ende des laufenden Schuljahres vorhanden sein muss, einzuweisen. Der Umfang der im Kapitelvermerk Nr. 3 der Kapitel 05 35 bis 05 39 zugelassenen unbefristeten Einstellungen darf insgesamt 700 VZÄ nicht übersteigen.

Für die o. g. Schulkapitel ist erneut die Bewirtschaftung von 700 zusätzlichen VZÄ außerhalb des Stellenplans vorgesehen, obwohl in den letzten Doppelhaushalten quantitativ und qualitativ umfangreiche Hebungen zu verzeichnen waren.

Eine erneute Ermächtigung zur Bewirtschaftung von Beschäftigungsvolumen über den Stellenplan hinaus steht in Widerspruch zu den allgemeinen Regelungen über die Ausweisung von Planstellen und anderen Stellen im Stellensoll und schränkt die Transparenz der personalwirtschaftlichen Seite des Haushalts ein.

5.5 Stellenmehrung im Einzelplan 4 (Umsetzung der Grundsteuerreform)

Für das Projekt Umsetzung der Reform der Grundsteuer werden für den Bereich der sächsischen Finanzämter im Kapitel 04 06 Titel 428 10 insgesamt 351 Stellen im Personalsoll D neu veranschlagt. Sie sollen überwiegend erst im Jahr 2025 wegfallen.

Dem SRH ist nicht bekannt, welche Planung das SMF der massiven Stellenmehrung mit rund 15 Mio. € zugrunde gelegt hat. Als Begründung wurde im Regierungsentwurf lediglich das Projekt Grundsteuerreform angeführt. Die hohe Anzahl an Stellen der Entgeltstufe 3 in den Finanzämtern deutet darauf hin, dass es keine digitale Lösung für die Grundsteuerreform geben wird, sondern auf eine händische Erfassung hinausläuft.

Darüber hinaus hat das SMF im Kapitel 04 06 Titel 547 04 Mittel in Höhe von 1,4 Mio. € für das Hj. 2021 und 3,7 Mio. € für das Hj. 2022 für sonstige Sachausgaben der Finanz- und Steuerverwaltung zur Umsetzung der Grundsteuerreform und weiterer Maßnahmen veranschlagt. Der Titel wurde neu in den Haushalt aufgenommen. Der Aufwuchs wird mit dem Projekt Umsetzung Grundsteuerreform und mit dem Standortkonzept der Finanzämter begründet. Welche konkreten Sachausgaben unter diesem Titel vorgesehen sind, ist nicht bekannt.

Sowohl zu den Personal- als auch zu Sachausgaben gab es in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 25. November 2020 keine Ausführungen, obwohl Mehrkosten für den Freistaat Sachsen in Höhe von rd. 23,0 Mio. € entstehen. Die Kosten können nicht durch Einnahmen aus der Grundsteuer gedeckt werden, da diese den Kommunen zusteht.

Der SRH empfiehlt dem HFA, vor der Feststellung des DHH 2021/2022 eine detaillierte Untersetzung der o. g. Ausgaben vom SMF anzufordern.

5.6 Stellenmehrungen und neue Organisationsstrukturen im Einzelplan 07

Im Entwurf zum Einzelplan 07 sind neue Stellen eingeplant, ohne dass der Personalbedarf nachvollziehbar begründet wird.

Für die effiziente Begleitung und Gestaltung des digitalen Wandels im Freistaat Sachsen soll eine Digitalagentur (DiAS) eingerichtet werden, die bei der strategischen Ausrichtung der Digitalpolitik hilft und die Stakeholder der Digitalisierung aus Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft vernetzt. Dabei soll sie insbesondere Aufgaben in den Bereichen Beratung und Öffentlichkeitsarbeit wahrnehmen. Dafür wurden im Kapitel 07 25 insgesamt 14 neue Stellen ausgebracht zuzüglich einer weiteren Stelle zur Koordinierung (Kapitel 07 01).

Das Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit (ZEFAS) soll als zentrale Beratungs-, Bündelungs- und Servicestelle zur Unterstützung der Begleitung sächsischer Unternehmen bei der Fachkräftesicherung und –gewinnung gegründet werden.

Aus dem Stellenplan für die ZEFAS geht hervor, dass 5 Stellen neu geschaffen werden sollen. Darüber hinaus sieht der Titel 428 10 Entgelte in erheblichem Umfang (Soll 2021 640,1 T€ und Soll 2022 1.767,6 T€) für zusätzliche 23 Projektstellen vor. Ob und in welcher Höhe diesem Ausgaben- und Personalzuwachs Einsparungen von Ausgaben für die Fachkräftesicherung in den Titelansätzen im Kapitel 07 07 (Förderung der beruflichen Bildung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) gegenüberstehen, ist im Entwurf nicht erläutert.

Die Sächsische Staatsregierung sollte darlegen, welche Aufgaben in den Fachbereichen Digitalisierung und Fachkräftesicherung im Einzelnen neu hinzugetreten sind, welches Arbeitsvolumen damit verbunden ist und warum die Aufgaben nicht durch das bereits vorhandene Personal wahrgenommen werden können. Außerdem fehlen Angaben dazu, welche Einsparungen diesem Ausgaben- und Personalzuwachs gegenüberstehen.

5.7 Stellenmehrungen im Einzelplan 08

Der Stellenplan im Einzelplan 08 spiegelt die Aufgaben des SMS wider und stellt die Arbeitsfähigkeit des SMS sowie dessen nachgeordneter Einrichtungen sicher. Dabei werden u. a. 23 im Rahmen der Regierungsneubildung neu ausgebrachte Stellen verstetigt und 10 neue Stellen für die Absicherung des Aufgabenzuwachses der LUA Sachsen ausgebracht.

Vom Jahr 2020 zu 2021 ist im Bereich des SMS bei Kapitel 08 01 ein erheblicher Stellenzuwachs von 61 Stellen[1] zu verzeichnen. Die neuen Stellen kommen überwiegend dem politisch-koordinierenden Bereich oder freiwilligen Aufgaben zugute.

[1] Bei dem Zuwachs von 61 Stellen handelt es sich gem. RegEntwurf DoppelHH 2021/2022 um 38 Zugänge von Stellen und 23 Zu- und Abgänge von Stellen im Rahmen von Stellenumsetzungen und -umwandlungen. Die 38 Stellenzugänge untergliedern sich in 15 Stellen für „dringende Bedarfe" und 23 Stellen wurden im Rahmen der „Aufgabenneustrukturierung im Ergebnis der Regierungsneubildung" veranschlagt. Bei dem Stellenzuwachs auf Grund von Stellenumsetzungen und -umwandlungen handelt es sich zum überwiegenden Teil um Stellen aus Kap. 08 10.

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Zusammenfassend stellt der Sächsische Rechnungshof fest, dass für das SMS insgesamt eine Stellenerhöhung ohne wesentlichen Aufgabenzuwachs vorliegt, ersichtliche Begründungen und Bedarfsermittlungen liegen nicht vor.

5.8 Stellenmehrungen im Einzelplan 09

Im Hj. 2021 soll das SMEKUL über 4.124 Stellen verfügen, 264 mehr Stellen als in 2020 (3.860); und in 2022 erhöht sich die Stellenausstattung nochmals um 20 Stellen auf 4.144 Stellen.

Diese Stellenaufwüchse erfolgen insbesondere:

im Bereich des Ministeriums, Kapitel 09 01, Erhöhung um 30 Stellen

- 48 neue Stellen „wegen Aufgabenneustrukturierung im Ergebnis der Regierungsneubildung", wobei ein Aufgabenzuwachs nicht erkennbar ist
- eine neue Stelle „für dringende Bedarfe"
- 9 Stellen wurden vom SMWA umgesetzt wegen Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche
- 23 Stellen fielen durch Umsetzung an das SMR weg aufgrund Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche
- 2 Stellen fielen durch Umsetzungen an das LfULG weg
- 3 Stellen fielen durch Vollzug von kw-Vermerken weg

im Sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie, LfULG, Kapitel 09 12

- 20 neue Stellen „wegen Aufgabenneustrukturierung im Ergebnis der Regierungsneubildung" (4 Stellen) und für die Stärkung der IT-Infrastruktur (16 Stellen)

im Staatsbetrieb Landestalsperrenverwaltung, Kapitel 09 20

- 188 neue Stellen, insbesondere durch Überführung von Projektstellen in das Personalsoll C

im Staatsbetrieb Sachsenforst, Kapitel 09 23

- 46 Stellen im Hj. 2021 zur bedarfsgerechten Stellenausstattung u. a. für die Stärkung der Großschutzgebietsverwaltung sowie zur Stärkung der Ausbildung.

Die geplanten Stellenmehrungen im Bereich des SMEKUL wegen Aufgabenneustrukturierung im Ergebnis der Regierungsneubildung sind nicht mit nachvollziehbaren Aufgabenzuwächsen untersetzt. Dieses Beispiel verdeutlich erneut die unaufschiebbare Notwendigkeit für die Analyse von Landesaufgaben und des dafür erforderlichen Personalbedarfes im Freistaat, auf die der SRH seit Jahren hinweist.

5.9 Stellenmehrung im Einzelplan 10

Die Neubildung des SMR soll zu insgesamt 225 Stellen im Gesamtsoll der Kapitel 10 01 bis 10 04 führen. 122 dieser Stellen wurden aus den Einzelplänen 03 und 09 umgesetzt

und 103 Stellen sollen zusätzlich geschaffen werden, wobei der Haushalts- und Finanzausschuss 23 Stellen davon bereits am 16. September 2020 bewilligte. Der SRH hatte sich mit Schreiben vom 14. September 2020 gegen die Bewilligung von Stellen vor Befassung des Sächsischen Landtages mit dem Doppelhaushalt 2021/2022 ausgesprochen. Das SMF hat dem SMR aufgetragen, bis 15. Januar 2021 zur Stellenbesetzung zu berichten.

Im Ergebnis sollen mit dem vorgelegten Haushaltsplanentwurf 80 neue Stellen, 72 davon dauerhaft, in den Kapiteln 10 01 bis 10 04 geschaffen werden.

Dem SRH ist nicht bekannt, dass der Stellenausstattung des neuen Ministeriums eine Personalbedarfsanalyse zu Grunde lag. Aus Sicht des SRH wurde damit die Chance vertan, anlässlich dessen Neubildung für eine aufgabenorientierte Personalausstattung im Freistaat zu sorgen.

5.10 Stellenmehrung im Einzelplan 12

Lässt man die Titelumsetzungen nach Einzelplan 15 unberücksichtigt, so steigen die Personalausgaben im Geschäftsbereich des SMWK von 2019 bis 2022 um 10 Mio. €. Ein Grund hierfür sind u. a. die erhöhten Personalausgaben durch die Regierungsneubildung von 5,5 Mio. € in Kapitel 12 06.

Deutliche Steigerung der Planansätze von 2,9 Mio. € erfährt vor allem das Kapitel 12 01. Dabei handelt es sich zum Großteil um Umsetzungen aus den Kapiteln 12 02 und 12 03 im Umfang von 2 Mio. €. Dessen ungeachtet erfuhren auch hier fast alle Titel einen Aufwuchs von insgesamt etwa 1 Mio. €.

Mit der Regierungsneubildung 2020 wurde im SMWK nicht nur ein zweiter Ministerposten geschaffen mit Mehrausgaben in 2021 von mindestens 188 T€, sondern auch aus dem ehemaligen Referat im SMWA eine komplett neue Abteilung, bestehend aus drei Referaten mit 27 neuen Stellen, darunter 22 neue Stellen Beamte und 5 neue Stellen Beschäftigte, gebildet. Daraus schlussfolgernd resultieren nicht nur erhöhte Personal-, sondern auch erhöhte Verwaltungsausgaben u. a. für Ausbildung, Dienstreisen und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Regierungsneubildung lag keine Untersuchung hinsichtlich des Personalbedarfs zu Grunde. Die Neubildung erfolgte knapp vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie, die für den sächsischen Haushalt schwer berechenbare finanzielle Folgen mit sich bringt. Mit dem vorgelegten Regierungsentwurf wird das bisherige Ausgabeverhalten aus Vor-Corona-Zeiten, auch in Bezug auf Personalausgaben, kreditfinanziert fortgesetzt.

Teil C Anmerkungen zum Regierungsentwurf des Haushaltsgesetzes

1 Kreditermächtigungen

Für die erneute Inanspruchnahme der Ausnahmeregelung von der Schuldenbremse für die Hj. 2021/2022 und die Verankerung der Kreditermächtigung im § 2 HG bedarf es nach Ansicht des SRH eines neuen Feststellungsbeschlusses des Sächsischen Landtages über das Bestehen oder Weiterbestehen der außergewöhnlichen Notsituation gem. Art. 95 Abs. 5 Verfassung des Freistaates Sachsen i. V. m. Art. 95 Abs. 6 Satz 1 Verfassung des Freistaates Sachsen. Wie der Bezug auf § 2 Abs. 1a Satz 1 HG 2021/2022

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

zeigt, beabsichtigt die Sächsische Staatsregierung die Kreditaufnahme in den Hj. 2021/2022 mit dem Beschluss des Sächsischen Landtages vom 9. April 2020 zu rechtfertigen. Dies ist verfassungsrechtlich bedenklich.

Die Schuldenaufnahme ist an den jährlichen Haushalt gekoppelt und erfolgt zu dessen Ausgleich im jeweiligen Jahr in Einnahmen und Ausgaben. Bei der Aufstellung des Nachtragshaushaltes 2020 diente der Feststellungsbeschluss dementsprechend nur für den ansonsten gefährdeten Haushaltsausgleich im Hj. 2020. Der Umweg über die Aufnahme der Schulden im Sondervermögen kann daran nichts ändern.

Somit können auf die Ausnahme gem. Art. 95 Abs. 5 Sächsische Verfassung gestützte Kreditaufnahmen in den Folgejahren nicht einfach den Fortbestand der außergewöhnlichen Notsituation und des Feststellungsbeschlusses unterstellen.[2]

Für die Kreditaufnahmen in den Hj. 2021/2022 bedarf es neuer Feststellungsbeschlüsse des Sächsischen Landtages über das Weiterbestehen der außergewöhnlichen Notsituation.

2 Sonstige Ermächtigungen - Staatsbetriebe

Mit § 10 Abs. 9 HG 2021/2022 soll das SMF ermächtigt werden, Staatsbetriebe aufzulösen und die im Nebenhaushalt abgebildeten Mittel in den Haushalt wiederaufzunehmen.

Der SRH hat im Jahresbericht 2020 (Beitrag 4, Pkt. 3.2, Tz. 32) unter Bezugnahme auf eine Untersuchung aus dem SMF dargelegt, dass für den ganz überwiegenden Teil der Staatsbetriebe in Sachsen die erwerbswirtschaftliche Ausrichtung als Rechtfertigungsgrund für die Ausgliederung fehlt.

Die Wiedereingliederung von Nebenhaushalten folgt den Grundsätzen der Einheit und Vollständigkeit des Haushaltes und stellt eine wesentliche Etatentscheidung des Parlamentes dar.

Nach Art. 83 Abs. 1 Verfassung des Freistaates Sachsen i. V. m. dem Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetz werden Aufbau, räumliche Gliederung und Zuständigkeiten der Landesverwaltung durch Gesetz geregelt. Folglich hat das Parlament über die Gründung oder Auflösung von Staatsbetrieben zu entscheiden. Die Ermächtigung des SMF, wie im Entwurf zum § 10 Abs. 9 HG 2021/2022 vorgesehen, ist dafür nicht ausreichend.

Der SRH geht deshalb davon aus, dass Organisationsentscheidungen zur Errichtung oder Auflösung eines Staatsbetriebes weiterhin durch Gesetz bestätigt werden.

Vorzugswürdig ist außerdem, die Auflösung der Staatsbetriebe mit der Aufstellung des jeweiligen Haushaltsplans zu vollziehen und im Zuge der Wiedereingliederung über eine wirtschaftliche und sparsame Mittelausstattung der Einrichtungen zu entscheiden.

---

[2] siehe hierzu auch das Gutachten von Prof. Dr. Stefan Korioth, Die Reichweite notlagenbedingter struktureller Nettokreditaufnahme nach der Bremischen Landesverfassung (Art. 131a Abs. 3 BremLV) und die Bedeutung des „begründeten Ausnahmefalls" nach dem Sanierungshilfengesetz (§ 2 Abs. 3 S. 2, Abs. 4 S. 2 SanG) angesichts der COVID-19-Pandemie, Seite 24; https://www.senatspressestelle.bremen.de/detail.php?gsid=bremen146.c.345617.de&asl=bremen02.c.732.de

3 Kostenloses Aufladen von privaten Elektro- oder Hybridfahrzeugen

Der SRH hat seine Auffassung hierzu mit Schreiben vom 25. Januar 2021 an den Vorsitzenden des HFA kundgetan. Es wird auf die BIM mit der Nummer 381, verteilt am 26. Januar 2021, verwiesen.

4 Umschichtungen zu Gunsten von Darlehensförderung

Mit der Regelung des § 10 Abs. 12 HG 2021/2022 soll laut Gesetzesbegründung im Interesse eines ökonomischen Umgangs mit öffentlichen Mitteln die Möglichkeit geschaffen werden, im Vollzug Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für Zuschussförderungen in Darlehensförderungen umzuwandeln. Damit erfolgt eine weitere Übertragung von Budgethoheit vom Parlament auf die Staatsregierung. Letztlich entscheidet das SMF, ob die rückzahlbare Leistung oder das zweckgebundene Darlehen dem Maß des öffentlichen Interesses an den Zuwendungen entspricht.

Der SRH schlägt vor, die Titel für bedingt oder unbedingt rückzahlbare Zuwendungen von vornherein in den Haushalt bei den hierfür in Betracht kommenden Förderungen einzustellen. Sollte sich unterjährig ein Bedarf für die Umstellung von Zuschuss- auf Darlehensförderung zeigen, kann dies mit einem Nachtragshaushalt bewirkt werden.

5 Förderprogramme der Europäischen Union

Die neue Vorschrift in § 11 Abs. 4 Nr. 1 HG 2021/2022 sieht gegenüber § 11 Abs. 3 HG 2021/2022 weitere Ermächtigungen zu dem Parlament grundsätzlich vorbehaltenen Etatentscheidungen zugunsten des SMF im Zusammenhang mit der Bereitstellung der EU-Fördermittel im Förderzeitraum 2021 bis 2027 vor. Die Rechtswirkung der beabsichtigen Regelung besteht darin, in beträchtlichem Umfang eine Übertragung von Budgethoheit vom Parlament auf die Staatsregierung zu billigen.

Die Mittel für die EU-Programme in der Förderperiode 2021 bis 2027 sind im Regierungsentwurf in den Einzelplan 15 zentral aufgenommen. Dies stellt jedoch nicht den endgültigen Veranschlagungsort dar, sondern das SMF soll die zentral ausgebrachten Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen im Wege der Umschichtung entsprechend § 10 Abs. 4 HG 2021/2022 anderen Einzelplänen zuordnen und dafür neue Kapitel und Titel im Staatshaushaltsplan ausbringen können. Die Einnahmen aus den EU-Fonds können in der Förderperiode 2021 bis 2027 nach Angaben der mittelfristen Finanzplanung 2020 bis 2024 (Seite 10) ein Volumen von rd. 4,1 Mrd. € umschließen. Die o. g. Befugnis im Regierungsentwurf zu § 11 Abs. 4 Nr. 1 HG 2021/2022 bezieht sich nach den Ansätzen für die Ausgaben aus der EU-Förderung im Kapitel 15 03 allein in den Hj. 2021 und 2022 zusammen rechnerisch auf ein Finanzvolumen von rd. 722,0 Mio. €.

Sollten die EU-Programme nach In-Kraft-Treten des Haushaltsgesetzes etatreif werden, sind die Mittel mit einem Nachtragshaushalt im gesetzmäßigen Verfahren in den Haushaltsplan einzufügen. § 11 Abs. 4 HG 2021/2022 ist zu streichen.

Der Regierungsentwurf zu § 11 Abs. 4 Nr. 2 HG 2021/2022 sieht vor, dass die Haushaltsmittel bis zur Genehmigung der Operationellen Programme und des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum durch die Europäische Kommission gesperrt bleiben. Allerdings wird das SMF ermächtigt, im Einvernehmen mit der zuständigen Verwaltungsbehörde und den betroffenen Ressorts Ausnahmen zuzulassen. **Es handelt sich dabei um eine Ausnahmeklausel ohne finanzielle Einschränkung, so dass das Risiko einer solchen Ausnahme grundsätzlich zu Lasten des Landeshaushaltes erfolgen wird.**

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

Teil D Anmerkungen zu Einzelplänen

Die Anmerkungen des SRH zu den Einzelplänen im Entwurf sind in der Anlage 1 zusammengestellt.

Teil E Anmerkungen zum Regierungsentwurf HBG

1 Änderung des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung von Förderprogrammen der Ländlichen Entwicklung - Art. 6 HBG

Die finanztechnische Abwicklung der o. g. Förderprogramme oblag bisher aufgrund eines Sonderauftrages der Sächsischen Aufbaubank. Im Ergebnis der hierzu in der Beratenden Äußerung des SRH „Vertragliche Rahmenbedingungen der Übertragung der Abwicklung von Förderprogrammen auf die Sächsische Aufbaubank (SAB)" vom Juni 2015 geäußerten Kritik wurde der Sonderauftrag zum 31. Dezember 2019 beendet. Die Aufgabe wird mit der Gesetzesänderung auf die Staatskassen übertragen.

Der SRH begrüßt diese Entwicklung.

2 Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Zukunftssicherungsfonds Sachsen" - Art. 9 HBG

In den Jahren 2021 und 2022 sollen jeweils 300 Mio. € aus dem „Zukunftssicherungsfonds Sachsen" zur Verstetigung und Stabilisierung der Investitionsausgaben entnommen werden.

Der SRH hat in seinem Jahresbericht 2020 moniert, dass dem Zukunftssicherungsfonds ein nachvollziehbares Konzept besonders notwendiger Investitionen nicht zu Grunde liege und seine organisatorische und finanzielle Ausgliederung aus dem Kernhaushalt schwer zu begründen sei. Hierzu empfiehlt der SRH die strategische Zielrichtung des Fonds sowie seine Mittelausstattung zeitnah zu überprüfen oder über dessen Fortbestand zu befinden.

Mit der vorgelegten Gesetzesänderung wird diese Empfehlung nicht aufgegriffen. Sie ließe sich aber mit einer Anpassung im parlamentarischen Verfahren herbeiführen. Der buchmäßige Endbestand an Kassenmitteln innerhalb des zentralen Liquiditätsmanagements des Gesamthaushaltes betrug zum Jahresende 2020 noch rd. 800 Mio. €.

Der SRH regt an, die mit der Gesetzesänderung geplante Entnahme von 300 Mio. € anzuheben, um den verbleibenden Bestand vollständig auszuschöpfen und das Sondervermögen anschließend aufzulösen.

3 Änderung des Sächsischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft - Art. 5 HBG

Auch nach § 14 Abs. 7 SächsFrTrSchulG ist die Staatsregierung wie bisher verpflichtet, auf der Grundlage der Kostenentwicklung des Schulwesens in öffentlicher Trägerschaft

und unter Einbeziehung der tatsächlichen Entwicklung des Schulwesens in freier Trägerschaft kontinuierlich zu überprüfen, ob Anlass für eine Änderung der Bestimmungen der vorhergehenden Absätze zu den Schülerausgabensätzen besteht.

Der Sächsische Verfassungsgerichtshof hat im Urteil vom 15. November 2013, Az. Vf. 25-II-12, Rdnr. 135, juris, eine Beobachtungspflicht des Gesetzgebers zu den Auswirkungen des Modells der Ersatzschulförderung auf die Praxis in Bezug auf die Einhaltung der grundrechtlichen Anforderungen sowie eine Verpflichtung der rechtzeitigen Nachbesserung als notwendig bezeichnet. Deren Erfüllung können „...etwa regelmäßige Datenerhebungen und Berichte an den Sächsischen Landtag dienen." Der Gesetzgeber ist danach gehalten, die Auswirkungen des Finanzierungsmodells fortlaufend zu beobachten und die Annahmen zu überprüfen. Er kann geförderte Ersatzschulen gesetzlich verpflichten, im „...erforderlichen Umfang (...) Auskunft zu allen förderrelevanten, insbesondere betriebswirtschaftlichen Daten zu geben und entsprechende Nachweise zu erbringen."

Mit der Änderung des § 16 SächsFrTrSchulG verzichtet der Freistaat künftig auf die im Gesetz vorgesehene Mitwirkungspflicht der Träger von Schulen, für die Zuschüsse beantragt werden. Nach geltender Fassung sind diese verpflichtet, dem Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen auf Anforderung für Zwecke der Überprüfung gemäß § 14 Absatz 6 SächsFrTrSchulG in regelmäßigen Abständen Auskünfte zu den Einnahmen und Ausgaben für diese Schulen zu erteilen. **Der Entwurf lässt offen, wie der Freistaat künftig kontinuierlich die tatsächliche Entwicklung des Schulwesens in freier Trägerschaft überprüfen will.**

4 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Eigenverantwortung bei der Durchführung von Förderverfahren im Freistaat Sachsen - Art. 7 HBG

Der SRH behält sich eine gesonderte Stellungnahme vor.

5 Änderung des Gesetzes über die Errichtung eines Sondervermögens „Breitbandfonds Sachsen" - Art. 8 HBG

Mit der Schaffung des Breitbandfonds Sachsen wurde keine Zusammenführung aller Fördermöglichkeiten im Bereich Breitbandausbau erreicht. Auch die beabsichtigte Gesetzesänderung enthält keine Strukturänderung. Damit bleibt die Lage hinsichtlich der Fördermöglichkeiten und Finanzierungsquellen (ELER, GAK, Bund allgemein, Freistaat Sachsen als Geber von Kofinanzierungsmitteln für alle Förderungen) auch künftig unübersichtlich. Zuwendungen für den Breitbandausbau sind neben der RL DiOS und der RL DiOS-EFRE auch in der RL LE/2014 (GAK; ländlicher Raum, Ziff. II. 2 und II. 3. a. gg) sowie in der RL LEADER/2014 (ELER; Teil B. II. 2.2.1. e und Teil B. II. 3.2.2. e) vorgesehen.

Wie der SRH bereits früher festgestellt hat, ist haushaltsrechtlich eine Förderung des Breitbandausbaus nur nachrangig zur Aus- und Aufbauverpflichtung der Telekommunikationsunternehmen zulässig; vgl. Jahresbericht 2013, Band 1, Beitrag 20. Das ist bei der Ausgestaltung der künftigen Förderung zu beachten. Eine entsprechende Eingrenzung ist weder im vorliegenden Änderungsgesetz noch in den genannten Förderrichtlinien enthalten.

Der SRH beurteilt die Errichtung des Fonds weiterhin kritisch. Er sieht die Versorgung des Freistaates mit Breitband mit großer Sorge, insbesondere im Hinblick auf die Bedarfe, die im Zusammenhang mit der Bewältigung der Corona-Pandemie offenkundig zu decken sind.

6 Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Sondervermögens „Strukturentwicklungsfonds sächsische Braunkohleregionen" - Art. 11 HBG

Zusammen mit den betroffenen Ländern gewährt der Bund den heutigen Kohleregionen bis zum Ende der Kohleverstromung, spätestens im Jahr 2038, finanzielle Unterstützungen im Umfang von 40 Mrd. €, davon 26 Mrd. € unmittelbare Förderungen durch den Bund und Finanzhilfen an die Länder im Umfang von 14 Mrd. €.

Der Freistaat Sachsen beabsichtigt, die ihm nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen zur Verfügung gestellten Bundesmittel und die erforderlichen Kofinanzierungsmittel des Landes über einen Fonds zu bewirtschaften. Diesem Zweck soll die Errichtung eines nicht rechtsfähigen Sondervermögens „Strukturentwicklungsfonds sächsische Braunkohleregionen" dienen. In den Hj. 2021 und 2022 werden Bundesmittel jährlich von 228.250,0 T€ erwartet.

Die Mittel des Bundes sollen nach Verausgabungsbedarf beim Bund abgerufen und über das Sondervermögen vereinnahmt und den Förderempfängern zugeführt werden. Zahlungen fließen nicht über den Haushaltsplan, sondern werden aus dem Sondervermögen geleistet. Fondsverwalter soll das SMR sein.

In 2021 soll aus der Auflösung des Garantiefonds eine Zuführung aus dem Landeshaushalt an das Sondervermögen in Höhe von 86,534 Mio. € erfolgen. Die Zuführung in 2021 ist im Regierungsentwurf in Kapitel 10 04 Titel 634 71 und Kapitel 10 04 Titel 88471 mit 17 Mio. € und 69,534 € enthalten. Der Wirtschaftsplan zum Sondervermögen ist als Anlage zu Kapitel 10 04 dem Einzelplan 10 beigefügt. Dem Wirtschaftsplan sind Angaben zur Deckung der Aufwendungen für die SAS GmbH und SAB – Förderbank für Beratungs- und Bewilligungsleistungen nicht zu entnehmen.

Ab 2023 wird eine Mindestzuführung von 15 Mio. € aus dem Landeshaushalt jährlich an das Sondervermögen angegeben. Der jährliche finanzielle Aufwand zur Bewirtschaftung des Sondervermögens wird mit 15.879,52 € angegeben, was insbesondere den Personalaufwand von 240 Arbeitsstunden (0,14 VZÄ) beinhalte.

Der SRH hat mehrfach in den Jahresberichten die ausufernde Ausgliederung von Teilen der staatlichen Haushaltswirtschaft in Nebenhaushalte beanstandet. Für das neue Sondervermögen sind keinerlei Gründe ersichtlich, die eine Ausnahme vom Grundsatz der Einheit und Vollständigkeit des Haushaltes rechtfertigen. Die mit der Finanzierung des Strukturwandels verbundenen Einnahmen und Ausgaben sind in den Einzelplan 10 einzubinden.

Die Landesmittel sollen der Kofinanzierung der Bundesmittel sowie der Deckung der Verwaltungsausgaben der Beratungs- und Bewilligungsstellen (SAS GmbH und SAB – Förderbank) dienen. Auf Seite 67 des Epl. 15 des Haushaltes 2021/2022 ist die SAS GmbH als Beteiligung des Freistaates aufgeführt.

Jedoch soll sie entgegen den Grundsätzen der zentralen Finanzierung der Beteiligungen des Freistaates aus Kapitel 1521 Zuführungen aus dem Sondervermögen erhalten. Dies widerspricht dem Grundsatz der Haushaltsklarheit und Wahrheit

SÄCHSISCHER RECHNUNGSHOF | Freistaat SACHSEN

und erschwert den Überblick über die Finanzierung von Beteiligungen des Freistaates. Die Zuführungen sind in Kapitel 15 21 aufzunehmen.

Schlussbemerkung

Der Spielraum für freiwillige Ausgaben des Freistaates wird sich mittelfristig spürbar verkleinern. Die Entwicklung der finanziellen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren nach der Pandemie ist nur begrenzt abschätzbar. Die Corona-Schulden sind zügig abzubauen, um die Rückzahlungsverpflichtungen nicht auf die nächsten Generationen abzuwälzen.

Der Doppelhaushalt 2021/2022 ist aus Sicht des SRH in der von der Sächsischen Staatsregierung vorgelegten Fassung noch nicht beschlussfähig. Deswegen möchte der SRH die Fraktionen ermuntern, neben den Anpassungen im aktuellen Regierungsentwurf auch weitergehende Impulse für die kommenden Haushaltsperioden zu setzen und insbesondere die Überprüfung des Personalbedarfes sowie der Landesaufgaben durch die Staatsregierung zeitnah einzufordern. Die künftigen finanziellen Herausforderungen lassen sich nur lösen, wenn ohne Zeitverzug die Weichenstellungen für den Doppelhaushalt 2023/2024 gesetzt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Prof. Dr. Karl-Heinz Binus
Präsident

Anlagen

Beglaubigt
Angestellte

FREISTAAT SACHSEN RECHNUNGSHOF

Anlage 1 zur Äußerung des Präsidenten des SRH gem. § 35 Abs. 3 GO-SLT zum Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 vom 11. Februar 2021

Teil D - Anmerkungen zu den Einzelplänen

Einzelplan 02

Doppelstrukturen

Im Regierungsentwurf zum Kapitel 02 03 Titel 683 63 werden Haushaltsmittel in Höhe von 1,0 Mio. € je Jahr für die Förderung des Medienstandortes Sachsen veranschlagt.

Die Förderung von Film-, Fernseh- und sonstigen audiovisuellen Medienproduktionen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist originäre Aufgabe der Mitteldeutschen Medienförderung GmbH (MDM). Die Zuschüsse und Kapitalzuführungen an die MDM sind unverändert im Kapitel 15 21 veranschlagt.

Damit wurde die Empfehlung des SRH im Rahmen der Prüfung der MDM im Jahr 2019, den Gesellschafterzuschuss abzuschaffen und stattdessen eine reguläre Förderung der MDM über den Epl. 02 vorzunehmen, nicht umgesetzt. Bei den in diesem Titel veranschlagten Mitteln handelt es sich somit um zusätzliche Fördermittel. Daneben übernimmt auch die Sächsische Landesmedienanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) Aufgaben im Bereich der Medienförderung (§ 28 SächsPRG).

Der SRH kritisiert eine fehlende Abgrenzung der in diesem Titel veranschlagten Mittel zur Förderung durch die MDM und die SLM.

Zuständigkeit

Im Regierungsentwurf zum Kapitel 02 03 Titel 685 63 werden Haushaltsmittel in Höhe von jeweils 175 T€ für die Einrichtung eines Aus- und Weiterbildungszentrums für Medienberufe neu veranschlagt.

Es bestehen erhebliche Bedenken, ob die Förderung einer Einrichtung zur Aus- und Weiterbildung für Medienberufe dem Aufgabenspektrum der Sächsischen Staatskanzlei unterfällt. In der enumerativen Aufzählung unter A.I. des Beschlusses der Sächsischen Staatsregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsministerien vom 13. Februar 2020 (SächsGVBl. S. 40) findet sich unter Nr. 14 die Zuständigkeit für Printmedien, Onlinemedien, Rundfunkwesen, sonstige Medien, Filmförderung, Games, soweit nicht nach Ziffer VI.2 Nummer 3 das Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus zuständig ist.

Eine Zuständigkeit für die Aus- und Weiterbildung für Medienberufe ergibt sich daraus nicht.

Der SRH bittet um Beachtung.

Einzelplan 03

Notwendigkeit für Mittelansatz

Der SRH begrüßt zunächst die Neustrukturierung in der Titelgruppe 52 im Kapitel 03 04 (Aufenthalt, Unterbringung und Rückführung von Asylbewerbern). Anhand des neuen Aufbaus sind die Haushaltsansätze bei den jeweiligen Titeln besser nachzuvollziehen.

Allerdings ist aus dem Entwurf zur Titelgruppe 52 nicht ersichtlich, warum trotz rückläufiger Asylbewerberzahlen die Ausgaben weiterhin auf dem Niveau von 2019 mit 332,1 Mio. € verbleiben sollen.

Der SRH weist vorsorglich auf eine mögliche Vorbindung des Haushalts hin, ohne dass diese tatsächlich erforderlich ist.

Doppelstrukturen

Im Kap. 03 03 Titelgruppe 51 (Programme gegen Extremismus) werden Mittel zur Finanzierung von Maßnahmen in den Themenfeldern Demokratieförderung und Extremismusprävention veranschlagt. Im Geschäftsbereich des SMS fördert das Land Projekte aus dem Landesprogramm "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz", Programme gegen Extremismus aus Kapitel 08 10 Titelgruppe 54.

Der SRH schlägt vor, dass sich die Ressorts hierzu abstimmen und dem Haushalts- und Finanzausschuss vor der Feststellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 darüber berichten.

Einzelplan 05

Qualität der Haushaltsaufstellung

Im Kapitel 05 03 wurde die Titelgruppe 87 Digitalisierungsinitiative „nu.digital" veranschlagt. Ein Deckungsvermerk lautet: „05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 45/TG 73".

Ein Sachzusammenhang für die kapitelübergreifende einseitige Deckungsfähigkeit zu Gunsten Kapitel 05 45 Titelgruppe 73 Förderung von Ganztagsschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten erschließt sich nicht.

Im Kapitel 05 04 sind alle 11 Titel für Landesmittel gegenseitig deckungsfähig und alle 11 Titel für Bundesmittel sind gegenseitig deckungsfähig. In den Haushaltsvermerken sind zu jedem Titel die jeweils 11 deckungsfähigen Titel einzeln aufgeführt.

Der SRH weist darauf hin, dass zur besseren Übersichtlichkeit die Deckungsfähigkeit dem Kapitel vorangestellt werden oder je eine Titelgruppe Landesmittel und Bundesmittel eingerichtet werden sollte.

Die seit 2020 im Sächsischen Schulgesetz neu aufgenommenen Gemeinschaftsschulen wurden als neues Kapitel 05 41 vollständig als Leertitel veranschlagt. Unklar ist dabei, ob die Gemeinschaftsschulen aus Umsetzungen finanziert oder ob Mehrausgaben erforderlich werden.

Auch das neue Kapitel 05 42 Assistenz an Schulen enthält kaum Erläuterungen zu Rechtsgrundlagen und zu den hohen Ausgabensteigerungen.

Der SRH sieht die Notwendigkeit, im Vorwort zu den beiden Kapiteln entsprechende Erläuterungen aufzunehmen.

Einzelplan 06

Doppelstrukturen

Im Kapitel 06 15 sind für die Bereiche Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung Haushaltsmittel in Höhe von rd. 18,12 Mio. € für 2021 und rd. 21,19 Mio. € für 2022 neu eingeplant.

Aus Sicht des SRH bestehen Bedenken, ob bei den Haushaltstiteln der Zweck entsprechend § 17 SäHO eindeutig bestimmt ist. Mehrere Haushaltsstellen erscheinen hinsichtlich der Zweckbestimmung ungenau und lassen auf eine fehlende Abgrenzung zu anderen Ressorts sowie zu anderen Förderprogrammen schließen. Denkbar ist bei Kapitel 06 15 insbesondere eine Überschneidung mit Förderprogrammen des SMS, etwa mit der Richtlinie Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz und mit der Richtlinie Gesellschaftlicher Zusammenhalt.

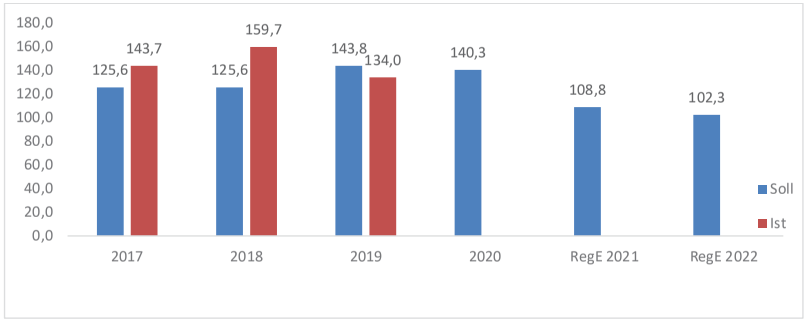
Deswegen sollte bereits bei Haushaltsaufstellung Vorsorge getroffen werden, dass eine unzulässige Doppelförderung ausgeschlossen wird.

Der SRH schlägt vor, dass sich die Ressorts hierzu abstimmen und dem Haushalts- und Finanzausschuss vor der Feststellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 darüber berichten.

Einzelplan 07

Ausgaben für Baumaßnahmen (Hauptgruppe 7)

Die Ausgaben für die HGr. 7 Baumaßnahmen haben sich in den vergangenen Jahren wie folgt entwickelt (Angaben in Mio. €):



Es ist auffällig, dass die Haushaltsansätze im Regierungsentwurf 2021/2022 für die genannten Ausgaben deutlich vom Soll der Hj. 2017 bis 2020 abweichen:

2021 - 31,5 Mio. € gegenüber 2020 bzw. - 22,5 %

2022 - 38,0 Mio. € gegenüber 2020 bzw. - 27,1 %

Das Straßeninfrastrukturvermögen hat sich im Zeitraum vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2019 von rd. 3,9 Mrd. € auf 3,65 Mrd. €, also um rd. 250 Mio. €, verringert.

Der SRH sieht den Rückgang der Investitionen kritisch, da ein weiterer Verzehr des Straßeninfrastrukturvermögens in den kommenden Jahren zu erwarten ist.

Haushaltsklarheit

Im Kapitel 07 06 stimmen die haushalterische und fachliche Definition der Erhaltung im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2021/2022 weiterhin nicht überein. Der SRH verweist dazu auf seine Ausführungen in der Beratenden Äußerung zur Erhaltung der staatlichen Straßeninfrastruktur sowie seine Anmerkungen zu den vorangegangenen Regierungsentwürfen zu den Doppelhaushalten 2017/2018 und 2019/2020 hin.

Zur Erhaltung zählen die betriebliche und bauliche Unterhaltung, Instandsetzung sowie Erneuerung. Die Unterhaltung dient vor allem der Benutzbarkeit, die Instandsetzung dem Erreichen der geplanten Lebensdauer. Unterhaltung und Instandsetzung wirken sich werterhaltend, aber nicht wertsteigernd aus (konsumtiv). Erst die Erneuerung hat investiven Charakter und erhöht das Infrastrukturvermögen, weil Erneuerungsmaßnahmen die reale Lebensdauer und rechnerisch die Abschreibungszeit der vorhandenen Straßen oder Bauwerke verlängern.

Abweichend davon sind im Regierungsentwurf 2021/2022 als investive Maßnahmen (Hauptgruppe 7) ausgewiesen: Ausgaben für Lieferungen und Leistungen der betrieblichen Unterhaltung im Direktaufwand bei Kapitel 07 06 Titel 780 84, Ausgaben für Lieferungen und Leistungen der baulichen Unterhaltung bei Kapitel 07 06 Titel 781 84 und Maßnahmen der Instandsetzung bei Kapitel 07 06 Titel 782 84.

Der Titel 783 75 des Kapitels 07 06 trägt die Zweckbestimmung Maßnahmen der Erhaltung. Diese Bezeichnung ist nicht eindeutig, investive Maßnahmen sind Erneuerungsmaßnahmen. Die Erläuterungen sehen eine Vermischung von konsumtiven und investiven Ausgaben vor: „Ausgaben für Instandsetzung und Erneuerung sowie jede Verbesserung des Zustandes der Verkehrsanlagen …“.

Im Haushaltsplan müssen die entsprechenden Haushaltsstellen gemäß ihrer Zweckbestimmung und in Übereinstimmung mit der Haushaltssystematik in konsumtive und investive Maßnahmen getrennt werden. Bereits in seiner Beratenden Äußerung "Erhaltung der staatlichen Verkehrsinfrastruktur" vom März 2016 hat der SRH darauf hingewiesen, dass die Größenordnung der Investitionen für die Straßeninfrastruktur eindeutig bemessen und klar erkennbar sein muss. Unterhaltung und Instandsetzung sind keine investiven Maßnahmen. Sie sind folglich nicht der Hauptgruppe 7 zuzuordnen.

Der SRH bittet mit Nachdruck um Beachtung.

Einzelplan 08

Doppelstrukturen

Im Ergebnis der Regierungsneubildung wird das Thema „Demokratie“, bisher im SMS bei Kap. 08 10 angesiedelt, nunmehr von verschiedenen Ressorts, dem SMS, SMJus und SMI, parallel bearbeitet. Das Thema „Extremismus“ wird in den Geschäftsbereichen des SMS und des SMI bearbeitet. Im Bereich der Förderung sind dadurch Überschneidungen zwischen den beiden Ressorts entstanden. Die Förderrichtlinien des SMS (z. B. RL Integrative Maßnahmen) decken wiederum viele Aufgaben und Themen aus den anderen Ressort ab, wie z. B. SMK (Kultur, Bildung). Die Förderung im Bereich des SMR deckt wiederum Förderzuständigkeiten anderer Ressorts ab und tangiert so z. B. den Bereich der Telemedizin des SMS.

Mit der Regierungsneubildung sind Doppelstrukturen in den Geschäftsbereichen entstanden, die bisher nicht bereinigt worden sind. Dadurch kommt es zu Überschneidungen in den jeweiligen Aufgabenbereichen, Abgrenzungsprobleme zwischen den verschiedenen Förderrichtlinien und den jeweiligen Zuständigkeiten sind zu erwarten.

Investive Krankenhausfinanzierung

Bei Maßnahmen der Investitionsfinanzierung der Sächsischen Krankenhäuser in Kapitel 08 40 wurde für Neubeginne eine Einzelveranschlagung vorgenommen.

Die Gesamtsumme der Landesförderung für die Investitionsfinanzierung der stationären Versorgung hat sich gegenüber 2020 für die Jahre 2021/2022 um jeweils 15,5 Mio. € (12,4 %) und im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag 2021/2022 um jeweils 50,5 Mio. € (31,5 %) vermindert. Insbesondere die Haushaltsansätze von Kapitel 08 07 Titel 891 01 „Investitionsfinanzierung der stationären Versorgung nach § 10 sowie §§ 12-16 SächsKHG“ wurden jeweils 15,5 Mio. € gekürzt. Die Veranschlagung bei Kapitel 08 07 Titel 891 02 „Zuschüsse für Investitionen der stationären Versorgung nach § 11 SächsKHG“ bleibt weiterhin auf dem Niveau von 2020.

Auf Nachfrage, warum die Haushaltsansätze für die Krankenhausinvestitionsfinanzierung nicht höher veranschlagt wurden, teilte das SMS mit, dass das Volumen zur Umsetzung von komplexen Investitionsvorhaben nicht ohne Weiteres hochgefahren werden könne, zumal es auch noch zusätzliche Bundesmittel im Rahmen der Coronahilfen gäbe. Es bestünde somit ein Kapazitätsproblem. Das zeige sich auch an den bereits hohen Ausgaberesten.

Der SRH hält eine deutlich höhere Investitionstätigkeit zum Substanzerhalt der sächsischen Krankenhäuser für notwendig und verweist auf seine Prüfungsmittelung zum Thema. Ferner empfiehlt er, die Staatsregierung zum Ergreifen von Maßnahmen zur Beschleunigung des Mittelabflusses aufzufordern.

Bei dieser Gelegenheit erinnert der SRH daran, dass es sich bei den Zuschüssen für Investitionen der stationären Versorgung nach § 10, 11, 12-16 SächsKHG um gesetzliche Pflichtaufgaben handelt und dass absehbare Mehrbedarfe ggf. im Haushaltsvollzug aufgefangen werden müssen.

Der Verzicht auf die Deckung des Haushaltsansatzes für Ausgaben nach § 10 sowie §§ 12 bis 16 SächsKHG bei Kapitel 08 07 Titel 891 01 aus Mitteln des Sondervermögens „Zukunftssicherungsfonds Sachsen“ und damit der Wegfall des Einwilligungsvorbehalts des Haushalts- und Finanzausschusses wird grundsätzlich positiv bewertet. Aus dem Schreiben des SMS vom 18.Juni 2020 geht hervor, dass die Fondsmittel für den Teilförderbereich Krankenhausfinanzierung ausgeschöpft seien. Damit wird der Empfehlung des Sächsischen Rechnungshofs gefolgt, nach Ausschöpfung der im Sondervermögen für die Krankenhausfinanzierung zugeordneten Mittel für die Investitionskostenförderung der Krankenhäuser nicht mehr über den „Zukunftssicherungsfonds Sachsen“ zu finanzieren.

Neuer Fördergegenstand

Im Kapitel 08 10 Titel 684 05 werden Zuschüsse für das Modellprojekt "Soziale Orte" neu veranschlagt. Damit sollen neue Strukturen zur Bündelung von Beratungsleistungen und Schaffung von Begegnungsorten im kommunalen öffentlichen Raum mit 1.200,0 T€ (2021) bzw. 4.000,0 T€ (2022) geschaffen werden. Die Rechtsgrundlage für die Mittelgewährung bildet die Richtlinie des SMS zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Der SRH gibt zu bedenken, dass ein neuer Fördergegenstand nicht unbedingt zur Transparenz in der sächsischen Förderlandschaft beiträgt. Jegliche Überschneidungen mit anderen Förderprogrammen sollen vorab vermieden werden.

Qualität der Haushaltsaufstellung

Im Kapitel 08 10 Titel 684 54 werden für Zuschüsse für Projekte nach dem Landesprogramm “Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ Ansatzsteigerungen von je 1.876,2 T€ gegenüber dem Hj. 2020 eingeplant. Das SMS begründet dies mit einem erhöhten Bedarf ohne nähere Informationen hierzu.

Aus Sicht des SRH ist dies keine schlüssige Begründung für Mittelanstieg von mehr als 1,9 Mio. € je Jahr.

Neben den Zuschüssen für die institutionelle Förderung des Sächsischen Landesvereinigung für Gesundheitsförderung e.V. soll der Verein lt. Wirtschaftsplan in den kommenden Haushaltsjahren weitere Projekte fördern.

	Plan 2020	RegE 2021	RegE 2022
	in T€		
Institutioneller Haushalt Kapitel 0807, Titel 686 52	250,0	290,0	300,0
Projekt Vernetzungsstelle Kita- und Schulverpflegung	120,0	160,0	160,0
Projekt Fach- und Koordinierungsstelle Suchtprävention	186,0	190,0	195,9
Projekt LRV Gesund im Alter		90,5	93,2
Projekt LRV Kita		59,2	60,9
Projekt „Glück sucht Dich“		460,4	474,1

Es ist nicht ersichtlich, welche Projekte aus dem Haushalt des Vereins und welche aus den Mitteln des Freistaates finanziert werden sollen. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass es ggf. zu Überschneidungen kommt.

Im Fall des Projektes LRV Kita kann eine falsche Zuordnung zum SMS vorliegen, denn Kindertageseinrichtungen werden im Wesentlichen aus dem Epl. 05 gefördert.

Der SRH bittet um Beachtung.

Sächsische Kommunalpauschalenverordnung – SächsKomPauschV

Laut Entwurf zum Doppel-HH 2021/2022 ist es geplant, Mittel für verschiedene Zwecke im vereinfachten Verfahren auf der Grundlage der SächsKomPauschVO an die Landkreise und Kreisfreien Städte auszureichen. Die Aufschlüsselung an die Gebietskörperschaften erfolgt über verschiedene Verteilerschlüssel z. B. einwohnerindiziert. Wegen des vereinfachten Verfahrens und des verringerten Verwaltungsaufwandes werden für den Vollzug keine zusätzlichen SAB-Gebühren veranschlagt.

Zum Nachweis der Ausgaben auf Grundlage der SächsKomPauschVO war im Doppelhaushalt 2019/2020 Kapitel 08 03 Titel 633 10 als Leertitel mit einer Vielzahl von einseitigen Deckungsvermerken zu den Fachtiteln veranschlagt. Der SRH hatte den Umfang der Deckungsvermerke in seiner Stellungnahme zum Haushaltsentwurf 2019/2020 beanstandet[1]. Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2021/2022 ist Kapitel 08 03 Titel 633 10 als wegfallend gekennzeichnet. Die Gewährung der pauschalierten zweckgebundenen Zuwendungen an Kommunen ist direkt über die jeweiligen Fachtitel vorgesehen.

Der Verzicht auf die Veranschlagung eines Leertitels mit umfangreichen Deckungsvermerken wird begrüßt.

Einzelplan 09

Umressortierung:

Der Bereich Energiepolitik ist vom SMWA an das SMEKUL übergegangen. Unter Kapitel 09 03 wurde die Titelgruppe 52 (Energie und Klimaschutz) neu ausgebracht. Eine (Teil-)Umsetzung von Titeln des SMWA ist ausweislich der Erläuterungen im Wesentlichen jedoch nicht erfolgt. Nur ein Titel enthält eine Umsetzung. Es ist ein ganzer Aufgabenbereich übergegangen, ohne dass in die entsprechende Titelgruppe nennenswerte Mittel umgesetzt wurden.

Auch im Kapitel 09 12 (LfULG) sind bis 2024 noch immer 15 Stellen für das Projekt simul+InnovationsHub ausgewiesen, obwohl gemäß dem Beschluss der Sächsischen Staatsregierung über die Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Staatsministerien die Zukunftsinitiative simul+, insbesondere die Säule „simul+InnovationsHub“ ausschließlich dem SMR zugewiesen wurde. Zudem ist unklar, wieso in dem Kapitel trotz Übergang von Aufgaben an das SMR lediglich eine Stelle (E 13) umgesetzt werden soll.

Der vollzogenen Umressortierung folgt keine transparente Abbildung der erfolgten Titel- und Stellenumsetzungen in den genannten Einzelplänen. Wir bitten um Beachtung.

Qualität der Haushaltsaufstellung

Unter Kapitel 09 12 soll der Titel 536 01 entfallen und die Abführung der Umsatzsteuer für umsatzsteuerpflichtige Einnahmen des LfULG aus der Biogasanlage des Lehr- und Versuchsguts Köllitsch ab 2021 über einen separaten Abschnitt des Verwahr- und Vorschussbuches erfolgen.

Bei der abzuführenden Umsatzsteuer handelt es sich um eine Ausgabe des Freistaates. Die Einnahmen und Ausgaben des Freistaates sind in voller Höhe im Haushaltsplan zu veranschlagen und mit ihrem vollen Betrag bei dem hierfür vorgesehenen Titel zu buchen; vgl. § 15 Abs. 1, § 35 Abs. 1 SäHO (Bruttoveranschlagung und Bruttonachweis).

Der SRH bezweifelt die haushaltsrechtliche Zulässigkeit der geplanten Vorgehensweise, denn damit werden die entsprechenden Ausgaben nicht transparent im Haushaltskreislauf ausgewiesen. Es wird damit gegen den Haushaltsgrundsatz der Einheit und gegen das Bruttoprinzip verstoßen.

Unter dem Kapitel 09 12 Titel 527 53 wird der Mittelansatz in der Erläuterung begründet: „Veranschlagt sind Mittel für Erstattungen von Reisekosten der Bediensteten des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie.“

Bereits wie im DHH 2019/2020 sollte an dieser Stelle klargestellt werden, dass hier nur Reisekosten für Forschungsvorhaben der Titelgruppe 53 gebucht und nachgewiesen werden dürfen. Wir bitten um Beachtung.

Einzelplan 10

Doppelstrukturen

Bei der Auswertung des Entwurfs zu Einzelplan 10 hat der SRH erneut Aufgabendopplungen zum anderen Einzelplan festgestellt. Im Kapitel 10 04 Titelgruppe 54 (Zukunftsinitiative simul+) werden Haushaltsmittel veranschlagt, um durch die Vernetzung und die Zusammenarbeit von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltung Wissen, innovative Produkte und Ideen schneller in die Praxis zu transferieren und technologischen Fortschritt in allen Regionen des Freistaates Sachsens zu befördern. Dafür sind für das Haushaltsjahr 2021 7, 2 Mio. € und für 2022 8,7 Mio. € eingeplant, davon jährlich 0,5 Mio. € für zusätzliche Projektbeschäftigte.

Aus der Titelgruppe 52 im Kapitel 08 06 für den Einzelplan 08 werden Zuschüsse für Projekte zur Förderung der Telemedizin sowie Mittel für Maßnahmen der Sächsischen Gesundheitswirtschaft und der internationalen Zusammenarbeit von rd. 5,1 Mio. € je Jahr veranschlagt.

Aus den beiden Titelgruppen können u. a. Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit gefördert werden.

Der SRH schlägt vor, dass sich die Ressorts hierzu abstimmen und dem Haushalts- und Finanzausschuss vor der Feststellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 darüber berichten.

[1] Stellungnahme des SRH vom 01.10.2018 (Az. PP-0422.8/19 4288/18), Abschn. E2.2.

Qualität der Haushaltsaufstellung

Für das Kapitel 10 06 - Landesamt für Denkmalpflege, ehemals Kapitel 03 24, fehlen im Kapitelabschluss das Ausgaben-Soll 2020 und Ausgaben-Ist 2019.

Für das Kapitel 10 08 (Staatsbetrieb „Geobasisinformation und Vermessung Sachsen“, ehemals Kapitel 03 21, fehlen ebenfalls im Kapitelabschluss das Ausgaben-Soll 2020 und Ausgaben-Ist 2019. Die Verpflichtungsermächtigungen im Ist 2019 sind angegeben.

Die fehlenden Angaben können auf der Basis der Daten zum ehemaligen Kapitel 03 24 und 03 21 ergänzt werden. Der SRH bittet um Beachtung.

Einzelplan 14

Globale Haushaltsvermerke – Nr. 2

Mit dem Regierungsentwurf wurden die globalen Haushaltsvermerke im Einzelplan 14 im Vergleich zum DHH 2019/2020 zum Teil inhaltlich und zum Teil in der Reihenfolge geändert.

Der Vermerk Nr. 2 im Regierungsentwurf sieht vor, dass die Verpflichtungsermächtigungen der Hauptgruppen 7 und 8 und der Gruppe 518 gegenseitig deckungsfähig sein sollten.

Der SRH weist darauf hin, dass durch die Deckungsfähigkeit von Investitionen zu Mietausgaben eine unkontrollierbare Flächenerweiterung mittels Anmietungen durch SMF ermöglicht wird.

Globale Haushaltsvermerke – Nr. 3

Laut dem Regierungsentwurf für den globalen Haushaltsvermerk Nr. 3 sollen nicht nur Ausgaben und VE, sondern auch Ausgabereste der Hauptgruppen 7 und 8 für gegenseitig deckungsfähig erklärt werden.

Der SRH hat sich bereits zum Doppelhaushalt 2017/2018, in dem dieser globale Haushaltsvermerk erstmals ausgebracht war, dazu geäußert und hält an seiner Auffassung fest.

Ausgabereste werden gem. § 45 Abs. 1 Satz 1 SäHO zweckentsprechend gebildet und für diesen Zweck übertragen. An die Bildung von Ausgaberesten sind hohe Anforderungen gestellt, um u. a. ein Umgehen des Budgetrechts des Parlaments zu vermeiden. Mit dem geplanten Vermerk könnten Ausgabereste unabhängig von ihrem Zweck für jegliche Ausgaben der HGr. 7 und 8 eingesetzt werden. Ausgabereste dürfen demzufolge nicht für deckungsfähig erklärt werden.

Der Vermerk stellt einen Verstoß gegen den Haushaltsgrundsatz der sachlichen Bindung (§ 45 Abs. 1 Satz 1 SäHO) dar. Soweit von der Deckungsfähigkeit Gebrauch gemacht wird, entfällt im Nachhinein die Ermächtigung, die Ausgabereste zu übertragen. Daher ist die Deckungsfähigkeit von Ausgaberesten zu streichen.

Globale Haushaltsvermerke – Nr. 4 und 5

Die Haushaltsmittel für Bewirtschaftung (Gruppe 517) und Bauunterhalt (Gruppe 519) werden weiterhin bis auf den kleinen Baubedarf nach RLBau Abschnitt C Nr. 5 zentral in den Kapiteln 14 20 (Sammelansatz Landeseinrichtungen) und 14 40 (Sammelansatz Hochschulen) veranschlagt.

Nach dem globalen Deckungsvermerk sind die Ausgaben der Gruppen 517 bis 519 der Kapitel 1401 bis 1440 gegenseitig deckungsfähig sowie einseitig deckungsfähig zu Lasten von Kapitel 14 20 Titel 713 91 oder Kapitel 14 40 Titel 713 91. Der globale Deckungsvermerk Nr. 5 eröffnet weitere Deckungsmöglichkeiten für die Gruppen 518 und 519 aus der Hauptgruppe 7.

Die haushaltsrechtlich erforderliche Transparenz im Zusammenhang mit der Anwendung der globalen Haushaltsvermerke wäre nur über die Darstellung der Bedarfe je Haushaltsstelle zu erzielen. Eine solche Darstellung liegt bisher nicht vor. Dem gleichen Ziel dient eine Veranschlagung nach einheitlichen Grundsätzen. Die Haushaltsmittel für Mieten und Pachten (Gruppe 518) werden in diesem Sinne titelgenau veranschlagt. Die Einzelveranschlagung sollte gegenüber einer zentralen Veranschlagung vorrangig sein, um die Transparenz zu erhöhen.

Der SRH empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, das SMF aufzufordern, die bisher teilweise fehlende Einzelveranschlagung der Haushaltsmittel des Einzelplans 14 einheitlich umzusetzen und dadurch mehr Haushaltstransparenz zu erzielen.

Ausgabenanstieg in der Gruppe 518 / Qualität der Haushaltsaufstellung

Der Mittelansatz für Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume in der Gruppe 518 liegt im Regierungsentwurf für 2021/2022 mit rd. 56,8 Mio. € und 58, 6 Mio. € deutlich über den Ist-Ausgaben des Jahres 2019 von 45,7 Mio. €. Damit ist eine Steigerung um 25 % zwischen 2021 und 2019 zu verzeichnen.

Der Anstieg der Ausgaben ist nicht nachvollziehbar. Nähere Begründungen für den deutlichen Anstieg der Ausgaben sind den allgemeinen Erläuterungen bei den Haushaltsstellen nicht zu entnehmen.

Der SRH empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, das SMF aufzufordern, die geplanten Ausgabensteigerungen in der Gruppe 518 konkret zu begründen.

Bauunterhalt in der Gruppe 519

Die im Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 vorgesehenen Haushaltsmittel für den Bauunterhalt orientieren sich am Soll 2020. Insoweit ist geplant, die im Jahr 2020 erfolgte Erhöhung der Bauunterhaltsmittel von 10 Mio. € gegenüber Soll 2019 künftig fortzuschreiben und jährlich nochmals geringfügig zu erhöhen. Dies ist in Anbetracht der vom SRH beanstandeten ganz erheblichen Defizite und dem Vermögenszuwachs beim Grundvermögen für eigene Zwecke von fast 1 Mrd. Euro von Ende 2014, dem Stichtag der Beratenden Äußerung Vermögensrechnung aus dem Jahr 2017 bis Ende 2019 weiterhin unzureichend.

Um dem in vorangegangenen Prüfungen vom SRH wiederholt festgestelltem Werteverzehr entgegenzuwirken, ist die angestrebte Finanzausstattung für die Bauunterhaltung nicht ausreichend. Nicht zuletzt sollten die erheblichen wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise und daraus resultierende Haushaltsbelastungen nicht Veranlassung sein, Einsparpotentiale beim angemessenen Bauunterhalt ins Auge zu fassen. Die nur geringfügige Erhöhung der o.g. Mittel im Doppelhaushalt 2021/2022 ist kritisch zu sehen.

Einzelplan 15

Kapitel 15 03 Titel 685 41 – „Stiftung Fürst-Pückler-Park Muskau“

Rechtsnatur

Vorab wird darauf hingewiesen, dass die „Stiftung Fürst-Pückler-Park Muskau“ nach wie vor rechtlich nicht existiert. Es handelt sich weiterhin um eine tatsächliche Organisationseinheit im Geschäftsbereich des SMF, der die rechtliche Legitimation gem. Art. 83 Verfassung des Freistaates Sachsen i. V. m. § 12 Stiftungsgesetz oder Sächsischem Verwaltungsorganisationsgesetz bei anderer Rechtsform bisher fehlt. Der SRH hat in seinem Jahresberichtbeitrag 2020 „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau (Erfolgskontrolle)“ nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen und gefordert, die organisationsrechtliche Basis zu schaffen.

Entwicklung der Zuschüsse

Im Haushaltsjahr 2021 verringert sich der Zuschuss für laufende Zwecke aus dem Titel 685 41 gegenüber 2020 um 681,0 T€. Im Hj. 2022 wird er wieder um 176,0 T€ angehoben. Das SMF begründet dies im Entwurf mit einem neuen Verwaltungsabkommen mit dem Bund über die institutionelle Förderung der Stiftung.

Der Landeszuschuss wurde bisher in einen Teil „Laufender Zuschuss“ und „Sonderzuschuss“, der nicht im Verwaltungsabkommen mit dem Bund geregelt war, ausgebracht. Ab 2021 entfällt der Sonderzuschuss bei gleichzeitiger Erhöhung des laufenden Zuschusses.

Zweckbestimmung	Ist 2019	Soll 2020	Soll 2021	Soll 2022
	T€			
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke				
Laufender Zuschuss des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM)	859,0	859,0	859,0	859,0
Zuwendung des Bundes aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohle	0,0	0,0	1.132,0	1.308,0
Laufender Zuschuss des Freistaates Sachsen	859,0	859,0	1.991,0	2.167,0
Sonderzuschuss des Freistaates Sachsen zur Ausfinanzierung des Wirtschaftsplans	1.813,0	1.813,0	0,0	0,0

Der anteilige Zuschuss des Bundes wird als Zuwendung direkt an die Stiftung ausgezahlt und nicht im Kapitel 15 03 vereinnahmt. Laut Wirtschaftsplan ist dessen Höhe unverändert gegenüber den Vorjahren. Damit wird die bisherige paritätische Bezuschussung durch Land und Bund entfallen und der Anteil des Freistaates Sachsen dem Grunde nach steigen[2].

Der SRH empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuss, sich vom SMF erläutern zu lassen, weshalb die Bezuschussung für laufende Zwecke nicht mehr in gleicher Höhe vom Bund und Land getragen wird.

Folgekosten

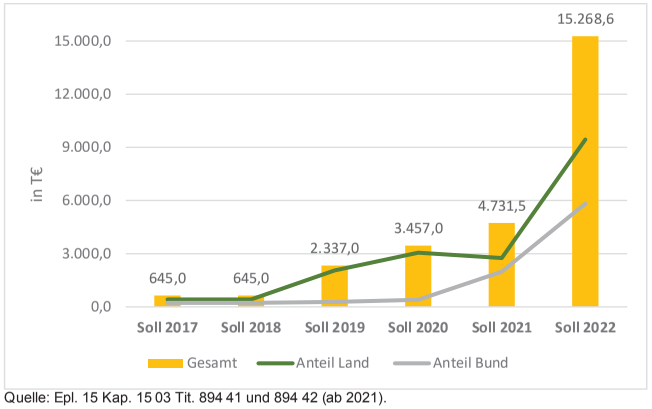
Der Stellenplan der Stiftung weist für das Jahr 2021 gegenüber dem Jahr 2020 einen Zuwachs von 5 Stellen aus. Die zusätzlichen Stellen werden in den Entgeltgruppen 5 bis 6 geschaffen und sollen im Bereich der Parkpflege eingesetzt werden. Der SRH warnte in seinem Jahresberichtbeitrag 2020 „Fürst-Pückler-Park Bad Muskau (Erfolgskontrolle)“ vor den unter anderem mit geplanten Flächenerweiterungen zu erwartenden signifikanten Anstieg von Folgekosten wie bspw. Bewirtschaftungs- und Personalkosten.[3] Hieraus zeichnen sich Budgetrisiken für künftige Haushaltsjahre ab. Mit dem vorliegenden Regierungsentwurf bestätigt sich die Warnung des SRH.

Der SRH weist erneut auf die Folgekosten aufgrund weiterer Flächenerwerbe der Stiftung hin.

Kapitel 15 03 Titel 894 41 und 894 42 – „Stiftung Fürst-Pückler-Park Muskau“

Ab 2021 werden im Haushaltsplan im Kapitel 15 03 Titel 894 42 zusätzliche Investitionsmittel aufgrund von Förderprogrammen veranschlagt. Es handelt sich dabei um Bundesmittel, die neben der bestehenden Finanzierungsvereinbarung sowie dem Verwaltungsabkommen aus Bundesprogrammen kofinanziert werden. Der Zuschuss für Investitionen steigt damit insgesamt um rd. 37% in 2021 und im darauffolgenden Haushaltsjahr noch einmal um rd. 223%. Bis 2022 wird damit der jährliche Zuschuss für Investitionen innerhalb von 5 Jahren um mehr als das 20fache angewachsen sein.

Entwicklung des jährlichen Zuschusses für Investitionen



Quelle: Epl. 15 Kap. 15 03 Tit. 894 41 und 894 42 (ab 2021).

Das in 2021 und insbesondere in 2022 ansteigende Investitionsvolumen der Stiftung zeigt eine deutliche Abkehr von der ursprünglich vorgesehenen Verringerung des investiven Zuschusses. Nach Angaben des SMF im Jahr 2016 sollte bereits vor Beginn der Sanierungsarbeiten am Neuen Schloss und weiterer Baumaßnahmen die Bewirtschaftung der geschaffenen Flächen in den Fokus rücken. Mit den nunmehr geplanten Großen Baumaßnahmen werden neue Investitionsprojekte geschaffen. Maßgebend für den enormen Anstieg der Investitionskosten ist u .a. der Umbau des Kavalierhauses in ein deutsch-polnisches Besucher- und Bildungszentrum zum UNESCO-Geopark mit geschätzten Gesamtbaukosten von rd. 34 Mio. €.

Der Umbau des Kavalierhauses in das Besucherzentrum stellt keine originäre Aufgabe der Stiftung dar, weshalb aus Sicht des SRH eine Mitfinanzierung durch eine zuständige Stelle zu erfolgen hat. Der SRH hat in seinem aktuellen Jahresbericht hierauf hingewiesen[4].

[2] Vgl. Verwaltungsabkommen zwischen Bund und dem Freistaat Sachsen vom 22.08.2016: „Der Bund und der Freistaat Sachsen halten an den bisherigen maßgeblichen jährlichen, jeweils hälftigen Finanzierungsanteilen fest [...]“.

[3] Vgl. Beitrag Nr. 19, Jahresbericht SRH 2020, S. 180 f.

[4] Vgl. Beitrag Nr. 19, Jahresbericht SRH 2020, S. 179.

Aus Sicht des SRH ist eine hinreichende Mitfinanzierung der Investitionen und Folgekosten des Umbaus des Kavalierhauses durch die dafür inhaltlich zuständige Einrichtung eine unabdingbare Voraussetzung für die weitere Verfolgung des Projektes.

Große Baumaßnahmen

In den Erläuterungen zu Kapitel 15 03 Titel 894 41 (ohne Förderprogramme) und Titel 894 42 (mit Förderprogrammen) sind mehrere Große Baumaßnahmen aufgeführt.

Nach § 24 SäHO i. V. m. VwV Nr. 2.2 zu § 24 SäHO müssen Große Baumaßnahmen einzeln veranschlagt werden. Eine bloße Nennung in den Erläuterungen zu den Titeln ist keine Veranschlagung. Der SRH hat hierauf in seinem aktuellen Jahresbericht hingewiesen[5].

Der Forderung des SRH, Große Baumaßnahmen einzeln zu veranschlagen, ist weiterhin nicht entsprochen. Die Stiftung wird, obwohl sie nach wie vor organisationsrechtlich unselbständig ist, nicht als Teil des Staatshaushaltes, sondern als eigenständige Einrichtung geführt. Dies widerspricht den haushaltsrechtlichen Vorgaben und führt zu einer Intransparenz bei der Mittelverausgabung.

Der SRH weist erneut darauf hin, dass entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorschriften große Baumaßnahmen einzeln zu veranschlagen sind.

Kapitel 15 10 – Staatsbürgschaften

Bei den Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen werden im Regierungsentwurf gegenüber den für 2020 veranschlagten 20,5 Mio. € für die Jahre 2021 mit 12,2 Mio. € und 2022 mit 11,8 Mio. € geringere Ausgaben veranschlagt. Die Höhe der Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen ist insbesondere auch hinsichtlich der noch ungewissen Auswirkungen der Corona-Pandemie mit Unsicherheiten behaftet.

Neben den in Kapitel 15 10 veranschlagten Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen hat das SMF im Sondervermögen „Corona-Bewältigungsfonds Sachsen“ (Sonderbuchungsabschnitt Kapitel 80 18) weitere Ausgaben für Inanspruchnahmen aus Gewährleistungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie i. H. v. insgesamt 125,0 Mio. € veranschlagt. Diese belaufen sich im Hj. 2021 auf 75,0 Mio. € und im Hj. 2022 auf 50,0 Mio. €.

Kumuliert stehen somit für die Inanspruchnahmen aus Bürgschaften und Gewährleistungen Mittel i. H. v. insgesamt 87,2 Mio. € in 2021 und 61,8 Mio. € in 2022 zur Verfügung.

Aus Sicht des SRH ist nicht abschließend geklärt, in welchem Verhältnis die Ausgaben für Inanspruchnahmen aus dem Corona-Bewältigungsfonds Sachsen zu Ausgaben aus dem Kapitel 15 10 stehen. Außerdem besteht künftig das Abgrenzungsrisiko, dass bei einzelnen Gewährleistungsinanspruchnahmen nicht abschließend nachvollzogen werden kann, ob die Ausfälle auf die Corona-Pandemie zurückzuführen sind oder nicht. Dies gilt umso mehr, als für die Gewährung der Bürgschaften nach § 5 HG jeweils keine Unterscheidung vorgenommen wird, ob es sich um eine coronabedingte Bürgschaft handelt.

Der SRH empfiehlt, dass das SMF in dem jährlichen Jahresbericht an den HFA über die ausgereichten Bürgschaften gem. § 5 Abs. 5 HG künftig die Angaben zu coronabedingt ausgereichten Bürgschaften ab 2020 gesondert ausweist.

Kapitel 15 20 – Staatsvermögen (Grundstock)

Laut Wirtschaftsplan zum Grundstock sind für die Hochschulen und Universitäten für 2021 Ausgaben von 53,0 Mio. € geplant und damit mehr als das doppelte der beiden vorangegangenen Haushaltsjahre, in denen jeweils 20,0 Mio. € veranschlagt waren.

Das SMF soll gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuss vor der Feststellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 im Einzelnen aufführen, welche Investitionen konkret im Hochschulbereich geplant sind.

Kapitel 15 21 - Betriebe und Beteiligungen

Mittelveranschlagung für die Beteiligung an der SAS GmbH

Laut dem Regierungsentwurf soll der Finanzbedarf der im November 2019 gegründeten Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung GmbH (SAS) aus dem Sondervermögen „Strukturentwicklungsfonds sächsische Braunkohleregionen“ (SMR/Kapitel 10 04, Sonderbuchungsabschnitt Kapitel 80 19) gedeckt werden.

Die Ausgaben für Beteiligungen des Freistaates an privatrechtlichen Unternehmen sind in Kapitel 15 21 zu veranschlagen.

Aus Gründen der Haushaltsklarheit und -transparenz sollte daher die Veranschlagung der Haushaltsmittel für die SAS entsprechend im Kapitel 15 21 erfolgen. Nur so werden die für die Beteiligung des Freistaates an der SAS entstehenden Ausgaben transparent abgebildet.

Bei der Veranschlagung beim SMR besteht darüber hinaus das Risiko, dass eine einheitlich strukturierte Beteiligungsverwaltung nicht in vollem Umfang sichergestellt werden kann.

Ausgaben für Beteiligungsunternehmen im Sondervermögen „Corona-Bewältigungsfonds Sachsen“

Neben den in Kap. 15 21 veranschlagten Ausgaben für die Beteiligungen des Freistaates werden auch im Sondervermögen „Corona-Bewältigungsfonds Sachsen“ (Sonderbuchungsabschnitt Kap. 80 18) für die Beteiligungsunternehmen Ausgaben zur Bewältigung der Auswirkungen der Corona-Pandemie für das Hj. 2021 i. H. v. 28,9 Mio. € und für das Hj. 2022 i. H. v. 3,0 Mio. € veranschlagt.

Es besteht aus Sicht des SRH grundsätzlich das Risiko, dass bei der Mittelbereitstellung nicht abschließend nachvollziehbar ist, ob sie auf die Corona-Pandemie zurückzuführen ist oder nicht. Die Nachvollziehbarkeit und Untersetzung der durch die Corona-Pandemie bedingten Ausgaben aus dem „Corona-Bewältigungsfonds Sachsen“ ist je Beteiligungsunternehmen sicherzustellen und in dem halbjährlichen Vollzugsbericht des SMF an den Haushalts- und Finanzausschuss gem. § 6 Abs. 4 SächsCorBG gesondert abzubilden.

[5] Vgl. Beitrag Nr. 19, Jahresbericht SRH 2020, S. 177 f.

Übersicht zu wesentlichen, nicht näher begründeten Ausgabensteigerungen

(Wesentliche Änderungen des Mittelansatzes sind Ansatzdifferenzen zum Vorjahr in Höhe von
- mindestens 100,0 T€ oder
- mindestens 25,0 T€ und einer Veränderung um mindestens 10% gegenüber dem Vorjahresansatz.)

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	IST 2019 in T€	SOLL 2020 in T€	RegE 2021 in T€	RegE 2022 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in %	Änderung 2022 ggü. 2020 in T€	Änderung 2022 ggü. 2020 in %
Epl. 02										
02 99	682 01	Zuschüsse für laufende Zwecke (an SID)	14.986,2	17.842,1	20.068,7	20.793,8	2.226,6	13%	2.951,7	17%
02 05	511 96	Geschäftsbedarf, Geräte und Ausstattungsgegenstände	2.430,5	2.627,7	2.972,8	2.969,9	345,1	13%	342,2	13%
02 03	683 70	Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen	0,0	500,0	610,0	610,0	110,0	22%	110,0	22%
02 01	517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	140,6	160,0	200,0	200,0	40,0	25%	40,0	25%
Epl. 03										
03 01	534 99	Sonstige Dienstleistungen	1.084,1	558,0	796,9	885,5	238,9	43%	327,5	59%
03 04	545 99	Ausgaben für Leistungen des Staatsbetriebes Sächsische Informatik Dienste einschließlich Sächsisches Verwaltungsnetz	116,0	115,0	250,0	250,0	135,0	117%	135,0	117%
03 04	517 01	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	598,3	550,0	680,0	720,0	130,0	24%	170,0	31%
03 04	527 01	Erstattungen von Reisekosten	250,7	240,0	300,0	300,0	60,0	25%	60,0	25%
Epl. 04										
04 11	682 01	Zuschüsse für lfd. Zwecke (an SIB, Vergleichsbasis 2019/2020: [inkl. ZFM-[04 20/ 682 01])	69.832,0	73.247,0	74.615,8	77.521,3	1.368,8	2%	4.274,3	6%
04 11	891 01	Zuschüsse für Investitionen (an SIB, Vergleichsbasis 2019/2020: [inkl. ZFM-[04 20/ 891 01])	2.696,3	2.076,0	2.534,0	2.521,0	458,0	22%	445,0	21%

Anlage 2
zur Äußerung des Präsidenten des SRH gem. § 35 Abs. 3 GO-SLT zum Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 vom 09.02.2021

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	IST 2019 in T€	SOLL 2020 in T€	RegE 2021 in T€	RegE 2022 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in %	Änderung 2022 ggü. 2020 in T€	Änderung 2022 ggü. 2020 in %
Epl. 05										
05 45	685 01	Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung, öffentliche Zugänglichmachung und öffentliche Wiedergabe in sonstiger Weise von Unterrichtsmaterialien in Schulen	876,6	1.120,0	3.000,0	2.100,0	1.880,0	168%	980,0	88%
05 38	681 02	Zuschüsse für Unterkunft und Verpflegung von Berufsschülern beim Besuch von länderüber-greifenden Landes- und Bezirksfachklassen	1.198,3	1.100,0	1.980,0	1.980,0	880,0	80%	880,0	80%
05 10	684 51	Zuschüsse an FSJ-Träger zur Refinanzierung des Einsatzstellenbeitrages von Schulen	1.226,2	1.104,0	1.610,0	1.680,0	506,0	46%	576,0	52%
05 39	526 02	Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen	0,0	76,0	486,0	486,0	410,0	540%	410,0	540%
05 02	519 01	Unterhaltung der Grundstücke	56,9	80,0	399,5	398,5	319,5	399%	318,5	398%
05 45	TG 92	Förderung des Europagedankens an Schulen und EU-Bildungsprogramm	5,5	10,0	273,6	384,2	263,6	2636%	374,2	3742%
05 38	633 72	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	3.545,5	3.978,0	4.231,5	4.357,5	253,5	6%	379,5	10%
05 39	547 01	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	188,5	103,0	290,0	290,0	187,0	182%	187,0	182%
Epl. 06										
06 05	514 72	Roh- und Betriebsstoffe, Haltung der Fahrzeuge, spezielle Arbeitskleidung	3.070,5	2.370,0	3.155,0	3.775,0	785,0	33%	1.405,0	59%
06 05	812 71	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	1.992,6	1.420,0	2.200,0	2.300,0	780,0	55%	880,0	62%
06 02	684 08	Zuwendungen für Projekte des Jugendstraf- und Strafvollzugs in freien Formen	1.000,0	1.000,0	1.350,0	1.350,0	350,0	35%	350,0	35%
06 02	684 06	Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen an Vereine und Verbände insbesondere aus dem Bereich der Straffälligen- und Opferhilfe	2.000,0	2.000,0	2.300,0	2.300,0	300,0	15%	300,0	15%
06 05	534 71	Ärztliche und zahnärztliche Versorgung einschließlich betriebsärztliche Untersuchungen der Gefangenen	2.376,3	2.300,0	2.520,0	2.520,0	220,0	10%	220,0	10%
06 05	536 71	Roh- und Betriebsstoffe, sonstige Verbrauchsmittel der Wirtschaftsverwaltung	206,7	15,0	160,0	160,0	145,0	967%	145,0	967%

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	IST 2019 in T€	SOLL 2020 in T€	RegE 2021 in T€	RegE 2022 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in %	Änderung 2022 ggü. 2020 in T€	Änderung 2022 ggü. 2020 in %
Epl. 07										
0710	893 01	Gefahrenabwehr im Altbergbau	14.614,9	4.300,0	14.300,0	14.300,0	10.000,0	233%	10.000,0	233%
07 03	547 02	Ausgaben für die Abwicklung staatlicher Zuwendungen	23.442,3	22.000,0	25.869,9	26.369,9	3.869,9	18%	4.369,9	20%
07 06	781 75	Um- und Ausbaumaßnahmen mit Baukosten bis 2.500,0 T€	8.793,4	2.000,0	4.500,0	4.500,0	2.500,0	125%	2.500,0	125%
0706	891 72	Ausgaben für Ingenieurleistungen der DEGES und LISt GmbH	4.749,3	1.600,0	4.000,0	4.000,0	2.400,0	150%	2.400,0	150%
07 03	686 06	Gründungsförderung	120,1	500,0	2.373,8	1.873,8	1.873,8	375%	1.373,8	275%
07 03	662 02	Zins- und Tilgungszuschüsse bei Darlehensprogrammen	199,9	500,0	1.773,8	1.773,8	1.273,8	255%	1.273,8	255%
07 07	686 51	Zuschüsse für Projekte der Fachkräftesicherung	6.413,5	6.796,8	8.000,0	5.656,9	1.203,2	18%	-1.139,9	-17%
07 07	685 51	Zuschüsse für das Arbeitsmarktmentorenprogramm	2.749,3	3.500,0	4.246,5	2.886,0	746,5	21%	-614,0	-18%
07 03	532 03	Ausgaben für Maßnahmen in den Bereichen Innovation, Mittelstand, Energie und Industrie (IMEI)	1.837,8	4.075,0	4.722,3	4.722,3	647,3	16%	647,3	16%
07 06	682 73	Zuschüsse für Verwaltungsausgaben an DEGES und LISt GmbH für die Abwicklung von Baumaßnahmen	2.941,0	1.500,0	2.000,0	2.000,0	500,0	33%	500,0	33%
07 06	891 73	Ausgaben für Ingenieurbüroleistungen der DEGES und LISt GmbH	3.003,0	2.300,0	2.750,0	2.750,0	450,0	20%	450,0	20%
07 07	536 51	Ausgaben für die Jugendberufsagentur	0,0	650,0	1.100,0	1.100,0	450,0	69%	450,0	69%
0707	893 02	Zuschüsse für Investitionen in überbetriebliche Berufsbildungsstätten	1.977,3	1.600,0	2.000,0	2.000,0	400,0	25%	400,0	25%
07 06	780 05	Leistungen der LISt GmbH für die Sächsische Straßenbauverwaltung gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag	4.015,1	4.133,0	4.500,0	4.500,0	367,0	9%	367,0	9%
07 03	686 11	Zuschüsse für Kultur- und Kreativwirtschaft	500,0	500,0	776,1	776,1	276,1	55%	276,1	55%
0706	682 72	Zuschüsse für Verwaltungsausgaben an DEGES und LISt GmbH für die Abwicklung von Baumaßnahmen	2.881,0	2.355,0	2.500,0	2.500,0	145,0	6%	145,0	6%

Anlage 2
zur Äußerung des Präsidenten des SRH gem. § 35 Abs. 3 GO-SLT zum Regierungsentwurf für den Doppelhaushalt 2021/2022 vom 09.02.2021

Kapitel	Titel	Zweckbestimmung	IST 2019 in T€	SOLL 2020 in T€	RegE 2021 in T€	RegE 2022 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in T€	Änderung 2021 ggü. 2020 in %	Änderung 2022 ggü. 2020 in T€	Änderung 2022 ggü. 2020 in %
Epl. 08										
08 10	684 54	Zuschüsse für Projekte nach dem Landesprogramm “Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“	4.540,4	4.123,8	6.000,0	6.000,0	1.876,2	46%	1.876,2	46%
Epl. 09										
09 12	42801	Entgelte für Beschäftigte	54.147,5	46.159,3	48.609,1	50.979,8	2.449,8	5%	4.820,5	10%
09 20	89101	Zuschüsse für Investitionen	22.286,0	21.874,7	24.286,0	24.286,0	2.411,3	11%	2.411,3	11%
09 03	63489	Zuweisungen an das Sondervermögen "Altlastenfonds Sachsen"	850,0	491,1	850,0	850,0	358,9	73%	358,9	73%
Epl. 14										
14 20	517 91	Sammelansatz Landeseinrichtungen Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume		106.059,1	128.206,3	132.837,7	22.147,2	21%	26.778,6	25%
14	Gr. 518	Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume	45.665,6	51.882,5	56.871,4	58.564,9	4.988,9	10%	6.682,4	13%
14 40	TG 91	Sammelansatz für Hochschuleinrichtungen Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude		86.299,9	89.489,9	92.174,6	3.190,0	4%	5.874,7	7%

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 01 – Sächsischer Landtag

Berichterstatter: Dirk Panter, MdL

Der Einzelplan 01 stand auf der Tagesordnung der 22. Sitzung am 10. März 2021 und der 25. Sitzung am 21. April 2021 des Haushalts- und Finanzausschusses.

Der Präsident des Sächsischen Landtags stellte am 10. März 2021 den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses den wesentlichen Inhalt des Einzelplans 01 vor. Die im Vorfeld der Sitzung von Seiten der Mitglieder der AfD-Fraktion eingereichten schriftlichen Fragen zum Einzelplan 01 hatte der Präsident des Sächsischen Landtags mit Schreiben vom 3. März 2021 beantwortet.

Nachdem es von Seiten der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses keine weiteren Fragen gab, dankte der Ausschussvorsitzende dem Präsidenten des Sächsischen Landtags sowie den weiteren Gästen für ihre Teilnahme und die inhaltlichen Ausführungen zum Einzelplan 01 und vertagte die weitere Beratung auf die 25. Sitzung am 21. April 2021.

Zur abschließenden Beratung des Einzelplanes am 21. April 2021 lagen den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses sechs Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor.

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses sahen keinen Anlass für eine grundsätzliche Aussprache und traten daher unmittelbar in die Beratung der einzelnen Änderungsanträge zum Einzelplan 01 ein.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verständigten sich die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses darüber, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstige Anlagen mit einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollen die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt werde.

Ein Abgeordneter der CDU-Fraktion brachte zum Kapitel 01 01 die sechs Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD ein. Zur Begründung verwies er auf die schriftlichen Ausführungen zu den Anträgen. Die sechs Änderungsanträge zum Abgeordnetengesetz seien als ein Paket zu sehen und dienten der Stärkung des Parlaments und um eine zeitgemäße Arbeit der Abgeordneten zu ermöglichen.

Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion sprach sich vor dem Hintergrund der erheblichen Belastungen infolge der Corona-Pandemie für eine weitere „Nullrunde“ der Abgeordneten des Sächsischen Landtags aus. Die AfD-Fraktion unterstütze daher diese Anträge nicht.

Ein Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE verwies darauf, dass sich die Fraktion DIE LINKE bei der Abstimmung über die Anträge der Koalitionsfraktionen enthalten werde, da sie ebenfalls gegen eine Erhöhung der Bezüge für die Abgeordneten

sei. Lediglich dem Antrag, der eine Erhöhung der Aufwendungen für die Mitarbeiter der Mitglieder des Sächsischen Landtags vorsehe, könne man zustimmen. Diese Aufstockung der Haushaltsansätze sei erforderlich, um qualifizierte Mitarbeiter gerecht bezahlen zu können.

Die AfD-Fraktion brachte einen Änderungsantrag zum Kapitel 01 01, Titel 685 04, ein, der gegenüber dem Entwurf der Staatsregierung eine jährliche Reduzierung der Zuschüsse an die Fraktionen des Sächsischen Landtags um 2.300 TEUR vorsah.

Ein Abgeordneter der SPD-Fraktion erwiderte, dass die Koalitionsfraktionen beabsichtigen, den Änderungsantrag der AfD-Fraktion abzulehnen, da die Mittelansätze benötigt würden, um eine zeitgemäße Arbeit der Mitglieder des Landtags zu ermöglichen. Des Weiteren verwies er auf die hierzu geführte ausführliche Diskussion der Mitglieder des Präsidiums, die im Haushalts- und Finanzausschuss nicht wiederholt werden müsse. Die unterschiedlichen Standpunkte seien hinreichend ausgetauscht.

Im anschließenden Abstimmungsverfahren wurden die Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion mehrheitlich angenommen.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion wurde mehrheitlich abgelehnt.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt. Die Abstimmungsergebnisse zum Einzelplan 01 sind Anlage 3 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung zum **Einzelplan 01** empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mit **11 : 5 : 2 Stimmen** dem Sächsischen Landtag die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

Die Gesamtabstimmung zum Einzelplan 01 erfolgte gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung unter dem Vorbehalt der Herstellung des Benehmens mit dem Präsidium des Sächsischen Landtags. Das Präsidium des Sächsischen Landtages hat am 12. Mai 2021 getagt und das Benehmen zum geänderten Einzelplan 01 hergestellt (Anlage 4).

gez. Dirk Panter, MdL
Berichterstatter

Anlagen
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 01

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **14**	**8.896,4**	**9.197,0**	**9.132,5**	SOLL neu	**9.570,2**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**-225,4**	+/-	**-5,0**
TITEL	**411 03**				**9.357,9**	Reg. Entw.	**9.575,2**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Grundentschädigung nach § 5 SächsAbgG

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Mit der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) soll die Grundentschädigung nach § 5 SächsAbgG ab dem 1. November 2021 monatlich 6.237,04 Euro betragen. Für die Anpassung zum 01.11.2022 wird die Prognose des IFO-Instituts vom 22.09.2020 zugrunde gelegt, die von einer Erhöhung der Bruttolöhne im Jahr 2021 um 4,1 % ausgeht. Im Entwurf des Haushaltsplans wurde dagegen von einer jährlichen Anpassung ab 01.08.2020 um 2,3 % ausgegangen. Da die Grundentschädigung am 01.08.2020 nicht angepasst wurde und die Anpassung zukünftig jährlich erst am 01.11. stattfinden soll, besteht kein Mehrbedarf.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 02

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **14**	**5.878,8**	**5.892,3**	**6.049,5**	SOLL neu	**6.109,4**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**16,3**	+/-	**-13,1**
TITEL	**411 04**				**6.033,2**	Reg. Entw.	**6.122,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Aufwandsentschädigung nach § 6 SächsAbgG

A) Erläuterungen: (alt)

[…]

	2021 T€	2022 T€
1. Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 SächsAbgG		
1.a. Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 S. 1, S. 3 bis 9, 13 bis 15 SächsAbgG	5.859,3	5.947,2
1.b. Kostenpauschale nach § 6 Abs. 2 S. 2 SächsAbgG	0,0	0,0
1.c. Zusätzliche Tagegeld- und Fahrtkostenpauschale nach § 6 Abs. 2 S. 10 bis 12 SächsAbgG	72,2	72,2
2. Amtsaufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 6 SächsAbgG	101,7	103,1
Summe	6.033,2	6.122,5

Veranschlagt sind unter Position 1b. die Unterstützungsleistungen, die die Mitglieder des Landtags in besonderen Ausnahmefällen bei Sachschäden infolge des Mandats im Zusammenhang mit Angriffen auf Abgeordnetenbüros für die 7. Legislaturperiode erhalten. Ein solcher Ausnahmefall liegt vor, wenn ein erheblicher Sachschaden durch eine Straftat eines Dritten verursacht wurde, dieser nach Feststellung der Ermittlungsbehörden in einem kausalen

Zusammenhang zum Status des Geschädigten als Mitglied des Sächsischen Landtags steht und für den Schaden keine oder nur eine teilweise anderweitige Erstattung erlangt werden kann. Die Unterstützungsleistungen erfolgen nach Maßgabe der besonderen Regelungen, die durch das Präsidium gem. § 6 Abs. 2 Satz 2 SächsAbgG erlassen werden. Für die Bestimmungen des Begriffs des erheblichen Sachschadens ist die durch das Präsidium festgelegte Schadensgrenze verbindlich, ab deren Überschreitung eine Unterstützungsleistung möglich ist. Veranschlagt sind unter Position 2 die in § 6 Abs. 6 SächsAbgG normierten steuerfreien und ab 1. April 2016 indexierten Aufwandsentschädigungen.

B) Erläuterungen: (neu)

[…]

	2021 T€	2022 T€
1. Kostenpauschale nach § 6 Absatz 2 S. 1, S. 3 bis 9, 13 bis 15 SächsAbgG	5.828,9	5.854,1
2. Zusätzliche Tagegeld- und Fahrtkostenpauschale nach § 6 Abs. 2 S. 10 bis 12 SächsAbgG	86,5	96,9
3. Amtsaufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 6 SächsAbgG	134,1	158,4
Summe	6.049,5	6.109,4

Veranschlagt sind unter Position 1 die in § 6 Absatz 2, S. 1 sowie S. 3 bis 9 und S. 13 bis 15 SächsAbgG vorgesehenen Zahlungen. Die Tagegeld-und Fahrtkostenpauschale nach § 6 Abs. 2 S. 10 bis 12 SächsAbgG soll ab 01.Juni 2021 nach der Entfernung des Wohnsitzes des MdL zum Sitz des Landtages gestaffelt und ab dem Jahr 2022 jährlich zum 01. November angepasst werden. Veranschlagt sind in Position 3 die in § 6 Abs. 6 SächsAbgG normierten steuerfreien und ab 1. April 2016 indexierten Aufwandsentschädigungen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In Folge der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) sind Anpassungen vorzunehmen. Die zusätzliche Tagegeld- und Fahrtkostenpauschale nach § 6 Absatz 2 Satz 10 bis 12 SächsAbgG soll ab 01.06.2021 nach der Entfernung des Wohnsitzes des MdL zum Sitz des Landtages gestaffelt und ab dem Jahr 2022 jährlich zum 01.11. angepasst werden. Die Amtsaufwandsentschädigungen nach § 6 Absatz 6 SächsAbgG werden zum 01.06.2021 verändert und nach der Entfernung des Wohnsitzes des MdL zum Sitz des Landtages gestaffelt.

Der Mehrbedarf verringert sich, da im Entwurf von einer jährlichen Anpassung zum 01.04. um 1,5 % ausgegangen wurde, die Anpassung zum 01.04.2021 jedoch nur 0,8 % beträgt. Ab dem Jahr 2022 sollen die Anpassungen jährlich zum 01.11. stattfinden, hierbei wird von einer Erhöhung um jeweils 1,4 % ausgegangen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **15**	**469,2**	**516,0**	**627,9**	SOLL neu	**540,2**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**110,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**411 06**				**517,9**	Reg. Entw.	**540,2**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Leistungen nach §§ 10, 11a, 21 und 22 SächsAbgG

A) Erläuterungen: (alt)

		2021 T€	2022 T€
1.	Abgeltung Freifahrtberechtigung DB nach § 10 SächsAbgG	73,1	74,7
2.	Zuschüsse zu Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen nach § 21 SächsAbgG	439,8	460,5
3.	Sonstige Zahlungen nach § 11a SächsAbgG und § 22 SächsAbgG	5,0	5,0
	Summe	517,9	540,2

B) (neu) Die Ausgaben unter Position 3. sind übertragbar.

Erläuterungen:

		2021 T€	2022 T€
1.	Abgeltung Freifahrtberechtigung DB nach § 10 SächsAbgG	73,1	74,7
2.	Zuschüsse zu Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen nach § 21 SächsAbgG	439,8	460,5
3.	Sonstige Zahlungen nach § 11a SächsAbgG und § 22 SächsAbgG	115,0	5,0
	Summe	627,9	540,2

Die Aufwendungen für Unterstützungsleistungen bei Sachschäden im Zusammenhang mit Angriffen auf Abgeordnetenbüros ist im § 22 Abs. 4 SächsAbgG geregelt und enthält einen Anspruch auf Unterstützung für die Herstellung eines präventiven Grundschutzes nach gefährdenden Ereignissen durch baulich-technische Maßnahmen. Die Mittel sind unter Pos. 3 veranschlagt und stehen für die gesamte Wahlperiode zur Verfügung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In Folge der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) sind Anpassungen vorzunehmen. Die Aufwendungen für Unterstützungsleistungen bei Sachschäden im Zusammenhang mit Angriffen auf Abgeordnetenbüros in Höhe von 100 T€ je Wahlperiode waren bisher im bisher im Kapitel 411 04, Ziffer 1b eingestellt (für die gesamte 7. Wahlperiode im Jahr 2019). Bisher wurden keine entsprechenden Kosten erstattet und der Betrag in das Jahr 2020 übertragen. Die Erstattung derartiger Leistungen wird neu im § 22 Absatz 4 geregelt und um einen Anspruch auf Unterstützung für die Herstellung eines präventiven Grundschutzes nach gefährdenden Ereignissen durch baulich-technische Maßnahmen ergänzt. Der aufgrund der ergänzenden Regelung um 10 T€ erhöhte Betrag muss also im Kapitel 411 04 entfallen und im Jahr 2021 neu in 411 06, Ziffer 3 aufgenommen werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **15**	**204,7**		**417,4**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**417,4**	+/-	**0,0**
TITEL	**411 07**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Aufwandsentschädigung für Kosten der Ausstattung der Abgeordnetenbüros der Mitglieder des Sächsischen Landtages nach § 6 Abs. 7 SächsAbgG
A) Erläuterungen:

Veranschlagt ist die Aufwandsentschädigung für die Ausstattung eines Abgeordnetenbüros für die 7. Legislaturperiode nach § 6 Abs. 7 SächsAbgG (5.451,94 € je Abgeordneten).

B) Erläuterungen

Veranschlagt ist die Aufwandsentschädigung für die Ausstattung eines Abgeordnetenbüros für die 7. Legislaturperiode nach § 6 Abs. 7 SächsAbgG (9.000,0 € je Abgeordneten).

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In Folge der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) sind Anpassungen vorzunehmen. Die Aufwandsentschädigung für Kosten der Ausstattung der Abgeordnetenbüros der MdL nach § 6 Absatz 7 SächsAbgG steigt damit um

3.548,06 EUR pro Abgeordnetem.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **15**	**7.823,4**	**7.815,5**	**6.738,9**	SOLL neu	**7.633,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**-115,2**	+/-	**164,5**
TITEL	**411 08**				**6.854,1**	Reg. Entw.	**7.468,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Leistungen an ausscheidende und ehemalige Mitglieder des Sächsischen Landtages und deren Hinterbliebene

A)
Erläuterungen:

		2021 T€	2022 T€
1.	Zahlungen nach § 26 Absatz 2 und 3 SächsAbgG	45,2	45,9
2.	Übergangsgeld nach § 12 i. V. m. § 40 SächsAbgG	123,2	141,4
3.	Versorgungsabfindung nach § 17 SächsAbgG	46,7	58,8
4.	Zuschüsse zu Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen nach § 21 SächsAbgG	539,2	577,5
5.	Altersentschädigung nach §§ 13 bis 16 und 42 i. V. m. §§ 40, 45a SächsAbgG	5.492,7	6.023,7
6.	Sonstige Zahlungen nach §§ 19 und 22 SächsAbgG	607,1	621,2
	Summe	6.854,1	7.468,5

B)

Erläuterungen:

		2021 T€	2022 T€
1.	Zahlungen nach § 26 Absatz 2 und 3 SächsAbgG	48,4	51,9
2.	Übergangsgeld nach § 12 i. V. m. § 40 SächsAbgG	123,5	144,1
3.	Versorgungsabfindung nach § 17 SächsAbgG	46,7	58,8
4.	Zuschüsse zu Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen nach § 21 SächsAbgG	550,0	596,4
5.	Altersentschädigung nach §§ 13 bis 16 und 42 i. V. m. §§ 40, 45a SächsAbgG	5.284,1	6.062,7
6.	Sonstige Zahlungen nach §§ 19 und 22 SächsAbgG	686,2	719,1
	Summe	6.738,9	7.633,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In Folge der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) sind Anpassungen vorzunehmen.

Ziffer 1: Folgeänderungen aus Neuberechnung der betreffenden Titel
Ziffer 2: Folgeänderung aus geänderter Höhe und Indizierung der Grundentschädigung
Ziffer 4: Veränderung bei den Zuschüssen zu den Krankenversicherungsbeiträgen durch die Neuregelung in § 21 SächsAbgG
Ziffer 5: Die derzeitigen Ansprüche zzgl. der bereits feststehenden Ansprüche der ehemaligen MdL, deren Anspruch auf Altersentschädigung aufgrund ihres Alters in den Jahren 2021 und 2022 beginnt, werden mit der geänderten Höhe und Indizierung der Grundentschädigung hochgerechnet.
Ziffer 6: Die derzeitigen Ansprüche auf Hinterbliebenenversorgung werden mit der geänderten Höhe und Indizierung der Grundentschädigung hochgerechnet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 01 01 Landtag

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**01**	Seite Reg. Entw. **16**	**9.986,8**	**10.814,6**	**13.380,5**	SOLL neu	**15.309,8**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**2.395,5**	+/-	**4.050,2**
TITEL	**411 09**				**10.985,0**	Reg. Entw.	**11.259,6**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Aufwendungen für Mitarbeiter der Mitglieder des Sächsischen Landtages nach § 6 Absatz 4 SächsAbgG

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In Folge der für die Plenarsitzung am 18.05.2021 vorgesehenen Beschlussfassung über das Fünfzehnte Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 7/1891) sind Anpassungen vorzunehmen.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 01

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landtag

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 01	Seite Reg. Entw. 24/25	10.019,9	10.275,4	10.357,0	SOLL neu	10.699,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-2.300**	**+/-**	**-2.300**
TITEL 685 04				12.657,0	Reg. Entw.	12.999,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

A) alt: Zuschüsse an die Fraktionen des Landtags zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben
Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Erläuterungen sind verbindlich.
Erläuterungen:
2021 gegenüber 2020 2.381,6 T€ mehr
2022 gegenüber 2021 342,0 T€ mehr

Grundlage für die Zuschüsse an die Fraktionen sind §§ 2 und 3 des Fraktionsrechtsstellungsgesetzes vom 24. August 1998 (SächsGVBl. S. 459), in der jeweils geltenden Fassung. Die Zuschüsse ändern sich regelmäßig im Umfang von 66,6 % um den gleichen Prozentsatz, um den die Vergütungen der Beschäftigten des Freistaates Sachsen durch Vergütungstarife durchschnittlich geändert werden. Bezugsgröße für künftige Anpassungen sind die vom Präsidium des Sächsischen Landtages in seiner Sitzung am 8. Juli 2020 beschlossenen Werte für den Sockelbetrag je Fraktion von mtl. 111.000,00 €, den Betrag für jeden der Fraktion angehörigen Abgeordneten von mtl. je 3.500,00 € und den Oppositionszuschlag je Oppositionsfraktion von mtl. 3/8 des Sockelbetrages. Die Auszahlung der Erhöhung der vorbenannten Teilbeträge gegenüber dem Haushaltsvollzug 2020 steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Präsidiumsbeschlusses.
…

B) neu: Zuschüsse an die Fraktionen des Landtags zur Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben
Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Erläuterungen sind verbindlich.

Erläuterungen:
2021 gegenüber 2020 81,6 T€ mehr
2022 gegenüber 2021 342,0 T€ mehr

Grundlage für die Zuschüsse an die Fraktionen sind §§ 2 und 3 des Fraktionsrechtsstellungsgesetzes vom 24. August 1998 (Sächs-GVBl. S. 459), in der jeweils geltenden Fassung. Die Zuschüsse ändern sich regelmäßig im Umfang von 66,6 % um den gleichen Prozentsatz, um den die Vergütungen der Beschäftigten des Freistaates Sachsen durch Vergütungstarife durchschnittlich geändert werden. Bezugsgröße für künftige Anpassungen sind die für 2021 geltenden Werte für den Sockelbetrag je Fraktion von mtl. 82.718,38 €, den Betrag für jeden der Fraktion angehörigen Abgeordneten von mtl. je 2.920,16 € und den Oppositionszuschlag je Oppositionsfraktion von mtl. je 30.673,91 €.
…

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die antragstellende Fraktion sieht keinen Grund dafür, von dem geltenden Umfang der Fraktionszuschüsse abzuweichen und beantragt daher eine Minderung der veranschlagten Beträge um jährlich 2,3 Mio. Euro und die Übernahme der Regelung in den Erläuterungen, die für den Doppelhaushalt 2019/2020 enthalten waren, unter Hinzufügung der aktuellen Beträge der Zuschüsse für das Jahr 2021. Dies gilt umso mehr als dem Bürger in diesem Jahr und im vergangenen Jahr eine Vielzahl von Einschränkungen auferlegt wurden, die bei vielen Selbständigen und Arbeitnehmern mit Einkommenseinbußen in erheblichen Umfang verbunden waren.

EINZELPLAN 01 – ABSTIMMUNGSLISTE

Änderungsanträge der CDU Fraktion, BÜNDNISGRÜNEN, SPD Fraktion BIM Nr. 454
Änderungsanträge der AfD Fraktion BIM Nr. 447

Kapitel 01 01 Sächsischer Landtag

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
14	411 03	CDU/B'GRÜNE/SPD 01	10 : 0 : 7
14	411 04	CDU/B'GRÜNE/SPD 02	10 : 5 : 2
15	411 06	CDU/B'GRÜNE/SPD 03	17 : 0 : 0
15	411 07	CDU/B'GRÜNE/SPD 04	10 : 5 : 2
15	411 08	CDU/B'GRÜNE/SPD 05	10 : 5 : 2
16	411 09	CDU/B'GRÜNE/SPD 06	12 : 5 : 0
24/25	685 04	AfD 01	5 : 12 : 0

Abstimmung über Kapitel 01 01 mit Stellenplan (und Änderungen)

Abstimmungsergebnis: 11 : 5 : 2

Kapitel 01 06 Sächsischer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 01 06 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 7

Schlussabstimmung EINZELPLAN 01 mit Stellenplänen und Änderungen

„Die Gesamtabstimmung zum Einzelplan 01 erfolgt gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung unter dem Vorbehalt der Herstellung des Benehmens mit dem Präsidium des Sächsischen Landtags."

Abstimmungsergebnis: 11 : 5 : 2

SÄCHSISCHER LANDTAG
DER PRÄSIDENT

über Ausschusssekretariat

Vorsitzenden des
Haushalts- und Finanzausschusses
Herrn Holger Hentschel

im Hause

12. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Hentschel,

haben Sie zunächst herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 22. April 2021, mit dem Sie mich über die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses in seiner 22. Sitzung am 10. März 2021 und in seiner 25. Sitzung am 21. April 2021 über den Einzelplan 01 informieren.

Ich habe das Präsidium über die vom Haushalts- und Finanzausschuss unter dem Vorbehalt der Herstellung des Benehmens mit dem Präsidium angenommenen Änderungsanträge und die daraus resultierenden Abweichungen vom Haushaltsvoranschlag unterrichtet. Meinerseits kann ich Sie nun davon in Kenntnis setzen, dass das Präsidium in seiner Sitzung am 12. Mai 2021 gemäß § 6 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages das Benehmen hierzu hergestellt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Matthias Rößler

Postanschrift: Postfach 11 01 33
01330 Dresden

Hausanschrift: Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 493-50
Telefax: 0351 493-5900

Internet: www.landtag.sachsen.de

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 02 – Sächsische Staatskanzlei

Berichterstatter: André Barth, MdL

Der Einzelplan 02 stand auf der Tagesordnung der 22. Sitzung am 10. März 2021, der 25. Sitzung am 21. April 2021 und der 27. Sitzung am 5. Mai 2021 des Haushalts- und Finanzausschusses.

In der 22. Sitzung am 10. März 2021 stellte ein Vertreter der Staatskanzlei die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsentwurfs zum Einzelplan 02 vor. Im Vorfeld der Sitzung waren Fragen der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Einzelplan 02 schriftlich beantwortet worden.

Zur zweiten Beratung des Einzelplanes am 21. April 2021 lagen den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD sowie Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verständigten sich die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses darüber, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstige Anlagen mit einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollen die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt werde.

Da am 21. April 2021 die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse noch ausstanden, einigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, die abschließende Beratung zum Einzelplan 02 während der Klausurwoche zur 27. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 5. Mai 2021 durchzuführen.

Die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses sahen keinen Anlass für eine grundsätzliche Aussprache und traten unmittelbar in die Beratung der einzelnen Änderungsanträge zum Einzelplan 02 ein.

Zum **Kapitel 02 01, Staatskanzlei,** lagen ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, sieben Änderungsanträge der AfD-Fraktion und ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor.

Ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion sah für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 Stellenkürzungen im höheren Dienst (Besoldungsgruppen A 15, B 3) vor. Zur Begründung verwies ein Abgeordneter der AfD-Fraktion auf die Erforderlichkeit des Bürokratieabbaus, der nur mit einer schlanken Verwaltung zu bewerkstelligen sei. Frei werdende Haushaltsmittel sollten für Investitionen zur Verfügung stehen.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und der CDU-Fraktion kritisierten die pauschale Stellenkürzung ohne vorherige Aufgabenkritik und ohne Personalbedarfsberechnung.

Ebenfalls abgelehnt wurden die Änderungsanträge der AfD-Fraktion zur Kürzung der Haushaltsansätze für den Sachsen-Monitor um 190,0 TEUR auf 20,0 TEUR im Haushaltsjahr 2021 sowie die Kürzung der Haushaltsmittel für Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit um 80,0 TEUR bzw. 180,0 TEUR.

Eine Abgeordnete der Fraktion BÜNDNISGRÜNE wies in der Aussprache zum Antrag darauf hin, dass gerade in Zeiten der Corona-Pandemie ein großes Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger bestünde. Insofern würden die veranschlagten Mittel benötigt und könnten nicht gekürzt werden.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, der eine Streichung der Haushaltsansätze für die Standortkampagne vorsah, wurde mehrheitlich ebenso abgelehnt, wie der Änderungsantrag der AfD-Fraktion, der für das Jahr 2021 eine drastische Kürzung der Haushaltsansätze auf bestehende Verpflichtungen und für das Folgejahr eine Streichung der Haushaltsansätze vorsah. Beide Fraktionen begründeten ihre Anträge damit, dass aus ihrer Sicht eine Fortsetzung der Standortkampagne nicht sinnvoll und für die weitere Entwicklung des Freistaates Sachsen nicht förderlich sei. Die Standortkampagne habe bislang nicht dazu geführt, dass sich Unternehmen im Freistaat Sachsen angesiedelt hätten. Die AfD-Fraktion nahm argumentativ Bezug auf die kritische Stellungnahme des Sächsischen Rechnungshofs zur Standortkampagne. Aus Sicht der AfD-Fraktion sei der Bürokratieabbau die beste Werbung für den Freistaat Sachsen.

Ein Abgeordneter der CDU-Fraktion verwies darauf, dass der Freistaat Sachsen im Wettbewerb mit anderen Ländern stehe. Die Standortkampagne sei aus unternehmerischen Gesichtspunkten wichtig und ein geeignetes Mittel, um auf die Vorteile des Standortes Sachsen aufmerksam zu machen. Daher seien die Anträge abzulehnen.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Standortkampagne sah neben einer Kürzung der Haushaltsansätze für 2022 um 100,0 TEUR zugunsten der Veranstaltung „Tag der Sachsen“ eine Erweiterung der Zweckbestimmung vor.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.

Mit großer Mehrheit wurden die folgenden Änderungsanträge der AfD-Fraktion abgelehnt, die Kürzungen der Haushaltsansätze für „Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen“, für „Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit“ und für „Repräsentationsverpflichtungen der Staatsregierung im Ausland“ vorsahen. Zur Begründung verwies ein Abgeordneter der AfD-Fraktion auf die Stellungnahme des Sächsischen Rechnungshofs, wonach die Haushaltsansätze an die Ist-Ausgaben des Vorjahres anzupassen seien.

Zum **Kapitel 02 02, Sammelansätze für den Gesamtbereich des Einzelplanes 02,** brachte die AfD-Fraktion zwei Änderungsanträge ein.

Der erste Änderungsantrag sah neben 32 kw-Vermerken weitere 9 ku-Vermerke von B 3 nach A 16 vor. Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion führte aus, dass über deren Verbleib bzw. deren Konkretisierung nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und

einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl zu befinden sei. Der Änderungsantrag wurde mit großer Mehrheit als nicht nachvollziehbar abgelehnt.

Ebenfalls mehrheitlich abgelehnt wurden die von der AfD-Fraktion beantragten Kürzungen der Haushaltsansätze für „Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen“, um die Ansätze den Ist-Ausgaben des Vorjahres anzupassen.

Zum **Kapitel 02 03, Allgemeine Bewilligungen,** lagen fünf Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion, drei Änderungsanträge der AfD-Fraktion und drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE vor.

Der von der AfD-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag zur Erweiterung des Anwendungsbereichs der Zahlung von Zuschüssen zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung für die der AfD-Fraktion nahestehenden Desiderius-Erasmus-Stiftung e. V. wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zur Begründung für die Ablehnung des Antrages zitierte ein Abgeordneter der CDU-Fraktion aus den verbindlichen Erläuterungen zum Titel 686 10, wonach eine Förderung „nur in Betracht komme, wenn die Einrichtung in den letzten drei Jahren vor Inkrafttreten des jeweiligen Haushaltsgesetzes nachweislich regelmäßige Aktivitäten der politischen Bildung im Freistaat Sachsen entfaltet“ habe. Dieses Kriterium sei durch die äußerst begrenzte Anzahl von Veranstaltungen der Desiderius-Erasmus-Stiftung e. V. in den vergangenen Jahren nachweislich nicht erfüllt.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion zur Aufstockung der Haushaltsansätze zum „Tag der Sachsen“ wurde einstimmig angenommen.

Die vier Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion in der TG 62 zur Erweiterung des Landesprogramms Demografie um den Programmteil „Neulandgewinner Sachsen“, um damit Akteure in ländlichen Räumen zu unterstützen, die Lösungen für gesellschaftlichen, demografischen Wandel beispielhaft entwickeln, aufbauen und damit Neuland gewinnen, wurden mit großer Mehrheit angenommen. Abgeordnete der AfD-Fraktion, die sich gegen das Projekt aussprachen, konnten sich mit ihrer Kritik nicht durchsetzen.

Die drei Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE zur Förderung von neuen lokal- und regionaljournalistischen Projekten und zur Förderung des Medienstandorts wurden mit großer Mehrheit abgelehnt, da zum einen deren Finanzierung ungeklärt blieb und zum anderen die Ausreichung der Fördermittel über die SLM abgelehnt wurde.

Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion sprach sich vor dem Hintergrund der finanziellen Belastung für eine Streichung der Haushaltsansätze für „Ausgaben für entwicklungspolitische Maßnahmen“ aus. Nachdem sowohl eine Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ein Abgeordneter der Fraktion DIE LINKE als auch der Amtschef der Staatskanzlei auf die besondere Bedeutung der entwicklungspolitischen Maßnahmen und deren Nutzen für den Freistaat Sachsen hingewiesen hatten, wurde der Änderungsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache wurde der Änderungsantrag der AfD-Fraktion abgelehnt, mit dem beantragt wurde, die Haushaltsansätze für „Ausgaben und Zuschüsse für Projekte und Veranstaltungen im Freistaat Sachsen mit überregionaler Bedeutung“ zu streichen.

Zum **Kapitel 02 04, Landesvertretung beim Bund,** brachte die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag ein, mit dem ab 2021 vier Stellen der Besoldungsgruppen A 15, A 16, B 3 und B 6 gestrichen werden sollen, um mehr Haushaltsmittel für Investitionen zur Verfügung zu haben und um einen Bürokratieabbau zu fördern.

Der Antrag wurde mit großer Mehrheit unter Hinweis auf einen erhöhten Koordinierungsaufwand infolge der Regierungsneubildung abgelehnt. Dieser erhöhte Koordinierungsaufwand müsse auch in den Stellen entsprechend abgebildet werden.

Zum **Kapitel 02 05, IT und E-Government in der Staatsverwaltung,** brachten die CDU-Fraktion, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion zwei Änderungsanträge ein, die eine Erhöhung der Titelansätze vorsahen. Die Haushaltsmittel sollen für die Entwicklung einer Open Source Strategie für die öffentliche Verwaltung und für die Entwicklung des Open Data Portals eingesetzt werden.

Die Änderungsanträge wurden mehrheitlich angenommen.

Zu den **Kapiteln 02 06 bis 02 09** lagen keine Änderungsanträge vor.

Zum **Kapitel 02 99, Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID),** brachte die AfD-Fraktion einen Änderungsantrag ein, mit dem weitere 33 Stellen gestrichen werden sollen, um den Bürokratieabbau voranzutreiben.

Abgeordnete der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE lehnten den Antrag ab und wiesen darauf hin, dass vor dem Hintergrund der anstehenden Aufgaben im Bereich der Digitalisierung der von der Staatsregierung vorgesehene Stellenaufwuchs erforderlich sei, um die Verwaltung zukunftsfähig zu machen. Es herrsche bei der AfD-Fraktion der Irrglaube, dass durch den Personalabbau ein Bürokratieabbau erreicht werden können.

Ein weiterer Abgeordneter der CDU-Fraktion ergänzte, dass das Ziel bestehe, diese Aufgaben bei der SID zu bündeln, um freigewordene personelle Ressourcen einzusparen. Mit der Digitalisierung von Prozessen müsse langfristig auch ein Personalabbau in der inneren Verwaltung einhergehen.

Nachdem es von Seiten der Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses keinen weiteren Aussprachebedarf gab, vertagte der Ausschussvorsitzende die weitere Beratung des Einzelplanes auf die 27. Sitzung am 5. Mai 2021.

Zur abschließenden Beratung am 5. Mai 2021 lagen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD sowie der Fraktion DIE LINKE vor.

Der Ausschussvorsitzende verwies auf die verteilten Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse für Inneres und Sport, für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus sowie für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung.

Nachdem es keinen weiteren allgemeinen Aussprachebedarf gab, bat der Ausschussvorsitzende um Einbringung und Beratung der vorliegenden Änderungsanträge.

Da zum **Kapitel 02 01, Staatskanzlei,** ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD vorlagen, wurde das Kapitel erneut geöffnet.

Der von der Fraktion DIE LINKE, bereits in der Sitzung vom 21. April 2021 eingebrachte Änderungsantrag, der eine Streichung der Haushaltsansätze für die Standortkampagne vorsah, wurde erneut mit großer Mehrheit abgelehnt.

Einstimmig angenommen wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD zur Vergabe von Aufträgen zur Einführung eines neuen Personalverwaltungssystems.

Zum **Kapitel 02 03, Allgemeine Bewilligungen,** lagen zehn weitere Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD vor. Das Kapitel wurde erneut geöffnet.

Die Änderungsanträge dienten u. a. der Stärkung des Medienstandortes Sachsen, der Regionalbüros des Freistaates Sachsen mit Ländern der östlichen Partnerschaft und zur Förderung entwicklungspolitischer Maßnahmen.

Die Änderungsanträge wurden von Abgeordneten der Fraktionen unter Bezugnahme auf die schriftlichen Ausführungen eingebracht und nach kurzer Gegenrede einstimmig oder mehrheitlich angenommen.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt. Die Abstimmungsergebnisse zum Einzelplan 02 sind Anlage 3 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung zum **Einzelplan 02** empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mit **11 : 8 : 0 Stimmen** dem Sächsischen Landtag die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

gez. André Barth, MdL
Berichterstatter

Anlage
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 01

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatskanzlei

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.	**19**	**5.282,6**	**4.795,0**	**4.500,0**	SOLL neu	**4.400,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**-100,0**
TITEL	**531 05**					**4.500,0**	Reg. Entw.	**4.500,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Standortkampagne

A)
Mit der Dachmarke "So geht sächsisch." wird unter Einbeziehung aller Kommunikationskanäle die breit angelegte Imagekampagne fortgeführt, die Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Kultur und Sport sowie die Präsentation Sachsens einschließt. Eine Erfolgskontrolle wird über unterstützende demoskopische Umfragen sichergestellt.

B)
Mit der Dachmarke "So geht sächsisch." wird unter Einbeziehung aller Kommunikationskanäle die breit angelegte Imagekampagne fortgeführt, die Wirtschaft, Wissenschaft, Tourismus, Kultur und Sport sowie die Präsentation Sachsens einschließt. Eine Erfolgskontrolle wird über unterstützende demoskopische Umfragen sichergestellt. Unter der Überschrift "So geht sächsisch" wird in 2021 und 2022 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren eine Kampagne entwickelt, die sichtbar macht, dass Vielfalt in Sachsen eine Heimat hat. Menschen mit ihren Geschichten, unterschiedlichen Hintergründen, Herkünften, Lebensmodellen und -erfahrungen werden im Mittelpunkt stehen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Werte wie Akzeptanz, Respekt, Gleichberechtigung, Teamarbeit und Vielfalt sind das Fundament für unser gesellschaftliches Zusammenleben in Sachsen. Das soll noch stärker mit Hilfe der Imagekampagne "So geht sächsisch." gezeigt werden.

Darüber hinaus Ansatzabsenkung in 2022. Deckung für die Ansatzerhöhung des Titels 0203 / 633 52

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 02

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **57**	**100,0**	**100,0**	**0,0**	SOLL neu	**200,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**633 52**				**0,0**	Reg. Entw.	**100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen an durchführende Kommune

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus EPL 02 - Ansatzreduzierung 0201/ 531 05

Einmalige zusätzliche Unterstützung der Ausrichterstadt des "Tages der Sachsen" 2022 bei der Wiederaufnahme des Festes nach pandemiebedingter zweijähriger Pause; insbesondere als Unterstützung bei den erhöhten Planungs- und Organisationskosten für den ersten "Tag der Sachsen" nach der Pandemie und dem damit verbundenen außerordentlichen städtischen Aufwand bei der Festorganisation innerhalb der stark verkürzten Vorbereitungszeit.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 03

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **58**	**968,8**	**1.191,2**	**700,0**	SOLL neu	**700,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 62**				**700,0**	Reg. Entw.	**700,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Demografie

Ergänzung der Erläuterung:
[…]
Das Landesprogramm Demografie wird ab dem Haushaltsjahr 2021 ergänzt um den Programmteil „Neulandgewinner Sachsen“. In diesem Programmteil werden Projekte im Sinne der Richtlinie gefördert, die modellhaft für den Umgang mit demografischem Wandel stehen, für das Gemeinwohl wirken und sozialen Innovationscharakter besitzen. Der Freistaat Sachsen knüpft damit an die bereits in den Vorjahren gelaufene Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung „Neulandgewinner der Länder“ an. Der Freistaat Sachsen möchte mit der Ergänzung des Landesprogramms Demografie um diesen neuen Programmteil gezielt Akteurinnen und Akteure in ländlichen Räumen unterstützen, die Lösungen für gesellschaftlichen, demografischen Wandel beispielhaft entwickeln, aufbauen und damit Neuland gewinnen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Das Landesprogramm Demografie soll ab dem Haushaltsjahr 2021 ergänzt werden um den Programmteil „Neulandgewinner Sachsen“. In diesem Programmteil können Projekte im Sinne der Richtlinie gefördert werden, die modellhaft für den Umgang mit demografischem Wandel stehen, für das Gemeinwohl wirken und sozialen

Innovationscharakter besitzen. Der Freistaat Sachsen kann damit an die bereits in den Vorjahren gelaufene Kooperation mit der Robert-Bosch-Stiftung „Neulandgewinner der Länder" anknüpfen. Mit der Ergänzung des Landesprogramms Demografie um diesen neuen Programmteil kann der Freistaat gezielt Akteurinnen und Akteure in ländlichen Räumen unterstützen, die Lösungen für gesellschaftlichen, demografischen Wandel beispielhaft entwickeln, aufbauen und damit Neuland gewinnen.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 04

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.	**58**	**62,1**	**100,0**	**65,0**	SOLL neu	**35,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**40,0**	+/-	**10,0**
TITEL	**531 62**					**25,0**	Reg. Entw.	**25,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

B)
Verpflichtungsermächtigungen:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:		73,6
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu		36,0
2024 bis zu		37,6
2025 ff. bis zu		

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben für den Programmteil "Neulandgewinner Sachsen" in Höhe von 40,0 T€ im Jahr 2021 und 10,0 T€ im Jahr 2022.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 05

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.	**60**	**336,1**	**400,0**	**473,0**	SOLL neu	**496,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**177,0**	+/-	**152,0**
TITEL	**686 62**					**296,0**	Reg. Entw.	**344,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

A)
Verpflichtungsermächtigungen:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	150,0	150,0
davon fällig:		
2022 bis zu	100,0	
2023 bis zu	50,0	100,0
2024 bis zu		50,0

B)
Verpflichtungsermächtigungen:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	150,0	750,0
davon fällig:		
2022 bis zu	100,0	

2023 bis zu	50,0	400,0
2024 bis zu		350,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Ergänzung dient der Umsetzung des Programmteils "Neulandgewinner Sachsen" innerhalb des Landesprogramms Demografie.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 06

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.			**40,0**	SOLL neu	**40,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**40,0**	+/-	**40,0**
TITEL	**534 62**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) neu
Dienstleistungen Dritter

Verpflichtungsermächtigungen:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	60,0	150,0
davon fällig:		
2022 bis zu	20,0	
2023 bis zu	40,0	70,0
2024 bis zu		80,0
2025 ff. bis zu		

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben für den Programmteil "Neulandgewinner Sachsen".

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: IT- und E-Government in der Staatsverwaltung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **90**	**451,2**	**1.501,0**	**1.501,0**	SOLL neu	**1.601,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**526 96**				**1.501,0**	Reg. Entw.	**1.501,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

A) Erläuterungen alt:

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Sachverständiger für die Optimierung der IT-Organisation (u. a. Errichtung eines zentralen Rechenzentrums, Projekt ProSID), zu Fragen der Weiterentwicklung der E-Government-Basiskomponenten, für die Evaluation des SächsEGovG, für die Entwicklung eines IT-Fort- und Weiterbildungsprogramms für die Bediensteten der Landesverwaltung u. a.

B)
Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben für die Inanspruchnahme externer Sachverständiger für die Optimierung der IT-Organisation (u. a. Errichtung eines zentralen Rechenzentrums, Projekt ProSID), zu Fragen der Weiterentwicklung der E-Government-Basiskomponenten, für die Evaluation des SächsEGovG, für die Entwicklung eines IT-Fort- und Weiterbildungsprogramms für die Bediensteten der Landesverwaltung u. a., sowie für die Entwicklung der Open Source Strategie für die öffentliche Verwaltung und der Landesstrategie Green IT inklusive Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit und Schulung zur Umsetzung der Strategien.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckungsvorschlag: Gesamthaushalt.

Begründung: Entsprechend Koalitionsvertrag soll die Erarbeitung einer Open Source Strategie für die öffentliche Verwaltung und eine Green IT Landesstrategie in Auftrag gegeben werden, sowie Maßnahmen zum Umsetzung eingeleitet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: IT- und E-Government in der Staatsverwaltung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.	**91**	**8.844,7**	**23.692,6**	**21.248,1**	SOLL neu	**21.298,1**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.				**50,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**545 96**					**21.198,1**	Reg. Entw.	**21.198,1**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Leistungen des Staatsbetriebes Sächsische Informatik Dienste einschließlich Sächsisches Verwaltungsnetz

A)
Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme der Leistungen des Staatsbetriebes SID u. a. im Bereich SVN (inklusive Verbindungsnetz und E-Government-Plattform), E-Government-Basiskomponenten (z. B. Zahlungsverkehr, Elektronische Signatur und Verschlüsselung (ESV), Verfahrensmanagement, Beteiligungsportal), für die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung im Freistaat Sachsen (eVA.SAX) sowie für weitere Projekte (Plattform für elektronische Zusammenarbeit- Extranet/ITEGWeb, Open Data Portal, E-Vergabe-Plattform u. a.).

B)
Veranschlagt sind Ausgaben für die Inanspruchnahme der Leistungen des Staatsbetriebes SID u. a. im Bereich SVN (inklusive Verbindungsnetz und E-Government-Plattform), E-Government-Basiskomponenten (z. B. Zahlungsverkehr, Elektronische Signatur und Verschlüsselung (ESV), Verfahrensmanagement, Beteiligungsportal), für die elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung im Freistaat Sachsen (eVA.SAX) sowie für weitere Projekte (Plattform für elektronische Zusammenarbeit- Extranet/ITEGWeb, Betrieb und funktionale Weiterentwicklung des Open Data Portals, E-Vergabe-Plattform u. a.).

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Mittelerhöhung soll für die funktionale Weiterentwicklung des Portals für lfd. Vorh. Nr. 14, Open Data Portal eingesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatskanzlei

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **24**	**0,0**	**250,0**	**1.140,0**	SOLL neu	**1.090,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**534 54**				**1.140,0**	Reg. Entw.	**1.090,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Sonstige Dienstleistungen und Vergabe von Aufträgen für die Einführung eines neuen Personalverwaltungssystems einschließlich Bewerbermanagementsoftware

A) Vermerk alt

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Freigabe der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch das SMF nach Entscheidung in der Sache voraussichtlich durch Kabinettsbeschluss.

B) Vermerk neu

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung ist gesperrt. Die Freigabe der Verpflichtungsermächtigung erfolgt durch das SMF nach Entscheidung in der Sache durch Kabinettsbeschluss.

A) Verpflichtungsermächtigungen

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	19.910,0	
davon fällig:		
2022 bis zu	250,0	
2023 bis zu	6.660,0	
2024 bis zu	8.000,0	
2025 ff. bis zu	5.000,0	

B) Verpflichtungsermächtigungen

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:		19.660,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu		6.660,0
2024 bis zu		8.000,0
2025 ff. bis zu		5.000,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Nach aktuellem Prozessfortschritt zur Einführung eines ressortübergreifenden Personalverwaltungssystems ist eine Anpassung der VE-Veranschlagung erforderlich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **61**	**167,3**	**175,0**	**425,0**	SOLL neu	**425,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**250,0**	+/-	**250,0**
TITEL	**546 63**				**175,0**	Reg. Entw.	**175,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Digitales Filmerbe und Kofinanzierung Zukunftsprogramm Kino der BKM

B) neu
Die Ausgaben sind übertragbar.

B) Ergänzung der Erläuterung um:
[…]
Veranschlagt sind zudem 250,0 T€ für die Kofinanzierung des Zukunftsprogramm Kino der BKM.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Durch die langen coronabedingten Schließungen sind viele Kinos nicht in der Lage, den erforderlichen Eigenanteil zur Kofinanzierung des Zukunftsprogramm Kino der BKM aufzubringen. Zudem ist ab dem Jahr 2022 eine Kofinanzierung aus Landesmitteln für die Abnahme der BKM-Mittel zwingend erforderlich. Die neu eingestellten Mittel dienen daher der Kofinanzierung des Zukunftsprogramm Kino in Höhe von mindestens 20%.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **62**			**1.000,0**	SOLL neu	**1.000,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**683 63**				**1.000,0**	Reg. Entw.	**1.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderung des Medienstandortes Sachsen

A) Erläuterungen alt:

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben in Zusammenhang mit der Stärkung des Film- und Kreativstandortes Sachsen zur Unterstützung eines Förder- und Entwicklungs-HUB für Medien, eines Fonds für Hochglanzproduktionen, der Förderung von Unternehmensgründungen und der Vernetzung der Aktivitäten und Standortstärkung im Bereich Gaming.

Der Förder- und Entwicklungs-HUB für Medien soll vorrangig aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen finanziert werden.

B) Erläuterungen neu

Veranschlagt sind insbesondere Ausgaben in Zusammenhang mit der Stärkung des Film- und Kreativstandortes Sachsen zur Unterstützung eines Förder- und Entwicklungs-HUB für Medien, der Förderung von Unternehmensgründungen und der Vernetzung der Aktivitäten und Standortstärkung im Bereich Gaming. Weiterhin veranschlagt sind Mittel für die Förderung in den Bereichen Hochglanzproduktionen, Animation,

Dokumentarfilm und Augmented Reality/Virtual Reality.

Der Förder- und Entwicklungs-HUB für Medien soll vorrangig aus dem Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen finanziert werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Anpassung aufgrund der bestehenden Stärken des Standortes Sachsen.

CDU/B´GRÜNE/SPD 12

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

EPL **02** Seite Reg. Entw. **62**
KAP **03** Seite Erg. Vorl.
TITEL **685 63**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
0,0	**0,0**	**175,0**	SOLL neu	**175,0**
		0,0	+/-	**0,0**
		175,0	Reg. Entw.	**175,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für die Einrichtung eines Aus- und Weiterbildungszentrums für Medienberufe

A) alt
Veranschlagt sind Ausgaben in Zusammenhang mit der Stärkung des Film- und Kreativstandortes Sachsen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, soll die Einrichtung eines Aus- und Weiterbildungszentrums für Medienberufe gefördert werden.

B) neu
Veranschlagt sind Ausgaben in Zusammenhang mit der Stärkung des Film- und Kreativstandortes Sachsen. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, soll die Einrichtung eines Aus- und Weiterbildungszentrums für nichtakademische Medienberufe gefördert werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Klarstellung in den Erläuterungen

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **62**	**20,9**	**30,0**	**335,0**	SOLL neu	**375,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**125,0**	+/-	**165,0**
TITEL	**686 63**				**210,0**	Reg. Entw.	**210,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Mittel in Höhe von 125,0 T€ pro Jahr werden für die Erweiterung der Aufgaben des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) aufgrund der aktuell zunehmenden Bedrohung für Journalistinnen und Journalisten im europäischen Ausland, in Deutschland und in Sachsen benötigt. Das Zentrum wird insbesondere das Monitoring von Verletzungen der Pressefreiheit weiterentwickelt und die juristische Beratung intensivieren.

Die weitere Mittelerhöhung in 2022 dient der Finanzierung des Wiederbeitritts Sachsens zu den Medientagen Mitteldeutschland.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **64**	**0,0**	**0,0**	**100,0**	SOLL neu	**250,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**150,0**
TITEL	**532 66**				**100,0**	Reg. Entw.	**100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Einrichtung von Regionalbüros des Freistaates Sachsen in Moskau und Kiew

A) alt
Zur Fachkräftegewinnung sollen Regionalbüros des Freistaates Sachsen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland, mit Sitzen in Moskau und Kiew eingerichtet werden.

B) neu
Zur Fachkräftegewinnung sollen Regionalbüros des Freistaates Sachsen zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland, mit Sitz in Moskau (oder Sankt Petersburg) und Kiew eingerichtet werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Begründung: Aufgrund der pandemischen Lage in 2020 und 2021 wird sich im Jahr 2021 vorrangig mit der konzeptionellen Vorbereitung zur Einrichtung von Regionalbüros des Freistaates Sachsen in Moskau (oder Sankt Petersburg) und Kiew befasst. Die Umsetzung folgt ab dem Jahr 2022. Entsprechend ist die Mittelausstattung anzupassen.

CDU/B´GRÜNE/SPD 15

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.	**65**	**1.006,1**	**1.154,0**	**678,0**	SOLL neu	**808,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**80,0**	+/-	**120,0**
TITEL	**686 66**					**598,0**	Reg. Entw.	**688,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Begründung: Die im Regierungsentwurf veranschlagten Mittel sind vor dem Hintergrund der Intensivierung der Sächsisch-Polnischen und -Tschechischen Zusammenarbeit nicht ausreichend.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **67**	**387,3**	**150,0**	**212,0**	SOLL neu	**212,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**686 68**				**112,0**	Reg. Entw.	**112,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse zur Förderung Entwicklungspolitischer Maßnahmen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Die angesetzten Haushaltstitel 686 68 und 687 68 im Kapitel 02 03 reichen nicht aus, um die positiven Entwicklungen im Bereich der entwicklungspolitischen Maßnahmen in den kommenden zwei Jahren fortzuführen. Die bisher durchgeführten Aktivitäten haben ein Zeichen gesetzt und damit Deutschland und der Welt gezeigt, dass Sachsen sich global engagiert und Verantwortung übernimmt. Mit einer Aufstockung um 100 T€ können die NRO zumindest 75% ihrer bisherigen Projektsumme für die kontinuierliche Weiterarbeit und kurzfristige Maßnahmen (z.B. gegen COVID19) einsetzen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **68**	**35,7**	**55,0**	**140,0**	SOLL neu	**140,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**686 69**				**40,0**	Reg. Entw.	**40,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für humanitäre, soziale, kulturelle und sonstige Zwecke im Inland

B) neu

Erläuterungen
Veranschlagt werden erstmals Ausgaben für die maßgebliche Interessenvertretung der Sinti und Roma als anerkannte Minderheit. Es soll eine Konzeptentwicklung erfolgen, wie die Unterstützung und Förderung in den kommenden Jahren durch den Freistaat Sachsen umgesetzt werden kann.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Umsetzung der Ziele aus dem Koalitionsvertrag, S. 74: "Sinti und Roma sind leider auch heute noch von Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus betroffen. Wir wollen die Minderheit der Sinti und Roma in ihrer Kultur- und Erinnerungsarbeit weiterhin konstant unterstützen und fördern."

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw. **69**	**40,0**	**40,0**	**290,0**	SOLL neu	**290,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**250,0**	+/-	**250,0**
TITEL	**687 69**				**40,0**	Reg. Entw.	**40,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

A)
Zuschüsse für humanitäre, soziale, kulturelle und sonstige Zwecke im Ausland

B)
Ausgaben und Zuschüsse für humanitäre, soziale, kulturelle und sonstige Zwecke im Ausland

Erläuterung:
Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 210,0 T€ pro Jahr zur Unterstützung von europäischen Hilfsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Flüchtlingshilfe durch den Freistaat Sachsen. Ziel der Unterstützung ist es, Geflüchteten zu helfen und die Situation von Geflüchteten in Flüchtlingscamps zu verbessern.

Für die Restaurierung der Bücher in der Hórnik-Bibliothek in Prag sind mindestens 40,0 T€ pro Jahr bereitzustellen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt.

Sachsen steht zu seinen humanitären Verpflichtungen gegenüber schutzbedürftigen Flüchtlingen. Mit der Unterstützung von Hilfsorganisationen und zivilgesellschaftlichen Organisationen der Flüchtlingshilfe kann der Freistaat Verantwortung zeigen und Hilfe vor Ort leisten.

Der Bücherbestand der Hórnik-Bibliothek in Prag ist ein wichtiges Sorbisches Kulturgut und damit unmittelbar mit dem Freistaat verbunden. Mit den Fördermitteln soll die Restaurierung der wertvollen Bücher weiter unterstützt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**02**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**25,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**25,0**
TITEL	**526 63**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel (neu)
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

B) Erläuterungen (neu)
Die Ausgaben sind bestimmt für die Erstellung eines Gutachtens über die Auswirkungen der Vergabepraxis großer Medienunternehmen im Freistaat Sachsen auf freie Unternehmen im Bereich technischer Dienstleistungen bei der Film-Produktion.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Die Mittelerhöhung ist erforderlich zur Finanzierung des in den Erläuterungen genannten Gutachtens.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 01

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatskanzlei

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 15	6.281,9	10.186,7	10.995,7	SOLL neu	11.128,5
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-792,8**	**+/-**	**-820,8**
TITEL 422 01					11.788,5	Reg. Entw.	11.949,3

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Stellenplan des Kapitels 02 01 sieht eine Stellenmehrung von 8 Stellen (4 Stellen der Besoldungsgruppe B 3 und 4 Stellen der Besoldungsgruppe A 15) in den Jahren 2021 und 2022 gegenüber 2020 vor.
Die Staatskanzlei begründete die Stellenmehrung mit Aufgabenmehrungen in der Staatskanzlei (vgl. Schreiben der SK vom 11.02.2021; Drs. 7/5274). Einerseits erhöhten sich die Aufgaben im Bereich der Ressortkoordinierung aufgrund des gestiegenen Koordinierungsaufwandes sowie der Bildung eines zusätzlichen Staatsministeriums für Regionalentwicklung. Andererseits erhöhten sich die Aufgaben im Bereich des Regierungssprechers (zusätzlicher Stellvertretender Regierungssprecher sowie Verstärkung des Bereichs Presse / Social Media und Kommunikation/Öffentlichkeitsarbeit). Darüber hinaus habe die Staatskanzlei neue Aufgaben im Bereich der Künstlichen Intelligenz, Digitalisierung der Verwaltung sowie des Bürokratieabbaus übernommen.
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals in der Leitungsebene abzubauen und nicht noch zu erhöhen. Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg in der Leitungsebene der Verwaltung verhindert wird.
Die Minderungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:
2021: 4 Stellen der Besoldungsgruppe B 3 x 110,6 T€ (Pauschsatz 2021) = 442,4 T€
4 Stellen der Besoldungsgruppe A 15 x 87,6 T€ (Pauschsatz 2021) = 350,4 T€ insgesamt: 792,8 T€
2022: 4 Stellen der Besoldungsgruppe B 3 x 114,5 T€ (Pauschsatz 2022) = 458,0 T€

4 Stellen der Besoldungsgruppe A 15 x 90,7 T€ (Pauschsatz 2022) = 362,8 T€ insgesamt: 820,8 T€.

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 02 01 wie folgt geändert:
Streichung von 4 Stellen der BesGr. B 3 und 4 Stellen der BesGr. A 15 im Kapitel 02 01 ab 2021 (Reg. Entw. Seite 35).

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 02

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 18	0,0	110,0	20,0	SOLL neu	0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-190**	**+/-**	**0**
TITEL	526 23				210,0	Reg. Entw.	0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Sachsen-Monitor

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Bei dem Sachsen-Monitor handelt es sich um ein Spezialfall der demoskopischen Untersuchungen, für die bereits Ausgaben im Titel 526 22 veranschlagt wurden.
In den Jahren 2017 bis 2020 sind in beiden Titeln zusammengenommen folgende Ausgaben getätigt worden: 94,1 T€ (2017), 95,2 T€ (2018), 22,6 T€ (2019) und 14,7 T€ (2020). Wir halten daher einen Betrag von 20 T€ für ausreichend, um die Ausgaben für den Sachsen-Monitor in bisherigem Umfang zu finanzieren, wenn die veranschlagten Haushaltsmittel in dem Titel 526 22 im Rahmen der Deckungsfähigkeit zur Finanzierung herangezogen werden. Eine vertiefte Auswertung/Untersuchung, die mit höheren Ausgaben verbunden ist, hält die antragstellende Fraktion nicht für notwendig.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 03

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 19	504,1	450,0	500,0	SOLL neu	500,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-80**	**+/-**	**-180**
TITEL	531 01				580,0	Reg. Entw.	680,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
In den Jahren 2019 und 2020 waren in diesem Titel Haushaltsmittel von 450,0 T€ pro Jahr veranschlagt. Angesichts der Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden korrigierten Einnahmeerwartungen können die Mittelansätze nicht regelmäßig, sondern nur in begründeten zwingenden Ausnahmefällen in den kommenden Jahren erhöht werden. In ihrem Schreiben vom 10.02.2021 (s. Drs 7/5267) hat die SK auf die Mehrkosten der technischen Bereitstellung bei der digitalen Umsetzung von Gesprächen und Veranstaltungen und zahlreicher Informationskampagnen verwiesen. Nach Ansicht der antragstellenden Fraktion wird daher eine jedoch nur moderate Aufstockung der Ansätze der Vorjahre als gerechtfertigt angesehen.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 04

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 19	5282,6	4795,0	953,1	SOLL neu	0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-3546,9**	**+/-**	**-4500**
TITEL	531 05				4500,0	Reg. Entw.	4500,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Standortkampagne

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Sächsische Rechnungshof hat in seinem Jahresbericht 2019 die Imagekampagne der Freistaates Sachsen einer grundlegenden Kritik unterworfen. Das Ziel der Kampagne, die Bekanntheit und das Image des Freistaates Sachsen zu verbessern, sei angesichts des hohen Mitteleinsatzes zu wenig. Darüber hinaus gehende Ziele, wie Unternehmen zu Standortentscheidungen zu bewegen oder Touristen anzulocken, werden bisher nicht verfolgt. Für das Tourismusmarketing sind Mittel im Kapitel 1205 Titelgruppe 51 geplant. Die einbringende Fraktion sieht daher die Standortkampagne als nicht notwendig an. Notwendig ist vielmehr eine Standortpolitik, die den Wirtschaftsstandort Sachsen attraktiver macht. Eine kluge Standortpolitik wirbt besser für Sachsen als es eine Standortkampagne jemals könnte. Da, wo es attraktive Rahmenbedingungen gibt, siedeln sich Unternehmen gerne an und sie verhindern, dass Familien abwandern.
Für das Jahr 2021 wurde berücksichtigt, dass laut Auskunft der Staatsregierung aufgrund bestehender Verpflichtungsermächtigungen bereits Verpflichtungen in Höhe von 953,1 T€ eingegangen wurden.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 05

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 22	62,6	404,0	60,0	SOLL neu	60,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-100**	**+/-**	**-100**
TITEL	526 53				160,0	Reg. Entw.	160,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u.ä. Ausschüssen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 betrugen 60,3 T€, 62,6 T€ und 59,3 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 06

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 22	12,8	200,0	50,0	SOLL neu	50,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-110**	**+/-**	**-110**
TITEL	531 53				160,0	Reg. Entw.	160,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 betrugen 49,3 T€, 12,8 T€ und 0 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Dies ist umso mehr geboten, als die Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden korrigierten Einnahmeerwartungen einen sparsamen Mittelansatz zwingend erfordern. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 07

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 25	140,5	280,0	140,0	SOLL neu	140,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-90**	**+/-**	**-90**
TITEL	539 61				230,0	Reg. Entw.	230,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Staatsregierung im Ausland

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 betrugen 134,0 T€, 140,5 T€ und 30,6 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 08

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 02

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 45				SOLL neu	
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**0**
TITEL	Vorbemerkung					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

A) alt: Im Geschäftsbereich der Staatskanzlei werden insgesamt 9 ku Vermerke von B 3 nach A 16 wie folgt ausgebracht:
3 Stellen ku 2025
3 Stellen ku 2026
3 Stellen ku 2027
Bei Abordnungen der Ressorts an die Stammdienststelle Staatskanzlei übernehmen die Ressorts die Personalausgaben im Sinne von Ziffer I Nr. 2 SäVAZVwV. Bei Abordnungen der Ressorts an die Landesvertretung beim Bund in Berlin übernehmen die Ressorts zusätzlich zu den in Satz 1 bestimmten Personalausgaben auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Abordnung stehenden Zahlungen, wie Trennungsgeld, Reisekosten oder Fortbildungskosten.

B) neu: Auf den Geschäftsbereich der Staatskanzlei entfallen insgesamt 32 kw Vermerke. Über den weiteren Verbleib bzw. deren Konkretisierung ist nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl zu befinden.

Im Geschäftsbereich der Staatskanzlei werden darüber hinaus insgesamt 9 ku Vermerke von B 3 nach A 16 wie folgt ausgebracht:
3 Stellen ku 2025
3 Stellen ku 2026
3 Stellen ku 2027
Bei Abordnungen der Ressorts an die Stammdienststelle Staatskanzlei übernehmen die Ressorts die Personal-ausgaben im Sinne von Ziffer I Nr. 2 SäVAZVwV. Bei Abordnungen der Ressorts an die Landesvertretung beim Bund in Berlin übernehmen die Ressorts zusätzlich zu den in Satz 1 bestimmten Personalausgaben auch alle weiteren im Zusammenhang mit der Abordnung stehenden Zahlungen, wie Trennungsgeld, Reisekosten oder Fortbildungskosten.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2020 bis 2024 in den Jahren 2023 und 2024 ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils rund 2,2 Milliarden Euro stellen verdeckte Fehlbeträge dar, die erhebliche haushalterische Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Personalausgaben sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen der größte Ausgabenblock des Freistaates Sachsen. Der Anteil aller Personalausgaben einschließlich der Zuführungen an Nebenhaushalte und den Generationenfonds für Personal sowie die Ausgaben nach dem AAÜG betrug 2019 40,5 Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates Sachsen. Um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen, ist eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Personalausgaben unumgänglich. Daher müssen die einmal beschlossenen und im Doppelhaushalt 2019/2020 noch geplanten kw-Vermerke solange erhalten bleiben, bis über deren Aufrechterhaltung oder Konkretisierung nach einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl entschieden werden kann.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 02

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 48	33,6	325,3	85,0	SOLL neu	85,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-100**	**+/-**	**-100**
TITEL 526 02				185,0	Reg. Entw.	185,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u.ä. Ausschüssen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2019 und 2020 betrugen 33,6 T€ und 79,4 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen.

Einbringer (Fraktion): AfD Fraktion

Ausschuss: HFA

AfD 14

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatskanzlei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 55-56	1691,9	1691,9	1691,9	SOLL neu	1691,9
KAP 03	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	**+/-**	**0,0**
TITEL 686 10				1691,9	Reg. Entw.	1691,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

A) Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung
Nach § 35 Abs. 2 Satz 1 SäHO wird zugelassen, dass den Stiftungen auch projektgebundene Zuwendungen aus anderen Titeln des Staatshaushalts gewährt werden.
Die Erläuterungen sind verbindlich.
Erläuterungen:
Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung werden an solche Einrichtungen (Stiftungen und Vereine) gezahlt, die rechtlich und tatsächlich von den ihnen nahestehenden Parteien unabhängig sind und ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit wahrnehmen sowie politische Zielvorstellungen verfolgen, die verfassungskonform sind und einer dauerhaften politischen Grundströmung entsprechen. Dies setzt ein gewisses Maß an zeitlicher und inhaltlicher Präsenz voraus, die zumindest ein mehrjähriges und nachhaltiges verfassungsgemäßes Wirken und Handeln der Stiftung bzw. des Vereins im Freistaat Sachsen erfordert. Zunächst müssen diejenigen Parteien, die der Stiftung bzw. dem Verein nahestehen, in den vorangegangenen zehn Jahren vor Inkrafttreten eines jeweiligen Haushaltsgesetzes mindestens fünf Jahre im Sächsischen Landtag mit einer Fraktion vertreten sein. Darüber hinaus kommt eine Förderung nur in Betracht, wenn die Einrichtung in den letzten drei Jahren vor Inkrafttreten des jeweiligen Haushaltsgesetzes nachweislich regelmäßige Aktivitäten der politischen Bildung im Freistaat Sachsen entfaltet hat. Soweit die der Stiftung oder dem Verein nahestehende Partei im Sächsischen Landtag nicht mehr (mit einer Fraktion) vertreten ist, wird die institutionelle Förderung noch bis zum Außerkrafttreten des Haushaltsgesetzes gewährt, in dessen zeitlichem Anwendungsbereich die auf die Wahlperiode, in der diese Partei nicht mehr im Sächsischen Landtag vertreten ist, folgende nächste Wahlperiode des Sächsischen Landtages endet. Soweit die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Förderung vorliegen, werden die Zuschüsse den politischen Stiftungen bzw. Vereinen entsprechend der Sitzverteilung der hinter den Stiftungen stehenden Parteien im Sächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag zugewiesen. Bei der Berechnung ist jeweils zu 50 % die Sitzverteilung der beiden letzten Bundes- und Landtagswahlen in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens eines jeweiligen Haushaltsgesetzes laufenden Legislaturperiode des Sächsischen Landtages und des Deutschen Bundestages zu Grunde zu legen. In den in der folgenden Tabelle aufgeführten

Zuweisungsbeträgen an die politischen Stiftungen bzw. Vereine ist jeweils ein fester Sockelbetrag von 100,0 T€ für die jeweilige politische Strömung enthalten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V., Weiterdenken-Heinrich Böll Stiftung Sachsen e. V. sowie die Wilhelm-Külz-Stiftung erhalten je 100,0 T€ als Sockelbetrag und die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. sowie das Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V. gemeinsam einen Sockelbetrag von 100,0 T€. Die Zuschüsse werden an die folgenden politischen Stiftungen bzw. Vereine für Zwecke der politischen Bildung zugewiesen:

	2021 T€	2022 T€
1. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	659,4	659,4
2. Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.	292,6	292,6
3. Weiterdenken-Heinrich Böll Stiftung Sachsen e.V.	233,2	233,2
4. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.	182,4	182,4
5.Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.	182,4	182,4
6. Wilhelm-Külz-Stiftung	141,9	141,9
Summe	1.691,9	1.691,9

Die Zuwendung erfolgt im Rahmen einer institutionellen Förderung nach Vorlage eines Haushalts- und Wirtschaftsplanes.
Projektgebundene Zuwendungen aus anderen Titeln des Staatshaushaltes werden von der institutionellen Förderung abgegrenzt.

B) Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung
Nach § 35 Abs. 2 Satz 1 SäHO wird zugelassen, dass den Stiftungen auch projektgebundene Zuwendungen aus anderen Titeln des Staatshaushalts gewährt werden.
Die Erläuterungen sind verbindlich.
Erläuterungen:
Zuschüsse zur institutionellen Förderung von Einrichtungen für politische Bildung werden an solche Einrichtungen (Stiftungen und Vereine) gezahlt, die rechtlich und tatsächlich von den ihnen nahestehenden Parteien unabhängig sind und ihre Aufgaben selbstständig, eigenverantwortlich und in geistiger Offenheit wahrnehmen sowie politische Zielvorstellungen verfolgen, die verfassungskonform sind und einer dauerhaften politischen Grundströmung entsprechen. Dies setzt ein gewisses Maß an zeitlicher und inhaltlicher Präsenz voraus, die zumindest ein mehrjähriges und nachhaltiges verfassungsgemäßes Wirken und Handeln der Stiftung bzw. des Vereins im Freistaat Sachsen erfordert. Zunächst müssen diejenigen Parteien, die der Stiftung bzw. dem Verein nahestehen, in den vorangegangenen zehn Jahren vor Inkrafttreten eines jeweiligen Haushaltsgesetzes mindestens fünf Jahre im Sächsischen Landtag mit einer Fraktion vertreten sein. Ungeachtet dessen kommt eine Förderung nur in Betracht, wenn die Einrichtung in den letzten drei Jahren vor Inkrafttreten des jeweiligen Haushaltsgesetzes nachweislich regelmäßige Aktivitäten der politischen Bildung im Freistaat Sachsen entfaltet hat. Soweit die der Stiftung oder dem Verein nahestehende Partei im Sächsischen Landtag nicht mehr (mit einer Fraktion) vertreten ist, wird die institutionelle Förderung noch bis zum Außerkrafttreten des Haushaltsgesetzes gewährt, in dessen zeitlichem Anwendungsbereich die auf die Wahlperiode, in der diese Partei nicht mehr im Sächsischen Landtag vertreten ist, folgende nächste Wahlperiode des Sächsischen Landtages endet. Soweit die grundsätzlichen Voraussetzungen für eine Förderung vorliegen, werden die Zuschüsse den politischen Stiftungen bzw. Vereinen entsprechend der Sitzverteilung der hinter den Stiftungen stehenden Parteien im Sächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag zugewiesen. Bei der Berechnung ist jeweils zu 50 % die Sitzverteilung der beiden letzten Bundes- und Landtagswahlen in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens eines jeweiligen Haushaltsgesetzes laufenden Legislaturperiode des Sächsischen Landtages und des Deutschen Bundestages zu Grunde zu legen. In den in der folgenden Tabelle

aufgeführten Zuweisungsbeträgen an die politischen Stiftungen bzw. Vereine ist jeweils ein fester Sockelbetrag von 100,0 T€ für die jeweilige politische Strömung enthalten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung e. V., Weiterdenken-Heinrich Böll Stiftung Sachsen e. V., die Wilhelm-Külz-Stiftung sowie die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. erhalten je 100,0 T€ als Sockelbetrag und die Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. sowie das Herbert-Wehner-Bildungswerk e. V. gemeinsam einen Sockelbetrag von 100,0 T€. Die Zuschüsse werden an die folgenden politischen Stiftungen bzw. Vereine für Zwecke der politischen Bildung zugewiesen:

	2021 T€	2022 T€
1. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	495,9	495,9
2. Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.	217,3	217,3
3. Weiterdenken-Heinrich Böll Stiftung Sachsen e.V.	206,5	206,5
4. Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.	131,9	131,9
5.Herbert-Wehner-Bildungswerk e.V.	131,9	131,9
6. Wilhelm-Külz-Stiftung	161,7	161,7
7. Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V.	346,7	346,7
Summe	1.691,9	1.691,9

Die Zuwendung erfolgt im Rahmen einer institutionellen Förderung nach Vorlage eines Haushalts- und Wirtschaftsplanes. Projektgebundene Zuwendungen aus anderen Titeln des Staatshaushaltes werden von der institutionellen Förderung abgegrenzt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Deckungsvorschlag nicht erforderlich. Eine Erhöhung des Gesamttitels ist nicht angezeigt.

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung e.V. (DES) wurde vom Landesverband Sachsen der Alternative für Deutschland im Jahr 2020 als parteinahe Stiftung anerkannt. Zuvor wurde die DES im April 2018 vom Bundesvorstand und zusätzlich im Juni 2018 vom Bundesparteitag der Alternative für Deutschland als parteinahe Stiftung anerkannt. Die DES ist seit spätestens April 2018 regelmäßig in Sachsen mit Seminaren und Veranstaltungen im Bereich der unabhängigen politischen Bildung tätig.
Die Alternative für Deutschland seit der 6. Legislaturperiode durchgängig im sächsischen Landtag vertreten. Sie ist seit 2017 im Deutschen Bundestag vertreten. Sie ist seit 2014 durchgängig im EU-Parlament vertreten. Sie prägt damit nachhaltig eine politische Strömung in Deutschland. Sie erfüllt damit die Fördervoraussetzungen im Sinne der Erläuterungen des Haushaltsgesetzes.

Sofern das Haushaltsgesetz in Verbindung mit einem einschlägigen Titel im Haushaltsplan die Rechtsgrundlage für die Bereitstellung von Fördermitteln bildet, stellt er die Legitimationsgrundlage der Exekutive gegenüber dem Parlament dar, entsprechende Ausgaben zu tätigen.
Nach der Rechtsprechung des BVerfG stellt die Gewährung von Globalzuschüssen keine verdeckte Parteienfinanzierung dar. Die politischen Stiftungen erbringen ihre Aufgaben satzungsgemäß. Das BverfG hat keine Bedenken gegen die Förderung von Zuschüssen an politische Stiftungen, solange eine solche Förderung alle dauerhaften, ins Gewicht fallenden politischen Grundströmungen angemessen berücksichtigt. (zitiert SächsVerfGH Aktenzeichen Vf.121-II-20 vom 24.März 2021)

Nach diesen Grundsätzen ist die DES anteilig zu berücksichtigen, um dem Gleichheitsgrundsatz gerecht zu werden.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 10

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 66-68	496,6	700,0	0	SOLL neu	0
KAP 03	Seite Erg. Vorl.			**-526**	**+/-**	**-526**
TITEL TG 68				526,0	Reg. Entw.	526,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Entwicklungspolitische Maßnahmen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist originäre Aufgabe des Bundes. Da die Haushaltsmittel begrenzt sind, ist eine Mitwirkung des Freistaates Sachsen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit nicht sinnvoll, zumal dadurch ein zusätzlicher Koordinationsaufwand entsteht. Eine Aufgabenbegrenzung ist umso mehr geboten, als die Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden korrigierten Einnahmeerwartungen einen sparsamen Mittelansatz zwingend erfordern.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 11

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 69-71	414,8	2.000,0	0	SOLL neu	0
KAP 03	Seite Erg. Vorl.			**-1.760**	**+/-**	**-1.860**
TITEL TG 70				1.760,0	Reg. Entw.	1.860,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben und Zuschüsse für Projekte und Veranstaltungen im Freistaat Sachsen mit überregionaler Bedeutung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Nach § 17 Absatz 1 Sächsische Haushaltsordnung sind die Ausgaben nach Zwecken getrennt zu veranschlagen. Durch die Zweckbestimmung muss der Wille des Haushaltsgesetzgebers hinlänglich präzise zum Ausdruck kommen.
Die Haushaltsmittel der Titelgruppe 70 sollen der Förderrung von Projekten und Veranstaltungen im Freistaat Sachsen mit überregionaler Bedeutung dienen. Diese Beschreibung ist vollkommen unkonkret und die Fördergegenstände nicht abgrenzbar. Eine Zweckbestimmung durch den Haushaltsgesetzgeber im Sinne des § 17 Sächsiche Haushaltsordnung liegt damit nicht mehr vor. Der Haushaltsgesetzgeber kann sein Budgetrecht nicht an das Kabinett delegieren, sondern hat es selbst auszüben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 12

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesvertretung beim Bund

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 76	820,9	1.245,1	1.307,6	SOLL neu	1.353,4
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**-424,4**	**+/-**	**-439,3**
TITEL 422 01				1.732,0	Reg. Entw.	1.792,7

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Stellenplan des Kapitels 02 04 sieht eine Stellenmehrung von 4 Stellen (1 Stelle der Besoldungsgruppe B 6, 1 Stelle B 3, 1 Stelle A 16 und 1 Stelle A 15) in den Jahren 2021 und 2022 gegenüber 2020 vor.
Die Staatskanzlei begründete die Stellenmehrung mit vermehrtem Aufwand aufgrund der Regierungsneubildung (vgl. Schreiben der SK vom 11.02.2021; Drs. 7/5283). Zum einen wurde ein neues Referat Bund-Länder-Koordinierung G-Ressorts geschaffen.
Zum anderen wurde das Büro des Staatssekretärs und Bevollmächtigten des Freistaates Sachsen durch einen Persönlichen Referenten und einen Referenten für politische Planung verstärkt. Der gestiegene Koordinierungs- und Abstimmungsaufwandes habe die Wertigkeit des Dienstpostens des Dienststellenleiters erhöht, worauf eine Stelle aus Kapitel 07 01 nach Kapitel 02 04 umgesetzt wurde.
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Regierung und Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert zwingend eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals in der Leitungsebene abzubauen und nicht noch zu erhöhen.
Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg in der Leitungsebene der Verwaltung verhindert wird.
Die Minderungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:
2021: 1 Stelle der Besoldungsgruppe B 6 x 128,9 T€ (Pauschsatz 2021)
1 Stelle der Besoldungsgruppe B 3 x 110,6 T€ (Pauschsatz 2021)
1 Stelle der Besoldungsgruppe A 16 x 97,3 T€ (Pauschsatz 2021)
1 Stelle der Besoldungsgruppe A 15 x 87,6 T€ (Pauschsatz 2021) insgesamt: 424,4 T€

2022: 1 Stelle der Besoldungsgruppe B 6 x 133,4 T€ (Pauschsatz 2022)
1 Stelle der Besoldungsgruppe B 3 x 114,5 T€ (Pauschsatz 2022)
1 Stelle der Besoldungsgruppe A 16 x 100,7 T€ (Pauschsatz 2022)
1 Stelle der Besoldungsgruppe A 15 x 90,7 T€ (Pauschsatz 2022) insgesamt: 439,3 T€.

Gleichzeitig wird der Stellenplan im Kapitel 02 04 wie folgt geändert:
Streichung von 1 Stelle der BesGr. B 6, 1 Stelle der BesGr. B 3, 1 Stelle A 16 und 1 Stelle der BesGr. A 15 im Kapitel 02 04 ab 2021 (Reg. Entw. Seite 81).

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 13

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 02	Seite Reg. Entw. 132	14.986,2	17.842,1	17.708,5	SOLL neu	18.338,6
KAP 99	Seite Erg. Vorl.			**-2.360,2**	**+/-**	**-2.455,2**
TITEL 682 01				20.068,7	Reg. Entw.	20.793,8

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für laufende Zwecke

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Stellenplan des Kapitels 02 99 sieht eine Stellenmehrung von 35 Stellen in den Jahren 2021 und 2022 gegenüber 2020 vor.
Die Staatskanzlei begründete die Stellenmehrung damit, dass die zusätzlichen Stellen der Aufgabenerfüllung des SID dienen (vgl. Schreiben der SK vom 10.02.2021; Drs. 7/5285). Die Notwendigkeit der Stellenmehrung ist jedoch damit nicht dargelegt. Die Staatskanzlei hat nicht deutlich gemacht, für welche neuen Aufgaben bzw. Anforderungen die zusätzlich geplanten Stellen zwingend erforderlich sind.
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Regierung und Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert zwingend eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zu begrenzen und dafür die Anzahl des Personals abzubauen und nicht noch zu erhöhen. Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg der Stellen in der Verwaltung verhindert wird. Der Änderungsantrag bezieht sich nur auf 33 der zusätzlichen 35 Stellen, weil es sich bei 2 Stellen der BesGr A 11 um Umsetzung aus den Kapteln 02 01 und 02 05 handelt.

Die Minderungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:
2021: 1 A 16 x 97,3 T€; 4 A 15 x 87,6 T€; 2 A 14 x 75,0 T€; 1 A 13 x 69,2 T€; 12 A 12 x 65,0 T€; 1 A 10 x 51,8 T€;
2 E 14 x 89,1 T€; 2 E 13 x 80,7 T€; 5 E 11 x 71,2 T€; 3 E 9a x 55,3 T€; insgesamt: 2.360,2 T€

2022: 1 A 16 x 100,7 T€; 4 A 15 x 90,7 T€; 2 A 14 x 77,6 T€; 1 A 13 x 71,6 T€; 12 A 12 x 67,3 T€; 1 A 10 x 53,6 T€;
2 E 14 x 93,5 T€; 2 E 13 x 84,6 T€; 5 E 11 x 74,7 T€; 3 E 9a x 58,0 T€; insgesamt: 2.455,2 T€

Gleichzeitig wird der Stellenplan im Kapitel 02 99 wie folgt geändert:
Streichung von 1 Stelle der BesGr. A 16, 4 Stellen der BesGr. A 15, 2 Stellen der BesGr A 14, 1 Stelle der BesGr. A 13, 12 Stellen der BesGr. A 12, 1 Stelle der BesGr A 10, 2 Stellen der VergGr E 14, 2 Stellen der VergGr E 13, 5 Stellen der VergGr E 11 und 3 Stellen der VergGr E 9a im Kapitel 02 99 ab 2021 (Reg. Entw. Seite 135).

Einbringer (Fraktion): **DIE LINKE**
Ausschuss: **HFA**

LINKE 01

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatskanzlei**
Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 19f	5.282,6	4.795,0	0,0	SOLL neu	0,0
KAP	01				**-4.500,0**	**+/-**	**-4.500,0**
TITEL 531 05					4.500,0	Reg. Entw.	4.500,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Standortkampagne

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Gunsten Gesamthaushalt

Das Geld für eine teure Imagekampagne sollte sinnvoller eingesetzt werden. Anstatt in die Lackierung muss der Freistaat in die Substanz investieren.

Einbringer (Fraktion): **DIE LINKE**
Ausschuss: **HFA**

LINKE 02

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**
Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 62	0,0	0,0	500,0	SOLL neu	2.000,0
KAP	03				**500,0**	**+/-**	**2.000,0**
TITEL 682 63					0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Förderung der regionalen Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten Gesamthaushalt

Förderung von neuen lokal- und regionaljournalistischen Projekten für das Land Sachsen, insbesondere von lokalen und regionalen Rundfunk- und Internetangeboten über die SLM, die über die Vergabe nach Satzung entscheidet.

Einbringer (Fraktion): **DIE LINKE**
Ausschuss: **HFA**

LINKE 03

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**
Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 62	0,0	0,0	2.525,0	SOLL neu	12.925,0
KAP	03				**1.525,0**	**+/-**	**11.925,0**
TITEL 683 63					1.000,0	Reg. Entw.	1.000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Förderung des Medienstandorts Sachsen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten Gesamthaushalt

Für folgende Zwecke sollen Mittel ausgereicht werden:

	2021	**2022**	**Begründung**
MDM-Gründerinitiative MEDIA-start	125.000	125.000	Keine Veränderung, Übernahme des Ansatzes der Staatsregierung
Gaming	150.000	300.000	Förderung nach Antrag mit bis zu 30.000 Euro je Projekt. Mittel werden über die MDM ausgereicht.

Fonds für Hochglanzproduktionen	1.500.000	5.000.000	Mindestsumme für eine Förderung, die nachhaltige Effekte für den Standort erreicht. Kosten von zwei Staffeln Babylon Berlin: 38 Mio. Euro.
Medien-HUB	0	3.000.000	Mindestsumme für eine Förderung, die nachhaltige Effekte für den Standort erreicht.
Cluster in der Animationsbranche	0	2.000.000	Förderung der Ansiedlung von Firmen sowie Projektförderung. Mittel werden über die MDM ausgereicht. Mindestsumme für eine Förderung, die nachhaltige Effekte für den Standort erreicht.
Dokfilmbranche	250.000	500.000	Förderung von Dokumentationsfilmprojekten. Mittel werden über die MDM ausgereicht Mindestsumme für eine Förderung, die den aktuellen Mindestbedarf abdeckt.
AR/VR –Bereich	500.000	2.000.000	Projektförderung. Mittel werden über die MDM ausgereicht. Mindestsumme für eine Förderung, die nachhaltige Effekte für den Standort erreicht.

LINKE 04

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 62f	20,9	30,0	273,4	SOLL neu	273,4
KAP	03				**63,4**	**+/-**	**63,4**
TITEL	686 63				210,0	Reg. Entw.	210,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten Gesamthaushalt

Für folgende Zwecke sollen Mittel ausgereicht werden:

	2021	**2022**	**Begründung**
Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit	200.000	200.000	Inflationsausgleich
Kurzfilmtag	15.000	15.000	Die Mittel sind über Jahre gleichgeblieben. Das Angebot in Sachsen ist stark gestiegen. Anpassung an den Bedarf.

Medientage Mitteldeutschland	38.400	38.400	Freistaat Sachsen wird Mitglied des Trägervereins.
Schlingel	20.000	20.000	

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatskanzlei

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	02	Seite Reg. Entw. 19f	5.282,6	4.795,0	0,0	SOLL neu	0,0
KAP	01				**-4.500,0**	**+/-**	**-4.500,0**
TITEL 531 05					4.500,0	Reg. Entw.	4.500,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Standortkampagne

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Gunsten Gesamthaushalt

Das Geld für eine teure Imagekampagne sollte sinnvoller eingesetzt werden. Anstatt in die Lackierung muss der Freistaat in die Substanz investieren. Die Antragstellerin begehrt ein sofortiges Ende der Kampagne und stattdessen einen sinnvollen Einsatz der Mittel.

EINZELPLAN 02 – Abstimmungsliste HFA

Änderungsanträge der CDU Fraktion, BÜNDNISGRÜNEN, SPD Fraktion BIM Nr. 455
Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE BIM Nr. 463
Änderungsanträge der AfD Fraktion BIM Nr. 448, 467

Kapitel 02 01 Staatskanzlei

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
15	422 01	AfD 01	5 : 13 : 0
18	526 23	AfD 02	5 : 13 : 0
19	531 01	AfD 03	5 : 13 : 0
19	531 05	LINKE 01	2 : 16 : 0
19	531 05	AfD 04	5 : 13 : 0
19	531 05	CDU/B'GRÜNE/SPD 01	11 : 8 : 0
22	526 53	AfD 05	6 : 12 : 0
22	531 53	AfD 06	
25	539 61	AfD 07	

Abstimmung über Kapitel 02 01 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 8 : 0

Kapitel 02 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 02

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
45	Vorbemerkung	AfD 08	6 : 13 : 0
48	526 02	AfD 09	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 02 02

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 02 03 Allgemeine Bewilligungen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
55	686 10	AfD 14	6 : 13 : 0
57	633 52	CDU/B'GRÜNE/SPD 02	19 : 0 : 0
58	TG 62	CDU/B'GRÜNE/SPD 03	12 : 6 : 0
58	531 62	CDU/B'GRÜNE/SPD 04	
60	686 62	CDU/B'GRÜNE/SPD 05	
neu	534 62	CDU/B'GRÜNE/SPD 06	
62	682 63	LINKE 02	2 : 16 : 0
62	683 63	LINKE 03	2 : 16 : 0
62	686 63	LINKE 04	2 : 17 : 0
66-68	TG 68	AfD 10	6 : 13 : 0
69-71	TG 70	AfD 11	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 02 03 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 02 04 Landesvertretung beim Bund

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
76	422 01	AfD 12	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 02 04 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 02 05 IT und E-Government in der Staatsverwaltung

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
90	526 96	CDU/B'GRÜNE/SPD 07	13 : 5 : 0
91	545 96	CDU/B'GRÜNE/SPD 08	

Abstimmung über Kapitel 02 05 mit Stellenplan und Anlagen und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 7

Kapitel 02 06 Beauftragter der Sächsischen Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 02 06 mit Stellenplan

Kapitel 02 07 Europäische und internationale Beziehungen

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 02 07

11 : 0 : 7

Kapitel 02 08 Stellenpool Europa

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 02 08

Kapitel 02 09 Personalpool Demografie

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 02 09 mit Stellenplan

Kapitel 02 99 Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste (SID)

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
132	682 01	AfD 13	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 02 99 mit Stellenplan und Anlagen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Hinweis:
Die weitere Beratung und die Schlussabstimmung wurden auf 27. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vertagt, da die Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse zu den dort gestellten Änderungsanträgen noch nicht vorlagen.

EINZELPLAN 02 – Abstimmungsliste HFA

Fortsetzung der Beratung/Abstimmung vom 21. April 2021

Änderungsanträge der CDU Fraktion, BÜNDNISGRÜNE, SPD Fraktion BIM 501
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE BIM 516

Stellungnahme des Ausschuss für Inneres und Sport BIM 495
Stellungnahme des Ausschusses für Wissenschaft, Hochschule, Medien, Kultur und Tourismus BIM 499
Stellungnahme des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung BIM 493

Kapitel 02 01 Staatskanzlei

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
19	531 05	LINKE 05	2 : 17 : 0
24	534 54	CDU/B'GRÜNE/SPD 09	19 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 02 01 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 02 03 Allgemeine Bewilligungen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
61	546 63	CDU/B'GRÜNE/SPD 10	19 : 0 : 0
62	683 63	CDU/B'GRÜNE/SPD 11	11 : 0 : 8
62	685 63	CDU/B'GRÜNE/SPD 12	13 : 0 : 6
62	686 63	CDU/B'GRÜNE/SPD 13	13 : 6 : 0
64	532 66	CDU/B'GRÜNE/SPD 14	17 : 0 : 2
65	686 66	CDU/B'GRÜNE/SPD 15	19 : 0 : 0
67	686 68	CDU/B'GRÜNE/SPD 16	13 : 6 : 0
68	686 69	CDU/B'GRÜNE/SPD 17	13 : 6 : 0
69	687 69	CDU/B'GRÜNE/SPD 18	13 : 6 : 0
neu	526 63	CDU/B'GRÜNE/SPD 19	11 : 0 : 8

Abstimmung über Kapitel 02 03 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Schlussabstimmung EINZELPLAN 02 mit Stellenplänen, Anlagen und Übersichten (und Änderungen)

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 03 – Sächsisches Staatsministerium des Innern

Berichterstatter: Ivo Teichmann, MdL

Der **Einzelplan 03** stand auf der Tagesordnung der 26. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA) am 4. Mai 2021.

Den Mitgliedern des HFA lagen zur Beratung des Einzelplanes 03 die Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Sport (IA) vom 26. April 2021 sowie Änderungsanträge der CDU-Fraktion, der Fraktion BÜNDNISGRÜNE und der SPD-Fraktion (Koalitionsfraktionen), der AfD-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE vor.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verständigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstigen Anlagen mit einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Ausschusses ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollten die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt werde.

Der Sächsische Staatsminister des Innern verwies eingangs auf die ausführlichen Beratungen und Diskussionen in den vergangenen IA-Sitzungen. Die Mitglieder des HFA traten unmittelbar in die Einbringung und Beratung der einzelnen Änderungsanträge zum Einzelplan 03 ein.

Die fachpolitischen Sprecher brachten ihre Änderungsanträge unter Bezugnahme auf die jeweilige schriftliche Begründung ein. Mit Verweis auf die im Fachausschuss geführten Debatten zu den Änderungsanträgen verzichteten die Ausschussmitglieder zuweilen auf eine Aussprache zu diesen Änderungsanträgen im HFA. Eine Aussprache fand zu den folgenden Änderungsanträgen statt:

Kapitel 03 01 Ministerium

Für den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Titel 422 01 erläuterte ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE, man wolle die Einrichtung des Amtes eines Koordinators für Behörden mit Sicherheitsaufgaben so lange zurückstellen, bis die beamten- und besoldungsrechtlichen Voraussetzungen für eine solche Stelle geklärt seien.

Ein Sprecher der AfD-Fraktion erläuterte zu den Änderungsanträgen seiner Fraktion in den Titeln 511 02, 514 01 und 518 03, es handele sich dabei nur um kleinere Einsparungen mit dem Ziel, auf die Kosten der Vorjahre abzustellen. Ein Sprecher der SPD-Fraktion erwiderte – stellvertretend für alle folgenden Deckungsanträge der AfD-Fraktion – die Koalition habe sämtliche dieser Posten geprüft, sehe weiterhin die Notwendigkeit für diese Haushaltstitel in der Höhe als gegeben und lehne deswegen diese Deckungsanträge ab.

Die AfD-Fraktion begründete ihre Änderungsanträge in den Titeln 531 01, 531 03 und 534 01 damit, man müsse sich in diesen schweren Zeiten bei Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit zurückhalten. Zur Nachwuchswerbung stehe noch ausreichend Geld zur

Verfügung. Die gar nicht so alte Internetpräsenz der Polizei zu überarbeiten, sei zur jetzigen Zeit nicht nötig. Dem widersprach ein Sprecher der CDU-Fraktion. Diese Mittel für die Nachwuchswerbung seien sehr entscheidend, um gutes Personal zu gewinnen.

Da die AfD-Fraktion die in den Titeln 547 10 und 681 ausgebrachten Gelder für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und Prämien, mit denen Katastrophenschützer und Rettungsdienstmitarbeiter ausgezeichnet werden sollen, anders verwenden würde, beantragte sie deren komplette Kürzung. Es handele sich dabei um eine reine PR-Aktion. Man müsse vielmehr die Kameraden vernünftig unterbringen, dafür habe die AfD-Fraktion an anderer Stelle Änderungsanträge eingebracht. Ein Sprecher der SPD-Fraktion entgegnete, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen belegten, dass man sowohl konkrete Maßnahmen der Wertschätzung als auch die bessere Unterbringung vorantreibe.

Die von der AfD-Fraktion beantragte Kürzung im Titel 684 01 lehnten die Koalitionsfraktionen ab, weil das Abschiebemonitoring einer Vereinbarung im Koalitionsvertrag entspreche und als notwendig betrachtet werde.

Kapitel 03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Im Titel 422 06 beantragte die AfD-Fraktion eine Kürzung im Posten leistungsorientierte Besoldung, da man die ausgebrachte Summe für zu hoch halte. Viel besser sei es, die Behörden an anderen Stellen mit ausreichend Personal zu unterstützen. Ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE befand, die AfD-Fraktion gehe überhaupt nicht stringent vor – erst sollten Tarifvermerke aufrechterhalten bleiben, dann sollten wieder Gelder in Personal umgewidmet werden. Sie unterbiete mit dem Vorschlag sogar die Werte der Jahre 2019 und 2020. Die Koalition halte die leistungsorientierte Besoldung gerade in den aktuellen Zeiten für wichtig. Viele Beamte sorgten durch herausragenden Dienst täglich dafür, dass in der Pandemie das Staatswesen am Laufen bleibe.

Die von der Fraktion DIE LINKE beantragte Erhöhung im Titel 525 01 lehnten die Koalitionsfraktionen ab, da erfahrungsgemäß die Umsetzung kultureller Bildung bei der Polizei nicht am Geld scheitere. Den Kürzungsantrag der AfD-Fraktion im selben Titel lehne man ab, weil es mehr und nicht weniger Fortbildung brauche.

Mit Blick auf den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Titel 526 02 gab die AfD-Fraktion an, man könne zwar die Punkte zur Waldbrandbekämpfung mittragen, die Weiterentwicklung eines Leitbilds der Polizei müsse die Behörde jedoch ohne zusätzliche finanzielle Mittel als laufenden Prozess aus sich heraus gestalten.

Im Titel 526 02 beantragte die AfD-Fraktion Kürzungen mit der Begründung, dieser eigne sich gut für Sparmaßnahmen. Es sei ausreichend, periodische Sicherheitsberichte auf der Bundesebene anzufertigen. Dem widersprach ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE. Man erhalte dann ja keinen Überblick über die landesspezifische Sicherheitslage.

Die AfD-Fraktion beantragte im Titel 684 02 bei den Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen Kürzungen um mehr als die Hälfte. Sie führte aus, es gäbe schließlich noch die Landesstiftung und die Bundesstiftung, die finanziell gut aus-

gestattet seien. Aus Gründen der Sparsamkeit lehne die Fraktion auch den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im selben Titel ab. Ein Sprecher der CDU-Fraktion betonte daraufhin den hohen Stellenwert kommunalpolitischer Bildung. Die Mittel würden in jedem Jahr fast vollständig ausgeschöpft, es bestehe also entsprechender Bedarf. Die Alternative zur staatlichen Finanzierung wären höhere Seminarbeiträge für ehrenamtliche Räte, dies lehne die Koalition ab.

Kapitel 03 03 Allgemeine Bewilligungen

Zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Titel 531 51 wies ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE darauf hin, dass die AfD-Fraktion erst alle Publikationen und Öffentlichkeitsmaterialien streichen wollte, sie hier aber plötzlich aufstocken wolle, dies sei nicht stringent. Man gehe davon aus, dass das Ministerium einen sinnvollen Mittelansatz gewählt habe und werde dies dementsprechend beibehalten.

Die Titel 534 51 und 633 51 wurden gemeinsam beraten. Die AfD-Fraktion beantragte jeweils die Streichung der Gelder. Es brauche keine zusätzlichen Gelder, die für die Vernetzung der linken Szene genutzt würden. Bundesprogramme zur Demokratieförderung halte die AfD-Fraktion nicht für förderlich, speziell, wenn Menschen zum Thema Extremismus beraten werden sollen, die Opfer von Extremismus seien. Dies sei sinnlos für Gegenden, in denen es keine Opfer von extremistischer Gewalt gebe, wie zum Beispiel in Ostsachsen. Daraufhin erwiderte ein Sprecher der SPD-Fraktion, die AfD sei entweder blauäugig oder wolle schlicht keine Extremismusprävention. Wenn die vielen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Projekte im Bereich von Demokratieförderung und Extremismusprävention nicht mehr kofinanziert würden, liefen sie aus. Die Koalition wolle explizit die Träger und Verbände, die jeden Tag für Demokratie eintreten würden, fördern. Ihr Änderungsantrag sehe darum eine Aufstockung der Mittel vor. Ein Sprecher der AfD-Fraktion meinte abschließend, die AfD trete mitnichten dafür ein, Demokratie nicht zu fördern, sondern durch ihre bloße Existenz fördere sie die Demokratie.

Die Ablehnung des Änderungsantrags der AfD-Fraktion im Titel 684 51 begründete die Koalition damit, dass das Programm sich schon längst ebenso an Aussteiger aus den Bereichen Linksextremismus und dem Islamismus richte.

Den Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Titel 686 51 begründete die Fraktion mit der Feststellung, wenn ein zivilgesellschaftlicher oder gemeinnütziger Verein ein wichtiges Anliegen habe, werde er dafür sicherlich auch Gönner finden. Es sei nicht notwendig, dass der Staat freie Träger und Vereine extra fördere. Dem widersprach ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE. Man halte es gerade in Zeiten, in denen das Gemeinwesen und der demokratische Rechtsstaat zunehmend – nicht nur verbal – angegriffen werde, für notwendig, die Demokratie zu stärken und werde deswegen nicht nur Kürzungen entgegentreten, sondern im Weiteren Aufstockungen vornehmen.

Kapitel 03 04 Landesdirektion Sachsen

Zum Titel 532 52 lagen zwei Änderungsanträge (Koalitionsfraktionen und AfD-Fraktion) vor, die gemeinsam beraten wurden. Ein Sprecher der AfD-Fraktion meinte, die Koalitionsfraktionen hofften wohl darauf, dass nicht mehr abgeschoben werde. Wenn man mehr abschieben wolle, müsse man auch mehr Geld zu Verfügung stellen. Eine Sprecherin der Fraktion BÜNDNISGRÜNE wies darauf hin, dass Abschiebungen sich

nach Gesetzen richteten. Man könne nicht mit mehr Geld mehr Abschiebungen erzwingen.

Ähnlich lagen die Argumente beim Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Titel 547 52. Der Antragsteller meinte, man müsse mehr Gelder einstellen, um die schlecht ausgelastete Haftanstalt für Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft besser auszulasten. Ein Sprecher der SPD-Fraktion entgegnete, wenn die Auslastung so schlecht sei, dann seien wohl auch gesetzliche Grundlagen und Voraussetzungen nicht gegeben – umso weniger brauche es die Mittelaufstockung.

Mit einer beantragten Streichung in den Erläuterungen zum Titel 547 52 bezweckte die Fraktion DIE LINKE, den Ausreisegewahrsam grundsätzlich nicht weiter zu finanzieren. Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung dieses Änderungsantrags damit, dass die Betreibung des Ausreisegewahrsams nun einmal gesetzlich vorgesehen sei.

Die Kürzungsvorschläge der AfD-Fraktion im Titel 633 52 bezeichnete ein Sprecher der CDU-Fraktion als völlig widersinnig. Nach einer Verteilung von Flüchtlingen auf die Kommunen müsse die Landesebene ihrer Verpflichtung gegenüber der kommunalen Ebene nachkommen – in Form eines Kostenersatzes. Die Kommunalebene habe es überhaupt nicht in der Hand, ob und in welchem Umfang Abschiebungen stattfänden.

Den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Titel 684 52 lehnte die AfD-Fraktion mit der Begründung ab, es handele sich dabei inhaltlich um einen völlig falschen Ansatz. Asylverfahrensberatung durch staatliche Stellen sei in Ordnung, aber eine Beratung durch Dritte lehne man ab.

Zu den umfangreichen Kürzungsvorschlägen der AfD-Fraktion im Titel 428 10 von über 1 Mio. Euro pro Jahr meinte ein Sprecher der CDU-Fraktion, der Streichungsvorschlag betreffe konkret drei E9-Stellen und dafür sei die gewählte Ansatzhöhe selbst bei Hinzurechnung von ein paar Sachmitteln nicht nachvollziehbar.

Kapitel 03 12 Landespolizei

Ein Sprecher der AfD-Fraktion meinte zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Kapitelvermerk, es seien bereits ausreichend Berichte zum Personalbedarf in der Polizei vorgelegt worden und man könne sich doch schon jetzt ein Bild machen. Seine Fraktion vertrete die Ansicht, dass 2.000 zusätzliche Polizisten gebraucht würden. Man werde den Antrag ablehnen.

Zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Titel 422 01 erläuterte ein Sprecher, die vorgeschlagenen 100 Stellen sollten Ruhestandsverschiebung ermöglichen. Dafür müsse man die Rahmenbedingungen noch attraktiver machen. Die Übernahme von Polizeibeamten aus anderen Bundesländern bzw. Wiedereinstellungen seien wohl die Ausnahme, aber auch möglich. Ein Sprecher der SPD-Fraktion verwies auf eine Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, sich nicht gegenseitig Beamte abzuwerben. Zudem habe sich die Zahl der Ruhestandsverschiebungen in den letzten Jahren lediglich durch eine Zulage leicht erhöht, eine weitere deutliche Erhöhung sei also nicht zu erwarten.

Der Sprecher der AfD-Fraktion fügte der Begründung zum Änderungsantrag seiner Fraktion im Titel 427 71 hinzu, die Höhe der Aufwandsentschädigung für die Sächsische Sicherheitswacht sei seit 2014 unverändert und müsse nachgebessert werden. Dem entgegnete ein Sprecher der CDU-Fraktion für ein ehrenamtlich ausgeübtes Amt seien 6 Euro pro Stunde ganz stattlich – insbesondere im Vergleich zum ehrenamtlichen Dienst beispielsweise in den Feuerwehren oder beim Katastrophenschutz.

Kapitel 03 14 Landeskriminalamt

Für die gemeinsam beratenen Änderungsanträge der AfD-Fraktion in den Titeln 537 02, 812 01 und 545 82 fügte ein Sprecher der Fraktion der vorliegenden Begründung hinzu, die Soko LinX müsse besser ausgestattet werden, um bessere Ermittlungsergebnisse gegen den Linksextremismus zu erreichen. Es brauche hier Anschaffung von mehr Soft- und Hardware, da man auch eine personelle Aufstockung dieser Ermittlungsgruppe befürworte. Zusätzlich beantrage man mehr Mittel für Aufklärung über moderne Kriminalitätsphänomene via Broschüren o. ä. Ein Sprecher der SPD-Fraktion meinte, die Koalition halte die Ansätze im Entwurf bereits für auskömmlich und es sei bei Ermittlungskosten auch die Deckungsfähigkeit mit anderen Titeln gewährleistet, falls der Topf unterjährig nicht ausreichen sollte. Er verwies auf die Widersprüchlichkeit, dass die AfD-Fraktion zuvor Mittel für Öffentlichkeitsarbeit kürzen wollte, hier nun aber die Aufstockung beantrage. Darauf erwiderte ein Sprecher der AfD-Fraktion, es sei ein Unterschied, ob Öffentlichkeitsarbeit für PR-Zwecke des Ministers betrieben werde oder zur Kriminalitätsbekämpfung.

Kapitel 03 15 Hochschule der Sächsischen Polizei

Mit ihrem Änderungsantrag im Titel 422 07 schlug die AfD-Fraktion vor, den Einstellungskorridor bei der Polizei auf 720 Stellen zu erhöhen – an der Hochschule wie auch im Bereich der Bereitschaftspolizei. Bei neun Klassen könne auch je eine Person mehr mit drinsitzen. Zudem gebe es immer zehn Personen pro Jahrgang, die die Ausbildung nicht abschließen würden. Die Koalitionsfraktionen begründeten ihre Ablehnung des Antrags damit, dass sie sich bezüglich Stellenzielen sowie Einstellungskorridoren an die Empfehlungen der Fachkommission Polizei I und II hielten. Darüber hinaus seien die Ausbildungs- und Studieneinrichtungen „rappelvoll“. Die AfD-Fraktion erläutere nicht, wie die von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen umgesetzt werden sollten.

Dieselben Argumente wurden sodann auch zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Kapitel 03 16 Titel 422 07 vorgebracht.

Kapitel 03 17 Landesamt für Verfassungsschutz

Der Begründung zum Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Titel 422 01 fügte ein Sprecher hinzu, man könne die Arbeit im Landesamt für Verfassungsschutz auch intern anders verteilen bzw. das Personal nach und nach austauschen, um die fehlende notwendige Qualität zu bekommen. Die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag mit der Begründung ab, die Herausforderungen des Extremismus – insbesondere des Rechtsextremismus – machten diesen Stellenaufwuchs plausibel. Es gelte zudem die Analysefähigkeit des Amtes zu erhöhen.

So argumentierten die fachpolitischen Sprecher sodann auch bei den folgenden Änderungsanträgen der AfD-Fraktion in den Titeln 511 01 und 534 05.

Kapitel 03 18 Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Die Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE im Titel 883 61 wurde vonseiten der Koalitionsfraktionen ausführlich erläutert: Die pauschalen Zuweisungen für die Aufgabenerfüllung im Katastrophenschutz, aus denen in aller Regel auch Mieten, Pachten, Bautätigkeit, etc. finanziert würden, würden vonseiten der Organisationen gemeinhin als auskömmlich bezeichnet. Es gebe aber auch Problemzonen, auf die die Kampagne „Status 6“ hingewiesen habe. Für die Verbesserung problematischer Unterkünfte u. a. habe man bereits im letzten Doppelhaushalt einen neuen Titel geschaffen. Die Koalitionsfraktionen würden dafür nun auch eigene Vorschläge machen. Die Debatte über die allgemeinen pauschalen Zuweisungen zwischen Bund und Ländern, Land und Kommunen und mit den Hilfsorganisationen sei noch nicht abgeschlossen. Man gehe davon aus, dass man im nächsten Doppelhaushalt diesbezüglich über andere Zahlen sprechen werde. Momentan sei die vorgeschlagene Erhöhung nicht notwendig. Ein Sprecher der AfD-Fraktion stimmte zu, man müsse die Kameraden des Katastrophenschutzes und der zivilen Verteidigung vernünftig unterbringen. Die vorliegende Begründung der Fraktion DIE LINKE passe aber nicht zum Änderungsantrag.

Kapitel 03 19 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule, Brandschutz

Die AfD-Fraktion beantragte im Titel 883 09 erhöhte Zuschüsse, insbesondere für neue Rettungswachen für die Berufsfeuerwehren. Die Mittel aus der normalen Richtlinie über die Feuerwehrförderung seien nicht ausreichend. Der Antrag wurde von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärte, man führe mittlerweile im vierten Jahr die Feuerwehrförderung auf einem extrem hohen Niveau fort. Neben den Ansätzen in diesem Titel müsse man auch noch 21 Mio. Euro investive Zweckzuweisungen über das FAG mit bedenken. Insgesamt würden für Investitionen im Bereich Feuerwehr jährlich 40 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Sachsen sei bezüglich der Unterstützung der kommunalen Ebene in diesem Bereich bundesweit an der Spitze. Einen weiteren Bedarf darüber hinaus sehe er nicht. Er verwies abschließend darauf, dass bei Investitionen in Fahrzeugen teilweise die Hersteller mit den Bestellungen gar nicht mehr hinterherkämen.

Kapitel 03 20 Polizeiverwaltungsamt

Die AfD-Fraktion erklärte zum Änderungsantrag im Titel 631 02, die sächsische Polizei solle ihre Einsätze mit ihrem eigenen Kräfteansatz im Land bewerkstelligen. Auch wenn es Ausnahmen geben könne, wie den EU-China-Gipfel in Leipzig, so sei für seine Fraktion nicht nachvollziehbar, warum die Erstattungskosten für das Jahr 2021 noch einmal deutlich in die Höhe getrieben würden. Er bitte um mehr Realismus und Zurückhaltung.

Im daran anschließenden Änderungsantrag im Titel 632 03 sprach sich die AfD-Fraktion ebenfalls für Kürzungen aus. Ein Sprecher der Fraktion konstatierte, für die Demonstrationsgeschehen in Sachsen würden zuweilen ohne Not mehrere Hundertschaften an Polizeikräften aufgewendet und dann passiere überhaupt nichts. Ein deeskalierendes Vorgehen durch weniger Polizisten sei ausreichend.

Auf beide Anträge reagierte ein Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE mit der Aussage, die AfD-Fraktion solle selbst Realismus wagen. Er verwies auf die dynamischen

Demonstrationsgeschehen im Freistaat Sachsen. Nicht zuletzt durch von der AfD-Fraktion angetriebene Proteste, würden Polizisten vor große Herausforderungen gestellt. Hinzu komme die Durchsetzung von regelmäßig ergehenden Versammlungsverboten gegen die Querdenken-Bewegung, die nur mit einer hohen Zahl von Kräften – auch vom Bund und aus anderen Ländern – abzusichern sei.

Zum Antrag der AfD-Fraktion im Titel 812 01, um u. a. Drohnen und Taser anzuschaffen, bemerkte ein Sprecher der Koalitionsfraktionen, ohne eine Rechtsgrundlage für den Einsatz von Tasern außerhalb des SEK brauche es dafür auch keine Mittel. Bezüglich Drohnen verwies er auf die inzwischen moderaten Preise selbst für professionelle Drohnen, hierfür sei der von der AfD-Fraktion gewählte Mittelansatz also überzogen.

Dass die Koalitionsfraktionen für den Titel 812 02 erhöhte Mittel zur Einführung der anonymisierten Wechselkennzeichnung für geschlossene Einheiten beantragten, monierte die AfD-Fraktion. Hier werde Geld für eine gesetzliche Grundlage beantragt, die es noch gar nicht gebe. Zudem lehne man die anonymisierte Wechselkennzeichnung ab. Es sei sehr wohl bereits möglich, übergriffige Polizeibeamte für notwendige Strafverfahren auch namentlich bekannt zu machen.

Der beantragte Sperrvermerk der Koalitionsfraktionen im Titel 812 04 wurde damit begründet, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt kein einsatzfähiges System zur Drohnenabwehr am Markt gebe. Dementsprechend seien auch noch konzeptionelle Fragen zu klären.

Die Fraktion DIE LINKE warb eindringlich um Zustimmung zu ihrem Änderungsantrag im Titel 684 82. 20.000 Euro seien eine vergleichsweise geringe Summe, aber zugleich ein starkes Signal an die engagierten sächsischen Fanprojekte. Die AfD-Fraktion signalisierte, man könne Fanprojekten der LINKEN nicht zustimmen. Ein Sprecher der Koalitionsfraktionen legte dar, dass man das Anliegen an sich teile, selbst eine Erhöhung vornehme, aber den zusätzlichen 20.000 Euro nicht zustimmen werde. Es sei davon auszugehen, dass die Weiterarbeit der Fanprojekte nicht an dieser Summe scheitern werde.

Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion in den Titeln 685 98, 894 98, 632 99 sowie 812 99 lehnten die Koalitionsfraktionen mit der Begründung ab, dass sich aus Staatsverträgen Verpflichtungen ergäben, denen man nachkommen müsse. Die jeweils am Vorjahr orientierten Deckungsanträge seien nicht durchdacht, die geplante Ertüchtigung von IT-Infrastruktur etc. sei nun mal notwendig.

Kapitel 03 22 Sportförderung

Zum Antrag der Koalitionsfraktionen im Titel 534 71 zur Erstellung einer Sportstättenstatistik gab die AfD-Fraktion an, die Fachdebatte im IA habe sie nicht überzeugt.

Im Titel 883 71 begehrte die AfD-Fraktion die Aufstockung für kleine Maßnahmen in den kommunalen Sportstätten. Ein Sprecher der CDU-Fraktion verwies auf die folgenden Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen im selben Titel sowie unter 893 71. Diese seien nicht nur vollständig deckungsfähig, sondern böten auch noch einen wesentlich höheren Ansatz. Dies sei speziell für den Neustart von Vereinen nach der Corona-Pandemie und dem Lockdown überaus wichtig.

Um für ihren Änderungsantrag im neu einzubringenden Titel 883 04 zu werben, verwies eine Sprecherin der Fraktion DIE LINKE auf die aktuell sehr hohen Nichtschwimmerquoten und die vielen Badeunfälle im Jahr 2020. Für Schwimmunterricht brauche es Schwimmhallen, u. a. in Leipzig gebe es aber eine deutliche Überbelegung. Die Koalitionsfraktionen bezeichneten dieses Anliegen als grundsätzlich unterstützenswert. Die Mittel in ihrem vorherigen Änderungsantrag seien ja bereits zur Unterstützung von kommunalen Investitionen in Sportstätten gedacht. Für ein zusätzliches Programm für Schwimmhallen fehlten aber in diesem Haushalt leider die Mittel.

Beschlussempfehlung

In der Anlage 1 sind die angenommenen Änderungsanträge, in Anlage 2 die abgelehnten und zurückgezogenen Änderungsanträge enthalten. Die Abstimmungsliste ist als Anlage 3 beigefügt.

Nach Abschluss der Aussprache und der Einzelabstimmungen zu den Änderungsanträgen erfolgte die Gesamtabstimmung zum **Einzelplan 03**. Mit **11 : 8 : 0 Stimmen** empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss dem Plenum die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

gez. Ivo Teichmann, MdL
Berichterstatter

Anlage
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

ANLAGE 1

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **16**	**18.218,2**	**24.015,2**	**20.765,4**	SOLL neu	**21.492,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**422 01**				**20.765,4**	Reg. Entw.	**21.492,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter

Änderung Stellenplan

Streichung der Hebung von B 4 L2 auf B 8 L2
und Lösung des Stellenplaneintrags "B8"

A) alt

		2020	2021	2022
B 8	Koordinator für Behörden mit Sicherheitsaufgaben	0	1	1
[…]				
B 4	Inspekteur der Polizei	1	0	0

B) neu

		2020	2021	2022
B 8	Koordinator für Behörden mit Sicherheitsaufgaben		[Löschung]	
[…]				
B 4	Inspekteur der Polizei	1	1	1

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Einrichtung des Sicherheitskoordinators wird ausgesetzt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**19**	**4,9**	**69,7**	**122,0**	SOLL neu	**122,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.				**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**526 02**					**22,0**	Reg. Entw.	**22,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Beiräten u.ä. Ausschüssen

B) Vermerk neu
Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:
Veranschlagt sind u.a. Ausgaben von je 100 T€ für die Erarbeitung eine Konzepts "Netzwerk Bürgerbeteiligung" sowie dessen Einrichtung im Jahr 2021 und für die Evaluierung der Ortschaftsverfassung im Jahr 2022.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Die Erhöhung um 100 T€ p.a. ist vorgesehen für die Konzeption und Evaluierung von im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **49**	**397,9**	**816,2**	**880,0**	SOLL neu	**1.100,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**300,0**
TITEL	**526 02**				**880,0**	Reg. Entw.	**800,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u.ä. Ausschüssen

A) Erläuterungstabelle alt

	2021 (in T€)	2022 (in T€)
1. Projekt "Informations- und Wissenmanagement" (ZIWD)	180,0	30,0
2. Fortschreibung der Strategie der Polizei	120,0	120,0
3. Organisationsuntersuchungen (Polizeibereich)	50,0	50,0
4. Mitarbeiterbefragung zum BGM in der Polizei; Reporting-Plattform (elektr. Auswertetool)	0,0	70,0
5. Evaluierung ERP-System der Polizei	50,0	50,0
6. Evaluierung von Befugnisnormen aus dem SächsPVDG	5,8	28,8
7. Evaluierung Waffenverbotszone	50,0	0,0
8. Einigungsstelle	2,0	2,0
9. Erstellung eines Periodischen Sicherheitsberichts mit externer wissenschaftlicher Unterstützung	150,0	100,0
10. Sonstige Vorhaben (einschl. Polizeibereich)	272,2	349,2
Summe	880,0	800,0

==========

B) Erläuterungstabelle neu

	2021 (in T€)	2022 (in T€)
1. Projekt "Informations- und Wissenmanagement" (ZIWD)	180,0	30,0
2. Fortschreibung der Strategie der Polizei	120,0	120,0
3. Organisationsuntersuchungen (Polizeibereich)	50,0	50,0
4. Mitarbeiterbefragung zum BGM in der Polizei; Reporting-Plattform (elektr. Auswertetool)	0,0	70,0
5. Evaluierung ERP-System der Polizei	50,0	50,0
6. Evaluierung von Befugnisnormen aus dem SächsPVDG	5,8	28,8
7. Evaluierung Waffenverbotszone	50,0	0,0
8. Einigungsstelle	2,0	2,0
9. Erstellung eines Periodischen Sicherheitsberichts mit externer wissenschaftlicher Unterstützung	150,0	100,0
10. Evaluierung Polizeiausbildung	0,0	100,0
11. Entwicklung eines Leitbilds der Polizei (Federführung FH Polizei)	50,0	250,0
12. Erstellung eines Integrierten Waldbrandbekämpfungskonzeptes	50,0	50,0
13. Sonstige Vorhaben (einschl. Polizeibereich)	172,2	249,2
Summe	880,0	1.100,0

==========

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Die Erhöhung dient der Entwicklung eines Leitbildes der Polizei, die demokratischen Werten gesellschaftlicher Offenheit und Transparent verpflichtet ist, sowie der Evaluierung der Ausbildung der Polizei und einer Konzeption zur integrierten Waldbrandbekämpfung.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**53**	**1.093,2**	**1.110,1**	**1.364,9**	SOLL neu	**1.364,9**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**684 02**					**1.364,9**	Reg. Entw.	**1.364,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen zur Heranbildung und Weiterbildung für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung

A) Erläuterungen alt:

Die Zuwendungen zur institutionellen Förderung der kommunalpolitischen Bildung können an sächsische Bildungsvereinigungen (eingetragene Vereine mit Sitz in Sachsen) vergeben werden, die dem Landesverband eines Wahlvorschlagsträgers oder den in einem Landesverband organisierten Wahlvorschlagsträgern nahe stehen, von diesen rechtlich und tatsächlich unabhängig sind und ihren Bildungsauftrag selbstständig und in geistiger Offenheit wahrnehmen sowie politische Zielstellungen verfolgen, die verfassungskonform und dauerhaft landesweit kommunalpolitisch verankert sind. Dies setzt voraus, dass der Wahlvorschlagsträger des Landesverbandes, dem die Bildungsvereinigung nahe steht, bei den letzten und den diesen unmittelbar vorangegangenen Gemeinderats- oder Kreistagswahlen im Freistaat Sachsen landesweit mindestens 5 % der Stimmen erreicht hat.

Die Zuwendungen können an die folgenden Bildungsvereinigungen für Zwecke der kommunalpolitischen Bildung mit folgenden Höchstbeträgen unter Berücksichtigung des Stimmenanteils bei den Kreistagswahlen, Gemeinderatswahlen und Landtagswahlen 2019 zugewiesen werden:

	2021 T€	2022 T€
1. Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e. V.	421,2	421,2
2. Die Alternative Kommunalpolitik Sachsen e. V.	115,0	115,0
3. Herbert-Wehner-Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.	117,2	117,2
4. Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V.	167,8	167,8
5. Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Sachsen e. V.	73,4	73,4
6. Werk für Kommunalpolitische Bildung e. V.	215,5	215,5
7. N.N. (AfD-nahe kommunalpolitische Bildungsvereinigung)	254,8	254,8
Summe	**1.364,9**	**1.364,9**

Rechtsgrundlage: Richtlinie des SMI über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen (KomPolFördRL) vom 12. Januar 2016 (SächsABl. S. 114), in der jeweils geltenden Fassung.

B) Erläuterungen neu:

Die Zuwendungen zur institutionellen Förderung der kommunalpolitischen Bildung können an sächsische Bildungsvereinigungen (eingetragene Vereine mit Sitz in Sachsen) vergeben werden, die dem Landesverband eines Wahlvorschlagsträgers oder den in einem Landesverband organisierten Wahlvorschlagsträgern nahe stehen, von diesen rechtlich und tatsächlich unabhängig sind und ihren Bildungsauftrag selbstständig und in geistiger Offenheit wahrnehmen sowie politische Zielstellungen verfolgen, die verfassungskonform und dauerhaft landesweit kommunalpolitisch verankert sind. Dies setzt voraus, dass der Wahlvorschlagsträger des Landesverbandes, dem die Bildungsvereinigung nahe steht, bei den letzten und den diesen unmittelbar vorangegangenen Gemeinderats- oder Kreistagswahlen im Freistaat Sachsen landesweit mindestens 5 % der Stimmen erreicht hat.

Die Zuwendungen können an die folgenden Bildungsvereinigungen für Zwecke der kommunalpolitischen Bildung mit folgenden Höchstbeträgen unter Berücksichtigung des Stimmenanteils bei den Kreistagswahlen, Gemeinderatswahlen und Landtagswahlen 2019 zugewiesen werden:

	2021 T€	2022 T€
1. Bildungswerk für Kommunalpolitik Sachsen e. V.	421,2	421,2
2. Die Alternative Kommunalpolitik Sachsen e. V.	115,0	115,0

3. Herbert-Wehner-Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V.	117,2	117,2
4. Kommunalpolitisches Forum Sachsen e. V.	167,8	167,8
5. Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker in Sachsen e. V.	73,4	73,4
6. Werk für Kommunalpolitische Bildung e. V.	215,5	215,5
7. N.N. (AfD-nahe kommunalpolitische Bildungsvereinigung)	254,8	254,8
Summe	**1.364,9**	**1.364,9**

Sofern im Jahr 2021 bis zum 15. Oktober und im Jahr 2022 bis zum 31. März einzelne kommunalpolitische Bildungsvereinigungen die ihnen zustehenden Zuwendungen nicht oder nicht in voller Höhe beantragen, können die nicht beantragten Zuwendungen im Verhältnis der vorstehenden Zuwendungshöhe auf die anderen kommunalpolitischen Bildungsvereinigungen verteilt werden.

Rechtsgrundlage: Richtlinie des SMI über die Gewährung von Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen (KomPolFördRL) vom 12. Januar 2016 (SächsABl. S. 114), in der jeweils geltenden Fassung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Zur Stärkung der kommunalpolitischen Bildungswerke sollen die nicht abgerufenen Mittel verteilt werden. Der Termin 15. Oktober 2021 steht bereits in der aktuell gültigen Förderrichtlinie. Hier haben alle potentiellen Antragsteller einen gewissen Vertrauensschutz. Für den Termin im Jahr 2022 bedarf es der Anpassung/Änderung der Förderrichtlinie. Das Datum 31. März 2022 soll dann als Ausschlussfrist aufgenommen werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**65**	**149,3**	**270,0**	**270,0**	SOLL neu	**377,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**135,0**	+/-	**377,0**
TITEL	**686 01**					**135,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Kompetenzzentrum für Infrastruktur Sachsen an der Universität Leipzig

B) Vermerk neu:
Die Ausgaben sind übertragbar.

Die im Stellenplan ausgebrachte 1 Stelle der BesGr. W 1 ist unbefristet ausgebracht und wird 2027 nach BesGr. W 3 umgewandelt. Sie ist einschließlich der verausgabten Mittel ab dem DHH 2025/2026 in den Stellenplan bei Kapitel 12 08/685 02 umzusetzen.

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:		1.155,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu		380,0
2024 bis zu		385,0
2025 ff. bis zu		390,0

A) Erläuterungen alt:

Veranschlagt sind Ausgaben zur Förderung des Kompetenzzentrums für Infrastruktur Sachsen an der Universität Leipzig. Die Mittel dienen der Abfinanzierung der Verpflichtungsermächtigung aus 2020. Diese wurde lediglich i. H. v. 135,0 T€ in Anspruch genommen. Die Bewirtschaftung erfolgt durch das SMWK.

B) Erläuterungen neu:

Veranschlagt sind Ausgaben in Höhe von 270,0 T€ p.a. zur institutionellen Förderung des Kompetenzzentrums für Infrastruktur Sachsen an der Universität Leipzig. Die Bewirtschaftung erfolgt durch das SMWK. Nicht verausgabte Zuwendungsmittel sollen im Folgejahr zur Verfügung stehen.

Ab 2022 steht zudem eine Tenure-Track-Professur (W 1) "Angewandte Finanzwissenschaft" mit Tenure Track auf W 3 bereit, um Forschung, Lehre und Transfer in diesem Bereich langfristig abzusichern.

Die zwischen der Sächsischen Staatsregierung und den staatlichen Hochschulen im Freistaat Sachsen über die Höhe der staatlichen Zuschüsse von 2017 bis 2024 geschlossene Vereinbarung wird nicht berührt. § 11 Abs. 6 Satz 2 und 3 SächsHSFG findet keine Anwendung.

B) Stellenplan (neu)

Amtsbezeichnung	Bes.Gr./EntgeltGr.	LG	Stellen 2020	Stellen 2021	Stellen 2022
Personalsoll C:					
Beamte					
Juniorprofessur	W 1	L2	0	0	1
Summe Beamte:			0	0	1
Summe Titel 686 01			0	0	1

Personalsoll C:
Stellen künftig umzuwandeln:
1 Stelle W 1 L2 nach W 3 L2 im Jahr 2027 auf Grund der Tenure-Track-Professur

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt

Der Mittelansatz Soll 2020 wird in gleicher Höhe fortgeführt und es werden VE ausgebracht, um die Arbeit des Kompetenzzentrums dauerhaft abzusichern. Das hat der Haushaltsgesetzgeber mit dem DHH 2019/20 und der Erläuterung "institutionelle Förderung" zum Ausdruck gebracht, die wieder in die Erläuterung aufgenommen wird.

Das Kompetenzzentrum für kommunale Infrastruktur Sachsen (KOMKIS) ist seit 2010 eine kostenfreie Informations- und Beratungsplattform für die staatliche und kommunale Ebene im Freistaat. Angesichts der zahlreichen Herausforderungen im Rahmen von Infrastrukturprojekten unterstützt das Zentrum die sächsischen Kommunen durch wissenschaftliche Informationen und fachliches Know-how rund um den Prozess der Infrastrukturbeschaffung, -erhaltung und -bewirtschaftung. Darüber hinaus profitieren auch die Landesebene (Exekutive und Legislative) sowie Abgeordnete in Kommunalparlamenten von der Arbeit des KOMKIS, die einen originären Bezug zu sächsischen Themen hat und aktuelle Forschungsergebnisse praxisorientiert aufarbeitet.

Seit 2016 wurden über 30 Publikationen zu wichtigen Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Infrastruktur, Demografie und interkommunale Zusammenarbeit veröffentlicht. Die thematische Ausrichtung erfolgt unter der Einbindung des Beirats - bestehend aus SMI, SMWA, SMF sowie den kommunalen Spitzenverbänden. Zu den konkreten Untersuchungen zählen u. a.:
- Kommunaler Investitionsbedarf im Freistaat Sachsen - Kommunalbefragung
- Breitbandausbau in Sachsen - Hemmnisse, Handlungsoptionen und die Rolle des Tiefbaus
- Interkommunale Zusammenarbeit im Freistaat Sachsen - Eine Bestandsaufnahme.

Zur weiteren Stärkung der "Angewandten Finanzwissenschaft" wird eine Juniorprofessur mit Tenure-Track-Option auf W 3 ausgebracht.

CDU/B'GRÜNE/SPD 06

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 0303 Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **66**	**514,6**	**512,0**	**680,0**	SOLL neu	**700,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**180,0**	+/-	**200,0**
TITEL	**633 51**				**500,0**	Reg. Entw.	**500,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuwendungen für Maßnahmen in den Themenfeldern Demokratieförderung und Extremismusprävention

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	850,0	450,0
davon fällig:		
2022 bis zu	500,0	
2023 bis zu	200,0	300,0
2024 bis zu	150,0	150,0
2025 ff. bis zu		

A) Erläuterungen alt:
Die Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen in den Themenfeldern Demokratieförderung und Extremismusprävention veranschlagt.
Sie dienen insbesondere der Kofinanzierung im Rahmen der einschlägigen Bundesprogramme.

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

	2021 T€	2022 T€

Gesamtbetrag:	1.100,0	830,0
davon fällig:		
2022 bis zu	700,0	
2023 bis zu	200,0	500,0
2024 bis zu	200,0	330,0
2025 ff. bis zu		

B) Erläuterungen neu:
Die Mittel sind zur Finanzierung von Maßnahmen in den Themenfeldern Demokratieförderung und Extremismusprävention veranschlagt.
Sie dienen insbesondere der Kofinanzierung im Rahmen der einschlägigen Bundesprogramme, insbsondere der Kofinanzierung des Bundesprogramms "Demokratie leben"- Handlungsbereiche Kommune, Förderung lokale Partnerschaften für Demokratie.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Die Mittel dienen der Kofinanzierung des Bundesprogramms "Demokratie leben"- Handlungsbereiche Kommune, Förderung lokale Partnerschaften für Demokratie.

CDU/B'GRÜNE/SPD 07

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 0303 Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

EPL **03** Seite Reg. Entw. **67**
KAP **03** Seite Erg. Vorl.
TITEL **686 51**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
151,8	**200,0**	**356,0**	SOLL neu	**360,0**
		236,0	+/-	**110,0**
		120,0	Reg. Entw.	**250,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	400,0	400,0
davon fällig:		
2022 bis zu	250,0	
2023 bis zu	150,0	250,0
2024 bis zu		150,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	620,0	620,0
davon fällig:		
2022 bis zu	360,0	
2023 bis zu	260,0	360,0
2024 bis zu		260,0

2025 ff. bis zu

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Die Mittel dienen der Kofinanzierung des Bundesprogrammes "Zusammenhalt durch Teilhabe".

CDU/B'GRÜNE/SPD 08

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **68**	**0,0**		**155,0**	SOLL neu	**155,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**155,0**	+/-	**155,0**
TITEL	**893 62**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Investive Zuschüsse zur Kulturarbeit nach §§ 96 BVFG, 12 SächsSpAEG

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt.

Begründung:
Die Mittel sollen der Finanzierung erforderlicher (Um-)Baumaßnahmen im außerschulischen Bildungs- und Begegnungszentrum „Transferraum Heimat" auf dem Gelände der Energiefabrik Knappenrode (Hoyerswerda) dienen (vgl. Koalitionsvertrag S. 75).

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **93**	**1.083,5**	**2.771,5**	**1.000,0**	SOLL neu	**3.000,0**
KAP	**0304**	Seite Erg. Vorl.			**-2.000,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**532 52**				**3.000,0**	Reg. Entw.	**3.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Beförderungskosten von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Absenkung des Mittelansatzes dient der Erhöhung des Mittelansatzes der investiven Sportförderung.
Die Mittelansätze werden der aktuellen coronabedingten Situation angepasst.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **93**	**1.319,4**	**1.688,9**	**2.450,0**	SOLL neu	**2.850,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**450,0**	+/-	**850,0**
TITEL	**534 52**				**2.000,0**	Reg. Entw.	**2.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Dienstleistungen Dritter

Ergänzung der Erläuterung um:
[…]
Veranschlagt sind weiterhin Mittel in Höhe von 400,0 T€ für 2021 und in Höhe von 350,0 T€ für 2022 für die Implementierung eines Screenings im Rahmen eines Modellprozesses zur Identifikation und Versorgung besonders schutzbedürftiger Asylbewerberinnen und Asylbewerber (Clearingverfahren).

Veranschlagt sind weiterhin Mittel in Höhe von 50,0 T€ für 2021 und in Höhe von 50,0 T€ für 2022 für die Überarbeitung des Gewaltschutzkonzeptes.

Veranschlagt sind ferner Mittel in Höhe von 450,0 T€ für 2022 für die Aufnahme besonders gefährderter Gruppen, die dazugehörige externe Konzeptionierung und Beratung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Erhöhung um 400,0 T€ in 2021 und um 850,0 T€ in 2022 für die Implementierung eines Screenings im Rahmen eines Modellprozesses zur Identifikation und Versorgung besonders schutzbedürftiger Asylbewerberinnen und Asylbewerber, für die Überarbeitung des Gewaltschutzkonzeptes sowie für die Aufnahme besonders gefährdeter Gruppen.

Clearingverfahren: Zur frühzeitigen Erkennung von besonderem Unterstützungsbedarf führen wir ein medizinisches und psychologisches Clearingverfahren bei der Aufnahme ein.
Zur Identifikation und Versorgung besonders schutzbedürftiger Asylbewerberinnen und Asylbewerber (zum Bsp. Opfer von Folter, Vergewaltigung, sonstiger schwerer psychischer, physischer oder sexueller Gewalt, Opfer von Verfolgung und Diskriminierung im Herkunftsland, Personen mit psychischen Störungen oder Traumatisierungen, Schwangere, alleinerziehende Menschen, alte oder behinderte Menschen oder LGBTQIA-Personen) bedarf es einer Clearingstelle mit besonders geschultem Personal und zwar: einer Psychologin oder eines Psychologen, einer Fachärztin oder eines Fachartztes für Psychiatrie, einer Sozialarbeiterin oder eines Sozialarbeiters. Es werden Differentialdiagnostik, Bedarfsermittlung und offenen Sprechstunden durch diese Mitarbeiter durchgeführt. Außerdem müssen Dolmetscherleistungen und Sachkosten abgedeckt werden. Die Clearingstellen sollen an jeden Standort einer Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet werden.

Überarbeitung Gewaltschutzkonzept: Wir werden im Rahmen der Fortentwicklung des Unterbringungskonzepts künftig verstärktes Augenmerk auf den Schutz und die Bedarfe besonders schutzbedürftiger Personen und Gruppen richten. Hierzu werden wir das Gewaltschutzkonzept überarbeiten.
Für die Überarbeitung wird eine externe Expertenrunde als notwendig erachtet. Die Runde sollte bestehen aus einer Kriminologin oder einem Kriminologen, einer Psychologin oder eines Psychologen, einer Sozialarbeiterin oder einem Sozialarbeiter, der Polizei und den Heimbetreibern. Es soll eine standardisierte Situationsanalyse durchführt werden um konkrete Veränderungsbedarfe zu ermitteln und um Änderungsvorschläge zu erarbeiten.
Ergebnisse einer unabhängige Expertenrunde erhöhen das Vertrauen in die auf Grund der Überarbeitung getroffenen Maßnahmen und erhöhen damit die Akzeptanz derselben. Dafür werden 50,0 T€ p.a. eingestellt.

Aufnahme besonders gefährdeter Gruppen: Wir werden Programme des Bundes in Abstimmung mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk zur Aufnahme von besonders gefährdeten Gruppen, wie zum Beispiel verfolgten Christinnen und Christen sowie Frauen und Kindern aus Nordsyrien und dem Nordirak, unterstützen und werden bei der Umsetzung mindestens 150 Menschen in Sachsen aufnehmen.

Es soll eine überobligatorische Aufnahme, aber kein Landesaufnahmeprogramm erfolgen.
Mittel werden hierfür größtenteils vom Bund und von der EU getragen. Bei den eingeplanten Mitteln handelt es sich um eine Schätzung. Sie sind vorgesehen, für die Aufnahme eines Anteils der aufzunehmenden Menschen sowie eine externe Konzeptionierung und Beratung.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **95**	**0,0**	**0,0**	**350,0**	SOLL neu	**350,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**350,0**	+/-	**350,0**
TITEL	**684 52**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Wohlfahrtsverbände für die Asylverfahrensberatung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Einstellung von 350,0 T€ pro Jahr für die Asylverfahrensberatung im Rahmen der neuen gesetzlichen Stufenregelung des Asylgesetzes. In der zweiten Stufe hat sich eine unabhängige Beratung durch die Wohlfahrtsverbände bewährt. Diese wollen wir verstetigen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsarchiv

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**147**	**11,1**	**45,3**	**172,8**	SOLL neu	**265,6**
KAP	**10**	Seite Erg. Vorl.				**80,8**	+/-	**169,2**
TITEL	**428 10**					**92,0**	Reg. Entw.	**96,4**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten

Änderung Stellenplan

EPL 03 Seite RegE 162
KAP 03 10

TITEL 428 10		Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Personalsoll D	E 13	0	2	Soll neu	2
			2	+/-	2
			0	RegE	0

Personalsoll D:

Stellen künftig wegfallend:
2 Stellen E13 L2 im Jahr 2025 Befristung Projekt: Unterstützung kommunale Archive

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

2 Stellen E 13 für das Projekt "Unterstützung kommunaler Archive".

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **171**	**3.664,4**	**6.547,9**	**7.588,1**	SOLL neu	**8.218,2**
KAP	**11**	Seite Erg. Vorl.			**352,0**	+/-	**728,5**
TITEL	**422 01**				**7.236,1**	Reg. Entw.	**7.489,7**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Änderung Stellenplan

EPL 03 Seite RegE 183
KAP 03 11
TITEL 422 01

	Soll 2020	2021	Anzahl	2022
A14	6	12	Soll neu	12
		6	+/-	6
		6	RegE	6
A 12	2	5	Soll neu	5
		3	+/-	3
		2	RegE	2
A 11	0	5	Soll neu	5
		1	+/-	1
		4	RegE	4

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

10 neue Stellen für dringende Bedarfe im Studiengang Digitale Verwaltung, zur Absicherung der Ausbildungsoffensive und zur Fortbildungsinitiative (Generationswechsel von Führungskräften).

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **175**	**1.454,5**	**2.142,0**	**2.039,5**	SOLL neu	**2.251,0**
KAP	**11**	Seite Erg. Vorl.			**135,7**	+/-	**280,6**
TITEL	**685 20**				**1.903,8**	Reg. Entw.	**1.970,4**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuführungen an den Generationenfonds

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Der vorliegende Antrag beihaltet die Zuführungen für die im Titel 422 01 beantragten zusätzlichen Beamtenstellen zur Umsetzung von Ausbildungsoffensive, Digitale Verwaltung und Fortbildungsinitiative.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **176**	**70,7**	**60,0**	**127,4**	SOLL neu	**81,0**
KAP	**11**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**812 01**				**77,4**	Reg. Entw.	**81,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

A) alt

	2021 T€	2022 T€
1. Büroausstattung für neue Professoren/Fachhochschullehrer/ Verwaltungspersonal	20,4	17,0
[…]		
Summe	77,4	81,0

B) neu

	2021 T€	2022 T€
1. Büroausstattung für neue Professoren/Fachhochschullehrer/ Verwaltungspersonal	70,4	17,0
[…]		
[…]		

Summe	127,4	81,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Sachmittel für neue Stellen im Studiengang Digitale Verwaltung, zur Absicherung der Ausbildungsoffensive (Generationswechsel von Führungkräften).

CDU/B'GRÜNE/SPD 16

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**180**	**199,6**	**221,0**	**515,4**	SOLL neu	**561,0**
KAP	**11**	Seite Erg. Vorl.				**130,0**	+/-	**250,0**
TITEL	**812 99**					**385,4**	Reg. Entw.	**311,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von IT-Infrastruktur und IT-Verfahren

A) alt

Erläuterungen:	2021	2022
1. IT-Infrastruktur (Hardware)	214,8	148,1
2. IT-Infrastruktur (Software)	92,5	81,3
3. IT-Verfahren	75,1	78,6
4. Sonstiges	3,0	3,0
Summe	385,4	311,0

B) neu

Erläuterungen:	2021	2022
1. IT-Infrastruktur (Hardware)	294,8	248,1
2. IT-Infrastruktur (Software)	92,5	181,3
3. IT-Verfahren	125,1	128,6
4. Sonstiges	3,0	3,0

Summe	515,4	561,0

Mehrausgaben aufgrund des Personalaufwuchses, der Ausbildungsoffensive, der Digitalisierung von Lehre und Fortbildung sowie der Neueinführung des Studiengangs "Digitale Verwaltung".

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Begründung: Die Hochschule Meißen steht vor der enormen Kraftanstrengung der Umsetzung der Digitalisierung sowohl pandemiebedingt der Lehre als auch zukunftsorientiert der Ausbildung der Studierenden, welche einmal die Anforderungen an ein modernes Arbeiten im Freistaat Sachsen erfüllen können sollen.

Die zusätzlichen Ausgaben in 2021 dienen der Einrichtung eines „digitalen Übungsamts", welches ein ganz wesentlicher Bestandteil der Unterrichtsdigitalisierung sein soll. Dieser Baustein der Digitalisierung wird unter der Bezeichnung „MeiTown" geführt und sieht die Errichtung eines fiktiven „Übungsamtes" vor, in dem die Studierenden echte, anonymisierte E-Akten der Ausbildungsbehörden in einer digitalen Umgebung bearbeiten können.

Um dieses Projekt umsetzen zu können, bedarf es sowohl der Unterstützung Dritter bei der Entwicklung dieses Projekts als auch der softwareseitigen Umsetzung, wofür die Hochschule derzeit einen Bedarf von ca. 50,0 T€ sieht. Darüber hinaus würde die Einführung eines solchen Übungsamts weitere hardwareseitige Anschaffungen erforderlich machen, damit die Studierenden unter einheitlichen Bedingungen und unter Anwendung der Software der Hochschule Meißen in einem geschlossenen Netz die Unterlagen auch tatsächlich bearbeiten können. Dabei soll die Anwendung nicht auf die IT-basierten Module beschränkt werden, sondern in jedem Modul praxisnah eingesetzt werden können. Dies ist letztlich allein über die Anschaffung mobiler Endgeräte auf dem Campus der Hochschule Meißen (und dem ICM als Außenstandort) möglich, was die Anschaffung von vier Laptopwagen à ca. 20,0 T€ (insgesamt 80,0 T€) bedeuten würde. So wäre es realisierbar, dass die Studierenden sowohl baurechtliche Akten als auch kommunalrechtliche oder steuerrechtliche Akten usw. bei den verschiedenen Hochschullehrern bearbeiten können und die Prozesse fächerübergreifend begleitet werden können.

Die zusätzlichen Ausgaben in 2022 begründen sich aus dem Personalaufwuchs.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **191**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**12**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Kapitelvermerk 03 12

A) Die Stellen der Kapitel 03 12, 03 14, 03 15, 03 16 und 03 20 können kapitelübergreifend besetzt werden. Darüber hinaus können Stellen der Kapitel 03 01 und 03 12 kapitelübergreifend besetzt werden. Die Personalausgaben dürfen auch zu Lasten der abgebenden Stelle gezahlt werden.

In den Kapiteln 03 12, 03 14, 03 15, 03 16 und 03 20 dürfen für den Zeitraum des Doppelhaushaltes 2021/2022 Planstellen der LG 2.1 laufbahngruppenübergreifend mit Beamten der LG 1.2 besetzt werden.

Der Einstellungskorridor in die Polizeiausbildung beträgt 700 im Jahr 2021 und 600 im Jahr 2022. Soweit durch die Übernahme der entsprechenden Laufbahnabsolventen die festgelegte Zielsollstärke der Polizei (Polizeivollzugsdienst und Spezialisten/Verwaltung) von derzeit 14.077 Stellen überschritten wird, sollen im Haushalt 2023/2024 vorübergehend weitere Stellen neu ausgebracht werden. Diese in den Eingangsämtern neu ausgebrachten Stellen sollen entsprechend dem Umfang des Ausscheidens aus dem Dienst in den Folgejahren wieder abgebaut werden. Diese Regelungen gelten vorbehaltlich einer Erhöhung der Zielsollstärke im Lichte der Ergebnisse der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen.

B) Die Stellen der Kapitel 03 12, 03 14, 03 15, 03 16 und 03 20 können kapitelübergreifend besetzt werden.

Darüber hinaus können Stellen der Kapitel 03 01 und 03 12 kapitelübergreifend besetzt werden. Die Personalausgaben dürfen auch zu Lasten der abgebenden Stelle gezahlt werden.

In den Kapiteln 03 12, 03 14, 03 15, 03 16 und 03 20 dürfen für den Zeitraum des Doppelhaushaltes 2021/2022 Planstellen der LG 2.1 laufbahngruppenübergreifend mit Beamten der LG 1.2 besetzt werden.

Der Einstellungskorridor in die Polizeiausbildung beträgt 700 im Jahr 2021 und 600 im Jahr 2022. Die zur Übernahme der Anwärter erforderlichen Stellen werden zusätzlich geschaffen, soweit die veranschlagten Stellen nicht auskömmlich sind. Die dadurch neu geschaffenen Stellen sind bei der Fortschreibung des Stellenhaushalts im Ergebnis des Berichts der Fachkommission II zu berücksichtigen.

Die Ausbringung der Stellen für die Polizei wird sich zukünftig an der jeweils aktuellen Fortschreibung des Berichts der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen orientieren. Die Staatsregierung legt hierzu dem Sächsischen Landtag alle zwei Jahre eine Berichtsfortschreibung vor und berichtet darüber hinaus jährlich über die Stellenentwicklung der Polizei sowie über die von der Staatsregierung ergriffenen Maßnahmen.

Die Staatsregierung wird sich für die Aufstellung des kommenden Doppelhaushaltes 2023/24 auf eine Zielsollstärke der Polizei (Polizeivollzugsdienst und Spezialisten/Verwaltung) auf der Grundlage des aktuellen Berichtes der Fachkommission II verständigen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Sachsen ist eines der wichtigsten Anliegen und Kernaufgabe des Staates. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, bedarf es einer handlungsfähigen und leistungsstarken Polizei, die über das zur Aufgabenerfüllung erforderliche Personal verfügt, damit sie die Menschen effektiv vor Gefahren schützen, Kriminalität vorbeugend bekämpfen und Straftaten konsequent verfolgen kann.

Die Analysen, Erkenntnisse und Empfehlungen sowohl des am 14. Dezember 2015 vorgelegten Berichts der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen als auch des am 18. Dezember 2019 vorgestellten Berichts zur Fortschreibung der Fachkommission zur Evaluierung der Polizei des Freistaates Sachsen geben den politischen Entscheidungsträgern und insbesondere dem Landtag als Haushaltsgesetzgeber eine umfassende, nachhaltige und fachlich fundierte Entscheidungsgrundlage dafür an die Hand, über den künftigen, aufgabenorientierten Stellenbedarf bei der sächsischen Landespolizei zu befinden. Aus diesem Grunde wurde

durch den Sächsischen Landtag mit Drs. 7/4220 beschlossen, die Evaluierungsarbeit in Form von regelmäßig zu erstellenden Berichten fortzuschreiben.

CDU/B'GRÜNE/SPD 18

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **194**	**427.774,0**	**476.520,8**	**500.976,3**	SOLL neu	**516.716,6**
KAP	**12**	Seite Erg. Vorl.			**196,8**	+/-	**196,8**
TITEL	**422 01**				**500.779,5**	Reg. Entw.	**516.519,8**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschließlich Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Es ist beabsichtigt für die von schwer planbaren Einsätzen betroffenen Beamten der Fachrichtung Polizei, die in den Organisationseinrichtungen Bereitschaftspolizeihundertschaften und Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften, in den technischen Einsatzeinheiten sowie in den Fachdiensten Einsatzzüge der Polizeidirektionen verwendet werden, eine Erschwerniszulage in Höhe von 40,00 EUR pro Monat einzuführen (siehe Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz Artikel 3).

Zulagen für Beamten werden aus den Titeln 422 01 geleistet. Es erfolgt eine Erhöhung der Ausgabeansätze für 410 Anspruchsberechtigte (hier Fachdienste Einsatzzüge der Polizeidirektionen) in Höhe von 196,8 TEUR.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **202**			**130,0**	SOLL neu	**550,0**
KAP	**12**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**550,0**
TITEL	**TG 60**				**80,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Museum der Polizei des Freistaates Sachsen

B) neu
Erläuterungen: Veranschlagt ist der schrittweise Aufbau des Museums der Polizei des Freistaates Sachsen. In einem ersten Schritt erfolgen die Planung und Umsetzung des Feinkonzepts sowie die Planung der Ausstellung. Damit verbunden ist die Ausgestaltung des Museums als Bildungsort und die multimediale Aufarbeitung der Inhalte. Parallel dazu wird eine Wanderausstellung zum Jubiläum „30 Jahre Polizei Sachsen" in 2021 konzipiert und aufgebaut und eine Chronik aus diesem Anlass erstellt.

Veranschlagung der einzelnen Titel (Erhöhung auf…):

	2021 T€	2022 T€
427 60 Entgelte und sonstige Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige	0,0	2,0
511 60 Geschäftsbedarf, Geräte und Ausstattungsgegenstände	0,0	40,0
531 60 Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit	0,0	8,0
534 60 Dienstleistungen Dritter	130,0	400,0
812 60 Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen	0,0	100,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Begründung:
Im Haushalt 2019/2020 waren bei Kapitel 03 02 Titel 534 01 Ausgabemittel für die Erstellung einer Konzeption für den Aufbau einer längerfristigen polizeihistorischen Sammlung eingestellt. Auf der Grundlage dieser Konzeption soll in den Folgejahren das Museum schrittweise aufgebaut und öffentlich zugänglich gemacht.

In einem ersten Schritt soll die Planung und Umsetzung des Feinkonzepts sowie die Planung der Ausstellung erfolgen. Parallel dazu soll eine Wanderausstellung zum Jubiläum „30 Jahre Polizei Sachsen" in 2021 konzipiert und aufgebaut werden, in die dann das Museumskonzept integriert werden kann.

Ziel des Polizeimuseums ist es, die in vielen Jahren gesammelten Fundstücke sowie historischen Gegenständen der Polizei für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Damit soll auch ein wichtiger Beitrag zur öffentlichen Diskussion um Demokratie und Gesellschaft sowie für die polizeiliche Bildungs- und Aufklärungsarbeit der Polizei geleistet werden, sowohl nach Innen als auch nach Außen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landeskriminalamt

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**226**	**56,2**	**50,0**	**132,0**	SOLL neu	**132,0**
KAP	**14**	Seite Erg. Vorl.				**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**526 02**					**32,0**	Reg. Entw.	**32,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

Ergänzung der Erläuterungen um:
[…]
Im Rahmen der Gesamtsumme sind Mittel im Umfang von 100 T€ p.a. veranschlagt für die Einrichtung und Arbeitsaufnahme einer AG Städtebauliche Kriminalprävention.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Beim LKA wird eine Arbeitsgemeinschaft Städtebauliche Kriminalprävention eingerichtet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**256**	**26,6**	**28,0**	**210,0**	SOLL neu	**210,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.				**150,0**	+/-	**150,0**
TITEL	**546 73**					**60,0**	Reg. Entw.	**60,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vermischte Verwaltungsausgaben

B) Erläuterungen neu

Mit den Mitteln aus dem Titel sollen Forschungsprojekte zu folgenden Themen durchgeführt werden:
- Sozialwissenschaften
- Rechtswissenschaften
- Führungs- und Einsatzwissenschaften
- Verkehrswissenschaften
- Kriminalwissenschaften
- Informatik

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Um die sechs Forschungsbereiche am SIPS weiterhin durchführen zu können, braucht es ausreichend Mittel.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Bereitschaftspolizei

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **269**	**59.835,7**	**63.229,7**	**71.144,6**	SOLL neu	**75.411,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**469,5**	+/-	**469,5**
TITEL	**422 01**				**70.675,1**	Reg. Entw.	**74.941,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschließlich Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Es ist beabsichtigt für die von schwer planbaren Einsätzen betroffenen Beamten der Fachrichtung Polizei, die in den Organisationseinrichtungen Bereitschaftspolizeihundertschaften und Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften, in den technischen Einsatzeinheiten sowie in den Fachdiensten Einsatzzüge der Polizeidirektionen verwendet werden, eine Erschwerniszulage in Höhe von 40,00 EUR pro Monat einzuführen (siehe Antrag zum Haushaltsbegleitgesetz Artikel 3).

Zulagen für Beamten werden aus den Titeln 422 01 geleistet. Es erfolgt eine Erhöhung der Ausgabeansätze für 978 Anspruchsberechtigte (hier Bereitschaftspolizeihundertschaften, Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften, technische Einsatzeinheiten) in Höhe von 469,5 TEUR.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **308**	**6,6**	**8,0**	**10,0**	SOLL neu	**10,0**
KAP	**18**	Seite Erg. Vorl.			**6,0**	+/-	**6,0**
TITEL	**546 01**				**4,0**	Reg. Entw.	**4,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Orden und Ehrenzeichen

B) Ergänzung der Erläuterungen um:
[…] Mit einem besonderen Ehrenzeichen sollen Helferinnen und Helfer für ihren Einsatz während der Corona-Pandemie gewürdigt werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Die aktuelle Coronapandemie fordert die Einsatzkräfte in den Bereichen Rettungsdienst und Katastrophenschutz in besonderer Weise heraus. Neben den zusätzlichen Belastungen, die den Rettungsdienstmitarbeitenden durch das nahezu dauerhafte Tragen von Infektionsschutzkleidung auferlegt werden, entstehen durch die permanent erhöhte Gefahr einer Infektion mit dem Coronavirus auch psychische Belastungen für die Mitarbeitenden des Rettungsdienstes. Daneben engagieren sich zahlreiche Ehrenamtliche aus dem Katastrophenschutzbereich, um beispielsweise den Rettungsdienst mit zusätzlichen Rettungsmitteln zu unterstützen, Testungen in Pflegeeinrichtungen vorzunehmen oder bei der Impfung der Bevölkerung mitzuwirken. Daher sollte dieses besondere Engagement analog anderer großer Einsatzlagen (bspw. Hochwasser) mit einem besonderen Ehrenzeichen o.ä. gewürdigt werden. Dem steht eine Kürzung der Mittel im Titel entgegen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **308**			**150,0**	SOLL neu	**150,0**
KAP	**18**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**50,0**
TITEL	**546 49**				**100,0**	Reg. Entw.	**100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vermischte Verwaltungsausgaben

B) Ergänzung der Erläuterungen um:
[…]
Veranschlagt sind ferner die sächlichen Verwaltungsausgaben, die durch den Betrieb der Landeszentralstelle für psychosoziale Notfallversorgung entstehen. Umfasst ist auch die Finanzierung der operativen Koordinierung überregional tätiger PSNV-Kräfte.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) ist ein wichtiger Bestandteil der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Die Landeszentralstelle für psychosoziale Notfallversorgung ist beim SMI eingerichtet und mit Personal besetzt. Ihre Einrichtung war bereits ein durch alle jetzigen Koalitionspartner initierter wichtiger Schritt in der letzten Legislatur. Wichtig ist jedoch auch die weitere, kontinuierliche Stärkung und Entwicklung des PSNV-Bereiches im Freistaat Sachsen. Die weiteren Kosten, die im Zusammenhang mit der Arbeit, insbesondere bei den ehrenamtlichen Kräften entstehen, werden mit diesem Titel abgedeckt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **312**	**0,0**	**2.000,0**	**2.000,0**	SOLL neu	**1.000,0**
KAP	**18**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**-1.000,0**
TITEL	**883 61**				**2.000,0**	Reg. Entw.	**2.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an die Landkreise, Kreisfreien Städte und Rettungszweckverbände

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

Soll VE 2021 2.000,0 T€ fällig in 2022
Soll-VE 2022 2.000,0 T€ fällig in 2023

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

Soll VE 2021 1.000,0 T€ fällig in 2022
Soll-VE 2022 1.000,0 T€ fällig in 2023

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Ansatzreduzierung um 1,0 Mio. € in 2022 zur Deckung der Ansatzerhöhung bei Änderungsantrag zu 03 18/893 61 in 2022. Gleichzeitige Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung haushaltssystematisch erforderlich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**1.000,0**
KAP	**18**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**1.000,0**
TITEL	**893 61**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) neu
Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen für bauliche Maßnahmen

Erläuterungen:
Veranschlagt sind die Mittel für Zuwendungen zur Errichtung, Sanierung, Rekonstruktion sowie für Aus- und Umbaumaßnahmen von Gerätehäusern.

Rechtsgrundlage:
Richtlinie des SMI über die Gewährung von Zuwendungen für die Mitwirkung im Katastrophenschutz (RL KatSZuwendungen) vom 11. Juli 2011 (SächsABl. S. 1051), in der jeweils geltenden Fassung.

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

Soll VE 2021 = 1.000,0 T€ fällig in 2022;
Soll-VE 2022 = 1.000,0 T€ fällig in 2023

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus 03 18/883 61 (vgl. Änderungsantrag zu 03 18/883 61).

Stärkung der im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **364**	**4.900,1**	**4.000,0**	**8.500,0**	SOLL neu	**5.100,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**3.000,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**812 02**				**5.500,0**	Reg. Entw.	**5.100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Dienst- und Schutzkleidung

A) Ansatz Erläuterungstabelle alt:

	2021 T€	2022 T€
1. Schutz-/Dienstkleidung	2.900,0	2.500,0
2. Dienstkleidung - Gutschrift ca. 11.000 Polizeibeamte a 230,84 €	2.600,0	2.600,0
Summe	5.500,0	5.100,0

B)
Die Ausgaben sind übertragbar

B) Ansatz Erläuterungstabelle neu:

	2021 T€	2022 T€
1. Schutz-/Dienstkleidung	2.900,0	2.500,0
2. Dienstkleidung - Gutschrift ca. 11.000 Polizeibeamte a 230,84 €	2.600,0	2.600,0
3. Anonymisierte Wechselkennzeichnung geschlossene Einheiten	3.000,0	
Summe	8.500,0	5.100,0

B) Ergänzung der Erläuterung um:
[…]
Die Mittel sind auch zur Finanzierung der anonymisierten Wechselkennzeichnung für Polizeibeamte in geschlossenen Einheiten veranschlagt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt über den Gesamthaushalt.

Die Einführung der anonymisierten Wechselkennzeichnung für geschlossene Einheiten ist im Koalitionsvertrag vereinbart. Sollten die Mittel in 2021 nicht abfließen, können sie in die Folgejahre übertragen werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**365**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**812 04**					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Fahrzeugen, Technik und Geräten zur Abwehr von unbemannten Flugsystemen mit technischen Mitteln

A) Vermerk alt:

03 20/811 01, 03 20/811 02, 03 20/812 01, 03 20/812 04, 03 20/TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig.

B) Vermerk neu:

03 20/811 01, 03 20/811 02, 03 20/812 01, 03 20/812 04, 03 20/TG 99 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen ist gesperrt. Die Freigabe der Verpflichtungsermächtigungen erfolgt nach Kabinettsbeschluss durch den Haushalts- und Finanzausschuss des Landtages.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Es wird ein Sperrvermerk für die Inanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigungen 2022 in Höhe von 7,5 Mio.

EUR ausgebracht. Bevor die Freigabe der Verpflichtungsermächtigungen durch den Haushalts- und Finanzausschuss erfolgen kann, ist ein Konzept für die Aufklärung, Verfolgung und Abwehr von Drohnen (inklusive Finanzierungsübersicht) vom Kabinett zu beschließen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **370**	**435,6**	**450,0**	**550,0**	SOLL neu	**550,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**684 82**				**450,0**	Reg. Entw.	**450,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Maßnahmen der Förderrichtlinie Fußballfanprojekte

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	450,0	500,0
davon fällig:		
2022 bis zu	450,0	
2023 bis zu		500,0
2024 bis zu		
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	550,0	550,0
davon fällig:		
2022 bis zu	550,0	
2023 bis zu		550,0
2024 bis zu		
2025 ff. bis zu		

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Erhöhung um 100,0 T€ in 2021 und um 100,0 T€ in 2022 zur weiteren Stärkung der Arbeit von Fanprojekten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**0320**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**894 92**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B)
Zuschüsse für Investitionen an öffentliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Schaffung eines Leertitels für mögliche Investitionen am Innovationslabor für Digitalisierung.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.			**250,0**	SOLL neu	**250,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**250,0**	+/-	**250,0**
TITEL	**685 92**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B)
Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen ggf.für laufende Zwecke

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Begründung:
Die Fraunhofer Gesellschaft beabsichtigt ein Forschungsnetzwerk öffentliche Sicherheit mit Hauptsitz in Berlin zu gründen. Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme sowie dem Innovationslabor der sächsischen Polizei möchte die sächsische Polizei an diesem Forschungsnetzwerk partizipieren.

Die bisherige Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer Institut soll auf das Themenspektrum „Einsatzführungs- und Kommunikationssysteme" fokussiert werden. Bereits vor Einrichtung des „Bundesweiten Netzwerks öffentliche Sicherheit" sollen die Forschungsschwerpunkte „Lage und Führung", „Big Data, OSINT" sowie „Einsatzführung und -kommunikation" durch das sächsische Innovationslabor besetzt werden. Heute parallel und nicht

verknüpften Systeme könnten zukünftig technisch zusammengeführt und weiterentwickelt werden.
Ziel der Forschungsthemen ist eine solide wissenschaftliche Expertisebasis für Ausrüstungsentscheidungen, eine Trendanalyse (naturwissenschaftlich-technisch-gesellschaftlich) im Sinn einer Gesamtansicht und damit eine breite Wissensbasis sowie ein dauerhafter Kompetenzerhalt in der Forschungs- und Entwicklungslandschaft auf diesem Gebiet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **400**	**693,8**	**750,0**	**1.010,0**	SOLL neu	**650,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.			**560,0**	+/-	**200,0**
TITEL	**547 02**				**450,0**	Reg. Entw.	**450,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für die Abwicklung staatlicher Zuwendungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

In Abhängigkeit von der beantragten Erhöhung der Ansätze bei den Titeln 883 71 und 893 71 ist auch der Ansatz für die Vergütung der SAB aufgrund der dann steigenden Fallzahlen zu erhöhen. Unter Berücksichtigung der beabsichtigten Änderung der Vergütungsvereinbarung wurde der Berechnung des Ansatzes nunmehr insgesamt eine Fallzahl von ca. 150 Anträgen bei einer Vergütungspauschale von 6.300 EUR/Fall zugrunde gelegt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **401**	**500,0**	**500,0**	**240,0**	SOLL neu	**400,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.			**240,0**	+/-	**400,0**
TITEL	**684 05**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Maßnahmen zur besseren Integration durch Sport

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Seit 2015 existiert das Programm "Integration von Flüchtlingen im Sport" (FIF), finanziert vom Sächsischen Staatsministerium des Inneren. Durch die finanzielle Ausstattung von jährlich 500,0 T€ wurden bisher 13 Kreis- und Stadtsportbünde unterstützt. Sie beschäftigen Integrationslotsen, die als erste Ansprechpartner Sportvereine beraten und begleiten, wenn es um das immer noch sehr aktuelle Thema "Integration durch Sport" geht. Außerdem werden jährlich Sportvereine als Leuchttürme der Integrationsarbeit sowie Veranstaltungen mit integrativem Bezug unterstützt. Ziel des Programms ist es, Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig in die Gesellschaft einzubinden. Das bedeutet konkrete Willkommenskultur, die Fremdenfeindlichkeit abbaut. Beides stellen keine auf den Sport allein bezogenen wichtigen Aspekte dar. Vielmehr sollen die Netzwerke vom Sport aus in die Gesellschaft hinein wirken. Eine erneute Projektförderung aus Landesmitteln an den LSB ist nur dann möglich, sofern aus dem Doppelhaushalt 2021/2022 heraus Mittel bereitgestellt werden. Bei einem Projektbeginn im 2. Quartal 2021 würde in 2021 der Ausgabenbedarf 240,0 T€ umfassen. Für das Folgejahr 2022 kann ein

Ausgabenbedarf von 400,0 T€ beziffert werden.

CDU/B'GRÜNE/SPD 34

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**402**	**0,0**	**3.500,0**	**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**883 03**					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse zur Förderung von Planungsleistungen für die Multifunktionshalle Mitteldeutschland in Leipzig

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Von der geplanten Streichung des Titels soll abgesehen werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**403**	**410,0**	**388,5**	**100,0**	SOLL neu	**100,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.				**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**534 71**					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Dienstleistungen Dritter

B) Erläuterungen neu:

Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 100,0 T€ zur Erstellung einer Sportstättenstatistik

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Erhöhung um 100,0 T€ pro Jahr zur Erstellung einer Sportstättenstatistik.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**405**	**12.325,1**	**9.500,0**	**9.990,6**	SOLL neu	**8.230,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.				**1.974,5**	+/-	**2.830,0**
TITEL	**883 71**					**8.016,1**	Reg. Entw.	**5.400,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Weiterhin sehr hoher Investitionsbedarf vorhanden. Die Antragslage übersteigt die im RegE vorgesehenen Mittel erheblich.
Aufgrund von Bearbeitungszeiten im Rahmen der Planung, zwingender Fristen im Rahmen von Ausschreibungen, Bauausführungszeiten sowie die Abhängigkeit von Witterungsbedingungen ist die Umsetzung von Baumaßnahmen innerhalb eines Jahres oft nicht möglich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw. **405**	**2.655,4**	**4.500,0**	**12.190,0**	SOLL neu	**7.250,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.			**6.190,0**	+/-	**3.750,0**
TITEL	**893 71**				**6.000,0**	Reg. Entw.	**3.500,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland

A) Erläuterungen:
…
Der Titelansatz setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2022 T€
1. Kleine Vereinsmaßnahmen	2.500,0	1.500,0
2. Große Vereinsmaßnahmen	3.500,0	2.000,0
Summe	6.000,0	3.500,0

B) Erläuterungen:
…
Der Titelansatz setzt sich wie folgt zusammen:

	2021 T€	2022 T€
1. Kleine Vereinsmaßnahmen	6.500,0	4.000,0
2. Große Vereinsmaßnahmen	5.690,0	3.250,0

Summe	12.190,0	7.250,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt sowie aus einer Absenkung bei 03 04/532 52 um 2.000,0 T€.

Weiterhin sehr hoher Investitionsbedarf vorhanden. Die Antragslage übersteigt die im RegE vorgesehenen Mittel erheblich.
Aufgrund von Bearbeitungszeiten im Rahmen der Planung, zwingender Fristen im Rahmen von Ausschreibungen, Bauausführungszeiten sowie die Abhängigkeit von Witterungsbedingungen ist die Umsetzung von Baumaßnahmen innerhalb eines Jahres oft nicht möglich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**03**	Seite Reg. Entw.	**411**	**30,0**	**750,0**	**840,5**	SOLL neu	**850,0**
KAP	**22**	Seite Erg. Vorl.				**265,5**	+/-	**0,0**
TITEL	**684 80**					**575,0**	Reg. Entw.	**850,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Die derzeitige Antragslage für international bedeutsame Großsportveranstaltungen und offizielle nationale Meisterschaften, insbesondere in den olympischen, paralympischen und deaflympischen Sportarten oder Disziplingruppen, übersteigt die im RegEntwurf vorgesehenen Mittel für das Jahr 2021. Die Mittelerhöhung bezieht sich auf die Förderanträge zum Stand 13. Januar 2021. Eine Antragstellung ist ganzjährig möglich.

ANLAGE 2

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 18	79,8	83,0	80,0	SOLL neu	80,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-10**	**+/-**	**-10**
TITEL 511 02				90,0	Reg. Entw.	90,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Brief- und Paketgebühren

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 79,8 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.

Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 18	337,6	360,0	340,0	SOLL neu	340,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-40**	**+/-**	**-40**
TITEL 514 01				380,0	Reg. Entw.	380,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Haltung von Dienstfahrzeugen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 337,6 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten. Soweit auf einen höheren Bestand an Dienstfahrzeugen verwiesen wird, erschließt sich dessen Notwendigkeit nicht. Im gleichen Umfang kann auch die Kfz-Steuer gesenkt werden.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben..

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 19	94,1	100	100,0	SOLL neu	100,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-30**	**+/-**	**-30**
TITEL	518 03				130,0	Reg. Entw.	130,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Mieten für Dienstfahrzeuge

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 94,1 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten. Die Begründung der Mehrausgaben ist nicht nachvollziehbar. Sofern sich der Bestand an Dienstfahrzeugen mit alternativen Antrieben erhöht, verringert sich der Bestand an Dienstfahrzeugen mit konventionellen Antrieben entsprechend. Dies ist nicht ersichtlich. Sofern die Nutzung von Dienstfahrzeugen mit alternativen Antrieben generell Mehrausgaben verursacht, ist die Miete von Dienstfahrzeugen mit konventionellem Antrieb aus haushalterischen Gründen vorzuziehen (Grundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit).

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 20	348,8	380,0	280,0	SOLL neu	280,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-70**	**+/-**	**-45**
TITEL	531 01				350,0	Reg. Entw.	325,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Nachwuchsförderung wird in weiteren Haushaltstiteln behandelt.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

AfD 05

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 20			0,0	SOLL neu	0,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-300**	**+/-**	**-300**
TITEL	531 03				300,0	Reg. Entw.	300,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit der Polizei

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ausgaben müssen im Kontext mit dem Haushaltstitel 01 531 01 sowie Kapitel 03 20 gesehen werden.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

AfD 06

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 21	1,4	7,3	30,0	SOLL neu	30,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-35**	**+/-**	**-5**
TITEL	534 01				65,0	Reg. Entw.	35,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Dienstleistungen Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Mehrausgaben sind nicht plausibel. Unklar ist, durch wen die Konzeption und Redaktion des Internet- und Intranetauftritts der Polizei bislang erfolgte und welche Kosten dabei entstanden. Ebenfalls unklar ist, wann zuletzt der Intranet- und Internetauftrit der Polizei neu konzipiert wurden.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

AfD 07

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 22	19,9	30,0	00,0	SOLL neu	00,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-70**	**+/-**	**-70**
TITEL	547 10				70,0	Reg. Entw.	70,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen (außer Polizei)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine Zusammenlegung der geplanten Veranstaltungen für sinnvoll, um Mehrkosten für die Durchführung gesonderter Veranstaltungen zu vermeiden. Für den Blaulichtpreis bedarf es keiner einzelnen Veranstaltung.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

AfD 08

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 24	0,00	0,00	00,0	SOLL neu	00,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-15,5**	**+/-**	**-15,5**
TITEL	681 01				15,5	Reg. Entw.	15,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Prämien

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält die Ausstattung der mitwirkenden Einrichtungen in personeller und materieller Hinsicht für wichtiger als die Auslobung eines weiteren Preises.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 09

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 24	0,00	0,00	00,0	SOLL neu	00,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-90**	**+/-**	**-100**
TITEL 684 01				90,0	Reg. Entw.	100,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für ein Abschiebungsmonitoring

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Rechsgrundlage für die Beteiligung eines kirchlichen Wohlfahrtsverbandes bei Abschiebungen ist nicht ersichtlich.
In vergleichbaren Projekten werden durch einen kirchlichen Wohlfahrtsverband Abschiebungen begleitet. Die Vollzugsmaßnahmen werden beobachtet und dokumentiert. Im Fokus der Beobachtung stehen die Wahrung humanitärer Mindeststandards und die Sicherstellung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit. Die Monitoringberichte werden durch die zuständigen Behörden und NGO´s regelmäßig ausgewertet.
Abschiebungen sind der Vollzug der Ausreisepflicht einer Person. Abschiebungen erfolgen als Realakt der zuständigen Behörden aufgrund eines zuvor ergangenen Verwaltungsakts. Jede hoheitliche Maßnahme unterliegt ohnehin dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Ausfluss des Rechtsstaatsprinzips. Eine Überwachung staatlichen Handelns durch nichtstaatliche Akteure erfolgt nicht. Das hoheitliche Handeln ist zudem gerichtlich überprüfbar. Das geplante Monitoring ist daher obsolet.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 10

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 31	0,00	0,00	00,0	SOLL neu	00,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-112,2**	**+/-**	**-116,2**
TITEL 422 01				112,2	Reg. Entw.	116,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
eine Stelle Koordinator BOS B4

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Schaffung der Stelle eines zusätzlichen Koordinator´s BOS B4 ist aus Sicht der einbringenden Fraktion nicht notwendig. Sofern Aufgaben anfallen, können diese durch die bereits bestehenden Stellen erledigt werden.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 11

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 43				SOLL neu	
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**0**
TITEL		Vorbemerkung				Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
B) Neu: Auf den Geschäftsbereich des SMI entfallen insgesamt 507 kw-Vermerke. Über deren Konkretisierung ist nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl zu befinden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2020 bis 2024 in den Jahren 2023 und 2024 ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils rund 2,2 Milliarden Euro stellen verdeckte Fehlbeträge dar, die erhebliche haushalterische Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Personalausgaben sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen der größte Ausgabenblock des Freistaates Sachsen. Der Anteil aller Personalausgaben einschließlich der Zuführungen an Nebenhaushalte und den Generationenfonds für Personal sowie die Ausgaben nach dem AAÜG betrug 2019 40,5 Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates Sachsen. Um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen, ist eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Personalausgaben unumgänglich. Daher müssen die einmal beschlossenen und im Doppelhaushalt 2019/2020 noch geplanten kw-Vermerke solange erhalten bleiben, bis über deren Aufrechterhaltung oder Konkretisierung nach einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl entschieden werden kann.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 12

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 45	1211,2	1214,8	1000,0	SOLL neu	1000,0
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**-416,4**	**+/-**	**-416,4**
TITEL	422 06				1416,4	Reg. Entw.	1416,4

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Leistungsorientierte Besoldung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Nach Auffassung der einbringenden Fraktion ist der Ansatz von Haushaltsmitteln in Höhe von 1.000 T€ ausreichend. Unter Berücksichtigung des Haushaltsprinzips der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit sind die angestrebten Ziele dennoch erreichbar.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 13

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 48	2523,5	2785,6	3000,0	SOLL neu	3000,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-200**	**+/-**	**-200**
TITEL 525 01				3200,0	Reg. Entw.	3200,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Aus- und Fortbildung, Umschulung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 2.523,5 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten. Aufgrund der Corona-Pandemie ist zudem von einem nicht unerheblichem Ausfall von Fortbildungs- und Umschulungsveranstaltungen auszugehen, die im Zeitraum 2021/22 nicht nachgeholt werden können.

Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 14

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 49	397,9	816,2	755,0	SOLL neu	675,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-125**	**+/-**	**-125**
TITEL 526 02				880,0	Reg. Entw.	800,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Soll-Ausgaben des Jahres 2020 betrugen 816,2 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die Soll- Ausgaben der Vorjahre für geboten. Ein Periodischer Sicherheitsbericht auf Bundesebene wurde zuletzt 2006 erstellt und ist zukünftig dort fortzuführen. Die Erstellung einer Dunkelfeldstudie wird priorisiert.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 50	650,0	1000,0	700,0	SOLL neu	700,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-100**	**+/-**	**-100**
TITEL 533 01				800,0	Reg. Entw.	800,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Leistungen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozessvergleichen sowie außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen im Zusammenhang mit der Vertretung des Staates in Prozessangelegenheiten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 650,0 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.

Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat..

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 51	30,9	40,0	30,0	SOLL neu	30,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-5**	**+/-**	**-5**
TITEL 547 10				35,0	Reg. Entw.	35,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Sachaufwand aus Anlass der Durchführung von Fachministerkonferenzen und ähnlichen Anlässen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 30,9 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Aus Anlass der Corona-Pandemie sind Alternativen zu Konferenzen als Präsenzveranstaltungen zu prüfen, insbesondere Videokonferenzen u. ä..

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 53	1093,2	1110,1	650,0	SOLL neu	650,0
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-714,9**	**+/-**	**-714,9**
TITEL 684 02				1364,9	Reg. Entw.	1364,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsvereinigungen zur Heranbildung und Weiterbildung für die Tätigkeit in der kommunalen Selbstverwaltung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Zuwendungen an kommunalpolitische Bildungsträger sollen insgesamt erheblich verringert werden. Aufgrund der parteinahen Ausrichtung der Bildungsträger soll eine Förderung mit Steuermitteln deutlich verringert werden. Es liegt primär im Interesse des jeweiligen Bildungsträgers, für eine auskömmliche Finanzierung der eigenen Aktivitäten zu sorgen.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 18

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 66	0,2	8,0	20,0	SOLL neu	20,0
KAP 03	Seite Erg. Vorl.			**16**	**+/-**	**16**
TITEL 531 51				4,0	Reg. Entw.	4,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Informationen zur Extremismusprävention konzentrierten sich bislang überwiegend auf den Rechtsextremismus. Neben dem Rechtsextremismus sind aber auch der Linksextremismus, der islamistische Extremismus und der Ausländerextremismus (ausländische Ideologien) im gleichen Umfang zu berücksichtigen. Insbesondere ist eine umfassende Präventionsarbeit bezüglich des Linksextremismus angezeigt, da sich Leipzig zu einem bundesweit überragenden Schwerpunkt der linksextremen Szene entwickelt hat.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 19

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 66	0,0	12,0	0,0	SOLL neu	0,0
KAP 03	Seite Erg. Vorl.			**-6**	**+/-**	**-6**
TITEL 534 51				6,0	Reg. Entw.	6,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Dienstleistungen Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Zuwendungen an Dritte sollen gänzlich eingestellt werden. Es liegt im Interesse der jeweiligen Dritten, für eine auskömmliche Finanzierung der eigenen Aktivitäten zu sorgen, nicht jedoch im Interesse der Allgemeinheit. Gleiches gilt für sogenannte Vernetzungs- und Klausurtreffen.
Es ist unklar, was Demokratieförderung bewirken soll. Die Demokratie ist eine der fünf Staatsprinzipien der BRD. Sie muss nicht gefördert werden, sondern ist Grundvoraussetzung für das Bestehen des Staates BRD. Sie umfasst die Souveränität des Volkes, das Mehrheitsprinzip, das Wahlrecht, das Parteiensystem und die Gewaltenteilung. Es erschließt sich nicht, welche dieser Elemente Defizite aufweisen, die besonderer Förderung bedürfen.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 20

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 66	514,6	512,0	0,0	SOLL neu	0,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**-500**	**+/-**	**-500**
TITEL	633 51				500,0	Reg. Entw.	500,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuwendungen für Maßnahmen in den Themenfeldern Demokratieförderung und Extremismusprävention

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Bundesprogramme sind auskömmlich finanziert, eine Kofinanzierung verzichtbar.
Es ist unklar, was Demokratieförderung bewirken soll. Die Demokratie ist eine der fünf Staatsprinzipien der BRD. Sie bedarf keiner besonderen Förderung, sondern ist Grundvoraussetzung für das Bestehen des Staates BRD. Sie umfasst die Souveränität des Volkes, das Mehrheitsprinzip, das Wahlrecht, das Parteiensystem und die Gewaltenteilung. Es erschließt sich nicht, welche dieser Elemente Defizite aufweisen, die besonderer Förderung bedürfen. Für die Extremismusprävention bestehen landeseigene Programme.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 21

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 66	326,5	382,0	500,0	SOLL neu	500,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**118**	**+/-**	**70**
TITEL	684 51				382,0	Reg. Entw.	430,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Landesweites Aussteigerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Landesweite Aussteigerprogramme konzentrierten sich bislang überwiegend auf den Rechtsextremismus. Neben dem Rechtsextremismus sind aber auch der Linksextremismus, der islamistische Extremismus und der Ausländerextremismus (ausländische Ideologien) im gleichen Umfang zu berücksichtigen. Die landesweiten Aussteigerprogramme sind entsprechend auszuweiten, die Priorisierung einzelner Extremismusformen ist zu vermeiden.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 22

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 67	151,8	200,0	0,0	SOLL neu	0,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**-120**	**+/-**	**-250**
TITEL 686 51					120,0	Reg. Entw.	250,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Bundesprogramme sind auskömmlich finanziert, eine Kofinanzierung verzichtbar.
Es ist unklar, was mit einer Demokratieförderung bewirkt werden soll. Die Demokratie gehört zu den grundlegenden Staatsprinzipien der BRD. Sie bedarf keiner besonderen Förderung, sondern ist Grundvoraussetzung für das Bestehen des Staates BRD. Sie umfasst die Souveränität des Volkes, das Mehrheitsprinzip, das Wahlrecht, das Parteiensystem und die Gewaltenteilung. Es erschließt sich nicht, welche dieser Elemente Defizite aufweisen, die besonderer Förderung bedürfen. Für die Extremismusprävention bestehen landeseigene Programme.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): **AfD** AfD 23

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Landesdirektion Sachsen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 77	301,7	10,0	110,0	SOLL neu	110,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**100**	**+/-**	**100**
TITEL 111 04				10,0	Reg. Entw.	10,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Verwaltungseinnahmen aus der Erhebung von Auslagen im Rahmen von Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Einnahmen der Vorjahre für geboten.
Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 SäHO sind alle zu erwartenden Einnahmen zu veranschlagen.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA** AfD 24

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Landesdirektion Sachsen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 78	304,1	150,0	550,0	SOLL neu	550,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**400**	**+/-**	**400**
TITEL 119 52				150,0	Reg. Entw.	150,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Einnahmen aus der Erstattung von Beförderungsauslagen und Asylbewerberleistungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Einnahmen der Vorjahre für geboten.
Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 SäHO sind alle zu erwartenden Einnahmen zu veranschlagen. Des weiteren sind die Bemühungen, Einnahmen aus der Erstattung der Abschiebungskosten von abgelehnten Asylbewerbern sowie gemäß § 7a AsylbLG zu erzielen, deutlich zu erhöhen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 25

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 91	510,1	500,0	450,0	SOLL neu	450,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**-150**	**+/-**	**-150**
TITEL 812 01				600,0	Reg. Entw.	600,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 510,1 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten. Zudem ist an Stelle von elektrisch höhenverstellbaren Schreibtischen auf preiswertere mechanische Alternativen zurückzugreifen.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 26

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 93	1083,5	2771,5	4000,0	SOLL neu	4000,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**1000**	**+/-**	**1000**
TITEL 532 52				3000,0	Reg. Entw.	3000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Beförderungskosten von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Anzahl der Rückführungen abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsländer ist insgesamt deutlich zu erhöhen. Angesichts von 14.147 ausreisepflichtigen Personen in Sachsen (Stand 31.12.2020) ist dies unumgänglich.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 27

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 94	65396,5	63694,4	70000,0	SOLL neu	70000,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**12450**	**+/-**	**7790**
TITEL 547 52				57550,0	Reg. Entw.	62210,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Aufwendungen für den Betrieb der EAE, Ausreisegewahrsam sowie Abschiebehaft

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Besonders die Auslastung von Ausreisegewahrsam und Abschiebehaft ist deutlich zu erhöhen. Die regelmäßig abgefragte Anzahl der Fälle von Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam zeigt, dass die Haftanstalt bislang nicht ansatzweise ausgelastet war (z.B. kleine Anfragen Drs. 7/1702 und 7/5690).
Angesichts von 14.147 ausreisepflichtigen Personen in Sachsen (Stand 31.12.2020) ist dies nicht nachvollziehbar.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 28

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 95	263090,0	263090,0	200000,0	SOLL neu	200000,0
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**-30000**	**+/-**	**-50000**
TITEL 633 52				230000,0	Reg. Entw.	250000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Leistungen während des Aufenthalts in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Aufenthalt ist durch geeignete Maßnahmen so kurz wie möglch zu gestalten, insbesondere durch eine Straffung des Asylverfahrens.
Personen, die ihrer Verpflichtung zur Ausreise nicht nachkommen, sind umgehend abzuschieben.
Zudem ist Vorsorge dafür zu tragen, dass der Aufenthalt von Asylbewerbern zeitlich primär in zentralen Einrichtungen erfolgt.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 29

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 109	0,0	1653,9	500,0	SOLL neu	500,0
KAP	04	Seite Erg. Vorl.			**-1057,9**	**+/-**	**-1202,4**
TITEL	428 10				1557,9	Reg. Entw.	1702,4

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Projekte sind personell zu straffen bzw. ganz zu streichen, wie zum Beispiel das Projekt Betreuung von Asylbewerbern.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 30

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 194	427774,0	476520,8	506309,5	SOLL neu	522239,8
KAP 12	Seite Erg. Vorl.			**5530**	**+/-**	**5720**
TITEL 422 01				500779,5	Reg. Entw.	516519,8

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Personalausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten. Es sollen 100 neue Stellen im Polizeivollzugsdienst der Besoldungsgruppe A 9 geschaffen werden.

Die Einstellungsquote von 700 Anwärtern jährlich ist nicht ausreichend, um den Personalaufbau der Polizei schnellstmöglich voranzutreiben. Altersbedingte Abgänge, Abbrüche während der Ausbildung, Kündigungen sowie eine Aufstockung des Personals insgesamt können anderweitig nicht ausgeglichen bzw. erreicht werden. Die 100 neuen Stellen werden geschaffen durch Ruhestandsverschiebungen sowie der Übernahme von Polizeibeamten aus anderen Bundesländern.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 31

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 195	734,8	850,0	750,0	SOLL neu	750,0
KAP 12	Seite Erg. Vorl.			**-232**	**+/-**	**-150**
TITEL 459 11				982,0	Reg. Entw.	900,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Abfindungen bei Einsätzen und Übungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 734,8 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 32

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landespolizei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 203	704,2	1100,0	1600,0	SOLL neu	1600,0
KAP 12	Seite Erg. Vorl.			**800**	**+/-**	**800**
TITEL 427 71				800,0	Reg. Entw.	800,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Aufwandsentschädigung für Angehörige der Sächsischen Sicherheitswacht

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Aufwandsentschädigung von bislang 6,00 €/Stunde soll auf 12,00 €/Stunde verdoppelt werden. Die Beibehaltung der bisherigen Aufwandsentschädigung ist bei einem gegenwärtig gültigen Mindestlohn von 9,50 €/Stunde nicht angemessen. Die Bezeichnung als Aufwandsentschädigung ändert hieran nichts.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 33

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landeskriminalamt

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 227	145,6	175,0	190,0	SOLL neu	190,0
KAP 14	Seite Erg. Vorl.			**20**	**+/-**	**20**
TITEL 537 02				170,0	Reg. Entw.	170,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ermittlungskosten im Bereich der Organisierten Kriminalität

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten. Die Mittel sollen für Ermittlungskosten eingesetzt werden, wie z. Bsp. der Anmietung von Zeugenschutz- oder Observationswohnungen.

Die Organisierte Kriminalität im Freistaat Sachsen bewegt sich auf hohem Niveau. Sie ist in großen Teilen ein internationales Phänomen mit inzwischen neuen Akteuren aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie Afrika.
Die Ermittlungen über die Beteiligung von Mafia-Strukturen an Geldwäsche bzw. von Aktivitäten im Finanzsektor werden bislang nicht geführt. Im Bereich Menschenhandel gibt es nur eine verschwindend geringe Zahl an Verurteilungen.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 34

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landeskriminalamt

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 228	1147,6	1052,0	1450,0	SOLL neu	3200,0
KAP 14	Seite Erg. Vorl.			**600**	**+/-**	**0,0**
TITEL 812 01				850,0	Reg. Entw.	3200,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Es soll eine effektivere Rechercheabeit des LKA erreicht werden. Dies umfasst insbesondere eine bessere Büroausstattung mit adäquaten Soft- und Hardwarelösungen.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 35

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landeskriminalamt

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 230	110,4	120,0	160,0	SOLL neu	160,0
KAP 14	Seite Erg. Vorl.			**30**	**+/-**	**30**
TITEL 545 82				130,0	Reg. Entw.	130,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Vorbeugende Kriminalitätsbekämpfung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Mittel für Prävention sollen ausgeweitet werden, um über bestimmte Kriminalitätsformen umfassender aufzuklären. Hierzu zählen z.B. die "Enkeltrick"-Fälle, die sich weiter auf einem hohen Niveau bewegen; vgl. kleine Anfrage Drs. 7/244. Die Phänome "falscher Polizist" und "Anruf von der Bank" zählen ebenfalls dazu.
Zudem findet eine Verlagerung des Kriminalitätsgeschehens statt, Betrug im Internet spielt dabei eine zentrale Rolle. Online-Verkaufsplattformen, Lottogewinn-Versprechen, Kryptobörsen und Identitätsdiebstahl sind nur einige der Herausforderungen, auf die die Polizei mit umfassender Prävention reagieren muss.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 36

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Hochschule der Sächsischen Polizei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 246	6805,5	7627,7	8211,4	SOLL neu	8743,8
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**120,4**	**+/-**	**373,8**
TITEL 422 07				8091,0	Reg. Entw.	8370,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Zahl der Anwärter soll erhöht werden. Vorgesehen ist eine Erweiterung um sieben Stellen im Jahr 2021 und um weitere vierzehn Stellen im Jahr 2022. Es handelt sich jeweils um die Besoldungsgruppe Anwärter LG 1.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 37

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Bereitschaftspolizei

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 269	19737,8	20584,2	23053,7	SOLL neu	24346,0
KAP 16	Seite Erg. Vorl.			**240,8**	**+/-**	**747,6**
TITEL 422 07				22812,9	Reg. Entw.	23598,4

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Zahl der Anwärter soll erhöht werden. Vorgesehen ist eine Erweiterung um 14 Stellen in dem Jahr 2021 sowie weiteren 28 Stellen im Jahr 2022. Es handelt sich jeweils um die Besoldungsgruppe Anwärter LG 1.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 38

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Verfassungsschutz

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 290	8867,3	10479,9	11041,5	SOLL neu	11425,7
KAP	17	Seite Erg. Vorl.			**-815,5**	**+/-**	**-844,3**
TITEL	422 01				11857,0	Reg. Entw.	12270,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält die geplante Aufstockung der Haushaltsansätze für nicht geboten.

Der Stellenaufwuchs im Personalsoll A um 12 Stellen ist unplausibel und nicht nachvollziehbar.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 39

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Verfassungsschutz

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 291	61,4	80,0	80,0	SOLL neu	80,0
KAP	17	Seite Erg. Vorl.			**-20**	**+/-**	**-20**
TITEL	511 01				100,0	Reg. Entw.	100,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Geschäftsbedarf, Geräte und Ausstattungsgegenstände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Soll-Ausgaben des Jahres 2020 betrugen 80,0 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die Soll-Ausgaben der Vorjahre für geboten.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 40

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Verfassungsschutz

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 292	343,5	385,0	100,0	SOLL neu	100,0
KAP 17	Seite Erg. Vorl.			**-300**	**+/-**	**-300**
TITEL 534 05				400,0	Reg. Entw.	400,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Besondere Zwecke

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Ausgabenzweck ist nicht transparent. Die einbringende Fraktion hält daher eine Anpassung der Haushaltsansätze in der geforderten Höhe für geboten.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 41

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 312	304,1	350,0	2350,0	SOLL neu	2350,0
KAP 18	Seite Erg. Vorl.			**2000**	**+/-**	**2000**
TITEL 894 61				350,0	Reg. Entw.	350,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden privaten Hilfsorganisationen Kommunen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

An die Träger der privaten Hilfsorganisationen sollen Zuschüsse gezahlt werden, um eine Sanierung / Neubau von Gerätehäusern für die Rettungstechnik zu ermöglichen.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 42

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule, Brandschutz

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 333	14731,2	19000,0	25000,0	SOLL neu	25000,0
KAP 19	Seite Erg. Vorl.			**11000**	**+/-**	**6000**
TITEL 883 09				14000,0	Reg. Entw.	19000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für Investitionen an die Kommunen für Brandschutz

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Die Mittel dienen für Investitionen in Gemeinden für zwingend notwendige Bauvorhaben Einrichtungen der Berufsfeuerwehr, wie z.B. Gerätehäuser.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 43

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 347	4.673,7	1.000,0	3.800,0	SOLL neu	3.800,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**2.800**	**+/-**	**2.800**
TITEL	231 75				1.000,0	Reg. Entw.	1.000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erstattungen der Ausgaben der Kampfmittelbeseitigung durch den Bund nach dem allgemeinen Kriegsfolgegesetz

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Einnahmen der Vorjahre für geboten. Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 SäHO sind alle zu erwartenden Einnahmen zu veranschlagen. Die Ist-Einnahmen betrugen:
2015: 2.663,5 T€
2016: 3.621,5 T€
2017: 7.121,1 T€
2018: 5.082,6 T€
2019: 4.673,7 T€
2020: 6.293,6 T€.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 44

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 358	880,4	750,0	750,0	SOLL neu	750,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**-450**	**+/-**	**-50**
TITEL	631 02				1200,0	Reg. Entw.	800,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erstattungen der Mehrkosten für den Einsatz der Bundespolizei zur Unterstützung der Polizei des Freistaates Sachsen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Soll-Ausgaben für 2020 berücksichtigen den EU-China-Gipfel in Leipzig, der letztlich nicht stattfand. Der Kostenansatz für die Jahre 2021 und 2022 ist daher um die entsprechenden Ausgaben zu mindern. Zudem sind die aktuellen Demonstrationen gegen Maßnahmen der Staatsregierung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie nicht zwingend als Großeinsätze zu behandeln.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 45

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 360	2670,5	2866,6	2500,0	SOLL neu	2500,0
KAP 20	Seite Erg. Vorl.			**-1000**	**+/-**	**0,0**
TITEL 632 03				3500,0	Reg. Entw.	2500,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erstattungen der Kosten für den Einsatz von Polizeikräften der Länder zur Unterstützung der Polizei des Freistaates Sachsen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 2670,5 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten. Ferner ist der Soll-Ansatz für das Jahr 2020 überhöht, da dieser den EU-China-Gipfel brücksichtigt, der letztlich nicht stattfand.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 46

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 363	15194,4	15000,0	20000,0	SOLL neu	20000,0
KAP 20	Seite Erg. Vorl.			**6000**	**+/-**	**9250**
TITEL 812 01				14000,0	Reg. Entw.	10750,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Es sollen weitere Ausrüstungsgegenstände angeschafft werden. Hierbei handelt es sich um Drohnen für die Flächendirektionen sowie um die Anschaffung von Elektroimpulsgeräten "Taser" für den Polizeivollzugsdienst.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 47

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 367	5.941,5	3.100,0	5.900,0	SOLL neu	5.900,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**2.800**	**+/-**	**2.800**
TITEL	547 75				3.100,0	Reg. Entw.	3.100,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben der Jahre 2018 und 2019 betrugen 6.091,7 T€ und 5.914,5 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.
Die Mehrausgaben werden durch die Mehreinnahmen im Titel 03 20 / 231 75 gedeckt.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 48

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 378	1164,8	1500,0	1200,0	SOLL neu	1200,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**-221,3**	**+/-**	**-227,2**
TITEL	685 98				1421,3	Reg. Entw.	1427,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für laufende Zwecke / für Verwaltungsaufgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 1164,8 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 49

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 378	239,9	500,0	300,0	SOLL neu	300,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**-184,3**	**+/-**	**-192,7**
TITEL	894 98				484,3	Reg. Entw.	492,7

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für Investitionen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben des Jahres 2019 betrugen 239,9 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Ausgaben der Vorjahre für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 50

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 382	54,4	80,0	80,0	SOLL neu	80,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**-20,2**	**+/-**	**-20,2**
TITEL	632 99				100,2	Reg. Entw.	100,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Verwaltungskostenerstattung an Länder für gemeinsam finanzierte Projekte des Bundes und der Länder

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Soll-Ausgaben des Jahres 2020 betrugen 80,0 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die Soll-Ausgaben des Vorjahres für geboten.
Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 51

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 382	55417,4	40500,0	40000,0	SOLL neu	40000,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**-999,1**	**+/-**	**-516,1**
TITEL	812 99				40999,1	Reg. Entw.	40516,1

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von IT-Infrastruktur und IT-Verfahren

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Soll-Ausgaben des Jahres 2020 betrugen 40500,0 T€. Die einbringende Fraktion hält eine Anpassung der Haushaltsansätze an die Soll-Ausgaben der Vorjahre für geboten.

Die Einsparung dient der Deckung der beantragten Mehrausgaben.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 52

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sportförderung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 405	12325,1	9500,0	9500,0	SOLL neu	9500,0
KAP	22	Seite Erg. Vorl.			**1483,9**	**+/-**	**4100**
TITEL	883 71				8016,1	Reg. Entw.	5400,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine erhebliche Aufstockung der Haushaltsansätze für geboten.

Der Soll-Ansatz für das Jahr 2020 betrug 9.500,0 T€. Hieran orientiert sich die Planung der Haushaltsmittel für die JAhre 2021 und 2022. Die Ist-Ausgaben für das Jahr 2019 lagen mit 12.325,1 T€ sogar noch erheblich darüber.

Die Deckung der beantragten Mehrausgabe erfolgt durch die Gesamtheit der eingebrachten Änderungsanträge zu Minderausgaben.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Geamtbereich des EPL. 03

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 03	Seite Reg. Entw. 48	2.523,5	2.785,6	4.100,0	SOLL neu	5.000,0
KAP 02				**900,0**	**+/-**	**1.800,0**
TITEL 525 01				3.200,0	Reg. Entw.	3.200,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Aus- und Fortbildung, Umschulung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten Kapitel 03 17

Mit der Zunahme und der Komplexität der Aufgaben ist es in höchstem Maße erforderlich, die Aus- und Weiterbildung zu intensivieren. Aus diesem Grund macht sich diese Erhöhung notwendig, insbesodere für die interkulturelle Bildung bei der Polizei.

LINKE 02

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 94f	65.396,5	63.694,4	57.550,0	SOLL neu	62.210,0
KAP	04				**0,0**	**+/-**	**0,0**
TITEL	547 52				57.550,0	Reg. Entw.	62.210,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Aufwendungen für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtung, für die Einrichtung des Ausreisegewahrsams sowie der Abschiebungshaft und für die Abwicklung staatlicher Zuwendungen

In den Erläuterungen wird folgende Passage gestrichen: "[…] und der Einrichtung für den Vollzug der Abschiebungshaft und des Ausreisegewahrsams entstehen (Betreibung, Wachschutz, Lernangebot). Ferner gehören hierzu die Ausgaben für den Beirat für die Einrichtung des Ausreisegewahrsams und der Abschiebungshaft."

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Haushaltsmittel sollen ausschließlich für den Betrieb der Erstaufnahmeeinrichtungen zur Verfügung stehen. Ein Ausreisegewahrsam ist wegen grundsätzlicher Überlegungen nicht zu befürworten.

LINKE 03

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesdirektion Sachsen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 95	120,9	0,0	70,0	SOLL neu	0,0
KAP	04				**-70,0**	**+/-**	**-140,0**
TITEL	632 52				140,0	Reg. Entw.	140,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuweisungen an andere Länder im Rahmen der Abschiebungshaft

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Gunsten Gesamthaushalt

Da sächsische Ausländerbehörden und die Landesdirektion keine Haftanträge für vollziehbar ausreisepflichtige Menschen in ihrer Zuständigkeit stellen, entfallen die Kosten.

Einbringer (Fraktion): **DIE LINKE** LINKE 04

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Staatsarchiv**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 146f	4.522,4	3.084,1	3.233,0	SOLL neu	3.432,9
KAP	10				**45,0**	**+/-**	**90,0**
TITEL	428 01				3.188,0	Reg. Entw.	3.342,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Entgelte für Beschäftigte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 461 02

Schaffung eines VZÄ auf Bitten des Sächsische Staatsarchives zur Sicherung und Erhaltung des Sächsischen Schriftgutes als Kulturgut.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Verfassungsschutz

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 287ff	15.504,8	16.792,6	16.792,6	SOLL neu	6.822,8
KAP	17				**-2.604,8**	**+/-**	**-13.645,6**
TITEL					19.397,4	Reg. Entw.	20.468,4

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Landesamt für Verfassungsschutz

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Gunsten Gesamthaushalt

Aus grundsätzlichen Erwägungen und gestützt durch die Defizite und Versäumnisse der vergangenen Jahre im Zusammenhang mit dem Terrornetzwerk NSU ist das Landesamt für Verfassungsschutz weder zeitgemäß noch sachgerecht. Durch entsprechende Aufgabenverlagerung ist der Bestand des Landesamtes entbehrlich.

LINKE 06

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 312	0,0	2.000,0	20.000,0	SOLL neu	20.000,0
KAP	18				**18.000,0**	**+/-**	**18.000,0**
TITEL	883 61				2.000,0	Reg. Entw.	2.000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an die Landkreise, Kreisfreien Städte und Rettungszweckverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 883 14

Bevölkerungsschutz ist mehr als nur das Bereitschaftshalten von Technik des Landes für einen Katastrophenfalle und deswegen müssen auch hier die Rahmenbedingungen in den Fokus genommen werden. Nicht nur die Katastrophenzüge und ihre Stützpunkte, sondern auch das Drumherum muss attraktiv und für den Bedarfsfall einsatzfähig sein. Mit dem letzten Haushalt wurde die Feuerwehrförderung von rund 20 Millionen auf 40 Millionen aufgestockt (Wahlversprechen MP). Dieser Betrag reicht aber nicht aus, um den tatsächlichen Rückstau zu beheben. Aus diesem Grund beantragen wir eine weitere Erhöhung der Mittel um 20 Millionen Euro auf dann 60 Millionen pro Jahr.
Der Betrag kann vermutlich in 5 bis 10 Jahren wieder abgesenkt werden, wenn der Investitionsstau abgebaut ist. Letztlich geht es um die Unterstützung der kommunalen Pflichtaufgabe Feuerwehr, die Bedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich Bevölkerungsschutz und neben der berechtigten Forderung der Helfer:innengleichstellung ist auch eine Forderung der sogenannten weißen Einheiten des Bevölkerungsschutzes die nach einer angemessenen Unterbringung. Der Freistaat stellt hierfür bereits Mittel zu Verfügung, welche in erster Linie dafür gedacht sind, die Unterstellmöglichkeiten der vom Land zur Verfügung gestellten Technik zu sichern.

LINKE 07

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 312f	304,1	350,0	20.000,0	SOLL neu	20.000,0
KAP	18				**19.650,0**	**+/-**	**19.650,0**
TITEL	894 61				350,0	Reg. Entw.	350,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen an die im Katastrophenschutz mitwirkenden privaten Hilfsorganisationen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 883 14

Bevölkerungsschutz ist mehr als nur das Bereitschaftshalten von Technik des Landes für einen Katastrophenfalle und deswegen müssen auch hier die Rahmenbedingungen in den Fokus genommen werden. Nicht nur die Katastrophenzüge und ihre Stützpunkte, sondern auch das Drumherum muss attraktiv und für den Bedarfsfall einsatzfähig sein. Mit dem letzten Haushalt wurde die Feuerwehrförderung von rund 20 Millionen auf 40 Millionen aufgestockt (Wahlversprechen MP). Dieser Betrag reicht aber nicht aus, um den tatsächlichen Rückstau zu beheben. Aus diesem Grund beantragen wir eine weitere Erhöhung der Mittel um 20 Millionen Euro auf dann 60 Millionen pro Jahr.
Der Betrag kann vermutlich in 5 bis 10 Jahren wieder abgesenkt werden, wenn der Investitionsstau abgebaut ist. Letztlich geht es um die Unterstützung der kommunalen Pflichtaufgabe Feuerwehr, die Bedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Bereich Bevölkerungsschutz und neben der berechtigten Forderung der Helfer:innengleichstellung ist auch eine Forderung der sogenannten weißen Einheiten des Bevölkerungsschutzes die nach einer angemessenen Unterbringung. Der Freistaat stellt hierfür bereits Mittel zu Verfügung, welche in erster Linie dafür gedacht sind, die Unterstellmöglichkeiten der vom Land zur Verfügung gestellten Technik zu sichern.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Polizeiverwaltungsamt

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw. 370f	435,6	450,0	550,0	SOLL neu	570,0
KAP	20				**100,0**	**+/-**	**120,0**
TITEL	684 82				450,0	Reg. Entw.	450,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuschüsse für Maßnahmen der Förderrichtlinie für Fußballfanprojekte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten Kapitel 03 17

Fanprojekte und somit auch die sechs sächsischen Standorte erfüllen umfangreiche gesellschaftliche Aufgaben, welche durch das SGB VIII und das Nationale Konzept für Sport und Sicherheit (NKSS) definiert werden. Sie bewegen sich in einem komplexen, herausfordernden und polarisierenden Arbeitsfeld.
Undemokratische Politisierung verschiedenster Vereinsanhänger, teilweise offen zur Schau getragenes rechtes Gedankengut und Gewalt in verschiedenen Formen zeigten in den 1990er-Jahren den Bedarf nach sozialarbeiterischer Tätigkeit im Umfeld von Fußballvereinen auch in Sachsen. Die sächsischen Fanprojekte haben es seit ihrer Gründung durch kontinuierliche Vertrauens- und Beziehungsarbeit geschafft, den Ausbau einer kreativen, bunten und positiven Fankultur zu befördern. An allen Standorten wurde ein großes und funktionierendes Netzwerk aufgebaut, die Fanprojekte sind aus diesen Strukturen nicht mehr wegzudenken.
Die Hauptzielgruppe von Fanprojekten sind jugendliche Fußballfans. Sie unterstützen diese bei der positiven Auslebung ihres Fandaseins und agieren an den Spieltagen als Bindeglied und Kommunikationsstelle zwischen den Vereinen, staatlichen Institutionen und Fans. Als Einrichtungen der jeweiligen kommunalen Kinder- und Jugendhilfestrukturen begleiten sie jugendliche Fußballfans darüberhinaus auf deren Weg ins Erwachsenenalter. Dazu gehört beispielsweise die Unterstützung der Jugendlichen in schwierigen Situationen sowie die Vermittlung in andere professionelle Hilfeangebote. Gleichzeitig befördern die Fanprojekte etwa durch die Organisation von Bildungsreisen im erinnerungskulturellen Kontext, niedrigschwelligen freizeitpädagogischen Angeboten oder

Veranstaltungen zu soziokulturellen Themen demokratische Bildung und Aufklärung. Somit nehmen die Fanprojekte eine einzigartige Rolle in der Jugendsozialarbeit ein.
Die im Änderungsantrag forcierte Erhöhung der finanziellen Mittel begründet sich durch steigende Lohnkosten im Zuge von Tarifangleichungen und finanziellem Mehraufwand für sächliche Ausgaben, wie Mieten und steigende Fahrtkosten. Wenn die sächsische Staatsregierung eine Erhöhung der Mittel nicht in Betracht zieht, ist fraglich, inwiefern die im Nationalen Konzept Sicherheit und Sport (NKSS) festgelegten Aufgaben, beschlossen von der ständigen Kommission der Innenminister- und Senatoren der Länder (IMK), von den Fanprojekten bedarfsgerecht umgesetzt werden können. Da dies im Widerspruch zu den Interessen auch der öffentlichen Hand stehen würde, muss der finanzielle Anteil des Freistaats als eine wichtige Säule der Fanprojekt-Finanzierung erhöht werden.

Einbringer (Fraktion): **DIE LINKE**
Ausschuss: **HFA**
Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Sportförderung**
Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	03	Seite Reg. Entw.	0,0	0,0	10.000,0	SOLL neu	10.000,0
KAP	22				**10.000,0**	**+/-**	**10.000,0**
TITEL	883 04				0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Neu: Sonderinvestitionsprogramm Schwimmen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 883 14

Schwimmstätten sind in ihrer Funktion als Sport-, Kultur- und in erster Linie als Bildungsstätten für unsere Gesellschaft unverzichtbar. In unseren sächsischen Schwimmhallen wird motorisches Können an Schüler:innen und Kinder vermittelt, die physische Gesundheit zum Beispiel im Sinne von Rehasport nach Verletzungen verbessert sowie überlebenswichtige Fähigkeiten im Wasser angeeignet.

EINZELPLAN 03 – Abstimmungsliste HFA

Änderungsanträge der CDU-Fraktion, BÜNDNISGRÜNE, SPD-Fraktion BIM Nr. 517
Änderungsanträge der AfD-Fraktion BIM Nr. 511
Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE BIM Nr. 530

Stellungnahme des Ausschusses für Inneres und Sport BIM-Nr. 495

Kapitel 03 01 Ministerium

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
16	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 01	11: 4: 2
18	511 02	AfD 01	6: 13: 0
18	514 01	AfD 02	6 : 13 : 0
19	518 03	AfD 03	
19	526 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 02	11 : 6 : 0
20	531 01	AfD 04	6 : 13 : 0
20	531 03	AfD 05	
21	534 01	AfD 06	
22	547 10	AfD 07	6 : 12 : 0
24	681 01	AfD 08	
24	684 01	AfD 09	6 : 12 : 0
31	422 01	AfD 10	Erledigt

Abstimmung über Kapitel 03 01 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 6 : 2

Kapitel 03 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 03

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
43	Vorbemerkung	AfD 11	6 : 13 : 0
45	422 06	AfD 12	6 : 13 : 0
48	525 01	LINKE 01	2 : 17 : 0
48	525 01	AfD 13	6 : 13 : 0
49	526 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 03	11 : 0 : 8
49	526 02	AfD 14	6 : 12 : 0
50	533 01	AfD 15	6 : 12 : 0
51	547 10	AfD 16	
53	684 02	AfD 17	6 : 11 : 0
53	684 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 04	12 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 02 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 9 : 6 : 2

Kapitel 03 03 Allgemeine Bewilligungen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
65	686 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 05	18 : 0 : 0
66	531 51	AfD 18	6 : 12 : 0
66	534 51	AfD 19	6 : 12 : 0
66	633 51	AfD 20	
66	633 51	CDU/B'GRÜNE/SPD 06	12 : 6 : 0
66	684 51	AfD 21	6 : 12 : 0
67	686 51	AfD 22	6 : 12 : 0
67	686 51	CDU/B'GRÜNE/SPD 07	13 : 6 : 0
68	893 62	CDU/B'GRÜNE/SPD 08	17 : 0 : 2

Abstimmung über Kapitel 03 03 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 04 Landesdirektion Sachsen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
77	111 04	AfD 23	6 : 13 : 0
78	119 52	AfD 24	
91	812 01	AfD 25	6 : 13 : 0
93	532 52	CDU/B'GRÜNE/SPD 09	11 : 8 : 0
93	532 52	AfD 26	6 : 13 : 0
93	534 52	CDU/B'GRÜNE/SPD 10	13 : 6 : 0
94	547 52	AfD 27	6 : 13 : 0
94	547 52	LINKE 02	2 : 17 : 0
95	632 52	LINKE 03	2 : 16 : 0
95	633 52	AfD 28	6 : 13 : 0
95	684 52	CDU/B'GRÜNE/SPD 11	13 : 6 : 0
109	428 10	AfD 29	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 04 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 03 07 Statistisches Landesamt

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 03 07 mit Stellenplan:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 03 10 Staatsarchiv

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
146	428 01	LINKE 04	2 : 17 : 0
147	428 10	CDU/B'GRÜNE/SPD 12	19 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 10 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 : 2

Kapitel 03 11 Hochschule Meißen (FH) und Fortbildungszentrum

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
171	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 13	19 : 0 : 0
175	685 20	CDU/B'GRÜNE/SPD 14	
176	812 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 15	
180	812 99	CDU/B'GRÜNE/SPD 16	19 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 11 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 : 2

Kapitel 03 12 Landespolizei

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
191	Kapitelvermerk	CDU/B'GRÜNE/SPD 17	11 : 6 : 2
194	422 01	AfD 30	6 : 13 : 0
194	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 18	11 : 8 : 0
195	459 11	AfD 31	6 : 13 : 0
202	Titelgruppe 60	CDU/B'GRÜNE/SPD 19	10 : 8 : 0
203	427 71	AfD 32	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 12 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 14 Landeskriminalamt

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
226	526 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 20	13 : 6 : 0
227	537 02	AfD 33	6 : 13 : 0
228	812 01	AfD 34	
230	545 82	AfD 35	

Abstimmung über Kapitel 03 14 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 15 Hochschule der Sächsischen Polizei

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
246	422 07	AfD 36	6 : 13 : 0
256	546 73	CDU/B'GRÜNE/SPD 21	19 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 15 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 16 Bereitschaftspolizei

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
269	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 22	11 : 8 : 0
269	422 07	AfD 37	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 16 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 17 Landesamt für Verfassungsschutz

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
290	422 01	AfD 38	6 : 13 : 0
291	511 01	AfD 39	6 : 13 : 0
292	534 05	AfD 40	
298	Gesamtausgaben	LINKE 05	2 : 11 : 6

Abstimmung über Kapitel 03 17 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 03 18 Katastrophenschutz, zivile Verteidigung, Rettungswesen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
308	546 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 23	11 : 0 : 8
308	546 49	CDU/B'GRÜNE/SPD 24	13 : 0 : 6
312	883 61	LINKE 06	2 : 17: 0
312	883 61	CDU/B'GRÜNE/SPD 25	17 : 0 : 2
NEU	893 61	CDU/B'GRÜNE/SPD 26	
312	894 61	LINKE 07	2 : 17: 0
312	894 61	AfD 41	6 : 12 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 18 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 2 : 6

Kapitel 03 19 Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule, Brandschutz

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
333	883 09	AfD 42	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 03 19 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 03 20 Polizeiverwaltungsamt

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
347	231 75	AfD 43	6 : 13 : 0
358	631 02	AfD 44	6 : 13 : 0
360	632 03	AfD 45	6 : 13 : 0
363	812 01	AfD 46	6 : 13 : 0
364	812 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 27	13 : 6 : 0
365	812 04	CDU/B'GRÜNE/SPD 28	17 : 2 : 0
367	547 75	AfD 47	6 : 13 : 0
370	684 82	LINKE 08	2 : 17 : 0
370	684 82	CDU/B'GRÜNE/SPD 29	13 : 6 : 0
378	685 98	AfD 48	6 : 13 : 0
378	894 98	AfD 49	
382	632 99	AfD 50	
382	812 99	AfD 51	
NEU	894 92	CDU/B'GRÜNE/SPD 30	11 : 2 : 6
NEU	685 92	CDU/B'GRÜNE/SPD 31	

Abstimmung über Kapitel 03 20 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Kapitel 03 21 Staatsbetrieb „Geobasisinformation und Vermessung Sachsen"

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 03 21:

Abstimmungsergebnis: 10 : 0 : 8

Kapitel 03 22 Sportförderung

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
400	547 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 32	13 : 0 : 6
401	684 05	CDU/B'GRÜNE/SPD 33	13 : 6 : 0
402	883 03	CDU/B'GRÜNE/SPD 34	11 : 0 : 8
403	534 71	CDU/B'GRÜNE/SPD 35	13 : 6 : 0
405	883 71	AfD 52	6 : 13 : 0
405	883 71	CDU/B'GRÜNE/SPD 36	19 : 0 : 0
405	893 71	CDU/B'GRÜNE/SPD 37	19 : 0 : 0
411	684 80	CDU/B'GRÜNE/SPD 38	19 : 0 : 0
NEU	883 04	LINKE 09	2 : 11 : 6

Abstimmung über Kapitel 03 22 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 03 23 Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 03 23

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 03 24 Landesamt für Denkmalpflege

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 03 24

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

GESAMTABSTIMMUNG EINZELPLAN 03
mit Stellenplänen und sonstigen Anlagen in geänderter Fassung

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 04 – Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Berichterstatter: Georg-Ludwig von Breitenbuch, MdL

Der Einzelplan 04 stand auf der Tagesordnung der 18. Sitzung am 20. Januar 2021, der 22. Sitzung am 10. März 2021 und der 25. Sitzung am 21. April 2021 des Haushalts- und Finanzausschusses.

Der Amtschef des Staatsministeriums der Finanzen stellte in der 18. Sitzung am 20. Januar 2021 Eckpunkte des Haushaltsentwurfs zum Einzelplan 04 vor. Dabei führte er aus, dass es sich bei dem Einzelplan 04 um einen klassischen Personalhaushalt ohne größere politische Zielsetzungen handle. Stellenplangebundene Ausgaben sowie die Personalkosten in den Staatsbetrieben würden mehr als 70 Prozent aller Ausgaben des Einzelplans ausmachen. Unter Berücksichtigung der Zuführungen an den Generationenfonds betrage der Anteil fast 90 Prozent. Im Übrigen würden die sonstigen Ausgaben im Einzelplan 04 die Funktionsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen, insbesondere auch für Dienstleistungen für die gesamte Staatsverwaltung.

Zur Umsetzung der Grundsteuerreform würden im Personalsoll D im Jahr 2021 134 zusätzliche Stellen und im Jahr 2022 weitere neue 218 Stellen ausgebracht. Zusätzliche Sachausgaben würden im Zuge der Grundsteuerreform in Höhe von rund 1,2 Mio. EUR in 2021 beziehungsweise rund 3,0 Mio. EUR in 2022 entstehen.

Im Landesrechenzentrum Steuern würde sowohl der weit vorangeschrittene Digitalisierungsprozess in den Finanzämtern mit über KONSENS eingeführten Fachverfahren als auch die Einführung von Verfahren in der Bezügestelle regelmäßig die Bereitstellung und Anpassung entsprechender IT-Technologien und Speicherkapazitäten erfordern.

Nachdem es von Seiten der Mitglieder des Ausschusses keine Rückfragen gab, dankte der Ausschussvorsitzende für die inhaltlichen Ausführungen zum Einzelplan 04 und vertagte die weitere Beratung des Einzelplanes auf die 22. Sitzung am 10. März 2021 sowie die abschließende Beratung des Einzelplanes auf die 25. Sitzung am 21. April 2021.

Im Vorfeld der 22. Sitzung beantworte die Staatsregierung schriftlich die von der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE eingereichten Fragen.

Zur abschließenden Sitzung lagen den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNISGRÜNEN und SPD sowie fünf Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor.

Die Mitglieder sahen keinen Anlass für eine erneute Aussprache und traten unmittelbar in die Beratung der einzelnen Änderungsanträge zum Einzelplan 04 ein.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verständigten sich die Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses darüber, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstige Anlagen mit einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Ausschusses ausdrücklich eine

gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollen die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt werde.

Zum **Kapitel 04 01** lagen zwei Änderungsanträge der AfD-Fraktion vor.

Mit dem ersten Änderungsantrag beantragte die AfD-Fraktion für die Jahre 2021 und 2022 eine Reduzierung des Stellenplans um vier Stellen des höheren Dienstes (eine Stelle B 6, eine Stelle B 3, eine Stelle A 15 und eine Stelle A 14). Begründet wurde der Antrag mit dem Erfordernis eines Bürokratieabbaus, wofür eine schlankere und effizientere Verwaltung erforderlich sei. Darüber hinaus würden die erhöhten Personalausgaben zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur im Freistaat Sachsen führen.

Eine Abgeordnete der Fraktion BÜNDNISGRÜNE erwiderte, dass es keinen sachlichen Zusammenhang zwischen Personalausgaben und Investitionsausgaben gebe. Der Ansatz, dass infolge der Personalausgaben weniger Geld für Investitionen zur Verfügung stünden, sei nicht richtig. Wenn man Investitionsausgaben verändern wolle, müsse man dies über die Förderverfahren erreichen. Ebenso lehne sie die von der AfD-Fraktion dargestellte Verknüpfung ab, dass ein Bürokratieabbau durch einen Personalabbau zu erreichen sei. Der von der AfD-Fraktion in mehreren Einzelplänen beantragte Stellenabbau ohne zuvor eine Aufgabenkritik vorzunehmen, führe nicht zu einer effizienteren Verwaltung. Insoweit seien die entsprechenden Anträge abzulehnen.

Mit dem zweiten Antrag beantragte die AfD-Fraktion eine Reduzierung der Haushaltsansätze für den Bereich „Geschäftsbedarf, Geräte und Ausstattungsgegenstände“ mit der Begründung, dass sich die Haushaltsansätze am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hätten.

Ein Abgeordneter der CDU-Fraktion entgegnete, dass die von der Staatsregierung im Entwurf veranschlagten Haushaltsansätze angemessen und erforderlich seien. Die Umsetzung der beschlossenen Grundsteuerreform sei ohne zusätzliche Ausgaben und zusätzliches Personal nicht umzusetzen. Das Sächsische Staatsministerium der Finanzen sei dafür bekannt, dass es mit seinen Haushaltsmitteln sehr sparsam umgehe. Die von der AfD-Fraktion beantragten pauschalen Stellen- und Haushaltsmittelkürzungen seien abzulehnen. Dies gelte auch für die Folgeanträge.

Mit großer Mehrheit wurden beide Änderungsanträge der AfD-Fraktion abgelehnt.

Ebenso wurden mit großer Mehrheit die beiden Änderungsanträge der AfD-Fraktion im Kapitel 04 02 abgelehnt, mit denen die Ausbringung von insgesamt 398 kw-Vermerken sowie eine Reduzierung der Haushaltsansätze für „Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen“ beantragt worden war. Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion wies dabei darauf hin, dass die Einsparungen im Personalbereich erforderlich seien, um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen. Die kw-Vermerke würden den Ansätzen aus dem Doppelhaushalt 2019/2020 entsprechen.

Ein Abgeordneter der SPD-Fraktion erwiderte, dass sich die Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD nicht grundsätzlich gegen Stellenanpassungen aussprechen würden. Allerdings könne eine Stellenanpassung nicht in der

pauschalen Art und Weise geschehen, wie dies die AfD-Fraktion beantrage. Aufgrund der Vielzahl von neuen Aufgaben, die auf die Verwaltung derzeit zukämen, würde das bestehende Personal dringend benötigt. Alle wüssten, wie schwierig es sei, qualifiziertes Personal zu bekommen. Natürlich würden in den kommenden Jahren in einigen Bereichen, zum Beispiel durch die Digitalisierung, Arbeitsplätze wegfallen. Dies sei niemals bestritten worden. Derzeit gebe es aber erst einmal einen Mehrbedarf, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Hinzu komme, dass der Freistaat Sachsen im bundesweiten Vergleich bei den Personalausgaben gut dastehe.

Einstimmig angenommen wurde der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zur Ergänzung der Erläuterungen zum Titel 526 02 zur Finanzierung eines Fachsymposiums zum kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2021.

Der von der AfD-Fraktion zum **Kapitel 04 11** eingebrachte Änderungsantrag, mit dem die Fraktion für die Jahre 2021 und 2022 eine Reduzierung des Stellenplans um 21 Stellen im Stellensoll C (acht Stellen A 13, sieben Stellen A 12 und sechs Stellen Anw. L2) beantragte, wurde ohne weitere Aussprache unter Hinweis auf die bereits geführte Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt. Die Abstimmungsergebnisse zu den einzelnen Änderungsanträgen sind der beigefügten Anlage 3 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung zum **Einzelplan 04** empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mit **11 : 8 : 0 Stimmen** dem Sächsischen Landtag die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

gez. Georg-Ludwig von Breitenbuch, MdL
Berichterstatter

Anlagen
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 01

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**04**	Seite Reg. Entw. **36**	**286,8**	**679,0**	**643,0**	SOLL neu	**741,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 02**				**643,0**	Reg. Entw.	**741,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

A) Erläuterungen alt:
Für die Jahre 2021 und 2022 sind in den Ansätzen des Landesamtes für Steuern und Finanzen zusätzlich zu den jährlichen Ausgaben für die Finanzämter und das Landesamt für Steuern und Finanzen Ausgaben für die externe Unterstützung des Direktors des Generationenfonds des Freistaates Sachsen in Höhe von 50,0 T€ veranschlagt.

B) Erläuterungen neu:
Für die Jahre 2021 und 2022 sind in den Ansätzen des Landesamtes für Steuern und Finanzen zusätzlich zu den jährlichen Ausgaben für die Finanzämter und das Landesamt für Steuern und Finanzen Ausgaben für die externe Unterstützung des Direktors des Generationenfonds des Freistaates Sachsen in Höhe von 50,0 T€ veranschlagt.
Für das Jahr 2021 sind in den Ansätzen für das Staatsministerium der Finanzen 25,0 T€ für die Durchführung eines Fachsymposiums zum kommunalen Finanzausgleich veranschlagt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umsetzung Koalitionsvertrag

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 01

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsministerium der Finanzen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	04	Seite Reg. Entw. 16	14.129,1	20.197,7	21.340,6	SOLL neu	22.163,0
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-396,3**	**+/-**	**-410,2**
TITEL	422 01				21.736,9	Reg. Entw.	22.573,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Stellenplan des Kapitels 04 01 sieht eine Stellenmehrung von 4 Stellen des Stellensolls A (1 Stellen der Besoldungsgruppe B 6, 1 Stelle B 3, 1 Stelle A 15 und 1 Stelle A 13) in den Jahren 2021 und 2022 gegenüber 2020 vor.
Die Staatsministerium der Finanzen begründete die Stellenmehrung mit Aufgabenverlagerungen und Aufgabenzuwachs (vgl. Schreiben der Staatsministeriums der Finanzen vom 17.02.2021; Drs. 7/5358).
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert zwingend eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals in der Leitungsebene abzubauen und nicht noch zu erhöhen.
Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg u.a. in der Leitungsebene der Verwaltung verhindert wird.
Die Minderungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:
2021: 1 Stelle B 6 x 128,9 T€; 1 Stelle B 3 x 110,6 T€; 1 Stelle A 15 x 87,6 T€; 1 Stelle A 13 x 69,2 T€ insgesamt: 396,3 T€
2022: 1 Stelle B 6 x 133,4 T€; 1 Stelle B 3 x 114,5 T€; 1 Stelle A 15 x 90,7 T€; 1 Stelle A 13 x 71,6 T€ insgesamt: 410,2 T€.

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 04 01 wie folgt geändert:
Streichung von 1 Stelle der BesGr. B 6, 1 Stelle der BesGr B 3, 1 Stelle der BesGr. A 15 und 1 Stelle der BesGr A 13 im Kapitel 04 01 ab 2021 (Reg. Entw. Seite 23).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 02

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	04	Seite Reg. Entw. 17	287,8	373,9	327,6	SOLL neu	322,7
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-100**	**+/-**	**-100**
TITEL	511 01				427,6	Reg. Entw.	422,7

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Geschäftsbedarf, Geräte und Ausstattungsgegenstände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 betrugen 299,9 T€, 287,8 T€ und 304,6 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen, wobei Kostensteigerungen gegenüber den Ausgaben der Vorjahre berücksichtigt wurden.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 03

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	04	Seite Reg. Entw. 31				SOLL neu	
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**0**
TITEL	Vorbemerkung					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
A) alt: - - -

B) neu: Auf den Geschäftsbereich des SMF entfallen insgesamt 398 kw-Vermerke. Über deren Konkretisierung ist nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahlzu befinden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2020 bis 2024 in den Jahren 2023 und 2024 ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils rund 2,2 Milliarden Euro stellen verdeckte Fehlbeträge dar, die erhebliche haushalterische Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Personalausgaben sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen der größte Ausgabenblock des Freistaates Sachsen. Der Anteil aller Personalausgaben einschließlich der Zuführungen an Nebenhaushalte und den Generationenfonds für Personal sowie die Ausgaben nach dem AAÜG betrug 2019 40,5 Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates Sachsen. Um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen, ist eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Personalausgaben unumgänglich. Daher müssen die einmal beschlossenen und im Doppelhaushalt 2019/2020 noch geplanten kw-Vermerke solange erhalten bleiben, bis über deren Konkretisierung nach einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl entschieden werden kann.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

AfD 04

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Sammelansätze für den Geschäftsbereich des Epl.04**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	04	Seite Reg. Entw. 36	286,8	679,0	443,0	SOLL neu	491,0
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**-200**	**+/-**	**-250**
TITEL	526 02				643,0	Reg. Entw.	741,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u.ä. Ausschüssen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 betrugen 255,6 T€, 286,8 T€ und 182,4 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen. Bei der Berechnung der neu beantragten Summen wurden die zusätzlichen Haushaltsmittel für die externe Unterstützung des Direktors des Generationenfonds des Freistaates Sachsen in Höhe von 50,0 T€ und die Bedarfsschätzungen des SMF (vgl. Schreiben des SMF vom 08.03.2021, Drs 7/5360) berücksichtigt.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

AfD 05

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 04	Seite Reg. Entw. 90	60.034,3	61.708,4	73.607,2	SOLL neu	76.477,4
KAP 11	Seite Erg. Vorl.			**-1.008,6**	**+/-**	**-1.043,9**
TITEL 682 01				74.615,8	Reg. Entw.	77.521,3

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für laufende Zwecke

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Stellenplan des Kapitels 04 11 sieht eine Stellenmehrung von 21 Stellen im Stellensoll C (8 Stellen der Besoldungsgruppe A 13, 7 Stellen A 12 und 6 Stellen Anw. L 2) in den Jahren 2021 und 2022 gegenüber 2020 vor.
Die Staatsministerium der Finanzen begründete die Stellenmehrung mit der Sicherstellung der Aufgabenwahrnehmung in den Bereichen Bau- und Immobilienmanagement und der Umsetzung des Konzeptes zur Ausbildung von Nachwuchskräften für die erste Einstiegsebene der Laufbahngruppe 2 im technischen Verwaltungsdienst(vgl. Schreiben der Staatsministeriums der Finanzen vom 17.02.2021; Drs. 7/5358).
Während die Begründung für die zusätzlichen Anwärterstellen plausibel ist, ist die Begründung für die zusätzlichen Stellen der Besoldungsgruppen A 13 und A 12 unkonkret und nichtssagend. Es wird weder ersichtlich, ob und aus welchem Grunde es zu einer Aufgabenmehrung gekommen ist oder welche Aufgaben in den angeführten Bereichen bisher nicht wahrgenommen werden konnten und welche Auswirkungen dies hatte. Aufgrund der mangelhaften Begründung dieser Stellenmehrung gegenüber dem Landtag sieht die antragstellende Fraktion diese und die daraufhin veranschlagten Haushaltsmittel als ungerechtfertigt an .
Darüber hinaus passt aus der Sicht der antragstellenden Fraktion ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert zwingend eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür die Anzahl des Personals abzubauen und nicht noch zu erhöhen.
Weiterhin führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer unbegründeter Personalanstieg in der der Verwaltung verhindert wird.

Die Minderungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:
2021: 8 Stellen A 13 x 69,2 T€; 7 Stellen A 12 x 65,0 T€ insgesamt: 1.008,6 T€
2022: 8 Stellen A 13 x 71,6 T€; 7 Stellen A 12 x 67,3 T€ insgesamt: 1.043,9 T€.

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 04 11 wie folgt geändert:
Streichung von 8 Stellen der BesGr. A13 und 7 Stellen der BesGr A 12 im Kapitel 04 11 ab 2021 (Reg. Entw. Seite 93).

EINZELPLAN 04 – ABSTIMMUNGSLISTE

Änderungsanträge der CDU Fraktion, BÜNDNISGRÜNEN, SPD Fraktion BIM Nr. 456
Änderungsanträge der AfD Fraktion BIM Nr. 449

Kapitel 04 01 Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
16	422 01	AfD 01	6 : 11 : 0
17	511 01	AfD 02	6 : 11 : 0

Abstimmung über Kapitel 04 01 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 10 : 6 : 2

Kapitel 04 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 04

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
31	Neu: Vorbemerkung	AfD 03	6 : 12. 0
36	526 02	AfD 04	6 : 12 : 0
36	526 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 01	17 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 04 02 und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 9 : 6 : 2

Kapitel 04 04 Landesamt für Steuern und Finanzen

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 04 04 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis:

10 : 0 : 8

Kapitel 04 06 Finanzämter

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 04 06 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis:

Kapitel 04 11 Staatsbetrieb „Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB)

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
90	682 01	AfD 05	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 04 11 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 04 20 Staatsbetrieb Zentrales Flächenmanagement Sachsen

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 04 20 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis:

Kapitel 04 99 Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste – Landesrechenzentrum Steuern

Es liegen keine Änderungsanträge vor.

Abstimmung über Kapitel 04 99 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis:

11 : 0 : 8

Schlussabstimmung EINZELPLAN 04 mit Stellenplänen, Übersichten und Anlagen (und Änderungen)

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 05 – Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Berichterstatter: Mirko Schultze, MdL

Der Einzelplan 05 wurde in der 26. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 4. Mai 2021 beraten.

Den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses lag zur Beratung des Einzelplanes die Stellungnahme des Ausschusses für Schule und Bildung vom 26. April 2021 vor.

Des Weiteren lagen Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses verständigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Ausschusses ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollen die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt worden sei.

Zunächst erteilte der Ausschussvorsitzende dem Staatsminister für Kultus das Wort. Dieser nahm auf die Einbringung und Diskussion zu den Schwerpunkten im zuständigen Ausschuss für Schule und Bildung Bezug.

Der Staatsminister sagte weiter, dass es ihm im Regierungsentwurf sehr wichtig gewesen sei, Vorsorge zur bisherigen Finanzierung mit voraussichtlich auslaufenden EU-Mitteln zu treffen. Bildungspolitik lebe von Kontinuität und Entwicklung. Gerade die europäischen Mittel hätten an vielen Stellen die Möglichkeit eröffnet, unterstützende Maßnahmen in Schulen und Kitas durchzuführen. Er nannte etwa die Praxisberater, die den Kindern und Jugendlichen eine individuelle Zuwendung geben würden. Daher sei es richtig, diese Programme entsprechend weiterzuführen. Gleiches gelte für Maßnahmen im Handlungsprogramm. An dieser Stelle nannte er die Schulassistenten, die viele wichtige Aufgaben im schulischen Kontext wahrnehmen würden. Durch die Corona-Pandemie sei besonders bewusstgeworden, wie wichtig Schulen als Orte des Hinschauens sind, um frühzeitig Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen feststellen zu können. Nur gemeinsam mit Fachkräften wie Schulassistenten sei dies durch Lehrerinnen und Lehrer zu leisten. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt sei ein weiterer Aufwuchs von Schulassistenten vorgesehen, um einerseits mehr Qualität an die Schulen zu bringen und andererseits die Möglichkeit eröffnet werde, einzelne Schülerinnen und Schüler genauer zu betrachten und individuelle Förderungsmöglichkeiten zu geben.

Er konstatierte, dass der Einzelplan 05 – Staatsministerium für Kultus – mit knapp 5 Milliarden Euro zum Gesamthaushalt einen sehr großen Anteil einnehme. Erhebliche Bedarfe – der allgemeinen Haushaltslage geschuldet – bestünden im Regierungsentwurf des Einzelplans 05 im Bereich der Investitionen. Ihn stimme das bisherige parlamentarische Verfahren mit dem Ergebnis der Änderungsanträge zum Regierungsentwurf hoffnungsvoll.

Er gehe somit von weiteren Schritten aus, sowohl mit den Schulträgern die Bildungslandschaft inhaltlich als auch baulich weiter voranzubringen.

Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen – Fraktionen von CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD –, der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE brachten nun nach Aufruf durch den Ausschussvorsitzenden ihre Änderungsanträge ein.

Im Rahmen der Einbringungen der Änderungsanträge sind die unterschiedlichen Ansätze der Fraktionen dargestellt worden. Dabei bezogen sich die Vertreter der Fraktionen auf die im Fachausschuss geführten Debatten und verzichteten oftmals weitestgehend auf eine weitere Aussprache nach der Einbringung der Änderungsanträge.

Ein Abgeordneter der AfD-Fraktion erörterte ausführlich zur Vorbemerkung bei Kapitel 05 02 – Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05 –, dass seine Fraktion anstrebe, für die Staatsverwaltung eine konkrete Aufgabenkritik durchzuführen und anhand dieser ein Personalkonzept aufzustellen. Er verwies auf den Bericht der Personalkommission II. Hierbei sei der Personalbedarf mittels Befragung der Ministerien erfolgt, sodass im Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz neue Stellen errichtet und in vielen Einzelplänen die kw-Vermerke gestrichen worden seien. Seine Fraktion sei der Auffassung, dass die kw-Vermerke auch in diesem Doppelhaushalt bis zur Erstellung der Aufgabenkritik mit anschließender Personalstrategie vollzogen werden sollten.

Zur Einbringung eines Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE – Kapitel 05 02, Titel 547 54 – mit welchem sie eine Studie zur Umsetzung eines am Lehrplan orientierten Bildungsfernsehens anstrebe, erwiderte eine Abgeordnete der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk schnell reagiert habe und die Koalition davon überzeugt sei, dass eine Studie über zwei Jahre ein Hemmnis in der Entwicklung darstelle.

Eine Abgeordnete der SPD-Fraktion ergänzte dahingehend, dass es nicht als Missachtung verstanden werden solle, wenn die Koalitionsfraktionen ihre Ablehnungen zu Änderungsanträgen nicht begründen würden. Sie verwies auf die umfassende Diskussion zu den meist gleichlautenden Anträgen im mitberatenden Ausschuss für Schule und Bildung und gleichzeitig auf den zur Verfügung stehenden Zeitkorridor der Haushaltsberatungen im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss.

Zu Änderungsanträgen der Koalitionsfraktionen und bei Kapitel 05 04, Titel 883 37 und Titel 893 37, enthalte sich die AfD-Fraktion, weil sie zwar das Anliegen der Anträge, allerdings nicht die Finanzierungsquelle, mittrage, erklärte ein Abgeordneter der AfD-Fraktion.

Weiterhin hervorzuheben ist die Einbringung der Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zu Kapitel 05 15 – Förderung der Bildungsinfrastruktur. Ein Abgeordneter der Koalition betonte, dass die Koalitionsfraktionen die Bildungsinfrastruktur als eine wichtige Zukunftsaufgabe im Freistaat Sachsen sehen würden. Aufgrund der unterschiedlichen Notwendigkeiten gebe es eine Aufteilung zwischen dem ländlichen Raum und den Städten wie auch in der Vergangenheit. Mit den Änderungen werde ein erheblicher Aufwuchs an Mitteln zur Verfügung gestellt.

Im Ergebnis der Debatte zum Einzelplan 05 wurden die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD mehrheitlich angenommen. Die Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurden mehrheitlich abgelehnt.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt. Die Abstimmungsergebnisse zum Einzelplan 05 sind der Anlage 3 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung zum Einzelplan 05 empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mit 11 : 2 : 6 Stimmen dem Sächsischen Landtag die Annahme des durch seine Beschlüsse veränderten Gesetzentwurfs.

gez. Mirko Schultze, MdL
Berichterstatter

Anlagen
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

CDU/B'GRÜNE/SPD 01

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**25,0**	SOLL neu	**50,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**25,0**	+/-	**50,0**
TITEL	**429 66**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel neu
Nicht aufteilbare Personalausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung Gesamthaushalt.

Einrichtung Ombudsstelle Antidiskriminierung im SMK, hier: Personalausgaben/Aufwandsentschädigung

CDU/B'GRÜNE/SPD 02

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 66**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel neu:
Erstattungen von Ausgaben Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Einrichtung eines Leertitels in der neuen TG 66 für Erstattungen an Dritte für Aufwendungen im Rahmen der Ombudsstelle Antidiskriminierung im SMK

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**527 66**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel neu:
Erstattungen von Reisekosten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Einrichtung eines Leertitels in der neuen TG 66 für Erstattungen von Reisekosten im Rahmen der Tätigkeit der Ombudsstelle Antidiskriminierung im SMK

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**42,5**	SOLL neu	**85,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**42,5**	+/-	**85,0**
TITEL	**547 66**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) neu
Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung Gesamthaushalt

Verwaltungsausgaben im Rahmen der Tätigkeit der Ombudsstelle Antidiskriminierung im SMK

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 66**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titelgruppe neu:
Ombudsstelle Antidiskriminierung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Einrichtung Ombudsstelle Antidiskriminierung im SMK

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **34**	**4.294,6**	**5.000,0**	**5.000,0**	SOLL neu	**5.000,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**5.000,0**	+/-	**5.000,0**
TITEL	**428 06**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Leistungsprämienbudget für Schulen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **35**	**2.468,8**	**2.400,0**	**3.992,6**	SOLL neu	**2.996,5**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**3.992,6**	+/-	**2.996,5**
TITEL	**443 01**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Unterstützungen auf Grund der Unterstützungsgrundsätze, Fürsorgemaßnahmen sowie Ausgaben nach dem Arbeitssicherheitsgesetz

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**36**	**135,7**	**117,2**	**158,0**	SOLL neu	**160,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.				**158,0**	+/-	**160,0**
TITEL	**459 04**					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für das Jobticket

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit, Sicherstellung einer ressortübergreifenden gleichen Veranschlagungspraxis

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**50**	**0,0**	**0,0**	**250,0**	SOLL neu	**250,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**534 02**					**250,0**	Reg. Entw.	**250,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für die Beschleunigung, Vereinfachung und Professionalisierung von Berufsanerkennungsverfahren

B) Aufnahme von VE:
Gesamtbetrag 2021: 750,0 T€
davon fällig 2022: 250,0T€
davon fällig 2023: 250,0T€
davon fällig 2024: 250,0T€

Gesamtbetrag 2022: 0 €

B) Vermerke:
Die Ausgaben sind übertragbar.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Es soll eine Fach- und Servicestelle Berufsanerkennung begründet werden, welche mit der Erfüllung der Aufgaben betraut wird. Leistungen sollen überwiegend extern mit mehrjähriger Vertragslaufzeit vergeben werden. Für die Projektabsicherung und als haushaltsrechtliche Absicherung für einen mehrjährigen Vertrag mit einem

Dienstleister sind die o.g. VE notwendig.

Der zukünftige Mittelabfluss ist allerdings nur bedingt vorhersehbar bzw. steuerbar. Daher wird eine Übertragbarkeit der Mittel in die kommenden HH-Jahre zwingend erforderlich werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **51**	**0,0**	**3.252,0**	**9.308,4**	SOLL neu	**13.008,4**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**1.800,0**	+/-	**5.400,0**
TITEL	**681 01**				**7.508,4**	Reg. Entw.	**7.608,4**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

A) Zweckbestimmung:
Zuschüsse für die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin und zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin

VE:
Gesamtbetrag 2021: 3.889,9 T€
davon fällig 2022: 3.889,9T€

Gesamtbetrag 2022: 3.889,9 T€
davon fällig 2023: 3.889,9T€

Erläuterung:
Mehr aufgrund der Erhöhung der Anzahl an Fachschülern an Fachschulen in freier Trägerschaft, der Erhöhung der Zuweisung im Sinne der Gewährung einer Schulgeldfreiheit für die Erzieherausbildung sowie der Ausweitung der Zuweisung auf Auszubildende zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin.

B) Zweckbestimmung:
Zuschüsse für die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin, zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin

sowie in Gesundheitsfachberufen

VE:
Streichung der VE

Vermerk:
05 03/681 01 ist in 2021 bis zu 1.800,0 T€ und in 2022 bis zu 5.400,0 T€ einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 08 07/681 01.
Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterung:
Es sind folgende Ausgaben vorgesehen:

	2021 in T€	2022 in T€
1. Zuschüsse für die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin	6.668,4	6.668,4
2. Zuschüsse für die Ausbildung zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin	840,0	940,0
3. Zuschüsse für die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen	1.800,0	5.400,0

Mehr aufgrund der Erhöhung der Anzahl an Fachschülern an Fachschulen in freier Trägerschaft, der Erhöhung der Zuweisung im Sinne der Gewährung einer Schulgeldfreiheit für die Erzieherausbildung sowie der Ausweitung der Zuweisung auf Auszubildende zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin und auf Auszubildende in Gesundheitsfachberufen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus 08 07/681 01 in Höhe von 1.800,0 T€ in 2021 sowie in Höhe von 5.400,0 T€ in 2022.

Die Erhöhung des Ansatzes resultiert aus der Umsetzung der Zuschüsse zum Schulgeld für Gesundheitsfachberufe aus dem Epl. 08 des SMS in den Epl. 05 des SMK. Die Umsetzung erfolgte in Abstimmung mit dem SMS.

Da es sich um eine gesetzliche Leistung dem Grunde und der Höhe nach handelt, ist die Veranschlagung von VE

nicht notwendig, die bisher veranschlagten VE können damit entfallen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**55**	**3.977,7**	**500,0**	**500,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**633 51**					**500,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

B) Aufnahme von VE:
Gesamtbetrag 2021: 1.100,0 T€
davon fällig 2022: 800,0T€
davon fällig 2023: 300,0T€

Gesamtbetrag 2022: 0 €

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die zusätzlichen VE sind erforderlich, um eine vollständige Nutzung der ESF-Mittel der alten Förderperiode abzusichern. Zugleich soll damit eine Förderlücke zwischen den EU-Förderperioden 2014-2020 und 2021-2027 für jene Vorhabenbereiche, die in der kommenden Förderperiode in gleicher oder modifizierter Form weitergeführt werden sollen, vermieden werden. Die Abfinanzierung der VE ist durch Ausgabereste sichergestellt.

Die Bereitstellung der ESF-Mittel ist seitens der EU zudem an die Erfüllung vorgegebener Output- und Ergebnisindikatoren gebunden. Um diese Zielerfüllung zu gewährleisten sind z. B. insb. noch Bewilligungen von

ESF-Mittel im Bereich der Schülercamps notwendig. Zudem sind in diesem Bereich Projekte geplant, um die durch die Corona-Pandemie erzeugten Defizite, insbesondere bei Schülern mit Lernschwierigkeiten bzw. mit fehlender Lernmotivation, zumindest etwas ausgleichen zu können. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten Projekte teilweise nicht oder nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Die zurückgeflossenen Mittel sollen wieder für förderfähige Projekte in Sachsen bewilligt werden. Dafür werden die o. g. VE benötigt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **56**	**25.140,7**	**4.429,2**	**4.428,7**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**684 51**				**4.428,7**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

B)
Aufnahme von VE:
Gesamtbetrag 2021: 2.100,0 T€
davon fällig 2022: 1.600,0T€
davon fällig 2023: 500,0T€

Gesamtbetrag 2022: 0 €

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die zusätzlichen VE sind erforderlich, um eine vollständige Nutzung der ESF-Mittel der alten Förderperiode abzusichern. Zugleich soll damit eine Förderlücke zwischen den EU-Förderperioden 2014-2020 und 2021-2027 für jene Vorhabenbereiche, die in der kommenden Förderperiode in gleicher oder modifizierter Form weitergeführt werden sollen, vermieden werden. Die Abfinanzierung der VE ist durch Ausgabereste sichergestellt.

Die Bereitstellung der ESF-Mittel ist seitens der EU zudem an die Erfüllung vorgegebener Output- und

Ergebnisindikatoren gebunden. Um diese Zielerfüllung zu gewährleisten sind z. B. insb. noch Bewilligungen von ESF-Mittel im Bereich der Schülercamps notwendig. Zudem sind in diesem Bereich Projekte geplant, um die durch die Corona-Pandemie erzeugten Defizite, insbesondere bei Schülern mit Lernschwierigkeiten bzw. mit fehlender Lernmotivation, zumindest etwas ausgleichen zu können. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten Projekte teilweise nicht oder nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Die zurückgeflossenen Mittel sollen wieder für förderfähige Projekte in Sachsen bewilligt werden. Dafür werden die o. g. VE benötigt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **65**			**2.500,0**	SOLL neu	**5.000,0**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 87**				**2.500,0**	Reg. Entw.	**5.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

A) Titelgruppe (alt)
Digitalisierungsinitiative "nu.digital"

B) Titelgruppe (neu)
Initiative Digitale Schule Sachsen

A) Vermerk (alt):
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 03/TG 88.
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 45/TG 73.

B) Vermerk (neu):
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 03/TG 88.
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 45/TG 73.
Die Ausgaben sind übertragbar.

A) Erläuterungen (alt)
Veranschlagt sind Ausgaben für die sächsische Hochschulbildungs- und Digitalisierungsinitiative nu.digital, insbesondere für

- die Absicherung des IT-Fachkräftebedarfs zur Beförderung der Vision Softwareland Sachsen,
- die Einrichtung, Entwicklung und Absicherung eines Schulnetzwerks (z.B. Netzwerk Digitale Schulen Sachsen),
- Einrichtung, Ausstattung, Betrieb und Etablierung von Schullaboren (z.B. Robotiklabore, Testzentren),
- Lehrerfortbildungen im Bereich Robotik/Informatik,
- Schüler-Kurse/Workshops im Bereich Robotik/Informatik,
- Ausweitung der Angebote im Bereich Digitalisierung in Schulen,
- Kooperationen mit Hochschulen und externen Dienstleistern sowie
- die Absicherung eines vollständigen und flächendeckenden Informatik-Curriculums

B) Erläuterungen (neu)
Zusätzliche schulische Projekte sollen die digitale Bildung und Informatik weiter stärken; dies auch vor dem Hintergrund, des digitalen Wandels der Arbeitswelt, eines wachsenden IT-Fachkräftebedarfs und zur Beförderung der Vision Softwareland Sachsen im Sinne der Initiative "nu.digital". Veranschlagt sind Ausgaben für entsprechende Projekte, insbesondere für
- ein schulartübergreifendes Netzwerk Digitale Schulen Sachsen;
- die Unterstützung von M.I.T. Schulen (100,0 T€ p.a.) sowie die Einrichtung, Ausstattung, Betrieb und Etablierung von Schullaboren (z.B. Robotiklabore, Testzentren);
- Lehrerfortbildungen und Schüler-Kurse/Workshops im Bereich Robotik/ Informatik;
- "Jugend hackt" (120,0 T€ in 2021 und 220,0 T€ in 2022);
- Ausweitung der Angebote im Bereich Digitalisierung in Schulen, insbesondere an berufsbildenden Schulen;
- Kooperationen mit Hochschulen, außerschulischen Lernorten und externen Dienstleistern, u. a. Projekt "Fabmobil" (500,0 T€ p.a.);
- Projekte im Bereich der digitalen Medienbildung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Titelgruppe wird offener gestaltet und nicht auf das Hochschulkonzept nu.digital verengt. Aus der neuen TG 87 werden im Wesentlichen schulische Projekte finanziert, während zentrale Projekte aus TG 88 finanziert werden.
Eine betragsmäßige und zeitliche Konkretisierung für einen Teil der vorgesehenen Maßnahmen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Dementsprechend ist auch der zukünftige Mittelabfluss derzeit nur bedingt vorhersehbar bzw. steuerbar. Daher ist eine Übertragbarkeit der Mittel in die kommenden Haushaltsjahre zwingend erforderlich, auch um überjährige Projekte zu planen.
Die in den Erläuterungen aufgezählten Projekte werden aktualisiert.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **67**	**635,9**	**672,5**	**1.425,5**	SOLL neu	**1.240,5**
KAP	**03**	Seite Erg. Vorl.			**200,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**547 88**				**1.225,5**	Reg. Entw.	**1.240,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung erfolgt durch Absenkung des Ansatzes bei 05 45/527 03 in Höhe von 200,0 T€

Die Änderung der Veranschlagung ist notwendig zur Finanzierung von ungeplanten, coronabedingten Mehraufwandes (z.B. Einkauf Lizenzen "Sofatutor", Weiterentwicklung Lernsax u.ä.) zur Absicherung des Schulunterrichts aus der Ferne bei Schulschließungen bzw. Wechselunterricht in Zeiten des Lockdowns/Teillockdowns.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: DigitalPakt

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**73**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL						**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Kapitelvermerke für Ausgaben:

05 04/547 36, 05 04/633 36, 05 04/686 36, 05 04/812 16, 05 04/812 36, 05 04/882 26, 05 04/883 06, 05 04/883 16, 05 04/883 36, 05 04/893 06, 05 04/893 16, 05 04/893 36 sind gegenseitig deckungsfähig.

05 04/547 37, 05 04/633 37, 05 04/686 37, 05 04/812 17, 05 04/812 37, 05 04/882 27, 05 04/883 07, 05 04/883 17, 05 04/883 37, 05 04/893 07, 05 04/893 17, 05 04/893 37 sind gegenseitig deckungsfähig.

Die bisher an den einzelnen Titeln des Kapitels ausgebrachten Deckungsvermerke entfallen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In dem Kapitel sind die Bundes- und Landesmittel zur Umsetzung des DigitalPakts Schule sowie dessen Zusatzvereinbarungen veranschlagt. Durch die Vermerke wird sichergestellt, dass einerseits sämtliche veranschlagten Bundesmittel und andererseits sämtliche veranschlagten Landesmittel untereinander deckungsfähig sind. Damit können Mehr- und Minderbedarfe in einzelnen Titeln innerhalb des Kapitels im Haushaltsvollzug ausgeglichen werden.

Die Vermerke waren bisher an den einzelnen Titeln ausgebracht, sodass fast jeder Titel des Kapitels einen Vermerk aufwies. Zur besseren Übersichtlichkeit und unter Berücksichtigung eines diesbezüglichen Hinweises des Sächsischen Rechnungshofes sollen die Vermerke stattdessen als Kapitelvermerke ausgebracht werden. An den einzelnen Titeln des Kapitels können die entsprechenden Deckungsvermerke im Gegenzug entfallen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: DigitalPakt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**0,0**	**0,0**	**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**893 16**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) neu
Zuschüsse für Investitionen an Sonstige nach § 3 Abs. 2 und 3 der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024 (Bundesmittel)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Finanzierung regionaler und landesweiter Projekte zur Digitalisierung des Schulwesens (VwV RegioDigis) ist in Abschnitt B Nr. II geregelt, dass neben kommunalen Schulträgern auch freie Träger anerkannter Ersatzschulen bzw. internationaler Schulen entsprechende Zuwendungen nach § 3 Abs. 2 und 3 der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024 erhalten können. Haushaltsrechtlich ist für jene Bewilligungen an freie Träger eine HH-Stelle mit entsprechender Zweckbestimmung der Gruppe 893 erforderlich. Diese ist im Regierungsentwurf noch nicht enthalten und wird hiermit beantragt. Zudem ist, um bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand, die Berichtspflichten gegenüber dem Bund vollumfänglich erfüllen zu können, eine Trennung der Mittel in Bundes und Landesmittel erforderlich.

Zusätzliche Mittel sind nicht erforderlich. Die Deckung erfolgt aus dem Deckungskreis für Bundesmittel.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: DigitalPakt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**893 17**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B)
Zuschüsse für Investitionen an Sonstige nach § 3 Abs. 2 und 3 der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024 (Landesmittel)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

In der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Finanzierung regionaler und landesweiter Projekte zur Digitalisierung des Schulwesens (VwV RegioDigis) ist in Abschnitt B Nr. II geregelt, dass neben kommunalen Schulträgern auch freie Träger anerkannter Ersatzschulen bzw. internationaler Schulen entsprechende Zuwendungen nach § 3 Abs. 2 und 3 der Verwaltungsvereinbarung DigitalPakt Schule 2019-2024 erhalten können. Haushaltsrechtlich ist für jene Bewilligungen an freie Träger eine HH-Stelle mit entsprechender Zweckbestimmung der Gruppe 893 erforderlich. Diese ist im Regierungsentwurf noch nicht enthalten und wird hiermit beantragt. Zudem ist, um bei möglichst geringem Verwaltungsaufwand, die Berichtspflichten gegenüber dem Bund vollumfänglich erfüllen zu können, eine Trennung der Mittel in Bundes und Landesmittel erforderlich.

Zusätzliche Mittel sind nicht erforderlich. Die Deckung erfolgt aus dem Deckungskreis für Landesmittel.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: DigitalPakt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **87**			**1.098,0**	SOLL neu	**1.098,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**1.098,0**	+/-	**1.098,0**
TITEL	**883 37**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt (Landesmittel)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Landeskofinanzierung Lehrerlaptops für öffentliche Schulen.

Die bisher nicht veranschlagte Kofinanzierung in Höhe von 2.744,9 T€ kann aus 05 20/ 633 81 gedeckt werden. Es wird eingeschätzt, dass aufgrund der im Vorjahr rückläufigen Geburtenzahlen nicht alle eingestellten Mittel benötigt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: DigitalPakt

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **89**			**274,5**	SOLL neu	**274,4**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**274,5**	+/-	**274,4**
TITEL	**893 37**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Rahmen der Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt (Landesmittel)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Landeskofinanzierung Lehrerlaptops für freie Schulen
Die bisher nicht veranschlagte Kofinanzierung in Höhe von 2.744,9 T€ kann aus 05 20/ 633 81 gedeckt werden. Es wird eingeschätzt, dass aufgrund der im Vorjahr rückläufigen Geburtenzahlen nicht alle eingestellten Mittel benötigt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **103**	**530,7**	**487,2**	**550,0**	SOLL neu	**550,0**
KAP	**09**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 92**				**550,0**	Reg. Entw.	**550,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für die Bildungsgrundlagen und Qualitätsentwicklung

A) Erläuterungen (alt)

	2021 T€	**2022 T€**
1. Kompetenztests	141,0	141,0
2. Lehrpläne und Handreichungen für berufsbildende Schulen	25,1	25,1
3. Politische Bildung	30,6	30,6
4. Anpassungen von Lehrplänen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen inkl. Umsetzung der KMK-Vereinbarung zur Digitalen Bildung und Umsetzung W wie Werte	120,0	100,0
5. Zweisprachige sorbisch-deutsche Schule	14,0	14,0
6. Individuelle Förderung, Begleitprojekt jahrgangsübergreifender Unterricht an kleinen Grundschulen im ländlichen Raum	25,7	32,5
7. Interne Evaluation	26,9	23,9
8. Inklusion - Lernzieldifferenter Unterricht FÖS/L und GE	57,9	57,9
9. Netzwerk BVJ	9,0	9,0
10. Prüfungen	49,0	49,0
11. Abitur an deutschen Schulen	7,0	7,0
12. Handreichungen / Konzeptionen für allgemeinbildende Schulen	43,8	60,0
Summe	**550,0**	**550,0**

B) Erläuterungen (neu)

	2021 T€	**2022 T€**
1. Kompetenztests	141,0	141,0
2. Lehrpläne und Handreichungen für berufsbildende Schulen	25,1	25,1
3. Politische Bildung	30,6	30,6
4. Anpassungen von Lehrplänen im Bereich der allgemeinbildenden Schulen inkl. Umsetzung der KMK-Vereinbarung zur Digitalen Bildung und Umsetzung W wie Werte	120,0	100,0
5. Individuelle Förderung, Begleitprojekt jahrgangsübergreifender Unterricht	30,0	50,0
6. Begleitung "Längeres gemeinsames Lernen" (Gemeinschaftsschule/Oberschule +)	30,0	50,0
7. Interne Evaluation	26,9	23,9
8. Inklusion - Lernzieldifferenter Unterricht FÖS/L und GE	57,9	57,9
9. Netzwerk BVJ	9,0	9,0
10. Prüfungen	49,0	49,0
11. Abitur an deutschen Schulen	7,0	7,0
12. Handreichungen / Konzeptionen für allgemeinbildende Schulen	57,8	74,0
Summe	**584,3**	**617,5**

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Das Begleitprojekt "Jahrgangsübergreifender Unterricht" wird in Anlehnung an die Neuerungen im Schulgesetz geöffnet, d.h. der enge Fokus zu kleinen Grundschulen im ländlichen Raum wird gestrichen. Zudem wird durch

Einrichtung eines Netzwerk "Längeres gemeinsames Lernen" dem Beschluss des Sächsischen Landtags in Drs. 7/3188 Rechnung getragen, eine fachliche Begleitung und Unterstützung durch die Schulaufsicht für Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ sicherzustellen.

CDU/B'GRÜNE/SPD 21

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**09**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 75**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Erstattungen von Ausgaben Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Ausbringung eines zusätzlichen Titels 526 75 in Kapitel 05 09 TG 75. Der zusätzliche Titel ist erforderlich für die korrekte Verbuchung von Aufwendungen Dritter, insbesondere von Reisekosten für Personen, die Aufgaben der Beratungsstelle für Begabtenförderung wahrnehmen und nicht im Dienste des Freistaates Sachsen stehen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**34,3**	SOLL neu	**67,5**
KAP	**09**	Seite Erg. Vorl.			**34,3**	+/-	**67,5**
TITEL	**526 92**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel (neu)
Ausgaben für Sachverständige und Mitglieder von Fachbeiräten u. ä. Ausschüssen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Durch Aufnahme der neuen Position "Begleitung 'Längeres gemeinsames Lernen'" (30,0 T€ | 50,0 T€) wird dem Beschluss des Sächsischen Landtags in Drs. 7/3188 Rechnung getragen, eine fachliche Begleitung und Unterstützung durch die Schulaufsicht für Gemeinschaftsschulen und Oberschulen+ sicherzustellen. Zudem werden die Mittel für das Begleitprojekt jahrgangsübergreifender Unterricht erhöht, sodass dann auch hierfür 30,0 T€ bzw. 50,0 T€ zur Verfügung stehen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**104**	**45,4**	**41,0**	**1.333,0**	SOLL neu	**933,0**
KAP	**09**	Seite Erg. Vorl.				**420,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**518 99**					**913,0**	Reg. Entw.	**933,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Mieten und Leasing für IT-Infrastruktur und IT-Verfahren

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung in Höhe von 420 TEUR erfolgt durch Absenkung des Ansatzes bei 05 45/527 02

Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig zur Sicherung des Betriebes der digitalen Lernplattformen insbesondere für technischen Support und Erweiterung der bestehenden Systeme.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **105**			**1.054,3**	SOLL neu	**606,3**
KAP	**09**	Seite Erg. Vorl.			**80,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**812 99**				**974,3**	Reg. Entw.	**606,3**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von IT-Infrastruktur und IT-Verfahren

A) Erläuterungen alt:

	2021 T€	**2022 T€**
1. IT-Infrastruktur (Hardware)	622,5	240,1
2. IT-Infrastruktur (Software)	351,8	244,6
3. IT-Verfahren	121,6	
4. Sonstiges		
Summe	**974,3**	**606,3**

B) Erläuterungen neu

	2021 T€	**2022 T€**
1. IT-Infrastruktur (Hardware)	622,5	240,1
2. IT-Infrastruktur (Software)	351,8	244,6
3. IT-Verfahren	121,6	
4. Sonstiges	80,0	
Summe	**1.054,3**	**606,3**

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung in Höhe von 80 TEUR erfolgt durch Absenkung des Ansatzes bei 05 45/527 02

Die Erhöhung des Ansatzes ist notwendig zur Sicherung des Betriebes der digitalen Lernplattformen insbesondere für technischen Support und Erweiterung der bestehenden Systeme.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Lehrerbildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **118**	**1.426,0**	**2.000,0**	**2.000,0**	SOLL neu	**2.000,0**
KAP	**10**	Seite Erg. Vorl.			**2.000,0**	+/-	**2.000,0**
TITEL	**429 02**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Mentorenvergütungen für die Begleitung von Studierenden und Seiteneinsteigern

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Lehrerbildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**10**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 70**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Erstattungen von Ausgaben Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Der zusätzliche Titel ist erforderlich für die korrekte Verbuchung insbesondere von Reisekosten für Personen, die nicht im Dienste des Freistaates stehen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Lehrerbildung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**10**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 73**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Erstattungen von Ausgaben Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Der zusätzliche Titel ist erforderlich für die korrekte Verbuchung insbesondere von Reisekosten für Personen, die nicht im Dienste des Freistaates stehen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **141**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Kapitelvorwort Förderung der Bildungsinfrastruktur

A) alt

Das Kapitel beinhaltet die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Förderung der Bildungsinfrastruktur, dazu gehören
- das Landesförderprogramm zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur
- das Landesförderprogramm für den Bau und die Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetroVO,
- das Bundesprogramm "Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Grundschulalter".

B) neu

Das Kapitel beinhaltet die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Förderung der Bildungsinfrastruktur, dazu gehören
- das Landesförderprogramm zur Verbesserung der schulischen Infrastruktur
- das Landesförderprogramm für den Bau und die Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO,

- das Bundesprogramm "Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Grundschulalter".

Aufgrund des besonderen Bedarfs bei Neubau und Modernisierung der Bildungsinfrastruktur in den kreisfreien Städten wird das Budget für die kreisfreien Städte gemäß § 5 SchulInfraVO mit einem Neubewilligungsvolumen von 105.375,0 T€ (Landesmittel) im Doppelhaushalt 2021/2022 für die Förderbereiche Schulhausbau und Kita-Bau verankert. Dieses Neubewilligungsvolumen wird über Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen fällig in den Jahren 2022 bis 2025 zur Verfügung gestellt. Die Verteilung der veranschlagten Mittel auf die kreisfreien Städte erfolgt auf der Basis der Entwicklung der Kinderzahlen (0 bis 6 Jahre) in den zurückliegenden zehn Jahren (Datenbasis 2010 bis 2019 – Zahlen des Statistischen Landesamtes zum 31.12.2019).

Für den kreisangehörigen Raum steht ein Neubewilligungsvolumen von 91.650,0 T€ (Landesmittel) zur Verfügung. Damit werden insbesondere die wachsenden Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Bedarfe in der Modernisierung der Bildungsinfrastruktur unterstützt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Aufgrund der Änderungen in den Einzeltiteln des Kapitels 05 15 wird das Kapitelvorwort angepasst. Aus dem geänderten Vorwort ist das Neubewilligungsvolumen für die kreisfreien Städte ersichtlich, das denen gemäß § 5 SchulInfraVO als sogenannten "Stadtbudget" zur Verfügung gestellt wird. Die Verteilung der Mittel auf die jeweiligen Städte richtet sich nach der Aufwuchs der Kinderzahlen im Alter von 0-6 Jahren. Der Indikator, der mit dem DHH 2019/20 eingeführt wurde, wird an die aktuellen Zahlen angepasst und fortgeschrieben, so dass auf Seiten der Kommunen Planungssicherheit besteht.
Die Veranschlagung der Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen erfolgt in den jeweiligen Titelgruppen und zugehörigen Titeln für Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft sowie für Kindertageseinrichtungen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **146**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 82**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderung von Bau und Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO - kreisfreie Städte

A) Vermerk (alt)
05 15/TG 82, 05 15/TG 83, 05 15/TG 91, 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 21.

B) Vermerk (neu)
05 15/TG 82 und 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 21.

A) Erläuterungen (alt)
Veranschlagt sind Zuwendungen aus Landesmitteln für Baumaßnahmen und Ausstattungen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO. Damit werden insbesondere die wachsenden Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Bedarfe in der Modernisierung der Betreuungseinrichtungen unterstützt.

B) Erläuterungen (neu)

Veranschlagt sind Zuwendungen aus Landesmitteln für Baumaßnahmen und Ausstattungen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO. Die Verteilung des veranschlagten Neubewilligungsvolumens auf die drei kreisfreien Städte erfolgt auf der Basis der Entwicklung der Kinderzahlen (0 bis 6 Jahre) in den zurückliegenden zehn Jahren (Datenbasis 2010 bis 2019 – Zahlen des Statistischen Landesamtes zum 31.12.2019).

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Änderung des Deckungsvermerks um Neubewilligungsbudget zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum abgrenzen zu können. Deckungsfähigkeit zwischen Schule und Kita im kreisfreien Raum bleibt erhalten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **146**			**6.558,8**	SOLL neu	**8.763,5**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**4.000,0**
TITEL	**883 82**				**6.558,8**	Reg. Entw.	**4.763,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:		4.000,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu		4.000,0
2024 bis zu		
2025 ff. bis zu		

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Für die Förderung der Bildungsinfrastruktur wird ein Neubewilligungsvolumen i. H. v. 105,375 Mio. EUR im kreisfreien Raum bereit gestellt. Durch Deckungsfähigkeit der TG 92 und TG 82 können die veranschlagten

Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **146**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 83**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderung von Bau und Ausstattung von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO - kreisangehöriger Raum

A) Vermerk (alt)

05 15/TG 82, 05 15/TG 83, 05 15/TG 91, 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 20.

B) Vermerk (neu)
05 15/TG 83 und 05 15/TG 91 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 20.

A) Erläuterungen, Absatz 1 (alt)
Veranschlagt sind Zuwendungen aus Landesmitteln für Baumaßnahmen und Ausstattungen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO.

B) Erläuterungen, Absatz 1 (neu)

Veranschlagt sind Zuwendungen aus Landesmitteln für Baumaßnahmen und Ausstattungen für Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen und Einrichtungen nach SächsFöSchülBetrVO. Damit werden insbesondere die wachsenden Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Bedarfe in der Modernisierung der Bildungseinrichtungen unterstützt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Änderung des Deckungsvermerks um Neubewilligungsbudget zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum abgrenzen zu können. Deckungsfähigkeit zwischen Schule und Kita im kreisangehörigem Raum bleibt erhalten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **147**			**6.959,7**	SOLL neu	**5.505,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**1.860,0**	+/-	**2.790,0**
TITEL	**883 83**				**5.099,7**	Reg. Entw.	**2.715,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

A) Verpflichtungsermächtigungen (alt)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	1,0	10.000,0
davon fällig:		
2022 bis zu	1,0	
2023 bis zu		7.500,0
2024 bis zu		2.500,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	2.791,0	10.000,0
davon fällig:		
2022 bis zu	2.791,0	
2023 bis zu		7.500,0
2024 bis zu		2.500,0
2025 ff. bis zu		

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Erhöhung des bisherigen Neubewilligungsvolumen für den kreisangehörigen Raum um 34,65 Mio. EUR. Aufgrund der Deckungsfähigkeit zwischen den TG 91 und TG 83 können die veranschlagten Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **148**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 86**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bundesprogramm "Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter"

A) Erläuterungen (alt)
Veranschlagt sind Ausgaben im Rahmen des Bundesprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagesbetreuung von Kindern im Grundschulalter. Die Mittel werden vom Bund bereitgestellt für den quantitativen Ausbau und zur qualitativen Verbesserung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder vom Schuleintritt bis zum Ende der vierten Klasse.

B) Erläuterungen (neu)
Veranschlagt sind Ausgaben im Rahmen des Bundesprogramms zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagesbetreuung von Kindern im Grundschulalter. Die Mittel werden vom Bund bereitgestellt für den quantitativen Ausbau und zur qualitativen Verbesserung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder vom Schuleintritt bis zum Ende der vierten Klasse.
Die Verteilung der Mittel soll sich an der Entwicklung der Kinderzahlen (0 bis 11 Jahre) orientieren (Datenbasis 2010 bis 2019 – Zahlen des Statistischen Landesamtes zum 31.12.2019).

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Dem Kapitelvorwort folgend wird die Verteilung der zur Verfügung stehenden Bundesmitteln auch an der Entwicklung der Kinderzahlen ausgerichtet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **149**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 91**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vermerk zur TG 91
Förderung der schulischen Infrastruktur - kreisangehöriger Raum

A) Vermerk (alt)

05 15/TG 82, 05 15/TG 83, 05 15/TG 91, 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 03.

B) Vermerk (neu)

05 15/TG 83 und 05 15/TG 91 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 03.

A) Erläuterungen, Absatz 1 (alt)
Veranschlagt sind Zuschüsse aus Landesmitteln an freie und öffentliche Träger zur weiteren Verbesserung der schulischen Infrastruktur.

B) Erläuterungen, Absatz 1 (neu)

Veranschlagt sind Zuschüsse aus Landesmitteln an freie und öffentliche Träger zur weiteren Verbesserung der schulischen Infrastruktur. Damit werden insbesondere die wachsenden Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Bedarfe in der Modernisierung der Bildungseinrichtungen unterstützt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Änderung des Deckungsvermerks um Neubewilligungsbudget zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum abgrenzen zu können. Deckungsfähigkeit zwischen Schule und Kita im kreisangehörigem Raum bleibt erhalten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **149**			**38.040,0**	SOLL neu	**25.817,2**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**5.200,0**	+/-	**5.200,0**
TITEL	**883 91**				**32.840,0**	Reg. Entw.	**20.617,2**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

A) Verpflichtungsermächtigungen (alt)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	9.000,0	9.000,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	9.000,0	
2024 bis zu		9.000,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	16.800,0	16.800,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	15.500,0	
2024 bis zu	1.300,0	15.500,0
2025 ff. bis zu		1.300,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Erhöhung des bisherigen Neubewilligungsvolumen für den kreisangehörigen Raum um 34,65 Mio. EUR. Aufgrund der Deckungsfähigkeit zwischen den TG 91 und TG 83 können die veranschlagten Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **150**			**800,0**	SOLL neu	**800,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**800,0**	+/-	**800,0**
TITEL	**893 91**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen an freie Träger und Sonstige

A) Verpflichtungsermächtigungen (alt)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	2.100,0	2.100,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	2.100,0	
2024 bis zu		2.100,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	3.300,0	3.300,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	3.100,0	
2024 bis zu	200,0	3.100,0
2025 ff. bis zu		200,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Erhöhung des bisherigen Neubewilligungsvolumen für den kreisangehörigen Raum um 34,65 Mio. EUR. Aufgrund der Deckungsfähigkeit zwischen den TG 91 und TG 83 können die veranschlagten Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **150**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 92**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderung der schulischen Infrastruktur - kreisfreie Städte

A) Vermerk (alt)
05 15/TG 82, 05 15/TG 83, 05 15/TG 91, 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 04.

B) Vermerk (neu)
05 15/TG 82 und 05 15/TG 92 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 15/119 04.

A) Erläuterungen (alt)
Veranschlagt sind Zuschüsse aus Landesmitteln an freie und öffentliche Träger zur weiteren Verbesserung der schulischen Infrastruktur. Damit werden insbesondere die wachsenden Gemeinden bei der Bewältigung ihrer Bedarfe in der Modernisierung der Bildungsinfrastruktur unterstützt.

Rechtsgrundlage:
Schulinfrastrukturverordnung vom 22. Januar 2020 (SächsGVBl. S. 23), in der jeweils geltenden Fassung.

B) Erläuterungen neu
Veranschlagt sind Zuschüsse aus Landesmitteln an freie und öffentliche Träger zur weiteren Verbesserung der schulischen Infrastruktur. Die Verteilung des veranschlagten Neubewilligungsvolumens auf die drei kreisfreien Städte erfolgt auf der Basis der Entwicklung der Kinderzahlen (0 bis 6 Jahre) in den zurückliegenden zehn Jahren (Datenbasis 2010 bis 2019 – Zahlen des Statistischen Landesamtes zum 31.12.2019).

Rechtsgrundlage:
Schulinfrastrukturverordnung vom 22. Januar 2020 (SächsGVBl. S. 23), in der jeweils geltenden Fassung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Änderung des Deckungsvermerks um Neubewilligungsbudget zwischen kreisfreiem und kreisangehörigem Raum abgrenzen zu können. Deckungsfähigkeit zwischen Schule und Kita im kreisfreien Raum bleibt erhalten.

Die Verteilung der Mittel auf die jeweiligen Städte richtet sich nach der Aufwuchs der Kinderzahlen im Alter von 0-6 Jahren. Der Indikator, der mit dem DHH 2019/20 eingeführt wurde, wird an die aktuellen Zahlen angepasst und fortgeschrieben, so dass auf Seiten der Kommunen Planungssicherheit besteht.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **151**			**40.684,6**	SOLL neu	**34.967,3**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**7.600,0**	+/-	**16.850,0**
TITEL	**883 92**				**33.084,6**	Reg. Entw.	**18.117,3**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	11.400,0	43.525,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	9.500,0	7.300,0
2024 bis zu	1.900,0	21.062,5
2025 ff. bis zu		15.162,5

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Für die Förderung der Bildungsinfrastruktur wird ein Neubewilligungsvolumen i. H. v. 105,375 Mio. EUR im kreisfreien Raum bereit gestellt. Durch Deckungsfähigkeit der TG 92 und TG 82 können die veranschlagten

Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.
Da bei Schulhausbaumaßnahmen 40 Prozent als Barmittel zu veranschlagen sind, um gemäß § 8 SchulInfraVO diesen Anteil der Zuweisung nach Bestandskraft des Zuweisungsbescheides auszahlen zu können, wird das Neubewilligungsvolumen in drei Tranchen aufgeteilt, wobei die 3. Tranche Ende 2022 bewilligt wird und Auszahlungen Anfang 2023 auf Basis der veranschlagten VE erfolgen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **151**			**2.400,0**	SOLL neu	**2.400,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**2.400,0**	+/-	**2.400,0**
TITEL	**893 92**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen an freie Träger und Sonstige

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	3.600,0	9.600,0
davon fällig:		
2022 bis zu		
2023 bis zu	3.000,0	2.400,0
2024 bis zu	600,0	3.000,0
2025 ff. bis zu		4.200,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Für die Förderung der Bildungsinfrastruktur wird ein Neubewilligungsvolumen i. H. v. 105,375 Mio. EUR im kreisfreien Raum bereit gestellt. Durch Deckungsfähigkeit der TG 92 und TG 82 können die veranschlagten

Barmittel und VE für Investitionen im Schulhausbau als auch im Kita-Bereich eingesetzt werden.
Da bei Schulhausbaumaßnahmen 40 Prozent als Barmittel zu veranschlagen sind, um gemäß § 8 SchulInfraVO diesen Anteil der Zuweisung nach Bestandskraft des Zuweisungsbescheides auszahlen zu können, wird das Neubewilligungsvolumen in drei Tranchen aufgeteilt, wobei die 3. Tranche Ende 2022 bewilligt wird und Auszahlungen Anfang 2023 auf Basis der veranschlagten VE erfolgen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**119 05**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel (neu)
Rückerstattungen aus Zuwendungen der RL zur Umsetzung von Mitteln aus dem KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz

B) Vermerk (neu):
Vgl. Vermerk bei 05 20 / TG 85

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Der zusätzliche Titel ist erforderlich für die korrekte Verbuchung der Einnahmen von Rückflüssen aus den ausgereichten Zuwendungen. Durch den Kopplungsvermerk können die Rückflüsse erneut als Zuwendungen ausgereicht werden, dies ist notwendig, um die vom Bund bereitgestellten Mittel vollständig aufbrauchen zu können.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertagesstätten und der Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **156**	**716.948,2**	**805.024,0**	**805.725,4**	SOLL neu	**817.781,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**-2.744,9**
TITEL	**633 81**				**805.725,4**	Reg. Entw.	**820.525,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung für Landeskofinanzierung Lehreraptops in Kapitel 05 04/ 883 37 und 893 37. Es wird eingeschätzt, dass aufgrund der im Vorjahr rückläufigen Geburtenzahlen nicht alle eingestellten Mittel benötigt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**268,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**268,0**
TITEL	**684 01**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse zur Aufstockung von FSJ-Plätzen in Kindertageseinrichtungen einschließlich Refinanzierung des Einsatzstellenbeitrags

B) Verpflichtungsermächtigungen:

Gesamtbetrag 2022: 536,0 T€
davon fällig in 2023: 536,0 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt

Das FSJ Pädagogik soll auf Kitas ausgeweitet werden. Ab September 2022 werden weitere 100 Plätze im FSJ Pädagogik geschaffen, die in Kindertageseinrichtungen zum Einsatz kommen sollen, um zur Berufsorientierung im frühkindlichen Bereich beitragen zu können.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **158**	**41,7**	**100,0**	**125,0**	SOLL neu	**125,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**25,0**	+/-	**25,0**
TITEL	**547 82**				**100,0**	Reg. Entw.	**100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungausgaben

B) Ergänzung der Erläuterungen um:
[…]
Weiterhin sind Mittel für die Erstellung eines Konzepts zur Ressourcenausstattung von Kindertageseinrichtungen unter Einbeziehung von besonderen Bedarfen nach definierten sozialräumlichen Kriterien veranschlagt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Konzepterstellung sozialindexbasierte Ressourcensteuerung für Kindertageseinrichtungen (Kindertageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen)

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der KIndertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **158**	**0,0**	**0,0**	**0,0**	SOLL neu	**2.880,0**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**2.880,0**
TITEL	**633 82**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Titel neu: Zuschüsse insbesondere für Kindertageseinrichtungen mit besonderen Bedarfen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Personal- und Sachkostenzuschüsse gemäß Sozialindex entsprechend Konzeptstellung (siehe 05 20/547 82) für 100 Kitas ab 2022

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **158**	**2.282,0**	**2.540,3**	**2.280,0**	SOLL neu	**2.582,5**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**220,0**	+/-	**502,5**
TITEL	**685 82**				**2.060,0**	Reg. Entw.	**2.080,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung

A) Verpflichtungsermächtigungen (alt)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag	1.600,0	1.600,0
davon fällig:		
2022 bis zu	800,0	
2023 bis zu	800,0	800,0
2024 bis zu		800,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag	1.915,0	1.600,0
davon fällig:		
2022 bis zu	1.115,0	
2023 bis zu	800,0	800,0
2024 bis zu		800,0

2025 ff. bis zu

B) Erläuterungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
1. Zuschüsse an Träger der Kinder- und Jugendhilfe für Modellprojekte zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege	1.740,0	1.745,0
2. Informations- und Koordinierungsstelle Kindertagespflege in Sachsen (IKS)	225,0	240,0
3. Eltern-Kind-Zentren	157,5	315,0
4. Kita-Bildungsserver	95,0	95,0
5. Fortbildung- und Supervisionsprogramm	62,5	187,5
Summe	2.280,0	2.582,5

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

1.) In 2021 stehen 62,5 T€ und 2022 187,5 T€ für ein Fortbildungs- und Supervisionsprogramm zur Stärkung der Demokratiekompetenz von Kita-Fachkräften zur Verfügung.

2.) Neue Priorisierung innerhalb des Titels:
Die Arbeit der 14 Eltern-Kind-Zentren wird fortgesetzt.
Mit der Aufnahme der "Informations- und Koordinierungsstelle Kindertagespflege in Sachsen" in die Erläuterungen soll ihre wichtige Rolle für die Qualitätssicherung und -entwicklung in der Kindertagespflege hervorgehoben werden. Dies betrifft ebenso den Kita-Bildungsserver, der ab 2021 in dieser Titelgruppe veranschlagt wird.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **161**				SOLL neu	
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.				+/-	
TITEL	**TG 85**					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Umsetzung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiQuTG)

A) Vermerk (alt)
Die Ausgaben sind übertragbar.

B) Vermerk (neu)
Die Ausgaben sind übertragbar.
Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Mehreinnahme bei 05 20/119 05.

B) Erläuterungen (neu)

Die Mittel werden eingesetzt für die Umsetzung von folgenden Maßnahmen:

	2021 T€	2022 T€
Freistellung von Fachkräften zur Praxisanleitung in Kindertageseinrichtungen	9.000,0	8.910,0
Personalkostenzuschuss für Personen in berufsbegleitender Fort- oder Weiterbildung und berufsbegleitendem Studium zur Erschließung neuer Zielgruppen und zur Fachkräftegewinnung in Kindertageseinrichtungen	16.200,0	16.200,0
Zuschuss zur Qualifizierung der Praxisanleitung in Kindertageseinrichtungen	350,0	350,0
Stärkung der Arbeitsfähigkeit von Kindertagespflegepersonen durch die Gewährung eines Zuschusses für die Finanzierung von Ausfallzeiten der Kindertagespflegeperson oder die Weiterentwicklung kommunaler Vertretungslösungen für die Kindertagespflege	3.210,0	3.200,0
Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Förderung von Teamfortbildungen zu ausgewählten Themen in Kindertageseinrichtungen	1.280,0	1.280,0
Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit durch Verbesserung der Ausstattung mit digitalen Medien in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege	6.300,0	5.090,0
Unterstützung der Praxisanleitung an Horten	2.100,0	2.100,0
Summe	38.440,0	37.130,0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Durch Ergänzung der Erläuterungen werden die geplanten Maßnahmen aus Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes in 2021 und 2022 transparent dargestellt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **161**			**18.453,0**	SOLL neu	**17.863,5**
KAP	**20**	Seite Erg. Vorl.			**2.100,0**	+/-	**2.100,0**
TITEL	**633 85**				**16.353,0**	Reg. Entw.	**15.763,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Weiterentwicklung der Qualität und Verbesserung der Teilhabe in der Kindertagesbetreuung

A) Verpflichtungsermächtigungen (alt)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag	15.763,5	
davon fällig:		
2022 bis zu	15.763,5	
2023 bis zu		
2024 bis zu		
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag	17.863,5	
davon fällig:		
2022 bis zu	17.863,5	
2023 bis zu		
2024 bis zu		
2025 ff. bis zu		

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Mittel i.H.v. 2.100,0 T€ werden benötigt, um die zwei Stunden pro Woche für Praxisanleitung je Praktikant/in auch im Hort gewähren zu können. Da die Bundesmittel aus dem Gute-Kita-Gesetz nur für Kinderkrippe, Kindertagespflege und Kindergarten zum Einsatz kommen können, sind zusätzliche Landesmittel für den Hort-Bereich erforderlich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Grundschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **166**	**486.815,5**	**452.087,4**	**435.467,8**	SOLL neu	**444.319,4**
KAP	**35**	Seite Erg. Vorl.			**-10.080,2**	+/-	**-10.256,7**
TITEL	**428 01**				**445.548,0**	Reg. Entw.	**454.576,1**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Grundschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **167**		**6.750,6**	**6.922,2**	SOLL neu	**7.256,7**
KAP	**35**	Seite Erg. Vorl.			**6.922,2**	+/-	**7.256,7**
TITEL	**428 13**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vertretungslehrerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Oberschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **178**	**502.051,5**	**451.862,4**	**439.659,4**	SOLL neu	**444.738,6**
KAP	**36**	Seite Erg. Vorl.			**-12.164,6**	+/-	**-11.530,1**
TITEL	**428 01**				**451.824,0**	Reg. Entw.	**456.268,7**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Oberschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **179**		**4.068,6**	**4.172,0**	SOLL neu	**4.373,6**
KAP	**36**	Seite Erg. Vorl.			**4.172,0**	+/-	**4.373,6**
TITEL	**428 13**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vertretungslehrerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Gymnasien

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**190**	**470.552,3**	**406.814,8**	**417.090,3**	SOLL neu	**427.576,7**
KAP	**37**	Seite Erg. Vorl.				**-2.339,1**	+/-	**-2.452,1**
TITEL	**428 01**					**419.429,4**	Reg. Entw.	**430.028,8**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Gymnasien

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**191**		**2.281,1**	**2.339,1**	SOLL neu	**2.452,1**
KAP	**37**	Seite Erg. Vorl.				**2.339,1**	+/-	**2.452,1**
TITEL	**428 13**					**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vertretungslehrerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Berufsbildende Schulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **205**	**153,3**	**229,1**	**251,0**	SOLL neu	**258,0**
KAP	**38**	Seite Erg. Vorl.			**251,0**	+/-	**258,0**
TITEL	**427 23**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Maßnahmen der Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung an berufsbildenden Schulen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Berufsbildende Schulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **205**	**253.841,5**	**236.415,1**	**228.925,7**	SOLL neu	**231.393,7**
KAP	**38**	Seite Erg. Vorl.			**-1.377,4**	+/-	**-1.438,9**
TITEL	**428 01**				**230.303,1**	Reg. Entw.	**232.832,6**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Berufsbildende Schulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **206**		**1.098,5**	**1.126,4**	SOLL neu	**1.180,9**
KAP	**38**	Seite Erg. Vorl.			**1.126,4**	+/-	**1.180,9**
TITEL	**428 13**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vertretungslehrerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **220**	**197.821,4**	**201.587,1**	**199.129,2**	SOLL neu	**198.664,4**
KAP	**39**	Seite Erg. Vorl.			**-1.604,0**	+/-	**-1.681,5**
TITEL	**428 01**				**200.733,2**	Reg. Entw.	**200.345,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Beschäftigte)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **221**	**0,0**	**1.564,2**	**1.604,0**	SOLL neu	**1.681,5**
KAP	**39**	Seite Erg. Vorl.			**1.604,0**	+/-	**1.681,5**
TITEL	**428 13**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vertretungslehrerprogramm

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Umschichtung in HGr. 4

Änderung der Veranschlagung zur Haushaltsklarheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Gemeinschaftsschulen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**41**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**633 01**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Zweckbestimmung:
Erstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen und Schulhorten

Vermerk:
Die gemäß § 9 Abs. 5 Satz 1 und 3 HG 2021/2022 deckungsfähigen Ausgaben der Hauptgruppe 4 des Einzelplans 05 sind einseitig deckungsfähig zu Gunsten 05 41/633 01.

Erläuterungen:
Veranschlagt sind Erstattungszahlungen an Träger von Kindertageseinrichtungen und Schulhorten für den Fall, dass Schüler in der Primarstufe aufgrund von Unterrichtsausfall durch Personal dieser Träger betreut werden müssen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Aufnahme eines zusätzlichen Titels 633 01 als Leertitel in das neue Kapitel 05 41 - Gemeinschaftsschulen analog den Kapiteln 05 35 und 05 39, da Gemeinschaftsschulen künftig auch die Klassenstufen 1-4 umfassen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **248**	**0,0**	**0,0**	**900,0**	SOLL neu	**2.100,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**-500,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**527 02**				**1.400,0**	Reg. Entw.	**2.100,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erstattungen von Reisekosten bei Schulfahrten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Absenkung des Ansatzes bei um 500 TEUR zur Deckung der Ansatzerhöhungen bei 05 09/518 99 in Höhe von 420 TEUR und zur Deckung der Ansatzerhöhung bei 05 09/812 99 um 80 TEUR

Aufgrund der Corona-Pandemie, des damit verbundenen Unterrichtsausfalls und der Schließung der Beherbergungsstätten können im Jahr 2021 mit hoher Wahrscheinlichkeit Schulfahrten nur in einem geringen Umfang durchgeführt werden. Eine Absenkung des Ansatzes ist deshalb möglich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **248**	**0,0**	**0,0**	**883,2**	SOLL neu	**1.094,8**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**-200,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**527 03**				**1.083,2**	Reg. Entw.	**1.094,8**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erstattungen von Reisekosten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Absenkung des Ansatzes um 200 TEUR zur Deckung der Ansatzerhöhungen bei 05 03/547 88 in Höhe von 200 TEUR

Veranschlagt sind in diesem Titel Reisekosten für Lehrkräfte. Aufgrund der Corona-Pandemie können im Jahr 2021 mit hoher Wahrscheinlichkeit Dienstreisen nur in einem geringen Umfang durchgeführt werden. Eine Absenkung des Ansatzes ist deshalb möglich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **249**	**0,0**	**0,0**	**250,0**	SOLL neu	**250,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**633 02**				**250,0**	Reg. Entw.	**250,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen der Bund-Länder-Initiative "Schule macht stark"

B) Vermerk:
Die Ausgaben sind übertragbar.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Es handelt sich um eine Bund-Land-Initiative über einen Zeitraum von 10 Jahren, beginnend in 2021. Der FS Sachsen muss gemäß Vereinbarung in den ersten fünf Jahren Mittel von ca. 1,25 Mio. € aufwenden. Da der gesamte Zeitraum zu betrachten ist, sollten nicht verausgabte Mittel ins Folgejahr übertragen werden können, da ansonsten etwaige Minderausgaben zur Absicherung der Kofinanzierung erneut veranschlagt werden müssten.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.			**80,0**	SOLL neu	**500,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**80,0**	+/-	**500,0**
TITEL	**633 03**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erstattungen für nicht erhobene Hortbeiträge im Modellprojekt "Ganztagspiloten" einschließlich Ausgaben für die wissenschaftliche Begleitung des Modellprojekts

B) Verpflichtungsermächtigungen (neu)

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag	4.620,0	
davon fällig:		
2022 bis zu	500,0	
2023 bis zu	1.130,0	
2024 bis zu	1.130,0	
2025 ff. bis zu	1.860,0	

B) Erläuterungen (neu)
Das Modellprojekt „Ganztagspiloten" wird für bis zu 40 Klassen der Primarstufe an Grundschulen, Gemeinschaftsschule oder Oberschulen+ ausgeschrieben und hat eine Laufzeit von vier Schuljahren, um einen Jahrgang als Referenzkohorte im rhythmisierten Ganztag zu etablieren. Für Schülerinnen und Schüler an teilnehmenden Schulen wird kein Hort-Elternbeitrag erhoben. Da die Träger der Horte die teilnehmenden Schulen personell unterstützen, werden den Trägern die ausgefallenen Elternbeiträge erstattet. Zudem wird das

Modellprojekt "Ganztagspiloten" wissenschaftlich begleitet.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Es wird ein Modellprojekt „Ganztagspiloten" für bis zu 20 Schulen mit Primarstufe (Grundschulen, Gemeinschaftsschule, Oberschulen+) ausgeschrieben, in dessen Rahmen der Freistaat Sachsen für die Schülerinnen und Schüler eines Jahrgangszuges von der Einschulung bis zum Ende der Grundschulzeit die Hortgebühren übernimmt. So wird die Einführung eines teilgebundenen und rhythmisierten Ganztagskonzepts in geteilter Verantwortung von Schule und Hort unterstützt, indem eine wesentliche organisatorische Schranke in der Zusammenarbeit zwischen Lehrkräften und Erzieher/innen beseitigt wird.

Das gemeinsame Konzept von Schule und Hort soll, der Fachempfehlung GTA und dem zugehörigen Qualitätsrahmen des Kultusministeriums folgend, einen Schultag im rhythmisierten Wechsel von Lern-, Übungs- und Freizeitphasen vorsehen und dabei durch eine flexible teilgebundene Ausgestaltung auch den Bedürfnissen nach außerschulischer Zeit Rechnung tragen (vgl. hierzu Drs. 6/12061). Die Wahlfreiheit der Eltern kann z.B. dadurch sichergestellt werden, dass sich die Ausschreibung grundsätzlich an mindestens zweizügige Schulen richtet, wobei mindestens ein Klassenzug nicht Bestandteil des Pilotprojekts ist.

Die Konzepterstellung, Maßnahmen der Schulentwicklung und die praktischen Erfahrungen der Pilotschulen (inkl. Horte) sollen wissenschaftlich begleitet werden. Hierbei kann auf Erfahrungen aus den zahlreichen konzeptionellen Vorarbeiten des SMK sowie wissenschaftlicher Studien, welche im Auftrag des SMK und im Rahmen früherer Modellprojekte erstellt wurden, zurückgegriffen werden (z.B. "Leistungsfähigkeit schulischer Ganztagsangebote" von Karl Lenz (2009), "Ganztagsangebote im ländlichen Raum" von Thomas Markert und Katharina Weinhold (2009) sowie "Baustelle Ganztag. Eine empirische Studie zur Kooperation von Horten und Grundschulen mit Ganztagsangeboten in Dresden" von Thomas Markert und Andreas Wiere (2008)).

KOSTENKALKULATION
Während der Pilotphase wird den Trägern der Horte der jeweilige Elternbeitrag erstattet. Die Mittel sind für bis zu 40 Schulklassen in der Primarstufe kalkuliert. Um die Pilotphase über vier Schuljahre abzusichern, sind Verpflichtungsermächtigungen erforderlich.

Elternbeitrag Hort (akt. Landesdurchschnitt 72,24 EUR) => Finanzierung: 80 EUR

Kosten pro Kind und Jahr: 960 EUR
Kosten pro Klasse und Jahr: 27.000 EUR
Umfang: 40 erste Klassen

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Hortbeiträge	0 T€	450 T€	1.080 T€	1.080 T€	1.080 T€	650 T€
wiss. Begleitung	80 T€	50 T€	50 T€	50 T€	50 T€	80 T€
SUMME	80 T€	500 T€	1.130 T€	1.130 T€	1.130 T€	730 T€

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **250**	**1.640,6**	**2.025,0**	**1.896,6**	SOLL neu	**2.033,1**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**90,0**	+/-	**216,0**
TITEL	**685 03**				**1.806,6**	Reg. Entw.	**1.817,1**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Internatsplätze an Landesgymnasien und Schulen mit vertiefter Ausbildung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Erhöhung der monatlichen Zuschüsse für die Internatsunterbringung um 20 EUR auf 195 EUR ab 01.08.2021 für 900 Schüler

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **251**	**537,3**	**700,0**	**700,0**	SOLL neu	**700,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 71**				**700,0**	Reg. Entw.	**700,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Maßnahmen der Bildungsplanung und Bildungsdokumentation

A) Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben
1. im Rahmen der Bildungsplanung für
a) Einzelprojekte - einschließlich wissenschaftlicher Begleitmaßnahmen - zur Lösung besonderer schulischer Probleme und zur Schulentwicklung, z. B. Gestaltung der beruflichen Bildung, Erprobung neuer Unterrichtseinheiten (Schulversuche), Gesundheitsförderung und Prävention, Maßnahmen im MINT-Bereich, Qualitative und konzeptionelle Entwicklung der Grundschule, Oberschule, des Gymnasiums und der Förderschule, Entwicklung/Implementierung der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife in den Naturwissenschaften, Implementierung der Ausbildung nach Pflegeberufegesetz,
b) Bildungsforschung - für wissenschaftliche Untersuchungen, Gutachten und Studien im Schulbereich, z. B. für die besondere Beratung
von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften bei Projekten im Bereich der Bildungsplanung,
c) Schulartbezogene Untersuchungen zur Fortschreibung des sächsischen Schulnetzes,
2. für die Bildungsdokumentation,
3. für Klausurtagungen mit dem LASUB.

B) Erläuterungen:
Veranschlagt sind Ausgaben
1. im Rahmen der Bildungsplanung für
a) Einzelprojekte einschließlich wissenschaftlicher Begleitmaßnahmen zur Lösung besonderer schulischer Probleme und zur Schulentwicklung, z. B.
- Gestaltung der beruflichen Bildung,
- Erprobung neuer Unterrichtseinheiten (Schulversuche),
- Gesundheitsförderung und Prävention,
- Maßnahmen im MINT-Bereich,
- Qualitative und konzeptionelle Entwicklung der Grundschule, Oberschule, des Gymnasiums, der Gemeinschaftsschule und der Förderschule,
- Entwicklung/Implementierung der Bildungsstandards für die Allgemeine Hochschulreife in den Naturwissenschaften,
- Implementierung der Ausbildung nach Pflegeberufegesetz,
b) im Rahmen der Bildungsforschung für wissenschaftliche Untersuchungen, Gutachten und Studien im Schulbereich, z. B.
- für die besondere Beratung von Schülerinnen und Schülern, Erziehungsberechtigten und Lehrkräften bei Projekten im Bereich der Bildungsplanung,
- für die Erstellung eines Konzepts zur künftigen Ressourcenausstattung von Schulen unter Einbeziehung von besonderen Bedarfen auf Basis definierter sozialräumlicher Kriterien,
- für eine Längsschnittstudie zur Evaluation des Lernklimas, des schulischen Wohlbefindens der Schülerinnen und Schüler sowie zum Sozialverhalten,
c) schulartbezogene Untersuchungen zur Fortschreibung des sächsischen Schulnetzes;
2. für die Bildungsdokumentation;
3. für Klausurtagungen mit dem LASUB;
4. für die Erstellung eines Konzepts zur externen Evaluation;
5. für nachhaltige Schulentwicklungsprozesse und die qualitative Fortentwicklung des sächsischen Schulsystems mit Blick auf entstandene pädagogische und organisatorische Innovationen, die im Zuge der Corona-Pandemie entstanden sind.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Ergänzung der Erläuterungen um

- ein Konzept für externe Evaluation sowie
- ein Konzept für die künftige Ressourcenausstattung von Schulen unter Einbeziehung von besonderen Bedarfen auf Basis definierter sozialräumlicher Kriterien,
- eine Längsschnittstudie zur Evaluation des Lernklimas, des schulischen Wohlbefindens der Schülerinnen und Schüler sowie zum Sozialverhalten
- den Aspekt des nachhaltigen Schulentwicklungsprozesses in der Post-Corona-Ära aufzugreifen.

Zudem erfolgt eine Neustrukturierung der Erläuterungen, die der Verbesserung der Übersichtlichkeit dient.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeie Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **251**	**463,4**	**617,9**	**874,9**	SOLL neu	**975,8**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**285,0**	+/-	**386,7**
TITEL	**547 71**				**589,9**	Reg. Entw.	**589,1**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Die Mittel werden erhöht, um
- eine Längsschnittstudie zur Evaluation des Lernklimas, des schulischen Wohlbefindens der Schüler und Schülerinnen und zum Sozialverhalten (50,0 T€ p.a.);
- eine Konzeption zur Finanzierung von Schulen mit besonderen Bedarfen (25,0 T€ p.a.);
- Konzepte für die qualitative Fortentwicklung des sächsischen Schulsystems, insbesondere um die Frage, wie die zahlreichen im Zuge der Corona-Pandemie entstandenen pädagogischen und organisatorischen Innovationen nachhaltig in Schulentwicklungsprozesse eingefügt werden können und welche Maßnahmen mit Blick auf die Weiterentwicklung der sächsischen Lehrpläne einerseits und bundesweiter Bildungsstandards andererseits unter Einbezug wissenschaftlicher Expertise ergriffen werden sollten (210,0 T€ in 2021 und 311,7 T€ in 2022) zu ermöglichen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **255**			**45.000,0**	SOLL neu	**45.000,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 73**				**45.000,0**	Reg. Entw.	**45.000,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderung von Ganztagsschulen und Schulen mit Ganztagsangeboten

A) Vermerk (alt):
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 45/TG 73.
05 45/547 03, 05 45/TG 73 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben sind übertragbar.

B) Vermerk (neu):
05 03/TG 87 ist einseitig deckungsfähig zu Gunsten von 05 45/TG 73.
05 45/547 03, 05 45/TG 73 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben sind übertragbar.
Satz 2 der Erläuterungen ist verbindlich.

A) Erläuterungen (alt):
Veranschlagt sind Mittel für Angebote zur leistungsdifferenzierten Förderung und Forderung, für unterrichtsergänzende Angebote sowie für Angebote im schulischen Freizeitbereich im Rahmen von Ganztagsangeboten und damit verbundene Unterstützungsleistungen.

B) Erläuterungen (neu):
Veranschlagt sind Mittel für Angebote zur leistungsdifferenzierten Förderung und Forderung, für unterrichtsergänzende Angebote sowie für Angebote im schulischen Freizeitbereich im Rahmen von Ganztagsangeboten und damit verbundene Unterstützungsleistungen.

Mittel in Höhe von 100,0 T€ in 2021 und 200,0 T€ in 2022 sind für die Servicestelle Ganztag bestimmt; dabei soll zunächst eine Evaluation der sächsischen Ganztagsangebote in Hinblick auf deren Ausgestaltung, bestehende Stärken und Schwächen sowie Entwicklungsperspektiven insbesondere mit Blick auf einen rhythmisierten Ganztag erfolgen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Ergänzung der Erläuterungen um eine Servicestelle Ganztag. Aus fachlicher Sicht stehen in der Titelgruppe ausreichend Mittel zur Verfügung, um diese zu finanzieren, ohne dass eine Erhöhung notwendig ist.

CDU/B'GRÜNE/SPD 68

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

EPL **05** Seite Reg. Entw. **258**
KAP **45** Seite Erg. Vorl.
TITEL **684 74**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
400,8	**451,0**	**411,0**	SOLL neu	**401,0**
		401,0	+/-	**401,0**
		10,0	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) neu
Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

B) Erläuterungen neu:
Veranschlagt sind 401,0 T€ p.a. für die Sicherstellung einer landesweit einheitlichen Radfahrausbildung im Grundschulalter.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Der Titel wurde im DHH 2019/2020 erstmals durch den Gesetzgeber geschaffen. Ziel war die Sicherstellung einer einheitlichen landesweiten Radfahrausbildung im Grundschulalter. Diese ist Bestandteil des Lehrplans an Grundschulen und ein wichtiger Bereich der präventiven Verkehrssicherheitsarbeit. Mit den Mitteln soll weiterhin eine flächendeckende Ausbildung auf einheitlichem Niveau sichergestellt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **264**	**2.438,4**	**5.050,0**	**3.823,7**	SOLL neu	**3.823,7**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 79**				**3.823,7**	Reg. Entw.	**3.823,7**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Budget zur Qualitätsentwicklung und Unterstützung an Schulen und themengebundene Schulbudgets

B) Ergänzung der Erläuterungen um:
[…]
In 2022 stehen Mittel in Höhe von 2.115,0 T€ für einen Schulbudget-Zuschlag zur Verfügung, den Schulen mit besonderen Bedarfen erhalten.
[…]

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Im Jahr 2021 ist die Erstellung eines Konzepts zur sozialindexbasierten Ressourcensteuerung vorgesehen (veranschlagt bei 05 45/547 71). Auf dessen Basis soll Schulen mit besonderen Bedarfen im Jahr 2022 ein Schulbudget-Zuschlag gewährt werden. Die zusätzlichen Mittel werden in den jeweiligen Titeln von 05 45/TG 79 veranschlagt. Die Erläuterungen zur TG 79 werden entsprechend ergänzt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **265**	**469,7**	**1.395,0**	**1.012,6**	SOLL neu	**1.717,6**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**705,0**
TITEL	**427 79**				**1.012,6**	Reg. Entw.	**1.012,6**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte und sonstige Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Zuschlag aufs Schulbudget für Schulen mit besonderen Bedarfen auf Basis der Konzepterstellung sozialindexbasierte Ressourcensteuerung für Schulen (siehe 05 45/TG 71) ab 2022

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **265**	**251,4**	**1.395,0**	**1.012,6**	SOLL neu	**1.717,6**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**705,0**
TITEL	**525 79**				**1.012,6**	Reg. Entw.	**1.012,6**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Allgemeine Sachausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Zuschlag aufs Schulbudget für Schulen mit besonderen Bedarfen auf Basis der Konzepterstellung sozialindexbasierte Ressourcensteuerung für Schulen (siehe 05 45/TG 71) ab 2022

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **265**	**1.697,0**	**2.105,0**	**1.012,6**	SOLL neu	**1.717,6**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**705,0**
TITEL	**527 79**				**1.012,6**	Reg. Entw.	**1.012,6**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erstattungen von Reisekosten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Zuschlag aufs Schulbudget für Schulen mit besonderen Bedarfen auf Basis der Konzepterstellung sozialindexbasierte Ressourcensteuerung für Schulen (siehe 05 45/TG 71) ab 2022

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw.	**268**	**717,1**	**900,0**	**900,0**	SOLL neu	**900,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 91**					**900,0**	Reg. Entw.	**900,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bildung für nachhaltige Entwicklung

A) Erläuterungen (alt)
Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen, die sich aus der Landesstrategie des Freistaates Sachsen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ergeben. Vorgesehen sind u.a. folgende Maßnahmen:
- Umsetzung des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung
- Klimaschulen Sachsen
- Eine-Welt-Promotorenprogramm
- Implementierung der Landesstrategie BNE

B) Erläuterungen (neu)
Veranschlagt sind Mittel für Maßnahmen, die sich aus der Landesstrategie des Freistaates Sachsen für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ergeben. Vorgesehen sind u.a. folgende Maßnahmen:
- Umsetzung des Orientierungsrahmens Globale Entwicklung
- Klimaschulen Sachsen
- Eine-Welt-Promotorenprogramm
- BNE-Kleinprojektefonds
- Implementierung der Landesstrategie BNE

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Aufnahme des BNE-Kleinprojektefonds in die Erläuterungen der Titelgruppen, Mittelveranschlagung erfolgt bei 05 45/684 91.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**05**	Seite Reg. Entw. **269**	**201,3**	**200,0**	**251,3**	SOLL neu	**325,0**
KAP	**45**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**684 91**				**201,3**	Reg. Entw.	**225,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen

A) Erläuterungen (alt)
In Umsetzung des Bundesprogramms "Eine-Welt-PromotorInnen" werden aus den Mitteln acht Promotorinnen/Promotoren in den Jahren 2021 und 2022 durch den Freistaat Sachsen kofinanziert.

B) Erläuterungen (neu)
In Umsetzung des Bundesprogramms "Eine-Welt-PromotorInnen" werden aus den Mitteln acht Promotorinnen/Promotoren in den Jahren 2021 und 2022 durch den Freistaat Sachsen kofinanziert.
Veranschlagt ist außerdem ein Kleinprojektefonds für BNE-Projekte i.H.v. 50,0 T€ in 2021 und 100,0 T€ in 2022.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Mittelveranschlagung für den BNE-Kleinprojektefonds

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 33				SOLL neu	
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**0**
TITEL	Vorbemerkung					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

A) Bis zu 156 Stellen der Kapitel 05 01, 05 09, 05 35, 05 36, 05 37, 05 38 und 05 39 der Wertigkeit Besoldungsgruppe A 13 / Entgeltgruppe E 13 und höher können kapitel- und laufbahnübergreifend besetzt werden.

B) Auf den Geschäftsbereich des SMK entfallen insgesamt 81 kw-Vermerke. Über deren Konkretisierung ist nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl zu befinden.

Bis zu 156 Stellen der Kapitel 05 01, 05 09, 05 35, 05 36, 05 37, 05 38 und 05 39 der Wertigkeit Besoldungsgruppe A 13 / Entgeltgruppe E 13 und höher können kapitel- und laufbahnübergreifend besetzt werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die in der mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2020 bis 2024 in den Jahren 2023 und 2024 ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils rund 2,2 Milliarden Euro stellen verdeckte Fehlbeträge dar, die erhebliche haushalterische Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Personalausgaben sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen der größte Ausgabenblock des Freistaates Sachsen. Der Anteil aller Personalausgaben einschließlich der Zuführungen an Nebenhaushalte und den Generationenfonds für Personal sowie die Ausgaben nach dem AAÜG betrug 2019 40,5 Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates Sachsen.

Um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen, ist eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Personalausgaben unumgänglich. Daher müssen die einmal beschlossenen und im Doppelhaushalt 2019/2020 noch geplanten kw-Vermerke solange erhalten bleiben, bis über deren Aufrechterhaltung oder Konkretisierung nach einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl entschieden werden kann.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 58	1.365,4	1.882,0	250,0	SOLL neu	250,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**-1.632**	**+/-**	**-1.632**
TITEL gruppe 66					1.882,0	Reg. Entw.	1.882,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Demokratieerziehung - politische Bildung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Mit Einführung der neuen Lehrpläne 2019/20 an den Oberschulen und 2020/21 an den Berufsschulen wurden die Schulen zunehmend für Vereine geöffnet und politische Bildung in die Lehrpläne aller Fächer gepresst. Dabei geht es nicht um eine kontroverse Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen und Argumenten, sondern um Positionierung in Form einer vermeintlich "richtigen" Meinung. Besonders Vereine, welche auf unterschiedlichsten Gebieten vorgeblich Toleranz und Akzeptanz fordern, dabei aber andere ausgrenzen, profitieren von diesen Programmen. Die damit verfolgte Agenda ist nicht konform mit dem Beutelsbacher Konsens.
Zu begrüßen sind hingegen Besuche in Gedenkstätten in einem ausgewogenen Verhältnis, welche weiterhin unabdingbar für die zeithistorische und geschichtspolitische Bildung der Schüler notwendig sind.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0	0	664,8	SOLL neu	167,8
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**664,8**	**+/-**	**167,8**
TITEL 633 01					0	Reg. Entw.	0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Förderung der Ausstattung von Grundschulen zur Anlage bzw. Pflege eines Schulgartens

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Unterricht im Schulgarten eröffnet Grundschülern die Möglichkeit, sich nicht nur im Rahmen von Büchern und sonstigen Lernmitteln, sondern aus eigener Anschauung mit der heimischen Tier-und Pflanzenwelt auseinanderzusetzen. Der Anbau von Kulturpflanzen, die Beobachtung ihres Wachstums sowie die anschließende Nutzung als Lebensmittel sind erste Schritte, das komplexe Gefüge unserer Umwelt zu verstehen. Die Schüler lernen nebenbei die Bedeutung von CO2 für das Pflanzenwachstum und den Einfluss auf den sogenannten ökologischen Fußabdruck kennen.
Im Schulgarten kommen Kinder nicht selten erstmalig mit den Gewächsen der eigenen Heimat in Berührung und entwickeln auf diese Weise ein Gefühl für die Besonderheiten der deutschen bzw. sächsischen Pflanzenwelt. Der Schulgartenunterricht im Rahmen des Sachkundeunterrichts wirkt damit auch und gerade als heimatkundliches Instrument.
Anders als "Grüne Schulhöfe" bieten Schulgärten direkten Kontakt zur Natur und leisten nebenher einen Beitrag zur gesunden Ernährung.
Derzeit besitzen von den 839 Grundschulen in Sachsen gerade einmal 243 einen Schulgarten. Zur Berechnung der Ausgabe wurden für die Neuanlage eines Schulgartens (betrifft 596 Grundschulen) je 1.000 Euro und für die jährliche Pflege 200 Euro pauschal angesetzt.
Die Mehrausgaben sind gedeckt durch Kürzungen in anderen Titeln des Einzelplanes 05.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0	0	109,5	SOLL neu	109,5
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**109,5**	**+/-**	**109,5**
TITEL	633 02				0	Reg. Entw.	0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausstattung von Kindertageseinrichtungen mit dem Heft "Brandschutzerziehung für Kinder"

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Immer wieder werden Feuerwehren mit Bränden konfrontiert, welche durch Kinder verursacht werden oder bei denen Kinder zu Schaden kommen. Eine zielgerichtete Brandschutzerziehung und Erste-Hilfe-Ausbildung bereits im Schulvorbereitungsjahr, welche Kindern die Gefahren des Feuers verdeutlichen und auch gesundheitlichen Schäden vorbeugen sollen, müssen im Bildungs- und Erziehungsplan mit verankert werden.
Das Heft "Brandschutzerziehung für Kinder" wird von Feuerwehrverbänden empfohlen. Es vermittelt auf spielerische Weise entsprechende Verhaltensregeln. Jede Kindertagesstätte sollte das Heft von der örtlichen Feuerwehr erhalten, welche damit die Möglichkeit erhält, ersten Kontakt zum potentiellen Nachwuchs herzustellen und vor allem die Kinder für dieses Thema zu sensibilisieren. Derzeit besuchen 36.466 Kinder im Vorschulalter die Kindertagesstätten in Sachsen. Veranschlagt werden Kosten in Höhe von ca. 3 € für den Druck eines Heftes.
Die Mehrausgaben sind gedeckt durch Kürzungen in anderen Titeln des Einzelplanes 05.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Allgemeine Bewilligungen**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0	0	1.588,7	SOLL neu	2.383,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**1.588,7**	**+/-**	**2.383**
TITEL	633 03				0	Reg. Entw.	0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Kostenloses Frühstück an Förderschulen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es soll jedem Förderschüler die Möglichkeit geboten werden, ein kostenloses, gesundes Frühstück einzunehmen. Nicht wenige Kinder haben aus unterschiedlichsten Gründen bis zum Schulbeginn am Morgen nichts oder nur wenig gegessen. Darunter leidet das allgemeine Wohlbefinden, oft klagen solche Kinder über Kopfschmerzen oder Übelkeit. Auch die Aufmerksamkeit und die Leistungsfähigkeit sind beeinträchtigt.
Laut Antwort der Staatsregierung zur Kleinen Anfrage auf Drs. 7/5612 wurden die Mittel bisher aus Kapitel 08 01 Titel 681 03 - Zuschüsse aus Fiskuserbrecht nach einer Gefolgschaftsunterstützungsvereinigung für die teilnehmenden Schulen - verausgabt.
Die Berechnung der Kosten für die Ausweitung des Programms auf alle Förderschulen beruht auf den durchschnittlichen Ausgaben der bisher teilnehmenden Schulen und der Anzahl der Förderschulen in Sachsen (155).
Der geringere Betrag für 2021 ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/22.
Gedeckt werden die Mehrausgaben durch Einsparungen im EPL 06 Kapitel 15 Titel 684 52.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0	0	8.598,0	SOLL neu	12.897,0
KAP	03	Seite Erg. Vorl.			**8.598**	**+/-**	**12.897**
TITEL	633 04				0	Reg. Entw.	0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Kostenloses Frühstück an Grundschulen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es soll jedem Grundschüler einer staatlichen Grundschule die Möglichkeit geboten werden, ein kostenloses, gesundes Frühstück einzunehmen. Nicht wenige Kinder haben aus unterschiedlichsten Gründen bis zum Schulbeginn am Morgen nichts oder nur wenig gegessen. Darunter leidet das allgemeine Wohlbefinden, oft klagen solche Kinder über Kopfschmerzen oder Übelkeit. Auch die Aufmerksamkeit und die Leistungsfähigkeit sind beeinträchtigt.
Laut Antwort der Staatsregierung zur Kleinen Anfrage auf Drs. 7/5612 wurden die Mittel bisher aus Kapitel 08 01 Titel 681 03 - Zuschüsse aus Fiskuserbrecht nach einer Gefolgschaftsunterstützungsvereinigung für die teilnehmenden Schulen - verausgabt.
Die Berechnung der Kosten für die Ausweitung des Programms auf alle Grundschulen beruht auf den durchschnittlichen Ausgaben der bisher teilnehmenden Schulen und der Anzahl der Grundschulen in Sachsen (839).
Der geringere Betrag für 2021 ergibt sich aus dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/22.
Gedeckt werden die Mehrausgaben durch Einsparungen in EP 02 01 422 01, 02 01 526 23, 02 01 531 01, 02 01 531 05, 02 01 526 53, 02 01 531 53, 02 01 539 61, 02 02 526 02, 02 03 TG 68 und TG 70, 02 04 422 01 und 02 99 682 01 i.H.v. 10,08 (2021) und 11,18 Mio. EUR (2022) sowie durch Einsparungen in EP 04 01 422 01, 04 01 511 01, 04 02 526 02 und 04 11 682 01 i.H.v. 1,70 (2021) und 1,80 Mio. EUR (2022).

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Landesamt für Schule und Bildung**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 101	215,9	180,0	215,9	SOLL neu	215,9
KAP	09	Seite Erg. Vorl.			**-220,6**	**+/-**	**-150,6**
TITEL	812 01				436,5	Reg. Entw.	366,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Eine gesetzliche Pflicht zur Einhausung von Kopiergeräten besteht nicht. Gemäß ArbStättV, Anhang 2.2 Maßnahmen gegen Brände, müssen Arbeitsstätten mit einer ausreichenden Anzahl geeigneter Feuerlöscheinrichtungen ausgestattet sein. Über die Anzahl der Brände durch nicht eingehauste Kopiergeräte liegen der Staatsregierung nach Drs. 7/5342 keine Erkenntnisse vor. Daher sind die Mittel besonders in Zeiten einer angespannten Haushaltslage zu kürzen.

AfD 08

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Landesamt für Schule und Bildung**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 103	530,7	487,2	515,9	SOLL neu	506,0
KAP	09	Seite Erg. Vorl.			**-34,1**	**+/-**	**-44**
TITEL	gruppe 92				550,0	Reg. Entw.	550,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für die Bildungsgrundlagen und Qualitätsentwicklung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ausgaben für die Bildungsgrundlagen und Qualitätsentwicklung umfassen ein breites Spektrum. Die Aufgabenfelder "Politische Bildung" und "W wie Werte" sind bereits in den Lehrplänen aller Fächer und Schularten enthalten und benötigen keine zusätzlichen finanziellen Mittel, welche letztendlich an Vereine der verschiedensten sogenannten "demokratischen" Netzwerke fließen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 146	0	0	14.058,8	SOLL neu	12.263,5
KAP	15	Seite Erg. Vorl.			**7.500**	**+/-**	**7.500**
TITEL	883 82				6.558,8	Reg. Entw.	4.763,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die drei kreisfreien Städte sollen jährlich jeweils 2,5 Mio. EUR zusätzlich für Investitionsmaßnahmen erhalten, um in die Modernisierung und Erweiterung von Betreuungsplätzen zu investieren.
Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus Mitteln des Zukunftssicherungsfonds (Titel 15 03 356 02).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 147	0	0	30.099,7	SOLL neu	27.715,0
KAP	15	Seite Erg. Vorl.			**25.000**	**+/-**	**25.000**
TITEL	883 83				5.099,7	Reg. Entw.	2.715,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Landkreise sollen jährlich jeweils 2,5 Mio. EUR zusätzlich für Investitionsmaßnahmen erhalten, um in die Modernisierung und Erweiterung von Betreuungsplätzen zu investieren. Die langen Bedarfslisten der Landkreise zeigen, dass weiterhin ein hoher Investitionsbedarf in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege in den Gemeinden und Städten vorherrscht.
Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus Mitteln des Zukunftssicherungsfonds (Titel 15 03 356 02).

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 156f.	716.948,2	805.024,0	855.725,4	SOLL neu	870.525,9
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**50.000**	**+/-**	**50.000**
TITEL	633 81				805.725,4	Reg. Entw.	820.525,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die AfD-Fraktion möchte mit diesem Änderungsantrag im Rahmen der Verabschiedung des Doppelhaushalts 2021/22 ein vom Elternbeitrag befreites Vorschuljahr ermöglichen. Dies soll allen den Zugang zur schulvorbereitenden Bildung ohne finanzielle Schranken ermöglichen und damit für mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen. Dazu soll der Landeszuschuss von derzeit 3.033 € auf 3.218 € erhöht werden. Die Berechnung erfolgt auf Grundlage der prozentualen Anteile betreuter Kinder (Anzahl 9-h-Kinder) zum Stichtag 01. März 2020, des durchschnittlichen Elternbeitrages für das Jahr 2019 sowie der Anzahl der Kinder in der jährlichen Schulaufnahmeuntersuchung.

Die beantragten Mehrausgaben für die Befreiung von Elternbeiträgen im Vorschuljahr werden durch Einsparungen im folgenden Titel gedeckt:
15 03 883 14 (S.31) in Höhe von 50.000,0 T€ (2021) und 50.000,0 T€ (2022)

Einbringer (Fraktion): **AfD**

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege**

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 158	2.282	2.540,3	3.482,0	SOLL neu	3.502,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**1.422**	**+/-**	**1.422**
TITEL	685 82				2.060,0	Reg. Entw.	2.080,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse zur Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Das "Haus der kleinen Forscher" ist eine gemeinnützige Stiftung, welche sich bundesweit für gute frühkindliche Bildung in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) engagiert. Ziel ist, mit Hilfe spielerischer Experimente und unter Ausnutzung des natürlichen Entdeckerdrangs der Kinder, ihre Neugier zu wecken und damit langfristig die Bildungschancen zu erhöhen. Derzeit beschränkt sich das Haus der kleinen Forscher auf einige wenige sächsische Regionen. In Sachsen soll ein flächendeckendes Bildungsnetzwerk in Zusammenarbeit mit den Handwerkskammern, der IHK und weiteren Partnern entstehen, welche alle Kindertagesstätten umfasst.
Die Berechnung des Mehrbedarfs erfolgt auf Grundlage der Antwort zur Kleinen Anfrage Drs. 7/2499 zur Förderung 2019 bzw. 2020 und der Anzahl der Kindertagesstätten in Sachsen.
In Mittelsachsen gibt es 213 aktive Einrichtungen, welche 2020 mit insgesamt ca. 107.700 € gefördert wurden. Das ergibt pro Einrichtung im Durchschnitt 500 € pro Jahr. Derzeit hat Sachsen laut Statistik 3025 Kindertageseinrichtungen, wodurch eine perspektivische Ausweitung auf die 2812 fehlenden Einrichtungen den veranschlagten Mehrbedarf ergibt.
Die Mehrausgaben sind gedeckt durch Kürzungen in anderen Titeln im Einzelplan 05.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.				SOLL neu	2.700,0
KAP	20	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**2.700**
TITEL	428 05					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen an kreisangehörigen Raum für einen Erziehersonderzuschlag "Ländlicher Raum" (Landerzieherprämie)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die AfD-Fraktion möchte mit diesem Änderungsantrag die frühkindliche Bildungsqualität im Freistaat Sachsen verbessern. Veranschlagt sind Sonderzuschläge für Erzieher, die ihren Dienst im ländlichen Raum absolvieren und sich verpflichten, in diesem für fünf Jahre tätig zu sein. Für den Sonderzuschlag zugunsten dieses Personenkreises wird analog zum Anwärterzuschlag für Lehrer der Titel 428 05 eingerichtet, wobei die Ausreichung über die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe im kreisangehörigen Raum abgewickelt wird.

Mit einer monatlichen Prämie von 500 € für Erzieher, die sich nach Ihrer Ausbildung entscheiden, mindestens fünf Jahre in einer Kindertageseinrichtung im ländlichen Raum tätig zu werden, soll der Überalterung und dem zunehmenden Problem des Erziehermangels in diesen Regionen entgegengewirkt werden. Die beantragten Mittel sollen ab 01. Juli 2022 zur Verfügung stehen und sind zunächst für insgesamt 900 Erzieher berechnet.

Die beantragten Mehrausgaben für die "Landerzieherprämie" werden durch Einsparungen im folgenden Titel gedeckt:
15 03 461 02 (S. 24) in Höhe von 2.700,0 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 250	876,6	1.120,0	1.120,0	SOLL neu	1.120,0
KAP	45	Seite Erg. Vorl.			**-1.880**	**+/-**	**-980**
TITEL	685 01				3.000,0	Reg. Entw.	2.100,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Abgeltung urheberrechtlicher Ansprüche für die Vervielfältigung, öffentliche Zugänglichmachung und öffentliche Wiedergabe in sonstiger Weise von Unterrichtsmaterialien an Schulen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Laut Urheberrecht dürfen 15 Prozent von Schriftwerken, Abbildungen sowie grafischen Aufzeichnungen (z. B. Noten) für Unterrichtszwecke kopiert werden. Die Wiedergabe von Bild- und Tonträgern und die Nutzung über PC, Whiteboard und Beamer zur Veranschaulichung erfolgt während des Unterrichts nicht in der Öffentlichkeit, da ein Unterrichtsraum in der Regel nicht öffentlich zugänglich ist. Die Gesamtverträge zwischen den Bundesländern, den Verwertungsgesellschaften und der Presse-Monitor-GmbH erhöhen die Kosten in unnötiger Weise und sind zu kündigen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 263f.	865,0	505,0	632,5	SOLL neu	610,5
KAP	45	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	**+/-**	**0,0**
TITEL	gruppe 77				632,5	Reg. Entw.	610,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund/internationaler Familiengeschichte und Schaffung eines integrationsfördernden Schulklimas

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion möchte mit ihrem Antrag das zusätzliche, freiwillige Angebot des Unterrichts in der Herkunftssprache (Herkunftssprachlicher Unterricht) streichen, da dieses unter anderem der Förderung vom Mehrfachidentitäten dienen soll. Die anvisierte Entwicklung von Mehrfachzugehörigkeiten kann nicht als integrationsfördernd angesehen werden. Integration heißt Erlernen der Sprache des Gastlandes. Die Kürzung beugt zudem der Bildung von Parallelgesellschaften vor. Man kann zudem davon ausgehen, dass die Muttersprache des Herkunftslandes bereits innerhalb der Familie gepflegt wird.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 268	717,1	900,0	0	SOLL neu	0
KAP	45	Seite Erg. Vorl.			**-900**	**+/-**	**-900**
TITEL gruppe 91					900,0	Reg. Entw.	900,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bildung für nachhaltige Entwicklung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält diese Ausgaben nicht für notwendig, da sie sich gegen eine umfassende Globalisierung und für die Stärkung der Nationalstaaten einsetzt. Umweltschutz ist bereits in den Lehrplänen enthalten. Klimaänderungen sind ein natürlicher Vorgang. Der Anteil Deutschlands am CO2-Ausstoß in der Welt, welcher unter dem Deckmantel des Klimaschutzes unbedingt reduziert werden soll, beträgt nur 2 Prozent. CO2 ist übrigens ein wichtiger Faktor für das Pflanzenwachstum. Gerade in Krisenzeiten werden die Nachteile der verstärkten Globalisierung sichtbar. Transporte von Gütern um die halbe Welt verursachen einen hohen Energieverbrauch und Schadstoffausstoß. Bei Havarien werden Lieferketten unterbrochen, viele Länder geraten dadurch in Abhängigkeit, z. B. bei der Lieferung von Arzneimitteln. Umweltschutz und Nachhaltigkeit beginnen zu Hause, beispielsweise im Hinblick auf Müllvermeidung oder den schonenden Umgang mit Ressourcen. Energiesparende Innovationen in der Technik sind ein wichtiger Baustein, genauso wie das Anlegen von Schulgärten und die Verwendung heimischer Lebensmittel. In diesen beiden genannten Bereichen will die AfD-Fraktion in Sachsen mehr investieren, jedoch nicht in die o. g. Maßnahme aus den bereits genannten Gründen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Schulangelegenheiten

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 269f.	5,5	10,0	123,6	SOLL neu	284,2
KAP	45	Seite Erg. Vorl.			**-150**	**+/-**	**-100**
TITEL gruppe 92					273,6	Reg. Entw.	384,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Förderung des Europagedankens an Schulen und EU-Bildungsprogramme

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Dieser Titel wurde bereits durch den Landesrechnungshof moniert.
Die durch lange Schließzeiten von Bildungeinrichtungen entstandenen Bildungslücken müssen zunächst wieder geschlossen werden. Hier haben Unterricht und Lehrveranstaltungen Vorrang. Die Höhe der Kürzung des Betrags für 2021 ergibt sich aus der derzeitigen allgemeinen Situation und dem Zeitpunkt der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2021/22.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 40	0,7	0,0	200,0	SOLL neu	200,0
KAP	02				**200,0**	**+/-**	**200,0**
TITEL	547 54				0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 686 02

Die Mittel dienen der Finanzierung einer Studie zur Umsetzbarkeit eines auf Sachsen zugeschnittenen, am Lehrplan orientierten Bildungsfernsehens.
Die Corona-Pandemie – im Besonderen das sog. Homeschooling – hat nicht nur die Fragilität und Anfälligkeit unserer Infrastruktur im Alltag aufgezeigt, sondern auch den tatsächlichen Stand gehypter, gesamtgesellschaftlicher Entwicklungstrends schonungslos offengelegt, wie z.B. den Grad der Digitalisierung im Schul- und Bildungssystem wie auch die Internetversorgung im ländlichen Raum: Im Fernunterricht stieß hier die Lehrer-Lehrer-Kommunikation an ihre Grenzen, mangels geeigneter digitaler Endgeräten auf beiden Seiten (vor allem auf Seiten der Lerner) und eines flächendeckenden Breitbandversorgung. Da blieb nur der Versand von pdf-Dokumenten, um nicht jeglichen Kontakt abreißen zu lassen.
Die einzige, flächendeckende mediale Versorgung im ländlichen Raum erfolgte über die Rundfunk- und TV-Programme der öffentlich-rechtlichen wie privaten Anbieter, die in jedem Haushalt präsent sind. Das legt den Gedanken nah, das sog. Bildungsfernsehen wiederzubeleben, das in den letzten fünf Jahrzehnten – wenn auch mit anderer Motivation und Zielgruppe – wichtige Bildungsinhalte „aus der Schule ins Zuhause“ brachte. Ich erinnere an Sendungen in „Ost“ und „West“ z. B. in der Fremdsprachensprachenausbildung.
Die Frage ist nicht, ob man sich für oder gegen ein Bildungsfernsehen entscheiden muss, ob man über die Produktion und Didaktisierung von Lernmaterialien nachdenken muss, oder ob man dafür zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung stellen muss, sondern die entscheidende Frage lautet:
Wie können die in großer Zahl und Vielfalt online verfügbaren Bildungsanagebote offline verfügbar gemacht werden? Dabei ist zu beachten, dass diese in großer Zahl bereits verfügbaren Inhalte, passgenau zum sächischen Lehrplan unterschiedlicher Schularten und Klassenstufen gesendet werden. Die Untersuchung soll zeitnah nach Beschluss des Haushalts in Auftrag gegebn werden, so dass die Ergebnisse zum 31.07.2021 vorliegen und mit einer möglichen Umsetzung in den Sommerferien begonnen werden kann.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0,0	0,0	10.000,0	SOLL neu	10.000,0
KAP	03				**10.000,0**	**+/-**	**10.000,0**
TITEL	681 03				0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Neu: Zuschüsse zur Förderung des Nachhilfeunterrichts aufgrund der Corona-Pandemie / Programm Nachhilfegutscheine

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Das Programm soll Schüler*innen dabei unterstützen, die durch nicht stattgefundenen Präsenzunterricht entstandenen bzw. verstärkten schulischen Defizite zu kompensieren, indem ihnen ermöglicht wird, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, Nachhilfeunterricht in Anspruch zu nehmen. Dieser soll in den rhytmisierten Ablauf des Schulalltags im Rahmen der Ganztagsangebote integriert werden, um eine weitere Überforderung und Überlastung der Schüler*innen zu vermeiden. Umgesetzt werden soll die Nachhilfe mit allen zur Verfügung stehenden Kapazitäten der Nachhilfeinstitute und Lehramtsstudierenden in Absprache mit den Klassenleiter*innen in Gruppen oder Einzelförderung.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 67	0,0	0,0	3.598,0	SOLL neu	8.976,0
KAP	03				**3.598,0**	**+/-**	**8.976,0**
TITEL	633 88				0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Bei zunehmender Digitalisierung des Unterrichts und dem Einsatz digitaler Medien werden in den Schulen hauptamtliche **IT Beauftragte** benötigt. Es kann nicht sein, dass Lehrer*innen neben dem regulären Unterricht Geräte und Infrastruktur administrieren. Als Einstieg fordern wir eine*n Beauftragte*n je 6T Schüler*innen. Um eine Unterstützung auch kleinerer Kommunen und Schulen zu gewährleisten, sollten die IT-Beauftragten bei den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten beschäftigt sein und entsprechend mehrere Schulen betreuen.

Desweiteren sollen aus diesem Titel im Jahr 2021 750T € sowie 2022 3.000 T€ zur Errichtung von **Medienkompetenzzentren** verwendet werden. Der Erhalt und Ausbau der Medienbildungsangebote in Schul- und Freizeitbereich. Die SLM steigt aus der schulischen Medienkompetenzförderung aus. Das bestehende Angebot soll erhalten bleiben und bis 2024 so ausgebaut werden, dass ein flächendeckendes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler möglich ist. Die MPZ (Medienpädagogische Zentren) können den Bedarf nicht vollständig abdecken.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Allgemeine Bewilligungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 68	448,0	130,0	18.060,0	SOLL neu	18.060,0
KAP	03				**17.500,0**	**+/-**	**17.500,0**
TITEL	812 88				560,0	Reg. Entw.	560,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass nicht jedem/jeder Schüler*in leistungsfähige digitale Endgeräte zur Verfügung stehen, um auch im Homeschooling nicht den Anschluss zu verlieren. Die ohnehin schon existierende Benachteiligung von Schüler*innen aus ärmeren oder bildungsfernen Elternhäusern hat sich so noch verstärkt. Wir benötigen daher digitale Endgeräte für alle Schüler*innen der 5. Klasse. Diese können behalten und in den folgenden Klassenstufen benutzt werden. In jedem Jahr kommt eine neue Schüler*innengeneration hinzu. Für Grundschulen sollen Klassensätze angeschafft werden.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Landesamt für Schule und Bildung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 96f	25.647,4	11.480,9	15.943,8	SOLL neu	16.806,2
KAP	09				**4.277,1**	**+/-**	**4.568,4**
TITEL	428 01				11.666,7	Reg. Entw.	12.237,8

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Entgelte für Beschäftigte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 461 02

Wir erkennen an, dass zu den 32 im Stellenplan geführten Schulpsycholog*innen 20 Stellen zusätzlich zur Verfügung stehen sollen, auch wenn gerade mit Blick auf die Belastungen der Corona-Pandemie die Zahl nicht ausreichend ist. Diese sollen jedoch erstens dort geführt werden, wo sie hingehören und insgesamt auf 53 (2021) bzw. 54 (2022) Stellen erhöht werden. Aus diesem Grunde wird der Vermerk in Nr 4. zum Kapitel 05 35 gestrichen und die Stellen in diesem Titel tatsächlich veranschlagt.

LINKE 06

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 146	0,0	0,0	15.200,0	SOLL neu	15.200,0
KAP	15				**8.641,2**	**+/-**	**10.436,5**
TITEL	883 82				6.558,8	Reg. Entw.	4.763,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Der Bedarf zum Bau und Ausstattung von Kindertageseinrichtungen wurden sowohl in den Anhörung zum HH Entwurfes von kommunalen Trägern als auch von der LIGA kritisiert. Hier muss gerade wegen dem Wegfall der Bundesmittels ein Ausgleich erfolgen.

LINKE 07

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Bildungsinfrastruktur

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 147	0,0	0,0	5.099,7	SOLL neu	5.000,0
KAP	15				**0,0**	**+/-**	**2.285,0**
TITEL	883 83				5.099,7	Reg. Entw.	2.715,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Die Einsparung an investiven Mitteln wird u.a. von der LIGA kritisch gesehen. Die wurde ebenso von kommunalen Vertreter*innen bemängelt.
Daher fordern wir, dass ab 2022 die Investitionen auf einem gleichem Niveau gehalten werden.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 156f	716.948,2	805.024,0	833.725,4	SOLL neu	932.525,9
KAP	20				**28.000,0**	**+/-**	**112.000,0**
TITEL	633 81				805.725,4	Reg. Entw.	820.525,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Die Antragstellerin beabsichtigt eine schrittweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels um ca. 5% jährlich. Die ebenfalls schrittweise Erhöhung der Kitapauschale ist dabei so bemessen, dass dadurch für Kommunen und Eltern keine Mehrkosten entstehen, sondern diese Mehrkosten ausschließlich über die Landespauschale abgedeckt sind. (siehe ÄA zum HBG .....) .

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 158f	2.282,0	2.540,3	2.880,0	SOLL neu	3.182,5
KAP	20				**820,0**	**+/-**	**1102,5**
TITEL	685 82				2.060,0	Reg. Entw.	2.080,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Zuschüsse zur Qualitätsverbesserung in der Kindertagesbetreuung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Das Modellprojekt zur Finanzierung der „Eltern-Kind-Zentren“ läuft im Haushaltsentwurf aus, weshalb hier eine Kürzung vorgenommen wurde.
Die Antragstellerin möchte neben der auch durch die Koalitionsfraktionen unterstützten Weiterführung der Eltern-Kind-Zentren hier ein neues Modellprojekt zur „Digitalisierung in Kindertagesstätten“ in Höhe von 600T€ finanzieren.
Dies ist ein zukunftsweisendes Thema und Kindertagesstätten sind durch das Kapitel 05 04 „Digital Pakt“ nicht berücksichtigt worden DIE LINKE folgt hierbei einer Empfehlung der Liga, die dies in einer Stellungnahme kritisiert.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Grundschulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 165				SOLL neu	
KAP	35					**+/-**	
TITEL						Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Vorwort zum Kapitel

Streichung der kompletten Nr. 4:"Abweichend von den Stellenplänen können für Lehrkräfte vorgesehene Stellen im Umfang von bis zu 329 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2021 bzw. 472 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2022 mit Schulassistenten laufbahnübergreifend besetzt werden. Für Schulpsychologen können bis zu 20 Vollzeitäquivalente in Anspruch genommen werden."

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Schulassistent*innen und Schulpsycholog*innen dürfen nicht zu Lasten des regulären Lehrpersonals eingestellt werden. Es kann nicht sein, dass erst eine Stelle nicht besetzt sein darf, damit diese wichtigen Aufgaben erfüllt werden können. Die Stellen werden in den Titeln veranschlagt, wo sie auch tatsächlich hingehören.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Grundschulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 166	96.109,6	176.727,8	216.412,4	SOLL neu	238.864,1
KAP	35				**22.050,8**	**+/-**	**23.070,2**
TITEL	422 01				194.361,6	Reg. Entw.	215.793,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Um die Qualität in der Bildung zu stärken und die Belastung für das Lehrpersonal auf ein erträgliches Maß zu senken, begehren wir mit der Erhöhung des Ansatzes die Umsetzung einer Klassenleiterstunde sowie Entlastungsstunden für die Schulleitung, was eine Stellenmehrung beim Lehrpersonalvon 247 in 2021; 251 in 2022 sowie ca. 56 Schulleiter*innen mit sich bringt.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Oberschulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 178	70.406,3	147.327,2	176.904,0	SOLL neu	204.388,8
KAP	36				**13.526,2**	**+/-**	**14.166,6**
TITEL	422 01				163.377,8	Reg. Entw.	190.222,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Um die Qualität in der Bildung zu stärken und die Belastung für das Lehrpersonal auf ein erträgliches Maß zu senken, begehren wir mit der Erhöhung des Ansatzes die Umsetzung einer Klassenleiterstunde sowie Entlastungsstunden für die Schulleitung, was eine Stellenmehrung beim Lehrpersonalvon 168 in 2021; 170 in 2022 sowie ca. 22 Schulleiter*innen mit sich bringt.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Gymnasien

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 190	75.283,5	145.433,0	170.865,4	SOLL neu	201.135,8
KAP	37				**11.428,4**	**+/-**	**11.976,7**
TITEL	422 01				159.437,0	Reg. Entw.	189.159,1

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Um die Qualität in der Bildung zu stärken und die Belastung für das Lehrpersonal auf ein erträgliches Maß zu senken, begehren wir mit der Erhöhung des Ansatzes die Umsetzung einer Klassenleiterstunde sowie Entlastungsstunden für die Schulleitung, was eine Stellenmehrung beim Lehrpersonalvon 150 in 2021; 152 in 2022 sowie ca. 11 Schulleiter*innen mit sich bringt.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Berufsschulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 205	29.660,7	57.454,0	69.956,3	SOLL neu	82.648,0
KAP	38				**5.609,5**	**+/-**	**5.876,5**
TITEL	422 01				64.346,8	Reg. Entw.	76.771,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Um die Qualität in der Bildung zu stärken und die Belastung für das Lehrpersonal auf ein erträgliches Maß zu senken, begehren wir mit der Erhöhung des Ansatzes die Umsetzung einer Klassenleiterstunde sowie Entlastungsstunden für die Schulleitung, was eine Stellenmehrung beim Lehrpersonalvon 71 in 2021; 72 in 2022 sowie ca. 7 Schulleiter*innen mit sich bringt.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Förderschulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw. 220	30.471,6	63.069,7	81.126,6	SOLL neu	93.818,5
KAP	39				**10.613,6**	**+/-**	**11.125,0**
TITEL	422 01				70.513,0	Reg. Entw.	82.693,5

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Um die Qualität in der Bildung zu stärken und die Belastung für das Lehrpersonal auf ein erträgliches Maß zu senken, begehren wir mit der Erhöhung des Ansatzes die Umsetzung einer Klassenleiterstunde sowie Entlastungsstunden für die Schulleitung, was eine Stellenmehrung beim Lehrpersonalvon 141 in 2021; 143 in 2022 sowie ca. 10 Schulleiter*innen mit sich bringt.

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Assistenz an Schulen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	05	Seite Reg. Entw.	0,0	0,0	19.641,3	SOLL neu	29.547,2
KAP	42				**19.641,3**	**+/-**	**29.547,2**
TITEL	428 01				0,0	Reg. Entw.	0,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Neu: Entgelte für Beschäftigte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 10 359 01

Das Projekt Schulassistenz darf nicht zu Lasten regulärer Lehrer*innenstellen gehen. Schulassistent*innen ersetzen keine Lehrer*innen sondern sind ergänzend einzusetzen. Aus diesem Grunde sollen der Vermerk im Vorwort zu Kapitel 35 gestrichten und die Stellen dort veranschlagt werden, wo sie hingehören.

Anlage 3

EINZELPLAN 05 – Abstimmungsliste

- Änderungsanträge der AfD-Fraktion BIM 502
- Änderungsanträge der Fraktionen CDU, BÜNDNISGRÜNE und SPD (Koalition) BIM 512
- Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE BIM 518

Kapitel 05 01 Ministerium

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
	Neu: 429 66	Koalition 01	
	Neu: 526 66	Koalition 02	
	Neu: 527 66	Koalition 03	13 : 6 : 0
	Neu: 547 66	Koalition 04	
	Neu: TG 66	Koalition 05	

Abstimmung über Kapitel 05 01 mit Stellenplan *und angenommenen Änderungen*:

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 05 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 05

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
33	Vorbemerkung	AfD 01	6 : 13 : 0
34	428 06	Koalition 06	13 : 0 : 6
35	443 01	Koalition 07	19 : 0 : 0
36	459 04	Koalition 08	13 : 6 : 0
40	547 54	DIE LINKE 01	2 : 17 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 02 mit angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 03 Allgemeine Bewilligungen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
50	534 02	Koalition 09	17 : 0 : 2
51	681 01	Koalition 10	19 : 0 : 0
	Neu: 681 03	DIE LINKE 02	2 : 17 : 0
55	633 51	Koalition 11	19 : 0 : 0
56	684 51	Koalition 12	

58	TG 66	AfD 02	6 : 13 : 0
65	TG 87	Koalition 13	19 : 0 : 0
67	547 88	Koalition 14	19 : 0 : 0
67	633 88	DIE LINKE 03	2 : 17 : 0
68	812 88	DIE LINKE 04	2 : 17 : 0
	Neu: 633 01	AfD 03	6 : 13 : 0
	Neu: 633 02	AfD 04	6 : 13 : 0
	Neu: 633 03	AfD 05	6 : 13 : 0
	Neu: 633 04	AfD 06	

Abstimmung über Kapitel 05 03 mit angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 04 DigitalPakt

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
73	Kapitel-vermerke	Koalition 15	
	Neu: 893 16	Koalition 17	19 : 0 : 0
	Neu: 893 17	Koalition 18	
87	883 37	Koalition 16	13 : 0 : 6
89	893 37	Koalition 19	

Abstimmung über Kapitel 05 04 mit angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 09 Landesamt für Schule und Bildung

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
96f	428 01	DIE LINKE 05	2 : 11 : 6
101	812 01	AfD 07	6 : 13 : 0
103	TG 92	AfD 08	6 : 13 : 0
103	TG 92	Koalition 20	13 : 6 : 0
	Neu: 526 75	Koalition 21	19 : 0 : 0
	Neu: 526 92	Koalition 22	13 : 6 : 0
104	518 99	Koalition 23	17 : 2 : 0
105	812 99	Koalition 24	

Abstimmung über Kapitel 05 09 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 10 Lehrerbildung

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
118	429 02	Koalition 25	17 : 0 : 2
	Neu: 526 70	Koalition 26	17 : 0 : 2
	Neu: 526 73	Koalition 27	

Abstimmung über Kapitel 05 10 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 15 Förderung der Bildungsinfrastruktur

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
141	Kapitelvorwort	Koalition 28	11 : 0 : 8
146	TG 82	Koalition 29	17 : 0 : 2
146	883 82	DIE LINKE 06	2 : 17 : 0
146	883 82	AfD 09	6 : 13 : 0
146	883 82	Koalition 30	17 : 0 : 2
146	TG 83	Koalition 31	17 : 0 : 2
147	883 83	AfD 10	6 : 13 : 0
147	883 83	Koalition 32	17 : 0 : 2
147	883 83	DIE LINKE 07	2 : 17 :0
148	TG 86	Koalition 33	11 : 0 : 8
149	TG 91	Koalition 34	
149	883 91	Koalition 35	
150	893 91	Koalition 36	17 : 0 : 2
150	TG 92	Koalition 37	
151	883 92	Koalition 38	
151	893 92	Koalition 39	

Abstimmung über Kapitel 05 15 mit angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 20 Förderung der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
155	Neu 119 05	Koalition 40	19 : 0 : 0
156	633 81	DIE LINKE 08	2 : 17 : 0
156	633 81	AfD 11	6 : 13 : 0
156	633 81	Koalition 41	11 : 6 : 2
	Neu: 684 01	Koalition 42	19 : 0 : 0
158	547 82	Koalition 43	11 : 0 : 8
158	Neu: 633 82	Koalition 44	
158f	685 82	AfD 12	6 : 13 : 0
158	685 82	DIE LINKE 09	2 : 17 : 0
158	685 82	Koalition 45	11 : 0 : 8
161	TG 85	Koalition 46	19 : 0 : 0
161	633 85	Koalition 47	
	Neu: 428 05	AfD 13	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 20 mit angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 35 Grundschulen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
165	Vorwort	DIE LINKE 10	8 : 11 : 0
166	422 01	DIE LINKE 11	2 : 17 : 0
166	428 01	Koalition 48	17 : 2 : 0
167	428 13	Koalition 49	17 : 2 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 35 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 36 Oberschulen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
178	422 01	DIE LINKE 12	2 : 17 : 0
178	428 01	Koalition 50	17 : 2 : 0
179	428 13	Koalition 51	

Abstimmung über Kapitel 05 36 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 37 Gymnasien

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
190	422 01	DIE LINKE 13	2 : 17 : 0
190	428 01	Koalition 52	17 : 2 : 0
191	428 13	Koalition 53	

Abstimmung über Kapitel 05 37 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 38 Berufsbildende Schulen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
205	422 01	DIE LINKE 14	2 : 17 : 0
205	427 23	Koalition 54	
205	428 01	Koalition 55	17 : 2 : 0
206	428 13	Koalition 56	

Abstimmung über Kapitel 05 38 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 39 Förderschulen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
220	422 01	DIE LINKE 15	2 : 17 : 0
220	428 01	Koalition 57	17 : 2 : 0
221	428 13	Koalition 58	

Abstimmung über Kapitel 05 39 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 41 Gemeinschaftsschulen

Seite Reg. E.	Titel	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis
	Neu: 633 01	Koalition 59	13 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 41 mit angenommener Änderung:

Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Kapitel 05 42 Assistenz an Schulen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
	Neu: 428 01	Die LINKE 16	2 : 17 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 42:

Abstimmungsergebnis: 11 : 2 : 6

Kapitel 05 45 Allgemeine Schulangelegenheiten

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
248	527 02	Koalition 60	19 : 0 : 0
248	527 03	Koalition 61	
249	633 02	Koalition 62	19 : 0 : 0
	Neu: 633 03	Koalition 63	13 : 6 : 0
250	685 01	AfD 14	6 : 13 : 0
250	685 03	Koalition 64	19 : 0 : 0
251	TG 71	Koalition 65	19 : 0 : 0
251	547 71	Koalition 66	13 : 6 : 0
255	TG 73	Koalition 67	13 : 6 : 0
258	684 74	Koalition 68	19 : 0 : 0
263	TG 77	AfD 15	zurückgezogen
264	TG 79	Koalition 69	
265	427 79	Koalition 70	13 : 6 : 0
265	525 79	Koalition 71	
265	527 79	Koalition 72	
268	TG 91	AfD 16	6 : 13 : 0
268	TG 91	Koalition 73	13 : 6 : 0
269	684 91	Koalition 74	
269	TG 92	AfD 17	6 : 13 : 0

Abstimmung über Kapitel 05 45 mit Stellenplan und angenommenen Änderungen:

Abstimmungsergebnis: 13 : 0 : 6

Für **die Kapitel 05 51, 05 52, 05 53, 05 54, 05 55 und 05 60** liegen keine Änderungsanträge vor.
Abstimmung über die genannten Kapitel mit den dazugehörenden Stellenplänen
Abstimmungsergebnis: 11 : 0 : 8

Gesamtabstimmung aller Kapitel des Einzelplanes 05 mit Stellenplänen und angenommenen Änderungen: 11 : 2 : 6

Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses zum
Einzelplan 06 – Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Berichterstatter: Norbert Otto Mayer, MdL

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Einzelplan 06 in seiner 27. Sitzung am 5. Mai 2021 abschließend beraten.

Den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses lagen zur Beratung des Einzelplanes die Stellungnahme des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung vom 26. April 2021 sowie die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, der AfD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE vor, die während der Sitzung eingebracht und beraten wurden. Als Tischvorlage wurde zu Beginn der Sitzung am 5. Mai 2021 noch ein weiterer Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen verteilt und in der Sitzung eingebracht.

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden verständigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, dass die Abstimmungen zu den Kapiteln und Titeln die jeweils dazugehörigen Stellenpläne, Wirtschaftspläne oder sonstigen Anlagen mit einschließen, falls nicht von einem Mitglied des Ausschusses ausdrücklich eine gesonderte Abstimmung verlangt werde. Ferner sollten die Abstimmungen für beide Haushaltsjahre gelten, sofern dies nicht ausdrücklich anders beantragt werde.

Die Sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung verwies eingangs auf die ausführlichen Beratungen und Diskussionen in den vergangenen Fachausschusssitzungen.

Der Ausschuss trat anschließend unmittelbar in die Beratung der Änderungsanträge zum Einzelplan 06 ein. Die fachpolitischen Sprecher der Fraktionen brachten ihre Änderungsanträge unter Bezugnahme auf die jeweilige schriftliche Begründung ein.

Mit Verweis auf die im Fachausschuss geführten Debatten zu den Änderungsanträgen verzichteten die Ausschussmitglieder häufig auf eine Aussprache zu diesen Änderungsanträgen im Haushalts- und Finanzausschuss. Eine Aussprache fand zu den folgenden Änderungsanträgen statt:

Mit dem Antrag der AfD-Fraktion zum Kapitel 06 04 Titel 422 01 wurden Mehrausgaben bei Bezügen von Beamten und Richtern an den Ordentlichen Gerichten vorgeschlagen. Die CDU-Fraktion erläuterte dazu, stellvertretend für die weiteren, ähnlich gelagerten Änderungsanträge der AfD-Fraktion, hier handele es sich um eine Frage der Priorität. Natürlich fordere die Opposition die Vollausstattung. Auch die Koalition würde dies gern tun, finanziell sei dies derzeit aber nicht möglich. Man habe daher Schwerpunkte gesetzt: bei der Ausbildung des Justiznachwuchses sowie im Bereich des Justizvollzugs.

Die Fraktion DIE LINKE beantragte zum Kapitel 06 05 Titel 412 05 eine Erhöhung der Fördergelder für das Engagement ehrenamtlicher Tätigkeit im Justizvollzug. Die AfD-Fraktion schloss sich diesem Anliegen ausdrücklich an. Ein Sprecher fügte hinzu, man

könne dem Antrag der Fraktion DIE LINKE vor allem auch zustimmen, weil im Änderungsantrag eine ehrliche Gegendeckung vorliege. Die Koalitionsfraktionen befürworteten das Anliegen aus fachlicher Sicht ebenfalls, sprachen sich allerdings für einen anderen Mittelansatz aus. Auch zu deren Änderungsantrag signalisierte die AfD-Fraktion Zustimmung.

Für die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen im Kapitel 06 05 in den Titeln 422 01 und 685 20, die der Einstellung zusätzlicher Anstaltsärzte dienen sollen, um die medizinische Versorgung von Gefangenen zu verbessern, sprach sich die AfD-Fraktion ebenso aus. Ein Sprecher wies darauf hin, dass seine Fraktion durchaus differenziere, wenn es um Entscheidungen über Stellen gehe.

Zur Einbringung des Änderungsantrags der Fraktion DIE LINKE im gleichen Kapitel zu Titel 547 71 fügte die Fraktion informationshalber hinzu, man werde einen Änderungsantrag beim Haushaltsbegleitgesetz stellen, um das Strafvollzugsgesetz und das Jugendstrafvollzugsgesetz zu ändern – denn eigentlich dürfe die im Antrag monierte Freischaltgebühr für in JVA eingehende Gespräche nicht erhoben werden. Darauf antwortete ein Sprecher der CDU-Fraktion, ihn habe bereits gewundert, warum man hier einem der gesetzlichen Lage widersprechenden Vorschlag zustimmen solle. Er sehe hierin den falschen Weg, etwas in den Haushalt einzustellen, bevor es im Haushaltbegleitgesetz geregelt werde. Ein Sprecher der einbringenden Fraktion DIE LINKE bot an, diese Debatte könne man gern führen – dies gelte schließlich genauso für Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen. Da das Haushaltbegleitgesetz immer erst am Ende der Verhandlungen über Einzelpläne beraten werde, müsse sich der Sächsische Landtag wohl einmal grundsätzlich darüber verständigen, ob dies nicht an den Anfang gestellt werden sollte.

Im Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Kapitel 06 15 Titel 686 05 wurde die Förderung verschiedener Projekte im Rahmen des Gesamtkonzepts gegen Rechtsextremismus vorgeschlagen. Die AfD-Fraktion kritisierte, dies sei ein Beispiel für das Etablieren von Doppelstrukturen, ein Sprecher verwies diesbezüglich auch auf den folgenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im Titel 547 52. Im Einzelplan 06 gebe es seit der Amtsübernahme der Staatsministerin zahlreiche Beispiele dafür, die AfD-Fraktion unterstütze dies ausdrücklich nicht.

Mit ihrem Änderungsantrag im Kapitel 06 15 Titel 547 53 wollten die Koalitionsfraktionen das Vorhaben, eine Dunkelfeldstudie zu geschlechtsbezogener Gewalt in Sachsen durchzuführen, stärken. Ziel sei es, langfristig häuslicher Gewalt, Tötungen aus Frauenhass etc. entgegenzuwirken. Die AfD-Fraktion entgegnete, Sachsen bräuchte vielmehr eine allgemeine Dunkelfeldstudie zur Kriminalität. Dies werde regelmäßig abgelehnt, wohingegen eigene Interessen mit spezifischen Dunkelfeldstudien untersucht würden. Eine Sprecherin der Fraktion BÜNDNISGRÜNE erwiderte, es gehe hier nicht um ihre spezifischen persönlichen Interessen, sondern um 50 Prozent der Bevölkerung, die Frauen nun einmal ausmachten. Frauen seien von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen. Es gehe hier mitnichten um Minimal- oder Spezialinteressen. Ein weiterer Sprecher der Fraktion BÜNDNISGRÜNE erinnerte die AfD-Fraktion daran, dass sie in den gestrigen Beratungen zum Einzelplan 03 gegen den periodischen Sicherheitsbericht gestimmt habe. Darin seien allgemeine Dunkelfeldstudien enthalten.

Für den Titel 684 53 im gleichen Kapitel führte eine Sprecherin der Fraktion BÜNDNISGRÜNE zum Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen aus, damit werde sichergestellt, dass sämtliche Landkreise in Sachsen künftig über Gewaltschutzeinrichtungen verfügen und die dortigen Mitarbeiter – durch Übernahme der Personalkosten seitens des Landes – sachsenweit gleich bezahlt werden. Daran anschließend begründete sie die beantragte Aufstockung im Titel 893 53 damit, dass Frauen mit Behinderungen überproportional von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen seien und daher die Barrierefreiheit von Schutzeinrichtungen auszubauen sei.

Die beschlossenen Änderungsanträge sind als Anlage 1 und die abgelehnten Änderungsanträge als Anlage 2 beigefügt. Die Abstimmungsergebnisse zum Einzelplan 06 sind Anlage 3 zu entnehmen.

In der Gesamtabstimmung zum **Einzelplan 06** empfiehlt der Haushalts- und Finanzausschuss mit **11 : 8 : 0 Stimmen** dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Haushalts- und Finanzausschuss beschlossenen Fassung.

gez. Norbert Otto Mayer, MdL
Berichterstatter

Anlagen
Änderungsanträge
Abstimmungsliste

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

ANLAGE 1

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **16**	**7.436,0**	**9.051,5**	**12.167,8**	SOLL neu	**12.593,9**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**87,6**	+/-	**90,7**
TITEL	**422 01**				**12.080,2**	Reg. Entw.	**12.503,2**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter

Änderungen Stellenplan

EPL 06 Seite Reg. Entw. 23
KAP 01
TITEL 422 01

	Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Besoldungsgruppe A 15 LG 2		26	SOLL neu	26
		+1	+/-	+1
	14	25	RegE	25

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Stelle ergibt sich aus der Bewältigung von Aufgabenmehrungen und Sonderbelastungen im Bereich IT.

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl.06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **18**	**98,0**	**145,0**	**230,0**	SOLL neu	**285,0**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**-50,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**531 01**				**280,0**	Reg. Entw.	**285,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckungsantrag für 0618 531 02, Wahlforen zur Bundestagswahl.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 06 01 Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **20**	**2.863,3**	**3.054,8**	**4.032,1**	SOLL neu	**4.191,4**
KAP	**01**	Seite Erg. Vorl.			**17,5**	+/-	**36,3**
TITEL	**685 20**				**4.014,6**	Reg. Entw.	**4.155,1**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuführungen an den Generationenfonds

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Der vorliegende Antrag beihaltet die Zuführungen für die im Titel 422 01 beantragte zusätzliche Beamtenstelle.

Neue Stellen:

1 x A 15

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl.06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **38**	**416,0**	**520,0**	**645,0**	SOLL neu	**710,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**-50,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**525 01**				**695,0**	Reg. Entw.	**710,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Aus- und Fortbildung, Umschulung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckungsantrag für 0618 531 02, Wahlforen zur Bundestagswahl.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **45**	**2.000,0**	**2.000,0**	**3.060,0**	SOLL neu	**3.060,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**760,0**	+/-	**760,0**
TITEL	**684 06**				**2.300,0**	Reg. Entw.	**2.300,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen an Vereine und Verbände insbesondere aus dem Bereich der Straffälligen- und Opferhilfe

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:

1. Freie Straffälligen- und Opferhilfe
+650,0/+650,0 T€

Der Verein Opferhilfe Sachsen e. V. unterstützt sachsenweit mit seinen Beratungsstellen alle Opfer von Straftaten und deren Angehörige. Die Beratung und Unterstützung ist für die Ratsuchenden kostenfrei und umfasst auch die Zeugenbegleitung, psychosoziale Prozessbegleitung und eine Online-Beratung. Die Opferhilfe Sachsen e. V. hat für das Jahr 2021 eine Zuwendung in Höhe von 940,0 T€ beantragt. Um dieser Zuwendungshöhe entsprechen zu können, sind zusätzlche Mittel in Höhe von 300,0 T€ erforderlich.

Das Institut für sozialtherapeutische Nachsorge und Resozialisationsforschung (ISONA) leistet sachsenweit eine entlassungsübergreifende Nachsorge für Gewalt- und Sexualstraftäter. Der Verein hat eine Zuwendung für das Jahr 2021 in Höhe von 648.292,91 € beantragt. Zusätzlich sollte dem Träger die Beschäftigung eines weiteren psychologischen Psychotherapeuten ermöglicht werden, die in dem bisherigen Antrag nicht einbezogen ist. Um die Weiterführung des Projektes auf hohem Niveau zu ermöglichen, sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 150,0 T€ erforderlich.

Der Koalitionsvertrag Sachsen für die Jahre 2019-2024 sieht umfangreiche Bemühungen vor, den Vollzug der Ersatzfreiheitsstrafe zu vermeiden. Hierbei sollen freie Träger der Straffälligenhilfe mitwirken. Es ist vorgesehen, weitere Träger der freien Straffälligenhilfe zu beauftragen, vor Ort und unter Einbeziehung der Staatsanwaltschaften und des Sozialen Dienstes der Justiz eine Beratung und Hilfestellungen für Verurteilte vorzuhalten. Diese soll es den Verurteilten errmöglichen, nicht einbringliche Geldstrafen durch freie Arbeit und auch Ratenzahlungen zu tilgen und so die Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe abzuwenden. Diese Projekte sollen auch eine umfängliche sozialarbeiterische Hilfe anbieten, die den Verurteilten langfristig ermöglichen soll, sich zu stabilisieren und Rückfälle zu vermeiden.

2. Restorative Justice, Täter-Opfer-Ausgleich im Justizvollzug:
+30,0/+30,0 T€

Der Koalitionsvertrag Sachsen für die Jahre 2019 bis 2024 benennt als Vorhaben die Weiterentwicklung und Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs. Im Rahmen der Vollzugs- und Eingiederungsplanung soll geprüft werden, ob in dem der Inhaftierung zu Grunde liegenden Strafverfahren, aber auch bei noch offenen Strafverfahren, ein externer Mediator mit einem Täter-Opfer-Ausgleich beauftragt werden kann. Bei noch offenen Strafverfahren erfolgt eine Abstimmung mit dem Gericht und der Staatsanwaltschaft. Das Schlichtungsverfahren soll nach den bundesweit anerkannten Standards des Servicebüros für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung durchgeführt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit den Opferhilfeeinrichtungen und Opferanwälten soll verhindern, dass die Geschädigten beeinträchtigt oder gar retraumatisiert werden. Das Ergebnis der Konfliktschlichtung soll bei der Vollzugs- und Eingliederungsplanung berücksichtigt werden und bei noch offenen Strafverfahren dem Gericht und der Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden. Mit der Durchführung des Täter-Opfer-Ausgleichs soll ein ausgebildeter Konfliktschlichter des Vereins für soziale Rechtspflege Dresden e.V. beauftragt werden. Die Ausgaben für ein Pilotprojekt, das dieses Verfahren in den JVAen Dresden und Zeithain erprobt, belaufen sich auf jährlich 30,0 T€. Perspektivisch ist eine Erweiterung des Projektes auf weitere JVAen anzustreben.

3. Restorative Justice: Konfliktschlichtung/ Täter-Opfer-Ausgleich im Rahmen des vollzuglichen Disziplinarverfahrens:
+30,0/+30,0 T€

Der Koalitionsvertrag Sachsen für die Jahre 2019 bis 2024 benennt als Vorhaben die Weiterentwicklung und Stärkung des Täter-Opfer-Ausgleichs. Es ist daher vorgesehen, im Rahmen des vollzuglichen Disziplinarverfahrens vorzunehmende Konfliktschlichtungen zwischen Gefangenen, zwischen Gefangenen und Bediensteten sowie zw. Gefangenen und externen Personen durch einen externen Moderator durchführen zu lassen. Mit der Umsetzung des Projekts soll der Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V. beauftragt werden. Der ausgebildete Konfliktschlichter des Projektträgers wird durch die JVA mit Konfliktschlichtungen beauftragt. Ziel ist eine einvernehmliche Streitbeilegung und ggfs. die Vereinbarung von Ausgleichs- und/oder Wiedergutmachungsleistungen, die zu einer Abwendung von Disziplinarmaßnahmen führen sollen. Die Finanzierung des Projekts soll über Zuwendungen des SMJusDEG erfolgen. Vorrangig werden Personalkosten entstehen, zum Projektstart erscheint die Förderung einer Sozialarbeiterstelle im Umfang von 0,5 AKA zureichend. Beim Projektstart soll primär eine Durchführung in den JVAen Dresden und Zeithain erfolgen. Schrittweise kann eine Ausweitung auf die JVAen Chemnitz und Bautzen geprüft werden.

4. Nachsorge für Patienten der Suchttherapiestationen im Justizvollzug:
+50,0/+50,0 T€

Für die Suchttherapiestation in der JVA Zeithain wurde bereits eine Nachsorge für die Patienten eingerichtet, die eine Überleitung der Gefangenen nach der Entlassung in das allgemeine System der Suchtkrankenhilfe gewährleistet. Diese Nachsorge hat sich bewährt, sie sichert bestmöglich die Integration der Gefangenen nach der Haft in ambulante Therapie, Adaptionseinrichtungen oder spezifisch auf Suchtkranke ausgerichtete betreute Wohnformen. Im Laufe des Jahres 2021 soll eine Suchttherapiestation in der JVA Chemnitz neu eingerichtet werden. Zudem ist damit zu rechnen, dass die Suchttherapiestation der JSA Regis-Breitingen wieder ihren Betrieb aufnimmt. Für die Nachsorgekoordinierung, die durch das Diakonische Werk Sachsen e. V. geleistet werden soll, sind zusätzliche Haushaltsmittel im Bereich der Zuwendungen in Höhe von 50,0 T€ erforderlich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **46**			**580,0**	SOLL neu	**580,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**80,0**	+/-	**80,0**
TITEL	**684 07**				**500,0**	Reg. Entw.	**500,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen an Vereine und Verbände für kriminologische Forschungen

Erläuterungen:
A)
Veranschlagt sind Beiträge für Zuwendungen für Kriminologische Forschungen (Kriminologisches Forschungsinstitut Sachsen, KFI).
Rechtsgrundlage: §§ 13, 89 Abs. 5 Sächsisches Jugendstrafvollzugsgesetz vom 12. Dezember 2007 (SächsGVBl. S. 558), in der jeweils geltenden Fassung, i. V. m. RL-Nr. 07772: VwV Jugendstrafvollzug in freien Formen vom 14. September 2011 (SächsJMBl. S. 96), in der jeweils geltenden Fassung, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 374)

B)
Veranschlagt sind Beiträge für Zuwendungen für Kriminologische Forschungen (insbesondere Kriminologisches Forschungsinstitut Sachsen, KFI).
Rechtsgrundlage: § 88 SächsJugStVollzG (vgl. Urteil vom 31. Mai 2006, Az. 2 BvR 1673/04, 2 BvR 2402/04), § 96 SächStVollzG, EU-Opferschutzrichtline 2021/29/EU

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Es ist ein Forschungsprojekt zum Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) in Sachsen geplant. Ziel des Forschungsprojekts sind

• eine Erhebung des Fallaufkommens in Sachsen sowie detaillierte Fallanalysen einschließlich Verfahrensgang und Verfahrensabschluss,
• Experten- und Expertinneninterviews mit Konfliktschlichtern und Konfliktschlichterinnen (des Jugendamtes, der freien Trägerschaft, des Sozialen Dienstes der Justiz),
• Experten- und Expertinneninterviews mit Richtern und Richterinnen und Staatsanwälten und Staatsanwältinnen,
• Interviews mit Tätern und Täterinnen (Beschuldigten/Angeklagten/Verurteilten) und Opfern und
• die Initiierung von gemeinsamen Diskussions- und Erörterungsrunden mit den o. g. Experten und Expertinnen.

Der Forschungsbericht soll im Ergebnis eine Bestandsaufnahme des TOA in Sachsen enthalten und Vorschläge für die Stärkung vorlegen.

Darüber hinaus ist ein weiteres Forschungsprojekt zur Evaluation des Vollzugs in freien Formen und insbesondere auch der Schwierigkeiten seiner Umsetzung geplant, welches über diesen Weg finanziert werden soll.

Als Zuwendungsempfängerin ist grundsätzlich eine Hochschule/Universität oder freie Forschungseinrichtung avisiert. Der Kalkulation liegen deren Personalkosten für eine wissenschaftliche Mitarbeiterin oder einen wissenschaftlichen Mitarbeiter zzgl. Auslagen zugrunde.

zur Änderung der Erläuterungen:
Da das KFI nicht ausschließlich Empfänger der Zahlungen ist, wird das Wort "insbesondere" in die Erläuterung eingefügt. Die Rechtsgrundlage ist nicht korrekt, hier wurde versehentlich die Erläuterung aus 06 02/684 08 übernommen. Sie ist zu ersetzen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **46**	**1.000,0**	**1.000,0**	**2.100,0**	SOLL neu	**2.200,0**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**750,0**	+/-	**850,0**
TITEL	**684 08**				**1.350,0**	Reg. Entw.	**1.350,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuwendungen für Projekte des Jugendstraf- und Strafvollzugs in freien Formen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Im Haushaltsplan 2019/2020 standen für Zuwendungen für das Projekt „Jugendstrafvollzug in freien Formen" jährlich 1.000 T€ zur Verfügung. Haushaltsmittel in dieser Höhe werden auch 2021 und 2022 vollständig für den Betrieb des Vollzugs in freien Formen des Seehaus Leipzig in der Gemeinde Neukieritzsch benötigt werden.

Mit der Änderung des Sächsischen Strafvollzugsgesetzes vom 5. März 2019 wurde die bisher nur für Jugendstrafgefangene vorgesehene Möglichkeit, den Vollzug in freien Formen durchzuführen, als weitere Vollzugsform auch für erwachsene Strafgefangene eingeführt (§ 15 Absatz 4 SächsStVollzG).

Der Koalitionsvertrags Sachsen für die Jahre 2019 bis 2024 sieht bezüglich des Justizvollzugs vor, den Vollzug in freien Formen auszubauen.

Da der Vollzug in freien Formen nunmehr auch mit jungen Erwachsenen herangezogen werden kann, ist dies mit mit erhöhtem Aufwand verbunden (bspw. mehr Strafgefangene als bisher in freien Formen, teilweise Trennung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen etc.). Dies muss deutlicher berücksichtigt werden. Hierfür sind für das Seehaus Leipzig zusätzliche Mittel in H.v. 200T€ in 2021 bzw. 300T€ in 2022 vorgesehen. 550T€ p.a. sind für weitere Projekte, insbesondere dem Verein für soziale Rechtspflege Dresden e.V. (VSR) und der Outlaw gGmbH vorgesehen. Damit soll die Vielfalt der Trägerlandschaft sichergestellt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **47**	**162,0**	**685,0**	**2.670,7**	SOLL neu	**2.362,2**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**-154,7**	+/-	**-162,3**
TITEL	**812 01**				**2.825,4**	Reg. Entw.	**2.524,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

2021: 154,7 T€ Deckung für ÄA 06 02/428 10
2022: 162,3 T€ Deckung für ÄA 06 02/428 10

Begründung:
Kompensation für Änderungsantrag zu 06 02/428 10 (Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten, periodischer Sicherheitsbericht).

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.			**154,7**	SOLL neu	**162,3**
KAP	**02**	Seite Erg. Vorl.			**154,7**	+/-	**162,3**
TITEL	**428 10**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten

Änderungen Stellenplan

Einrichtung des Titels nebst Stellenplan mit kw-Vermerken 2024

EPL 06 Seite Reg. Entw.
KAP 06 02
TITEL 428 10

	Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Entgeltgruppe E 14 TV-L	0	1	SOLL neu	1
	+1	+/-		+1
		0	RegE	0

Soll 2020	2021	Anzahl	2022

Entgeltgruppe E 10 TV-L	0	1	SOLL neu	1
		+1	+/-	+1
		0	RegE	0

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

2021: 154,7 T€ aus 06 02/812 01
2022: 162,3 T€ aus 06 02/812 01

Begründung:
Der Koalitionsvertrag für die Jahre 2019 bis 2024 benennt als Vorhaben die Erstellung eines alle zwei Jahren erscheinenden Periodischen Sicherheitsberichts für den Freistaat Sachsen. Um Konzepte zur Kriminalitätsbekämpfung entwickeln und um in einen gesellschaftlichen Diskurs eintreten zu können, braucht die Politik und die Öffentlichkeit – insbesondere mit der Thematik beschäftigte zivilgesellschaftliche Akteure – eine verlässliche, in regelmäßigen Abständen aktualisierte Bestandsaufnahme der Kriminalitätslage. Ziel ist es, eine evidenz- und faktenbasierte Sicherheitspolitik zu betreiben. Die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) als auch die staatsanwaltschaftliche Erledigungsstatistik und die Strafverfolgungsstatistik der Gerichte geben jeweils nur einen Teilüberblick zur Sicherheitslage in Sachsen. Der Periodische Sicherheitsbericht soll die jährliche PKS ergänzen – kann und soll aber diese nicht ersetzen. Der erweiterte Ansatz des Periodischen Sicherheitsberichts betrifft dabei beispielsweise die Zuordnung bestimmter Taten zu spezifischen Kriminalitätsformen (z.B. Gewaltkriminalität oder politische motivierte Kriminalität). Des Weiteren bringt er insbesondere die Sichtweisen zivilgesellschaftlicher Akteure und die justizielle Einschätzung zur Kriminalitätsentwicklung ein. Er soll ergänzend mit geeigneten wissenschaftlichen Ansätzen und Analysen einen Platz im Gefüge der Statistiken im Bereich der Sicherheitspolitik einnehmen.

Für die Erstellung des Periodischen Sicherheitsberichts soll auf Seiten des SMI eine Geschäftsstelle eingerichtet werden, die aus einem Hauptkoordinator (SMI, Laufbahngruppe 2.2 oder vergleichbarer akademischer Abschluss) und zwei Mitarbeitern Geschäftsstelle (1 x SMI, 1 x SMJusDEG) bestehen soll. Darüber hinaus ist angesichts des gewünschten Umfangs des Periodischen Sicherheitsberichts und der Vielfältigkeit der Zuarbeiten aus zahlreichen Referaten auch auf Seiten des SMJusDEG für eine fachliche und redaktionelle Begleitung eine Stelle der Laufbahngruppe 2.2 sowie eine Stelle der Laufbahngruppe 2.1 im Personalsoll D erforderlich.

Der Titel ist im Kapitel 06 02 einzurichten und der Stellenplan anzulegen.
Die beiden Stellen sind 2024 in Abgang (kw) zu stellen.

Die Projektbezeichnung lautet "Erstellen eines periodischen Sicherheitsberichts".

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **62**	**146.827,5**	**160.658,9**	**169.718,1**	SOLL neu	**175.723,4**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**140,0**	+/-	**195,5**
TITEL	**422 01**				**169.578,1**	Reg. Entw.	**175.527,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Änderungen Stellenplan
EPL 06 Seite Reg. Entw. 75
KAP 04
TITEL 422 01

	Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Besoldungsgruppe A 15 LG 2	1	2	SOLL neu	2
		+1	+/-	+1
		1	RegE	1

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckungsvorschlag: Gesamthaushalt

Die Notwendigkeit einer zusätzlichen Stelle ergibt sich aus der Bewältigung von Aufgabenmehrungen und Sonderbelastungen im Bereich IT.

Die monatliche Amtszulage für die Justizwachtmeister nach § 44 Abs. 1 SächsBesG i.V.m. Anlage 7 soll – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – angehoben werden. Dafür ist entsprechend haushalterisch Vorsorge zu treffen. Da 80 % aller Planstellen für Justizwachtmeister in Kapitel 0604 ausgebracht sind soll die Veranschlagung der zusätzlichen Mittel zentral in diesem Kapitel erfolgen. Über die Deckungsfähigkeit nach § 9 Abs. 5 Nr. 1 E-HG 2021/2022 (= § 9 Abs. 5 Nr. 1 HG 2019/2020) können die erforderlichen Mehrausgaben im Haushaltsvollzug auch für die anderen Kapiteln des Einzelplans 06 zugeordneten Justizwachtmeister geleistet werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 06 04 Ordentliche Gerichte

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **71**	**54.858,2**	**55.827,6**	**57.709,2**	SOLL neu	**59.747,2**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**17,5**	+/-	**36,3**
TITEL	**685 20**				**57.691,7**	Reg. Entw.	**59.710,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuführungen an den Generationenfonds

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Der vorliegende Antrag beinhaltet die Zuführungen für die im Titel 422 01 beantragte zusätzliche Beamtenstelle.

Neue Stellen:

1 x A 15

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **72**	**1.053,9**	**1.737,0**	**2.089,0**	SOLL neu	**1.812,0**
KAP	**04**	Seite Erg. Vorl.			**-300,0**	+/-	**300,0**
TITEL	**812 01**				**2.389,0**	Reg. Entw.	**1.512,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) Soll-VE 2021, fällig 2022: 300,0 T€
   Soll-VE 2022, fällig 2023: 250,0 T€
B) Soll-VE 2021, fällig 2022: 600,0 T€
   Soll-VE 2022, fällig 2023: 250,0 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Reduzierung des Ansatzes 2021 zu Gunsten 2022 (überjährige Kompensation innerhalb des Titels)

Begründung:
Der ursprünglich für das Jahr 2021 geplante Umzug des Amtsgerichts Freiberg verschiebt sich nach 2022. Daher sollen für 2021 geplante Mittel nach 2022 verschoben werden. In 2021 soll eine Verpflichtungsermächtigung i. H. v. 300,0 T€ ausgebracht werden, um die Mittel bereits 2021 binden zu können.
Eine anderweitige Deckung in 2022 kommt nicht in Betracht. Eine alternative Mittelübertragung (Ausgabereste) von 2021 nach 2022 wäre vorausichtlich nur i. H. d. in 2021 tatsächlich rechtlich gebundenen Mittel möglich, der

Umzug insofern gefährdet.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **89**	**54,5**	**100,0**	**50,0**	SOLL neu	**50,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**119 49**				**50,0**	Reg. Entw.	**50,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Vermischte Einnahmen

Haushaltsvermerke:
A) Vgl. Vermerk bei 06 05/546 03.
B) ---

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Wegfall des Kopplungsvermerks zu 06 05/546 03, da dieser Titel nicht existiert und damit der fälschlicherweise im RegE ausgebrachte Kopplungsvermerk ins Leere läuft.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **90**	**77,7**	**140,0**	**370,0**	SOLL neu	**370,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**125 01**				**370,0**	Reg. Entw.	**370,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erstattungen der Ausgaben für Verpflegung und Unterbringung

Haushaltsvermerke:
A) Vgl. Vermerk bei 06 05/546 03.
B) ---

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Wegfall des Kopplungsvermerks zu 06 05/546 03, da dieser Titel nicht existiert und damit der fälschlicherweise im RegE ausgebrachte Kopplungsvermerk ins Leere läuft.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **90**	**6.979,3**	**4.300,0**	**5.140,0**	SOLL neu	**5.140,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**125 10**				**5.140,0**	Reg. Entw.	**5.140,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten

Haushaltsvermerke:
A)
Vgl. Vermerk bei 06 05/546 03.
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.
B)
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Wegfall des Kopplungsvermerks zu 06 05/546 03, da dieser Titel nicht existiert und damit der fälschlicherweise im RegE ausgebrachte Kopplungsvermerk ins Leere läuft.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **90**	**34,0**	**4,0**	**20,0**	SOLL neu	**20,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**125 11**				**20,0**	Reg. Entw.	**20,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Einnahmen des Internet-Shops

Haushaltsvermerke:
A)
Vgl. Vermerk bei 06 05/546 03.
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.
B)
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Wegfall des Kopplungsvermerks zu 06 05/546 03, da dieser Titel nicht existiert und damit der fälschlicherweise im RegE ausgebrachte Kopplungsvermerk ins Leere läuft.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **90**	**14,8**	**5,0**	**10,0**	SOLL neu	**10,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**125 13**				**10,0**	Reg. Entw.	**10,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Einnahmen der Ausbildungsbetriebe der Justizvollzugsanstalten

Haushaltsvermerke:
A)
Vgl. Vermerk bei 06 05/546 03.
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.
B)
Vgl. Vermerk bei 06 05/TG 72.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Wegfall des Kopplungsvermerks zu 06 05/546 03, da dieser Titel nicht existiert und damit der fälschlicherweise im RegE ausgebrachte Kopplungsvermerk ins Leere läuft.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Einnahme

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **92**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**129 75**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Einnahmen aus Steuererstattungen

Löschung des Titels

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Der Titel wurde im RegE 2021 neu ausgebracht. Er wird aber nicht benötigt. Da ein Entfernen des neuen Titels im RegE kurzfristig nicht mehr möglich war, wurde der Titel 2022 auf "wegfallend" gesetzt. Er kann sofort entfallen bzw. gar nicht erst ausgebracht werden.

Tischvorlage

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 53

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 0605 Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 94	18,0	30,0	27	SOLL neu	27
KAP 05	Seite Erg. Vorl.			**10**	**+/-**	**10**
TITEL 412 05				17	Reg. Entw.	17

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Justizvollzug

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Das ehrenamtliche Engagement in den sächsischen Justizvollzugsanstalten soll gestärkt und gefördert werden. Dies kann zur Resozialisierung beitragen, zudem können so auch die Bediensteten entlastet werden.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 19

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **94**	**52.180,2**	**68.254,1**	**74.051,8**	SOLL neu	**76.669,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**87,6**	+/-	**90,7**
TITEL	**422 01**				**73.964,2**	Reg. Entw.	**76.578,3**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter

Änderungen Stellenplan
EPL 06 Seite Reg. Entw. 127 f.
KAP 05
TITEL 422 01

	Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Besoldungsgruppe A 15 LG 2	15	18	SOLL neu	18
		+1	+/-	+1
		17	RegE	17

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Deckung erfolgt aus dem Gesamthaushalt.

Für die Sicherstellung der medizinischen Versorgung stehen in den Justizvollzugsanstalten derzeit 9,5 Stellen für Ärzte zur Verfügung (Dresden 2,5 Stellen; Bautzen 2 Stellen; Chemnitz, Leipzig, Waldheim, Regis-Breitingen, Torgau je 1 Stelle). Aufgrund des schlechten Gesundheitszustandes der Gefangenen ist es erforderlich, auch für die JVA Zeithain, für die JVA Zwickau und für die JVA Görlitz einen eigenen Anstaltsarzt (anteilig) vorzusehen. Die zusätzliche Stelle soll hierfür verwendet werden.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 20

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: 06 05 Justizvollzug

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**100**	**19.930,6**	**20.838,1**	**21.752,2**	SOLL neu	**22.531,7**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.				**17,5**	+/-	**36,3**
TITEL	**685 20**					**21.734,7**	Reg. Entw.	**22.495,4**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuführungen an den Generationenfonds

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung: Gesamthaushalt

Der vorliegende Antrag beinhaltet die Zuführungen für die im Titel 422 01 beantragte zusätzliche Beamtenstelle.

Neue Stellen:

1 x A 15

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**105**	**2.376,3**	**2.300,0**	**2.920,0**	SOLL neu	**3.270,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.				**400,0**	+/-	**750,0**
TITEL	**534 71**					**2.520,0**	Reg. Entw.	**2.520,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ärztliche und zahnärztliche Versorgung einschließlich betriebsärztliche Untersuchungen der Gefangenen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Telemedizin im Justizvollzug:
Nicht in jeder JVA sind Anstaltsärzte vorhanden, die die medizinische Betreuung der Gefangenen übernehmen können. Unterstützt werden die Anstalten durch Vertrags- und Honorarärzte. In Zeiten, in denen kein Arzt zur Verfügung steht, kommt es deshalb häufig zu begleiteten Ausführungen von Gefangenen zu externen Ärzten. Das führt zu einem hohen Personal- und Kostenaufwand. Außerhalb der Dienstzeiten des Medizinischen Dienstes in den Abend- und Nachtstunden sowie an Wochenenden und Feiertagen wird der Bereitschaftsarzt bzw. der Notarzt angefordert.

Die „Telemedizin" bietet die Möglichkeit der Behandlung von psychisch und somatisch erkrankten Gefangenen ggf. auch unter Einbindung des Videodolmetschers. Es ist deshalb beabsichtigt, ein Projekt in ein oder zwei Anstalten zu installieren, in denen die ärztliche Versorgung zu bestimmten Zeiten nur eingeschränkt angeboten werden

kann bzw. die Ausführungen von erkrankten Gefangenen auf Grund des zu leistenden Personaleinsatzes zu erheblichen Sicherheitsproblemen führen kann. Für das Projekt der Telemedizin sind zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 400,0 T€ bzw. 750,0 T€ erforderlich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **111**	**341,1**	**307,0**	**1.150,0**	SOLL neu	**800,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**812 72**				**1.150,0**	Reg. Entw.	**800,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Erläuterungen:

A)
Die Mittel dienen der Beschaffung von diversen Maschinen und Geräten für unterschiedliche Arbeitsbetriebe (z. B. Schlosserei, Tischlerei, Kfz-Werkstätten und Eigenbetriebe).
Mehrausgaben fallen u. a. für Investitionen für das CNC-Bearbeitungszentrum der Möbeltischlerei in der JVA Bautzen und einen Öko-Bauernhof an.
B)
Die Mittel dienen der Beschaffung von diversen Maschinen und Geräten für unterschiedliche Arbeitsbetriebe (z. B. Schlosserei, Tischlerei, Kfz-Werkstätten und Eigenbetriebe).
Mehrausgaben fallen u. a. für Investitionen für das CNC-Bearbeitungszentrum der Möbeltischlerei in der JVA Bautzen und einen Ökologischen Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb einer JVA an.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Projektbezeichnung "Öko-Bauernhof" soll geändert/konkretisiert werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **134**			**0,0**	SOLL neu	**750,2**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**428 72**				**0,0**	Reg. Entw.	**750,2**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten

Stellenplan, Personalsoll D:

A)
Start 2020-Befristung Projekt "Öko-Bauernhof"
B)
Start 2020-Befristung Projekt "Ökologischer Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb einer JVA"

A)
neu; Sofortprogramm Start 2020: Öko-Bauernhof
B)
neu; Sofortprogramm Start 2020: Ökologischer Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb einer JVA

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Projektbezeichnung soll konkretisiert/angepasst werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.			**100,0**	SOLL neu	**100,0**
KAP	**05**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**526 72**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Ausgaben für die fachliche und wissenschaftliche Begleitung des Projektes Ökologischer Landwirtschaftsbetrieb im Justizvollzug

Haushaltsvermerke:
B) Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:
B)
Veranschlagt sind die Ausgaben für externe fachliche Unterstützung zur Konzepterstellung für den ökologischen Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Zur Erhöhung der Fachkompetenz in Bezug auf die Themen Ökologie und Landwirtschaft ist externe Unterstützung zur Konzepterstellung für den neuen Landwirtschaftsbetrieb (Öko-Bauernhof) als Eigenbetrieb notwendig.
Schwerpunkte der wissenschaftlichen Begleitung sind:
- die ökologisch-landwirtschaftlich effiziente Nutzung der Räumlichkeiten,
- die ökologisch-landwirtschaftlich korrekte Einrichtung der Tierhaltung,
- die fachliche Beteiligung bei der Auswahl des spezifischen Personals sowie
- die Planung der Verwendung der ökologisch-landwirtschaftlichen Erzeugnisse.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsanwaltschaften

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **218**	**41,8**	**250,0**	**25,0**	SOLL neu	**57,0**
KAP	**14**	Seite Erg. Vorl.			**-50,0**	+/-	**50,0**
TITEL	**532 01**				**75,0**	Reg. Entw.	**7,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) ---
B) Soll-VE 2021, fällig 2022: 50,0 T€

Erläuterungen:
A) 2021: Ausgaben für den Umzug der Staatsanwaltschaft Leipzig nach Abschluss GBM
B) ---

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Reduzierung des Ansatzes 2021 zu Gunsten 2022 (überjährige Kompensation innerhalb des Titels)

Begründung:
Der ursprünglich für das Jahr 2021 geplante Rückzug der Zweigstelle Plauen der Staatsanwaltschaft Zwickau vom Interimsgebäude in das sanierte Dienstgebäude kann wegen Bauverzögerungen erst im Jahr 2022 erfolgen. Daher sollen für 2021 geplante Mittel nach 2022 verschoben werden. In 2021 soll eine Verpflichtungsermächtigung i. H.

v. 50,0 T€ ausgebracht werden, um die Mittel bereits 2021 binden zu können.
Eine alternative Ausgaberesteübertragung 2021 nach 2022 kommt voraussichtlich nicht in Betracht, ebenso wie eine anderweitige Deckung in 2022.
Die Erläuterung bezüglich StA Leipzig ist nicht zutreffend.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**232**	**0,0**	**0,0**	**316,1**	SOLL neu	**331,5**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**428 10**					**316,1**	Reg. Entw.	**331,5**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Entgelte für zusätzliche Beschäftigte in Projekten

Änderungen Stellenplan
EPL 06 Seite Reg. Entw. 253

KAP 15

TITEL 428 10

		Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Entgeltgruppe	E 14 LG 2	0	1	SOLL neu	1
			+0	+/-	+0
			1	RegE	1

Änderung der Projektbezeichnung von 1 Stelle E 14 TV-L (kw 2024)

von Befristung Projekt "Konzept für ein flächendeckendes Angebot von Frauenhäusern und Beratungsstellen für

gewaltbetroffene Frauen, Männer und deren Kinder"

in Befristung Projekt "Weiterentwicklung/Initiierung von Strukturen einer ressort- und themenübergreifenden Gleichstellungspolitik und fachliche Begleitung bei der Verankerung des Querschnittsthemas Gleichstellung in den Fachpolitiken"

		Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Entgeltgruppe	E 13 LG 2	0	2	SOLL neu	2
			+0	+/-	+0
			2	RegE	2

Änderung der Projektbezeichnung von 1 Stelle E 13 TV-L (kw 2024)

von Befristung Projekt "Konzept für die Ausweitung der landesweiten Beratungs- und Neztwerkstrukturen für Opfer von häuslicher Gewalt auf Opfer von sexualiserter Gewalt"

in Befristung Projekt "Konzept zu und Implementierung von Landesstrategien in den Bereichen Antidiskiminierung, Vielfalt und Diversität"

Änderung der Projektbezeichnung von 1 Stelle E 13 TV-L (kw 2024)

von Befristung Bund-Länder-Modellprojekt "Bedarfsanalyse und -Planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt"

in Befristung Projekt "Umsetzung von Maßnahmen des Sofortprogramms "Start 2020" und Koordinierung der referatsübergreifenden Öffentlichkeitsarbeit"

		Soll 2020	2021	Anzahl	2022
Entgeltgruppe	E 10 LG 2	0	1	SOLL neu	1
			+0	+/-	+0
			1	RegE	1

Änderung der Projektbezeichnung von 1 Stelle E 10 TV-L (kw 2024)

von Befristung Projekt "Weiterentwicklung des Hilfe- und Unterstützungssystems für Betroffene von Diskriminierung, häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt"

in Befristung Projekt "Implementierung von Modellprojekten der Bürgerbeteiligung, Weiterentwicklung bestehender Onlineformate"

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Die Änderungen betreffen die Projektbezeichnungen und sind haushaltsneutral.

Die Projektmittelstelle soll die Koordinierung der ressort- und themenübergreifenden Gleichstellungspolitik stärken. Bisher besteht nur eine punktuelle und nicht systematisierte fachliche Zusammenarbeit der Ressorts im Bereich Gleichstellung. Mit Hilfe der Projektstelle sollen die Ressorts zudem Unterstützung und Beratung bei der Identifizierung von Handlungsfeldern im Bereich Gleichstellung der Geschlechter erhalten, um passgenaue Maßnahmen zu entwickeln und die Ergebnisse in einem gemeinsamen Handlungsplan zusammenzuführen, der die gleichstellungspolitischen Herausforderungen in den Fachpolitiken adressiert. Darüber hinaus soll die Projektstelle zur Intensivierung der Kommunikation zu gleichstellungspolitischen Themen in der Öffentlichkeit eingesetzt werden.

Die Projektmittelstellen sollen für Projekte der Konzeptentwicklung zur Umsetzung der Charta der Vielfalt durch den Freistaat Sachsen als Arbeitgeber sowie die Begleitung, Durchführung und Koordinierung entsprechender Einzelvorhaben im Themenbereich Diversität im öffentlichen Dienst sowie der Antidiskriminierungsarbeit des Freistaates Sachsen als Arbeitgeber und Fortschreibung der Strategie zum Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung von Vielfalt eingesetzt werden.

Die Projektmittelstelle soll für Projekte, die die (Weiter-)Entwicklung von Onlineformaten der Bürgerbeteiligung und Beteiligungsportalen, den Aufbau eines Service-Angebots/Portals für eine moderierte Bürgerbeteiligung bei Gesetzesvorhaben und Unterstützung bei der Bereitstellung von Bürgerbudgets in Kommunen, Stadtbezirken und Ortschaften mit dem Ziel, Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichem gesellschaftlichen Hintergrund zur Teilnahme am politischen Prozess und zur Artikulation eigener Interessen zu bewegen, die Akzeptanz politischer Entscheidungen und das Verständnis politischer Prozesse zu steigern, eingesetzt werden.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 27

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

EPL **06** Seite Reg. Entw. **232**
KAP **15** Seite Erg. Vorl.
TITEL **526 04**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
		100,0	SOLL neu	**120,0**
		20,0	+/-	**30,0**
		80,0	Reg. Entw.	**90,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für fachliche und wissenschaftliche Untersuchungen und Begleitung von Projekten im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung

Erläuterungen:
A)
Veranschlagt sind Ausgaben für die wissenschaftliche Begleitung von Projekten, die Konzeption einer digitalen Kommunikationsstrategie und neuer digitaler Bildungsangebote.
B)
Veranschlagt sind Ausgaben für die wissenschaftliche Begleitung von Projekten, der begeleitenden Forschung für die Qualitätsentwicklung in der politischen Bildung und den Wissenstransfer zu Trägern und Kommunen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Es entsteht zusätzlicher Aufwand, um die im Zeitraum 2021/2022 zu fördernden Projekte der politisch-demokratischen Bildung, die in Folge des Gesamtkonzeptes Rechtsextremismus entwickelt werden und solche, die

in besonderer Weise politisch-demokratische Bildung und Rechtsstaatsfragen, Fragen der Gleichstellung oder der europäischen Demokratieentwicklung verbinden wissenschaftlich begleiten zu können und den Wissenstransfer in die Trägerlandschaft zu gewährleisten.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 28

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **233**			**180,0**	SOLL neu	**145,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**531 02**				**180,0**	Reg. Entw.	**145,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen, Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung

A)
Veranschlagt sind Ausgaben für den Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung, u. a. die Entwicklung eines gemeinsamen CI für Demokratieinstitutionen, Publikationen und Webpräsenz sowie Veranstaltungen, u. a. Fachtagungen mit Expert*innen, zivilgesellschaftlichen und Kommunalen Akteur*innen und Multiplikator*innen der Demokratieförderung und politischen Bildung.

B)
Veranschlagt sind Ausgaben für den Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung, u. a. die Entwicklung eines gemeinsamen CI für Demokratieinstitutionen, Publikationen und Webpräsenz sowie Veranstaltungen, u. a. Fachtagungen mit Expertinnen und Experten, zivilgesellschaftlichen und Kommunalen Akteurinnen und Akteuren und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Demokratieförderung und politischen Bildung.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Mit dem Koalitionsvertrag wurde sich darauf verständigt, die Doppelnennung femininer und maskuliner Formen

umzusetzen.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 29

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

EPL **06** Seite Reg. Entw. **235**
KAP **15** Seite Erg. Vorl.
TITEL **536 03**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
		5,0	SOLL neu	**5,0**
		0,0	+/-	**0,0**
		5,0	Reg. Entw.	**5,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Beiräte und Kommissionen im Bereich Bürgerbeteiligung

A)
Veranschlagt sind Ausgaben für Vertreter*innen der Zivilgesellschaft, Praktiker*innen der Bürgerbeteiligung, Politiker*innen, Expert*innen aus der Wissenschaft.

B)
Veranschlagt sind Ausgaben für Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, Praktikerinnen und Praktikern der Bürgerbeteiligung, Politikerinnen und Politikern sowie Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Mit dem Koalitionsvertrag wurde sich darauf verständigt, die Doppelnennung femininer und maskuliner Formen umzusetzen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **238**			**400,0**	SOLL neu	**450,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**400,0**	+/-	**450,0**
TITEL	**686 05**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

A) Förderung von Projekten der politisch-demokratischen Bildung mit besonderem Bezug zu Justiz, Europa, Gleichstellung oder Bürgerbeteiligung
B) Förderung von Projekten der politisch-demokratischen Bildung mit besonderem Bezug zu Justiz, Antidiskriminierung und Europa.

B)Erläuterungen neu:
Es werden Projekte umgesetzt, die insbesondere auch der Qualitätsentwicklung der politischen Bildung durch Praxisbeispiele dienen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Förderung von Projekten der politisch-demokratischen Bildung, die in Folge des Gesamtkonzeptes Rechtsextremismus entwickelt werden und solche, die in besonderer Weise politisch-demokratische Bildung und Rechtsstaatsfragen, Fragen der Gleichstellung oder der europäischen Demokratieentwicklung verbinden. Hier geht es wesentlich um die demokratiebezogenen Vorhaben im Rahmen der Kulturhauptstadt Chemnitz/ NSU-Dokumentationsstelle, Praxisprojekte im Bereich politische Bildung und Verschwörungsmythen, Demokratie und Justiz, politische Bildung zu Fragen der Europäischen Union.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **239**			**615,0**	SOLL neu	**650,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**60,0**	+/-	**60,0**
TITEL	**547 52**				**555,0**	Reg. Entw.	**590,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Sächliche Verwaltungsausgaben für Chancengleichheit von Frau und Mann und Akzeptanz mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Eine Aufstockung der Mittel für die Erstellung eines Fachplans Gleichstellung in benannter Höhe ermöglicht es, die Arbeit im Fachreferat durch externe Expertise grundlegend zu qualifizieren. So könnten zu Einzelfragen oder Fragenkomplexen Gutachten beauftragt, Workshops durchgeführt und sonstige Beratungen in Anspruch genommen werden, um sämtliche Maßnahmen sowohl unter gleichstellungspolitischen als auch gesellschaftlichen und rechtlichen Gesichtspunkten zu prüfen und entsprechend der Ergebnisse entwickeln zu können. Mit einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit und Workshops könnten diese Ergebnisse sodann effektiv kommuniziert und damit schnellstmöglich umgesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **239**			**101,7**	SOLL neu	**130,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**633 52**				**101,7**	Reg. Entw.	**130,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zweck:
A) Zuweisungen für Projekte der Chancengleichheit von Frau und Mann mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt
B) Zuweisungen für Projekte der Chancengleichheit von Frau und Mann und mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Begründung:
Präzisierung der Zweckbestimmung entsprechend der Richtlinie zur Förderung der Chancengleichheit

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **240**			**3.220,0**	SOLL neu	**4.380,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**300,0**	+/-	**600,0**
TITEL	**684 52**				**2.920,0**	Reg. Entw.	**3.780,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Projekte der Chancengleichheit von Frau und Mann und der Akzeptanz mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Verstärkung der bestehenden Beratungsstrukturen für Betroffene von Mehrfachdiskriminierung und für LSBTTIQ* durch Erhöhung der verfügbaren Personalressourcen in den vorhandenen Beratungsstellen sowie Verstärkung der Mittel für das Erreichen von Betroffenen außerhalb der größeren Städte; Förderung von Vorhaben zum Abbau struktureller Diskriminierungen im Besonderen in Bezug auf Mehrfachdiskriminierung sowie auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt; Ausbau der Beratungsangebote hinsichtlich Diskriminierungserfahrungen im Bereich Bildung sowie in Bezug auf von Diskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **242**			**380,0**	SOLL neu	**550,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**150,0**
TITEL	**547 53**				**330,0**	Reg. Entw.	**400,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und vor Menschenhandel

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	300,0	110,0
davon fällig:		
2022 bis zu	250,0	
2023 bis zu	50,0	55,0
2024 bis zu		55,0
2025 ff. bis zu		

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

	2021 T€	2022 T€
Gesamtbetrag:	500,0	110,0
davon fällig:		

2022 bis zu	450,0	
2023 bis zu	50,0	55,0
2024 bis zu		55,0
2025 ff. bis zu		

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Die sog. Istanbul-Konvention beinhaltet neben der Verpflichtung zur Bereitstellung von Schutz und Hilfe für Betroffene von häuslicher Gewalt und von Gewalt gegen Frauen auch die Förderung der Ursachenforschung zu Vorkommen und Auswirkungen der unter das Abkommen fallenden Gewalt. Neben der vorgesehenen Dunkelfeldstudie zu häuslicher Gewalt, Stalking und sexualisierter Gewalt soll eine Studie weitere geschlechtsspezifischen Gewaltformen wie Tötungen aus Frauenhass, Gewalt im Namen der Ehre oder Genitalverstümmelung in Bezug auf Erscheinungsformen und Ursachen untersuchen sowie Handlungsempfehlungen zu Prävention und effektiver Strafverfolgung geben.

Die Verpflichtungsermächtigung Ausgaben für Studien zu geschlechtsspezifischen Gewaltformen.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 35

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

EPL **06** Seite Reg. Entw. **242**
KAP **15** Seite Erg. Vorl.
TITEL **681 53**

Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
		150,0	SOLL neu	**300,0**
		0,0	+/-	**100,0**
		150,0	Reg. Entw.	**200,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an natürliche Personen für Projekte zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und vor Menschenhandel

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Das Beratungsangebot für Betroffene geschlechtsbezogener Gewalt weist zum Teil noch Lücken auf. Die Beratungsangebote hinsichtlich Menschenhandel, insbesondere zur Zwangsprostitution, und bei sexualisierter Gewalt sowie Vergewaltigung sollen ausgebaut werden (täterorientierten Anti-Gewaltarbeit auch mit Beratung in Fällen sexualisierter Gewalt, dezentrale Beratung im ländlichen Raum, z. B. mobil/online/in Außenstellen, zusätzliche Aufwendungen bzgl. vertraulicher Spurensicherung bei Vergewaltigung und Misshandlung neben Kassenleistungen nach SGB V).

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **243**			**4.830,0**	SOLL neu	**10.304,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**400,0**	+/-	**2.800,0**
TITEL	**684 53**				**4.430,0**	Reg. Entw.	**7.504,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Projekte zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und vor Menschenhandel

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Um den bedarfsgerechten und flächendeckenden Schutz vor Gewalt für Frauen, Kinder, Jugendliche und Männer zu gewährleisten, den die Istanbul-Konvention fordert, soll das Hilfesystem bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung der Kommunen sowie der meist ehrenamtlich getragenen Trägerorganisationen weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck soll 2021 die Richtlinie novelliert werden. Durch eine Ausweitung der Landesfinanzierung für den Betrieb der Frauenhäuser kann der Bedarf insbesondere in ländlichen Gebieten besser abgedeckt werden. Darüber hinaus sind weitere Investitionen im Gewaltschutzbereich und zur qualitativen Verbesserung des Schutz- und Unterstützungssystems bei geschlechtsbezogener Gewalt (Spurensicherung) geplant (Entlastung der Kommunen durch Novellierung der Förder-RL).

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **243**			**1.126,9**	SOLL neu	**657,9**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**500,0**	+/-	**300,0**
TITEL	**893 53**				**626,9**	Reg. Entw.	**357,9**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und vor Menschenhandel

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Um den bedarfsgerechten und flächendeckenden Schutz vor Gewalt für Frauen, Kinder, Jugendliche und Männer zu gewährleisten, den die Istanbul-Konvention fordert, soll das Hilfesystem bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung der Kommunen sowie der meist ehrenamtlich getragenen Trägerorganisationen weiterentwickelt werden. Zu diesem Zweck soll 2021 die RL novelliert werden. Durch eine Ausweitung der Landesfinanzierung für den Betrieb der Frauenhäuser kann der Bedarf insbesondere in ländlichen Gebieten besser abgedeckt werden. Darüber hinaus sind weitere Investitionen im Gewaltschutzbereich und zur qualitativen Verbesserung des Schutz- und Unterstüt-zungssystems bei geschlechtsbezogener Gewalt (Spurensicherung) geplant.

Eine Aufstockung der Investitionsmittel (Kauf, Umbau, Sanierung) ermöglicht eine stärkere Verbesserung der Barrierefreiheit der Schutzeinrichtungen sowie die Aufstockung von Plätzen unter Nutzung der Mittel des Bundesprogramms "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen". Für 2021 und 2022 sind größere Kauf- bzw.

Bauvorhaben avisiert.

CDU/BÜNDNISGRÜNE/SPD 38

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **244**			**865,0**	SOLL neu	**890,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**TG 54**				**865,0**	Reg. Entw.	**890,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Förderprogramme für Bürgerbeteiligung und Bürgerdialog

A) 06 15/TG 54, 06 15/TG 55, 06 15/TG 56 sind gegenseitig deckungsfähig.

B) 06 15/TG 54, 06 15/TG 55, 06 15/TG 56 sind gegenseitig deckungsfähig.
Die Ausgaben sind übertragbar.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Trotz Pandemie und verkürztes Haushaltsjahr 2021 sind Maßnahmenumsetzung und Vollzug sicherzustellen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **245**			**795,0**	SOLL neu	**810,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**420,0**	+/-	**420,0**
TITEL	**686 54**				**375,0**	Reg. Entw.	**390,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Träger

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Zusätzliche Projekte für die Bürgerbeteiligung inklusive Kinder- und Jugendbeteiligung in den Strukturförderregionen (Lausitzer und Mitteldeutsches Revier).
Die Bürgerbeteiligung in den Regionen, die starken Transformationsprozessen entgegensehen, ist ein wesentliches grünes Anliegen. Die Transformation gelingt, wenn die Bedürfnisse, Interessen und Ideen aller ein Sprachrohr erhalten und in die politischen Überlegungen für die Kohlereviere einfließen. Das Recht auf Beteiligung, gehört zum Kern unserer Demokratie. Insbesondere junge Menschen sind diejenigen, die mit ihren Zukunfts- und Entrepreneurship-Kompetenzen, als künftige Fachkräfte an der Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten und zukünftiger Arbeitswelten arbeiten. Junge Menschen sollen die Gewissheit haben, dass sie eine berufliche Zukunft in ihrer Region haben und dass hinreichend gesellschaftliche Angebote (Freizeit-, Kultur- und Bildungsangebote, freiwilliges Engagement etc.) für die eigene familiäre und berufliche Zukunft vor Ort vorhanden sein werden; beides entscheidende Faktoren, um in der Region zu bleiben oder nach abgeschlossener Ausbildung oder Studium

zurückzukehren.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **245**			**750,0**	SOLL neu	**750,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**434,5**	+/-	**460,0**
TITEL	**685 55**				**315,5**	Reg. Entw.	**290,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an Öffentliche Einrichtungen

Erläuterungen:
A) Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen zum Aufbau eines Instituts für Didaktik der Demokratie (John-Dewey-Fachstelle für Didaktik der Demokratie).

B) Veranschlagt sind Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen zum Aufbau eines Instituts für Didaktik der Demokratie (John-Dewey-Fachstelle für Didaktik der Demokratie) an der TU Dresden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

2021: 358,5 T€ aus 06 15/686 55 und zusätzlich 76,0 T€ aus dem Gesamthaushalt
2022: 290,0 T€ aus 06 15/686 55 und zusätzlich 170,0 T€ aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Der Titel 06 15/686 55 "Zuschüsse an private Einrichtungen" kann entfallen bzw. wird mit 06 15/685 55 zusammengefasst. Die Zuwendung ist für die TU Dresden vorgesehen, eine Zuwendung an private Einrichtungen erfolgt nicht.

Die Ansatzerhöhung ist wegen des erhöhten Personalaufwands, der mit der geforderten didaktischen Beratung und Begleitung geförderter Träger in der demokratischen Bildungsarbeit einhergeht, notwendig. Insbesondere die Bedarfe aus den Bereichen der Partnerschaften für Demokratie, schulnaher Angebote und von Trägern in der Fläche sind deutlich höher als zunächst angenommen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **246**			**0,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**-358,5**	+/-	**-290,0**
TITEL	**686 55**				**358,5**	Reg. Entw.	**290,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an private Einrichtungen

Löschung des Titels

A) Verpflichtungsermächtigungen alt:

VE 2021fällig 2022: 290,0 T

B) Verpflichtungsermächtigungen neu:

- - -

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

2021: 358,5 T€ Deckung für ÄA 06 15/685 55
2022: 290,0 T€ Deckung für ÄA 06 15/685 55

Begründung:

Der im RegE neu ausgebrachte Titel 06 15/686 55 wird nicht benötigt, eine Zuwendung an private Einrichtungen erfolgt nicht. Die Mittel sollen bei 06 15/685 55 für Zuwendungen für die TU Dresden verwendet werden, Vgl. Änderungsantrag zu 06 15/685 55.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**247**			**143,8**	SOLL neu	**130,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**684 56**					**143,8**	Reg. Entw.	**130,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) alt:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€

B) neu:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€
2021 fällig 2023 von 65,0 T€
2021 fällig 2024 von 51,3 T€

2022 fällig 2023 von 65,0 T€
2022 fällig 2024 von 51,2 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Keine weitere Deckung erforderlich.

Begründung:
Im Rahmen der "Start 2020"-Maßnahme "Förderprogramm für Demokratieorte und Aufbau eines Supportzentrum" ist vorgesehen, dass die in Erstellung befindliche neue FRL "Gemeinsame Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von Projekten zur Stärkung des lokalen demokratischen und gesellschaftlichen Gemeinwesens" (Förderrichtlinie Lokales demokratisches Gemeinwesen – FRL DemGe) - Teil B Projekte mit einer Dauer von bis zu drei Jahren zu fördern. Daher braucht es die Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**247**			**143,8**	SOLL neu	**130,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**685 56**					**143,8**	Reg. Entw.	**130,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) alt:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€

B) neu:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€
2021 fällig 2023 von 65,0 T€
2021 fällig 2024 von 51,3 T€

2022 fällig 2023 von 65,0 T€
2022 fällig 2024 von 51,2 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Keine weitere Deckung erforderlich.

Begründung:
Im Rahmen der "Start 2020"-Maßnahme "Förderprogramm für Demokratieorte und Aufbau eines Supportzentrum" ist vorgesehen, dass die in Erstellung befindliche neue FRL "Gemeinsame Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von Projekten zur Stärkung des lokalen demokratischen und gesellschaftlichen Gemeinwesens" (Förderrichtlinie Lokales demokratisches Gemeinwesen – FRL DemGe) - Teil B Projekte mit einer Dauer von bis zu drei Jahren zu fördern. Daher braucht es die Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demkratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **248**			**143,8**	SOLL neu	**130,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**686 56**				**143,8**	Reg. Entw.	**130,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an private Einrichtungen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) alt:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€

B) neu:
2021 fällig 2022 von 130,0 T€
2021 fällig 2023 von 65,0 T€
2021 fällig 2024 von 51,3 T€

2022 fällig 2023 von 65,0 T€
2022 fällig 2024 von 51,2 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Keine weitere Deckung erforderlich.

Begründung:
Im Rahmen der "Start 2020"-Maßnahme "Förderprogramm für Demokratieorte und Aufbau eines Supportzentrum" ist vorgesehen, dass die in Erstellung befindliche neue FRL "Gemeinsame Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von Projekten zur Stärkung des lokalen demokratischen und gesellschaftlichen Gemeinwesens" (Förderrichtlinie Lokales demokratisches Gemeinwesen – FRL DemGe) - Teil B Projekte mit einer Dauer von bis zu drei Jahren zu fördern. Daher braucht es eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**248**			**633,6**	SOLL neu	**770,0**
KAP	**15**	Seite Erg. Vorl.				**0,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**893 56**					**633,6**	Reg. Entw.	**770,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse für Investitionen

Verpflichtungsermächtigungen:
A) alt
2021 fällig 2022 von 770,0 T€

B) neu:
2021 fällig 2022 von 770,0 T€
2021 fällig 2023 von 455,0 T€
2021 fällig 2024 von 358,8 T€

2022 fällig 2023 von 450,3 T€
2022 fällig 2024 von 358,7 T€

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Keine weitere Deckung erforderlich.

Begründung:
Im Rahmen der "Start 2020"-Maßnahme "Förderprogramm für Demokratieorte und Aufbau eines Supportzentrum" ist vorgesehen, dass die in Erstellung befindliche neue FRL "Gemeinsame Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung zur Förderung von Projekten zur Stärkung des lokalen demokratischen und gesellschaftlichen Gemeinwesens" (Förderrichtlinie Lokales demokratisches Gemeinwesen – FRL DemGe) - Teil B Projekte mit einer Dauer von bis zu drei Jahren zu fördern. Daher braucht es eine Anpassung der Verpflichtungsermächtigungen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehung

Ausgabe

				Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.	**262**			**140,0**	SOLL neu	**230,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.				**63,0**	+/-	**187,0**
TITEL	**536 55**					**77,0**	Reg. Entw.	**43,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Veranstaltungen im Rahmen europapolitischer Projekte

B) Ergänzung der Erläuterungen:
[…]
Aus dem Ansatz werden auch Personal- und Sachausgaben der Geschäftsstelle der Europa-Union Sachsen sowie Mittel für satzungsgemäße Projekte bestritten. Für die Europa-Union Sachsen werden Mittel in 2021 in Höhe von 63,0 T€ und in 2022 in Höhe von 97,0 T€ bereitgestellt.
Des Weiteren werden Projekte im Rahmen des sächsischen EMK-Vorsitzes geplant, z. B. Ausstellungen etc. Für die Durchführung dieser Projekte werden 90,0 T€ in 2022 bereitgestellt.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus Gesamthaushalt.

Eine Verstärkung der europapolitischen Bildungsarbeit in Sachsen ist angesichts des geringen Verständnisses der Politik der Europäischen Union von großer Bedeutung. Die Mitglieder der Jungen Europäischen Förderalisten Sachsen (JEF) und der Europa-Union Sachsen (EUD) engagieren sich unabhängig von Parteizugehörigkeit, Alter und Beruf für die europäische Einigung. Hauptaugenmerk der beiden Vereine liegt auf der europapolitischen Bildungsarbeit für Schüler, aber auch für Erwachsene. Bislang sollen aus diesem Titel 2-3 Simulationen des Europäischen Parlamentes (SIMEP) finanziert werden. Diese werden von den Jungen Europäischen Föderalisten Sachsen (JEF) und der Europa Union Sachsen (EUD) seit fünf Jahren durchgeführt. Ziel ist es, dass die Mittel erhöht werden, um aus dem Titel auch die ganzjährigen Schulworkshops der beiden Vereinen zu realisieren, als auch Workshops im Bereich der europapolitischen Erwachsenenbildung in Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen. Für die Simulation, die Schul- und Erwachsenenworkshops entstehen nicht nur Sachkosten für Materialien, sondern auch Reise- und Personalkosten. Mit den Mitteln soll eine geringfügig entlohnte Hilfskraft angestellt werden, welche für die Organisation der Projekte und Teamer (Ehrenamtliche) zuständig ist. Dafür ist eine Änderung in den Erläuterungen, als auch die Erhöhung des Ansatzes notwendig.

Im Rahmen des sächsischen EMK-Vorsitzes soll unter anderem eine Ausstellung zum Thema Rechtsstaatlichkeit als Teil der europäischen Kulturgeschichte durchgeführt werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **263**			**140,0**	SOLL neu	**102,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**60,0**
TITEL	**539 55**				**40,0**	Reg. Entw.	**42,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

A) Ausgaben für Konferenzen und internationale Kongresse im Rahmen der tschechischen EU-Ratspräsidentenschaft
B) Ausgaben für die Organisation und Ausrichtung von internationalen Konferenzen und Kongressen

B) Ergänzung der Erläuterungen:
[…]
Außerdem soll eine trinationale Konferenz im Rahmen der Konferenz zur Zukunft der EU durchgeführt werden.

Des Weiteren soll ein trinationales Forum für Rechtsstaatlichkeit (SN/ POL/ CZ) im Raum Görlitz/ Zittau durchgeführt werden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Trinationales Forum für Rechtsstaatlichkeit (SN/ POL/ CZ) im Raum Görlitz/ Zittau,
Ausrichtung einer Trinationalen Konferenz gemeinsam mit polnischen und tschechischen Teilnehmern und unter

Einbindung tschechischer und polnischer Partnerkommunen im Kontext der Konferenz zur Zukunft der EU.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **264**			**400,0**	SOLL neu	**460,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**50,0**	+/-	**110,0**
TITEL	**686 55**				**350,0**	Reg. Entw.	**350,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

Haushaltsvermerke:
B) Die Ausgaben sind übertragbar.

Verpflichtungsermächtigungen:
A)
2021 fällig 2022 von 50,0 T€
2022 fällig 2023 von 55,0 T€
B)
2021 fällig 2022 von 60,0 T€
2022 fällig 2023 von 70,0 T€

Erläuterungen:
A) alt
1. Förderung des Europagedankens: 2021: 180,0 T€; 2022: 180,0 T€
2. Förderung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit: 2021: 170,0 T€; 2022: 170,0 T€

Rechtsgrundlage:
Richtlinie Internationale Zusammenarbeit vom 1. September 2015 (SächsABl. S. 1290), in der jeweils geltenden Fassung.
Förderfähig sind Projekte, die die Verbreitung des Europagedankens bzw. der gemeinsamen Werte der Europäischen Union unterstützen.

B) neu
1. Förderung des Europagedankens:
2021: 180,0 T€; 2022: 180,0 T€
2. Förderung der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit:
2021: 170,0 T€; 2022: 170,0 T€
3. Förderung im Zusammenhang mit Partnerregionen, Anschubfinanzierung eines Trägers:
2021: 35,0 T€; 2022: 25,0 T€
4. Veranstaltungen mit Partnerregionen:
2021: 15,0 T€; 2022: 85,0 T€

Rechtsgrundlage:
Richtlinie Internationale Zusammenarbeit vom 1. September 2015 (SächsABl. S. 1290), in der jeweils geltenden Fassung.
Förderfähig sind Projekte, die die Verbreitung des Europagedankens bzw. der gemeinsamen Werte der Europäischen Union unterstützen. Außerdem förderfähig sind Kooperationsprojekte mit sächsischen Partnerregionen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Im KoaV ist verankert "Wir setzen uns für einen stärkeren Zusammenhalt in der EU ein und wollen sie sozialer, gerechter, ökologischer und demokratischer gestalten. […] Der Austausch und die Begegnungen der Menschen sind für ein lebendiges und bürgernahes Europa unverzichtbar."

Völkerverständigung bildet die Basis der europäischen Integration. Die Kooperationen zwischen Regionen, Gemeinden oder Städten schaffen vielfältige und niedrigschwelle Angebote, um Europa zu erleben und die

Vorzüge des europäischen Einigungsprozesses zu erleben. Denn es sind die Freundschaften, die bei dem Austausch kultureller, schulischer und sportlicher Natur entstehen, die das Fundament für das vereinte Europa legen.

Daher soll mit einer noch zu bestimmenden französischen Region ab 2021 und mit einer noch zu bestimmenden italienischen Region in ab 2022 eine Partnerschaft belebt werden.

Aufschlüsselung Empfänger und Empfängerinnen:
zu 3. Förderung im Zusammenhang mit Partnerregionen, Anschubfinanzierung eines Trägers:
Der Träger ist noch zu definieren, möglicherweise ein privater Träger (eingetragener Verein)

zu 4. Veranstaltungen mit Partnerregionen:
Die Veranstaltungen sind noch nicht geplant, werden aber mit verschiedenen Akteuren durchgeführt, sowohl öffentliche Stellen (Städte, Kommunen, Landkreise) als auch private (vorzugsweise eingetragene Vereine). Eine genauere Aufschlüsselung ist derzeit nicht möglich.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.			**80,0**	SOLL neu	**0,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**80,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**526 55**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Ausgaben für fachliche und wissenschaftliche Untersuchungen und Begleitung von Projekten

Haushaltsvermerke:
B) Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:
B) Förderfähig ist ein Gutachten zur Vorbereitung eines Gesamtkonzepts für die europäische Bildungsarbeit.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Im Koalitionsvertrag ist die Stärkung der europäischen Bildungsarbeit ausdrücklich verankert. Zur Vorbereitung der Umsetzung dieses politischen Ziels soll ein Gutachten erstellt werden, um die Europabildung im Freistaat Sachsen zielgerichtet stärken zu können. Der oder die Begutachende soll - aufsetzend auf den Status quo - Vorschläge für ein umfassendes Gesamtkonzept für die Europabildung erarbeiten und sowohl die Arbeit der freien Träger als auch die schulische Bildung erfassen.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**100,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**100,0**
TITEL	**537 55**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Zweck:
B) Ausgaben für die Durchführung von Wettbewerben einschließlich Vergabe von Preisen

Verpflichtungsermächtigungen:
B)
2021 fällig 2022 von 100,0 T€
2022 fällig 2023 von 100,0 T€

Erläuterungen:
B)
Bei diesen Titel sind die Ausgaben für die Durchführung von Wettbewerben zur Stärkung des europäischen Gedankens veranschlagt.
Nachgewiesen werden u. a. Preise, Preisgelder, erforderliche Dienstleistungen zur Durchführung des Wettbewerbs [#FreeInterrail] und Mittel für Öffentlichkeitsarbeit.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Im Koalitionsvertrag 2019-2024 „Gemeinsam für Sachsen" haben die Koalitionspartner im Themenbereich „Europa" u. a. vereinbart, das Programm #FreeInterrail zu unterstützen: „Wir unterstützen das Programm #FreeInterrail und werden mehr sächsischen Jugendlichen die Teilnahme ermöglichen." (S. 116). Im Rahmen des Programms sollen an sächsische Jugendliche Travelpässe verlost werden, mit denen diese allein oder in kleinen Gruppen maximal einen Monat lang Europa, vornehmlich mit der Bahn, bereisen können. Dies ermöglicht jungen Menschen, beim Reisen die Vielfalt Europas zu entdecken, etwas über Europas Kulturerbe und Geschichte zu lernen, Menschen aus ganz Europa zu treffen und letztendlich sich selbst besser kennenzulernen.

Die Verpflichtungsermächtigungen werden für die Beschaffungsmaßnahmen ausgebracht.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw.			**0,0**	SOLL neu	**70,0**
KAP	**16**	Seite Erg. Vorl.			**0,0**	+/-	**70,0**
TITEL	**681 55**				**0,0**	Reg. Entw.	**0,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

B) Zuschüsse an natürliche Personen

Haushaltsvermerke:
B) Die Ausgaben sind übertragbar.

Erläuterungen:
B) Umsetzung des Gesamtkonzepts zur europäischen Bildungsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus dem Gesamthaushalt

Begründung:
Umsetzung des Gesamtkonzepts zur europäischen Bildungsarbeit - die aus dem Gutachten resultierenden Schritte, Projekte und Maßnahmen zur Umsetzung der europapolitischen Bildungsarbeit müssen auch finanziell ausgestattet werden.

Einbringer (Fraktion): CDU-Fraktion/BÜNDNISGRÜNE-Fraktion/SPD-Fraktion des Sächsischen Landtages

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung (SLpB)

Ausgabe

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	**06**	Seite Reg. Entw. **292**			**980,0**	SOLL neu	**859,0**
KAP	**18**	Seite Erg. Vorl.			**100,0**	+/-	**0,0**
TITEL	**531 02**				**880,0**	Reg. Entw.	**859,0**

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/ Erläuterungen

Ausgaben für Veranstaltungen

B) Ergänzung der Erläuterungen:
[…]
In 2021 soll die Landeszentrale für politische Bildung mit dem erhöhten Ansatz Wahlforen zur Bundestagswahl durchführen.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung aus 0602/52501 und 0601/53101.

Die Landeszentrale für politische Bildung hat in 2019 Wahlforen zur Landtagswahl in allen Wahlkreisen durchgeführt. Mit dem erhöhten Ansatz soll dies auch zur Bundestagswahl in Sachsen möglich sein. Es werden 100.000 Euro für benötigt, um im Kontext der Bundestagswahl mindestens 32 Wahlforen anzubieten (pro Wahlkreis zwei), den Wahl-o-mat zum Aufkleben über Land zu schicken, einen völlig neuen Erstwähler-Podcast aufzubauen, Publikationen rund um das Thema Wahl anzubieten und die Foren auch digital zeitgemäß aufzuarbeiten.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

ANLAGE 2

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 16	7436,0	9051,5	9775,1	SOLL neu	10117,0
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-2305,1**	**+/-**	**-2386,2**
TITEL 422 01				12080,2	Reg. Entw.	12503,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
In den Titel wurden insgesamt 28 Planstellen zusätzlich aufgenommen. Begründet wurde dies mit der im Zuge der Regierungsneubildung erfolgten Umressortierung und Aufnahme neuer Geschäftsbereiche. Stellenumsetzungen aus anderen Bereichen der Staatsverwaltung seien wegen der dort zu erfüllenden Aufgaben angeblich nicht möglich. Neu geschaffen wurden folgende Stellen:
B 9 - 1 Staatssekretärin
B 3 - 3 Leiter Leitungsstab, Leiter Stabstelle EU
A 16 - 1 Bediensteter im Leitungsbereich
A 15 - 11 Referentinnen/Referenten Leitungsbereich und Stabstelle EU
A 14 - 4 Referentinnen/Referenten Leitungsbereich und Stabstelle EU
A 12 - 3 Referentinnen/Referenten Leitungsbereich und Stabstelle EU
A 11 - 1 Referentin/Referent Leitungsbereich und Stabstelle EU
A 9 - 5 Sachbearbeiterinnen/Sachbearbeiter
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals insbesondere in der Leitungsebene abzubauen und nicht noch zu erhöhen. Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg insbesondere in der Leitungsebene der Verwaltung verhindert wird.

Durch die Schaffung der Abteilung V "Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung" werden i.ü. Doppelstrukturen geschaffen, wie auch der Sächsische Rechnungshof bereits kritisierte. Damit geht nicht nur die Gefahr von Effizienverlusten. sondern auch ein überflüssiger Personalaufwuchs einher. Die aufgrund des Stellenplans eingegangenen personalwirtschaftlichen Verpflichtungen werden über ca. 40 Jahre aus dem Staatshaushalt zu bestreiten sein und den finanziellen Handlungsspielraum damit weit über den Zeitraum 2021/2022 hinaus einschränken. Soweit lediglich Umressortierungen erfolgten, ist nicht ersichtlich, warum dem Ressort nicht bereits vorhandene Stellen folgen können.
Im Doppelhaushalt 2021/2022 entstehen dadurch folgende - zu mindernde - Mehrkosten:

2021

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
B9	1 Staatssekretärin	146,9	146,9
B3	3 Leiter Leitungsstab, Leiter Stabsstelle EU	110,6	331,8
A16	1 Bediensteter im Leitungsbereich	97,3	97,3
A15	11 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	87,6	963,6
A14	4 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	75,0	300,0
A12	3 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	65,0	195,0
A11	1 Referent Leitungsbereich, Stabsstelle EU	59,0	59,0
A9	5 Sachbearbeiter	42,3	211,5
Summe			2305,1

2022

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
B9	1 Staatssekretärin	152,0	152,0
B3	3 Leiter Leitungsstab, Leiter Stabsstelle EU	114,5	343,5
A16	1 Bediensteter im Leitungsbereich	100,7	100,7
A15	11 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	90,7	997,7
A14	4 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	77,6	310,4
A12	3 Referenten Leitungsbereich, Stabsstelle EU	67,3	201,9
A11	1 Referent Leitungsbereich, Stabsstelle EU	61,0	61,0
A9	5 Sachbearbeiter	43,8	219,0
Summe			2386,2

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 06 01 entsprechend geändert.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 16	2689,7	1126,7	1588,1	SOLL neu	1665,2
KAP	01	Seite Erg. Vorl.			**-96,5**	**+/-**	**-101,2**
TITEL 428 01					1684,6	Reg. Entw.	1766,4

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entgelte für Beschäftigte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Im Titel 06 01 422 01 (Bezüge Beamte) wurden zahlreiche Planstellen zusätzlich aufgenommen. Begründet wurde dies mit der im Zuge der Regierungsneubildung erfolgten Umressortierung und Aufnahme neuer Geschäftsbereiche. Stellenumsetzungen aus anderen Bereichen der Staatsverwaltung seien wegen der dort zu erfüllenden Aufgaben angeblich nicht möglich. Dem folgen im Titel 06 01 428 01 je 1 Stelle E8 L1 und E4 L1. Aus Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht zur Zielstellung der Staatsregierung, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals abzubauen und nicht noch zu erhöhen. Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Im Doppelhaushalt 2021/2022 entstehen dadurch folgende - zu mindernde - Mehrkosten:

2021

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
E8 L1	1	53,2	53,2
E4 L1	1	42,3	42,3
Summe			96,5

2022

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
E8 L1	1	55,8	55,8
E4 L1	1	45,4	45,4
Summe			101,2

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 06 01 entsprechend geändert.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 18	98	145	150	SOLL neu	155
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-130**	**+/-**	**-130**
TITEL 531 01				280	Reg. Entw.	285

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
2019 betrug das Ist 98,0 T€; für 2020 ist ein Soll von 145,9 T€ ausgewiesen. Die signifikante Ausgabensteigerung in den Jahren 2021 und 2022 ist weder mit den Ausgaben der zurückliegenden Jahre in Übereinstimmung zu bringen, noch entspricht sie den Anforderungen einer sparsamen Mittelverwaltung in Ansehung der durch die Corona-Pandemie bestimmten Haushaltssituation.Soweit zur Begründung der Ausgabensteigerung ausgeführt wird, dass Sachsen insbesondere im Bereich Demokratie landesweiter Öffentlichkeitskampagnen bedürfe, ist die antragstellende Fraktion der Auffassung, dass es derartiger Kampagnen nicht bedarf.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ministerium

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 20			73	SOLL neu	20
KAP 01	Seite Erg. Vorl.			**-27**	**+/-**	**0**
TITEL 811 01				100	Reg. Entw.	20

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Dienstfahrzeugen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel beinhaltet u.a. ein personengebundenes Dienstfahrzeug für die Staatssekretärin. Da es im SMJusDEG keiner 2 Staatssekretäre bedarf, ist auch die Anschaffung eines weiteren Dienstfahrzeugs nicht notwendig. Da gegenwärtig keine Angaben zum Preis gemacht werden konnten, wird der Minderungsbetrag gemäß VwV-DKfz iVm den allgemeinen Bestimmungen zur Haushaltsaufstellung mit der Obergrenze für ein entsprechendes Modellsegment i.H.v. 27.000 € bemessen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 31				SOLL neu	
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**0**
TITEL	Vorbemerkung					Reg. Entw.	

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
B) Neu:
Auf den Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung entfallen insgesamt 468 kw-Vermerke. Über deren Aufrechterhaltung oder Konkretisierung ist nach Vorliegen einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl zu befinden.

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die in der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2020 bis 2024 in den Jahren 2023 und 2024 ausgebrachten globalen Minderausgaben in Höhe von jeweils rund 2,2 Milliarden Euro stellen verdeckte Fehlbeträge dar, die erhebliche haushalterische Handlungsbedarfe aufzeigen. Die Personalausgaben sind nach den Zuweisungen und Zuschüssen der größte Ausgabenblock des Freistaates Sachsen. Der Anteil aller Personalausgaben einschließlich der Zuführungen an Nebenhaushalte und den Generationenfonds für Personal sowie die Ausgaben nach dem AAÜG betrug 2019 40,5 Prozent der Gesamtausgaben des Freistaates Sachsen. Um auch ab dem Jahr 2023 den Haushaltsausgleich ohne Kreditaufnahmen und ohne globale Minderausgaben sicherzustellen, ist eine erhebliche Reduzierung der Ausgaben und damit auch der Personalausgaben unumgänglich. Daher müssen die einmal beschlossenen und im Doppelhaushalt 2019/2020 noch geplanten kw-Vermerke solange erhalten bleiben, bis über deren Aufrechterhaltung oder Konkretisierung nach einer umfassenden Aufgabenkritik in der Staatsverwaltung, der darauf aufbauenden Personalbedarfsberechnung und einer Festlegung von Obergrenzen der ab dem Jahr 2023 finanzierbaren Personalausgaben und Stellenzahl entschieden werden kann.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 42	32	23	0	SOLL neu	0
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**-168**	**+/-**	**-23**
TITEL	534 01				168	Reg. Entw.	23

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Dienstleistungen Dritter

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Im Rahmen der Zertifizierung als familienfreundliche Behörde sollen 2021 für die Untersuchung (Audit mit Qualitätssiegel) 150,0 T€ und die weiteren Mittel für das Projekt Schülergericht verwendet werden. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation sollte die Zertifizierung aufgeschoben und das Projekt "Schülergericht" einstweilen ausgesetzt werden.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 45	75,8	170	90	SOLL neu	90
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-60**	**+/-**	**-60**
TITEL 681 01				150	Reg. Entw.	150

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entschädigungszahlungen in überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungen sowie an Geschädigte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die tatsächlichen Ausgaben beliefen sich 2018 auf 8,0 T€, 2019 auf 75,8 T€ und 2020 (vorläufies Ist) auf 57,8 T€. Laut Jahresbericht 2019 des Sächsischen Rechnungshofes (S. 49 Rn 36f.) stimmen der Sächsiche Rechnungshof und das Staatsministerium der Finanzen darin überein, dass die Veranschlagung von Haushaltsmitteln im nächsten Haushaltsaufstellungsverfahren sich verstärkt am tatsächlichen Mittelabfluss der Vorjahre zu orientieren hat. Dies ist umso mehr geboten, als die Belastungen aufgrund der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden korrigierten Einnahmeerwartungen einen sparsamen Mittelansatz zwingend erfordern. Mit der Änderung will die antragstellende Fraktion die gebotene Orientierung am Mittelabfluss der Vorjahre umsetzen. Die Schwankungen der Vorjahre wurden dabei berücksichtigt.

Einbringer (Fraktion): . AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 45	2000	2000	2000	SOLL neu	2000
KAP 02	Seite Erg. Vorl.			**-300**	**+/-**	**-300**
TITEL 684 06				2300	Reg. Entw.	2300

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen an Vereine und Verbände insbesondere aus dem Bereich der Straffällligen- und Opferhilfe

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die bisherigen Projekte sollen insbesondere auch im Bereich der Opferhilfe nach Vorstellung der antragstellenden Fraktion fortgeführt werden, allerdings nur im bisherigen Umfang. Der Beginn neuer Projekte und die damit einhergehende Kostenmehrung wird in Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation abgelehnt; Mehrkosten i.H.v je 300,0 T€ sind zu streichen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 46			0	SOLL neu	0
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**-500**	**+/-**	**-500**
TITEL 684 07					500	Reg. Entw.	500

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen an Vereine und Verbändefür kriminologische Forschungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Mit den eingeplanten Mitteln soll ein Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS) neu eingerichtet werden. Ein Verein als Träger des Instituts soll die Mittel erhalten. Es wird kein finanzieller Spielraum für die Schaffung neuer Institute gesehen. Auch ist die Ansiedlung im Bereich des SMJusDEG zweifelhaft, ebenso der praktische Nutzen des Instituts für die kriminologische Forschung in Sachsen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 46	1000	1000	0	SOLL neu	0
KAP	02	Seite Erg. Vorl.			**-1350**	**+/-**	**-1350**
TITEL 684 08					1350	Reg. Entw.	1350

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuwendungen für Projekte des Jugendstraf- und Strafvollzuges in freien Formen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Eine Evaluierung des Projekts soll erst 2022 erfolgen. Kosten und Nutzen stehen in keinem vernünftigen Verhältnis. Für die zunächst 14 Plätze waren im Doppelhaushalt 2019/2020 1.000,0 T€ eingeplant worden, was täglichen Kosten von knapp 200 € entspricht. Der Haftkostensatz im normalen Vollzug beträgt knapp 100 EUR pro Tag. Nun sollen - nach Ausweitung des Strafvollzugs in freien Formen auch auf junge Erwachsene bis 27 Jahre - jährlich 1.300,0 T€ aufgewendet werden. Die einbringende Fraktion spricht sich gegen die Fortführung und somit auch gegen eine geplante Erweiterung des Projekts "Jugendstrafvollzug in freien Formen" auf weitere Träger und die erneute Bewilligung eines entsprechenden Betrages an die Zuwendungsempfänger aus.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 59	2178	1800	2000	SOLL neu	2000
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**200**	**+/-**	**200**
TITEL 111 05				1800	Reg. Entw.	1800

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Abrufgebühren aus dem automatisierten Grundbuch

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine stärkere Anpassung an die tatsächlichen Einnahmen im Jahr 2019 für geboten als dies im Regierungsentwurf vorgesehen ist . Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 SäHO sind alle zu erwartenden Einnahmen zu veranschlagen.
In den Jahren 2015, 2016 und 2017 betrugen die Einnahmen 2.030,0 T€, 1.982,0 T€ und 2.095,0 T€. 2019 stiegen die Einnahmen auf 2.178,0 T€. Da die digitalen Zugriffe tendenziel weiter steigen werden, ist nicht mit einem Rückgang der Abrufgebühren zu rechnen.

Die Mehreinnahmen dienen 2021 und 2022 zur Deckung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in dem Titel 06 04 526 14.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 62	146827,5	160658,9	172088,2	SOLL neu	178124,1
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**2510,1**	**+/-**	**2596,2**
TITEL 422 01				169578,1	Reg. Entw.	175527,9

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Bis zum Jahr 2025 werden im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit voraussichtlich 86 R1-, 27 R2- und 5 R3-Richterstellen aufgrund Altersabgängen nachzubesetzen sein. Dem steht ein nur unzureichender Personalaufwuchs im Entwurf des Doppelhaushalts gegenüber, der insbesondere geeignet ist, die hierdurch bedingten Altersabgänge rechtzeitig auszugleichen. Dies korrespondiert mit einem nur mäßigen Anstieg der Proberichter, deren Arbeitskräfteanteile (AKA) von 19,8 (2017) auf 27 (2019) wuchsen. Insbesondere im Bereich der Amtsgerichte manifestiert sich die demographische Entwicklung bereits jetzt. Der Ist-Bestand an richterlichen AKA reduzierte sich bei 9 Amtsgerichten, bei 7 Amtsgerichten blibb er im Zeitraum 2017 - 2019 identisch - allerdings auch nur unter Einbeziehung der Proberichter. Die momentan stagnierende oder sogar rückläufige Zahl der Verfahrenseingänge vermag dies nicht auszugleichen, wie die Zunahme an Bestandsverfahren und der Verfahrensdauer bei einer Vielzahl der Amtsgerichte zeigt.
Die antragstellende Fraktion sieht deshalb die Notwendigkeit der Schaffung von weiteren 27 R1-Richterstellen und der entsprechenden Flankierung durch die Schaffung von 7 zusätzlichen Rechtspflegerstellen (A9). Hierdurch entstehen Mehrkosten für die 27 Richterstellen i.H.v. 2.214,0 T€ (2021) und 2.289,6 T€ (2022) sowie für die Rechtspflegerstellen i.H.v. 296,1 T€ (2021) und 306,6 T€ (2022).

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Einsparungen in folgenden Titeln gedeckt: 06 01 422 01 (S. 16) i.H.v. 2.305,1 T€ (2021) bzw. 2.386,2 T€ (2022) und 06 01 428 01 (S.16) i.H.v. 96,5 T€ (2021) bzw. 101,2 T€ (2022) und 06 15 422 01 (S. 232) i.H.v. 108,5 T€ (2021) bzw. 108,8 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 67	4594,9	5600	5300	SOLL neu	5500
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**200**	**+/-**	**400**
TITEL 526 14				5100	Reg. Entw.	5100

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben in Verfahren nach der InsO für (vorläufige) Insolvenzverwalter/Treuhänder

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Das COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz (COVInsAG) enthält Regelungen zur Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sowie zur Beschränkung von Haftungs- und Anfechtungsrisiken im Zusammenhang mit der Fortführung eines pandemiebedingt insolventen Unternehmens. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde für die betroffenen Unternehmen bis Ende April 2021 verlängert.Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche Unternehmen pandemiebedingt insolvent sind bzw. werden und dies zu einer erheblichen Erhöhung künftiger Insolvenzverfahren führen wird. Das Instititut der deutschen Wirtschaft geht davon aus, dass 2021 mit einem deutlichen Anstieg der Firmenpleiten zu rechnen ist. Zeitversetzt werden hierdurch nicht unerhebliche Mehrausgaben für (vorläufige) Insolvenzverwalter entstehen. Dies schlägt sich in der Erhöhung der Planansätze 2021 und 2022 nieder.

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen in den folgenden Titeln gedeckt: 06 04 111 05 (S.59) i.H.v. je 200,0 T€ (2021 und 2022) sowie 06 05 125 10 (S. 90) und 06 05 232 01 (S. 91) i.H.v. je 100,0 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Ordentliche Gerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 67	2346,3	3000	2700	SOLL neu	2800
KAP 04	Seite Erg. Vorl.			**100**	**+/-**	**200**
TITEL 526 15				2600	Reg. Entw.	2600

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entschädigungen an Sachverständige in Insolvenzsachen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Das COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz (COVInsAG) enthält Regelungen zur Aussetzung der Insolvenzantragspflicht sowie zur Beschränkung von Haftungs- und Anfechtungsrisiken im Zusammenhang mit der Fortführung eines pandemiebedingt insolventen Unternehmens. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde für die betroffenen Unternehmen bis Ende April 2021 verlängert.Es ist davon auszugehen, dass zahlreiche Unternehmen pandemiebedingt insolvent sind bzw. werden und dies zu einer erheblichen Erhöhung künftiger Insolvenzverfahren führen wird. Das Instititut der deutschen Wirtschaft geht davon aus, dass 2021 mit einem deutlichen Anstieg der Firmenpleiten zu rechnen ist. Zeitversetzt werden hierdurch nicht unerhebliche Mehrausgaben für Sachverständige in Insolvenzsachen entstehen. Dies schlägt sich in der Erhöhung der Planansätze 2021 und 2022 nieder.

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Mehreinnahmen in den folgenden Titeln gedeckt: 06 14 119 13 (S. 213 f.) i.H.v. je 100,0 T€ (2021 und 2022) und Mindereinahmen in 06 18 531 02 (S. 291) i.H.v. 100,0 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 90	6979,3	4300	5140	SOLL neu	5240
KAP 05	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**100**
TITEL 125 10				5140	Reg. Entw.	5140

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Einnahmen der Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Entwicklung der Einnahmen in den Vorjahren lässt - auch in Ansehung der Unwägbarkeiten der Corona-Pandemie - jedenfalls 2022 mit leicht höheren Einnahmen als im Entwurf veranschlagt rechnen.

Die Mehreinnahmen dienen 2022 zur Deckung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in dem Titel 06 04 526 14.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 91	1707,1	1355,0	1100	SOLL neu	1100
KAP 05	Seite Erg. Vorl.			**100**	**+/-**	**100**
TITEL 232 01				1000	Reg. Entw.	1000

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erstattung von Verwaltungsausgaben von Ländern

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die einbringende Fraktion hält eine stärkere Anpassung der Haushaltsansätze an die tatsächlichen Einnahmen der Vorjahre für geboten, als dies im Regierungsentwurf vorgesehen ist. Nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 SäHO sind alle zu erwartenden Einnahmen zu veranschlagen. Die Ist-Einnahmen der Jahre 2019 und 2020 betrugen 1.707,1 T€ bzw. 8.375,9 T€ (vorläufiges Ist). Auch in Ansehung der komplexen Abhängigkeit insbesondere in Bezug auf die internen Vorgehensweisen anderer Bundesländer ist der eingebrachte Änderungsbetrag moderat erhöht und erreicht nicht die Planansätze für 2019 bzw. 2020.

Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in den Titeln 06 04 526 15 (2021) und 06 04 526 14 (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 103	529,1	1226,5	1229,1	SOLL neu	1288,9
KAP	05	Seite Erg. Vorl.			**-484,2**	**+/-**	**-507,8**
TITEL	428 71				1713,3	Reg. Entw.	1796,7

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entgelte für zusätzlich Beschäftigte in Projekten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Bei Kapitel 06 05 Titel 428 71 waren im Doppelhaushalt insgesamt 15 Stellen für Dolmetscherinnen/Dolmetscher (10x E 13 TV-L) und Psychologinnen/Psychologen (5x E 15 TV-L) mit den hierfür erforderlichen Haushaltsmitteln – nach Personalkostenpauschsätzen – veranschlagt. Es soll mit den ab 2021 befristet bis 2024 zusätzlich auszubringenden weiteren acht Stellen (6x E 6 TV-L, 1x E 14 TV-L und 1x E 15 TV-L) die Einrichtung einer Suchttherapie in Chemnitz – ein im Koalitionsvertrag niedergelegtes Vorhaben stellentechnisch abgebildet werden. Für die Suchttherapie sollen eine Psychotherapeutin bzw. ein Psychotherapeut, eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter im Sozialdienst und sechs Bedienstete zur Gewährleistung des Tagesablaufs und der Sicherheit mit den jeweils für diese Berufe erforderlichen Qualifikationen eingestellt werden.
In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation muss die zusätzliche Ausbringung von (befristeten) Stellen im angestrebten Bereich zurückgestellt werden. Hierdruch reduzieren sich die Ausgaben wie folgt:

2021

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
E6 L1	6	49,4	296,4
E14	1	89,1	89,1
E15	1	98,7	98,7
Summe			482,2

2022

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
E6 L1	6	51,8	310,8
E14	1	93,5	93,5
E15	1	103,5	103,5
Summe			507,8

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 108			0	SOLL neu	0
KAP 05	Seite Erg. Vorl.			**0**	**+/-**	**-750,2**
TITEL 428 72				0	Reg. Entw.	750,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Entgelte für zusätzlich Beschäftigte in Projekten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es sollen erstmals Mittel für ein zunächst bis 2024 befristetes Projekt "ökologischer Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb einer JVA" ("Öko-Bauernhof") bereitgestellt werden. Im Rahmen des offenen Vollzugs sollen Arbeits- und Ausbildungsplätze geschaffen, Nutzungsflächen angepachtet sowie Erzeugnisse in einem Hofladen veräußert werden. Dafür sind 14 Stellen für folgende Aufgaben vorgesehen: 1x Leiter/in des Landwirtschaftsbetriebs, 2x Mitarbeiter/innen des Landwirtschaftsbetriebs, 2x Gärtner/innen, 2x Landwirt/in, 1x Tierpfleger/in sowie 6x Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes. Dadurch entstehen 2022 Kosten i.H.v. 750,2 T€. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation muss die zusätzliche Ausbringung von (befristeten) Stellen im angestrebten Bereich zurückgestellt werden. Dies gilt auch, da Kosten mindestens in vergleichbarer Höhe ebenso im Doppelhaushalt 2023/2024 entstehen werden.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 111	341,1	307,0	350	SOLL neu	341,2
KAP 05	Seite Erg. Vorl.			**-800**	**+/-**	**-458,8**
TITEL 812 72				1150	Reg. Entw.	800

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es sollen erstmals Mittel für ein zunächst bis 2024 befristetes Projekt "ökologischer Landwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb einer JVA" ("Öko-Bauernhof") bereitgestellt werden. Von den im Titel eingeplanten Mitteln entfallen 2021 800,0 T€und 2022 458,8 T€ auf die Erstausstattung des Projektes "Öko-Bauernhof" mit Geräten, Maschinen, Fahrzeugen und Möbeln. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation muss die Ausbringung von Steuermitteln im angestrebten Bereich zurückgestellt werden. Dies gilt auch, da absehbar ist, dass für das Projekt Folgekosten in noch unbekannter Höhe auch im Doppelhaushalt 2023/2024 entstehen werden.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Verwaltungsgerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 148	10861,5	12230,7	12997,2	SOLL neu	13446,8
KAP 08	Seite Erg. Vorl.			**82**	**+/-**	**84,2**
TITEL 422 01				12915,2	Reg. Entw.	13362,6

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Entwicklung der Verfahren an den Verwaltungsgerichten war zwar im Zeitraum 2017 - 2019 rückläufig. So standen 15.039 neuen und 16.330 Bestandsverfahren im Jahr 2017 8.620 neuen und 11.630 Bestandsverfahren im Jahr 2019 gegenüber (jeweils ohne Verfahren zum vorläufigen Rechtsschutz). Es dürfte sich dabei jedoch nur um eine vorübergehende Entwicklung handeln, die rasch wieder umschlagen kann. Außerdem werden in der Verwaltungsgerichtsbarkeit bis 2025 von 117 Richtern 14 altersbedingt ausscheiden, wovon ein Großteil auf R2-Stellen entfällt. Dies wird zu einem Aufrücken der R1-Richter führen müssen, was wiederum zu einem Bedarf an Richtern an den Gerichten 1. Instanz führen wird. Überdies zeichnet sich die Verwaltungsgerichtsbarkeit durch eine verhältnismäßig niedrige Anzahl freier Stellen(anteile) (1 R2+Z, 3 R2) und den häufigen Einsatz von Richtern auf Probe aus (2017: 32,35 AKA, 2019: 21,1 AKA). Damit ist die Verwaltungsgerichtsbarkeit - wenn auch in abgeschwächter Weise - von der Herausforderung betroffen, zukünftig zahlreiche Stellen neu besetzen zu müssen. Es wird deshalb 1 zusätzliche R1-Stelle eingeplant.

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Einsparungen in den folgenden Titeln gedeckt: 06 15 685 01 (S.237) i.H.v. 82,0 T€ (2021) bzw. 84,2 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sozialgerichte

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 168	15442,6	18081,4	19754,8	SOLL neu	20451,2
KAP 10	Seite Erg. Vorl.			**164**	**+/-**	**169,6**
TITEL 422 01				19590,8	Reg. Entw.	20281,6

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Entwicklung der Verfahrenseingänge und der Bestandsverfahren an den Sozialgerichten ist ambivalent. Während die Zahl der Verfahrenseingänge beim Sozialgericht Chemnitz seit 2017 kontinuierlich gefallen ist, bewegt sie sich beim Sozialgericht Leipzig ungefähr auf dem Niveau von 2017. Allerdings geben diese Zahlen die konkrete Situation nur unzureichend wieder. Beim Sozialgericht Leipzig sind bspw. Ende 2019 Tausende Klagen eingegangen, in denen wiederum Sammelklagen mit Tausenden Behandlungsfällen enthalten sind (Abrechnungsstreitigkeiten zwischen Krankenhäusern und –kassen). Beim Sozialgericht Dresden ist die Anzahl der Verfahrenseingänge gegenüber 2017 um ca. 17 % gestiegen. Ähnlich verhält es sich mit der Zahl der Bestandsverfahren, die länger als 6, 12 oder gar 24 Monate dauern. Das Landessozialgericht verzeichnet weiterhin den Eingang einer hohen Anzahl sog. Hartz-IV-Klagen. Dies kann durch die bisherige Stellen- bzw. Personalerweiterung offenbar nur unzureichend aufgefangen werden. So werden bei den Sozialgerichten zwar oft Proberichter eingesetzt: 2017 z.B. 8, 6 bzw. 8 bei den Sozialgerichten Leipzig, Dresden und Chemnitz, 2018 10 bzw. je 7 und 2019 13, 8 bzw. 5. Und manche Gerichte – wie z.B. das LSG – wurden in der Richterschaft zwar aufgestockt (2017: 33 AKA > 2019: 35,5 AKA); dies ist jedoch in Ansehung der zu bewältigenden Verfahrensflut völlig unzureichend. Aufgrunddessen sind 2 weitere R1-Stellen in den Doppelhaushalt aufzunehmen.

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Einsparungen in den folgenden Titeln gedeckt: 06 15 685 01 (S.237) i.H.v. 164,0 T€ (2021) bzw. 169,6 T€ (2022).

AfD 22

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsanwaltschaften

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 213	1151	500	612,5	SOLL neu	612,5
KAP 14	Seite Erg. Vorl.			**112,5**	**+/-**	**112,5**
TITEL 119 13				500	Reg. Entw.	500

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Einnahmen aus abgeschöpften Vermögenswerten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
In den Doppelhaushalten wurden zuletzt durchgehend Einnahmen i.H.v. 500,0 T€ eingeplant. Die tatsächlichen Einnahmen waren jedoch regelmäßig weit höher (2019: 1.151 T€, 2020: 1.778,5 T€). Es wird deshalb davon ausgegangen, dass auch in 2021 und 2022 höhere Einnahmen erzeilt werden. Veranschlagt werden Mehreinnahmen i.H.v. jährlich 500,0 T€, die - über den Sockelbetrag von 500,0 T€ hinausgehend - zu 22,5 % dem SMJusDEG zufallen.

Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung von zusätzlichen Haushaltsmitteln in den Titeln 06 08 422 01 und - bis zur Höhe von 30,5 T€ - 06 10 422 01 (2021) bzw. - bis zur Höhe von 112,5 T€ - im Titel 06 04 526 15 (2022).

AfD 23

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Staatsanwaltschaften

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 216	42740,2	46419,9	51942,9	SOLL neu	53745,0
KAP 14	Seite Erg. Vorl.			**1766,9**	**+/-**	**1827,4**
TITEL 422 01				50176,0	Reg. Entw.	51917,6

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Mehrbedarf dient der Schaffung von zusätzlich 20 Stellen für Staatsanwälte und der entsprechenden Flankierung durch die Schaffung von 3 weiteren Rechtspflegerstellen. Dies bedingt Mehrausgaben i.H.v. 1.766,9 TEUR (2021) bzw. 1.827,4 TEUR (2022). Die Einstellung weiterer Staatsanwälte ist notwendig, um der seit Jahren zunehmenden Belastung der Staatsanwaltschaften entgegenzuwirken. Der im Entwurf des Doppelhaushalts veranschlagte und primär dem dringenden Bedarf im Bereich IT/Hass im Netz/Cyberkriminalität zuzuschreibenden Personalaufwuchs stellt sich sowohl im Hinblick auf die permanent wachsenden Belastung durch Verfahrensanzahl und -dauer als auch unter demographischen Gesichtspunkten als völlig unzureichend dar. So wuchs die Anzahl der offenen Verfahren seit September 2019 von ca. 40.000 auf über 41.100 im Januar 2021. Die Altersstruktur der Staatsanwaltschaft erfordert - ähnlich der Richterschaft - in Ansehung der Verfahrenszahlen ein frühzeitiges Gegensteuern durch einen höheren Personalaufwuchs.

Die beantragten Mehrausgaben werden durch Einsparungen in folgenden Titeln gedeckt: 06 15 422 01 (S.232) i.H.v. 1.161,9 T€ (2021) bzw. 1.206,3 T€ (2022) und 06 02 684 07 (S.46) i.H.v. je 500,0 T€ (2021 und 2022) und 06 15 685 01 (S.237) i.H.v. 105,0 T€ (2021) bzw. 121,1 T€ (2022).

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 232			240,6	SOLL neu	249,1
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-1270,4**	**+/-**	**-1315,1**
TITEL 422 01				1511,0	Reg. Entw.	1564,2

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (einschl. Abordnungen)

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Für die im Zusammenhang mit der Regierungsneubildung und Umressortierung neu aufgenommenen Aufgabenbereiche und der Vereinbarung der Koalitionspartner zur Umsetzung der Regierungsbildung folgend, wurden in das Kapitel 06 15 Titel 422 01 insgesamt zusätzlich 16 Planstellen aufgenommen:
B 6 - 1 Abteilungsleiterin
B 3 - 3 Referatsleiterinnen/Referatsleiter Abteilung V
A 15 - 3 Referentinnen/Referenten Abteilung V
A 14 - 3 Referentinnen/Referenten Abteilung V
A 12 - 3 Referentinnen/Referenten Abteilung V
A 19 LG 2 - 3 Sachbearbeiterinnen/Sachbarbeiter Abteilung V
Aus der Sicht der antragstellenden Fraktion passt ein immer weiter steigender Personalbestand in der Verwaltung nicht mit der Zielstellung der Staatsregierung überein, einen Bürokratieabbau herbeizuführen. Ein Bürokratieabbau erfordert eine schlankere und effizientere Verwaltung. Hierzu hat die Staatsregierung den Umfang des Regierungs- und Verwaltungsapparates zwingend zu begrenzen und dafür v.a. die Anzahl des Personals insbesondere in der Leitungsebene abzubauen und nicht noch zu erhöhen. Darüber hinaus führen Personalausgaben, die aufgrund einer steigenden Stellenzahl schneller als die Einnahmen steigen, zu einer Verdrängung von Investitionsausgaben und damit zu einer weiteren Verschlechterung der Infrastruktur in Sachsen.
Mit dem Änderungsantrag soll erreicht werden, dass ein weiterer Anstieg insbsondere in der Leitungsebene der Verwaltung verhindert wird.
Durch die Schaffung der Abteilung V "Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung" werden i.ü. Doppelstrukturen geschaffen, wie auch der Sächsische Rechnungshof bereits kritisierte. Damit geht nicht nur die Gefahr von Effizienverlusten. sondern auch ein überflüssiger Personalaufwuchs einher. Die aufgrund des Stellenplans eingegangenen personalwirtschaftlichen Verpflichtungen werden über ca. 40 Jahre aus dem Staatshaushalt zu bestreiten sein und den finanziellen Handlungsspielraum damit weit über den Zeitraum 2021/2022 hinaus einschränken. Soweit lediglich Umressortierungen erfolgten, ist nicht ersichtlich, warum dem Ressort nicht bereits vorhandene Stellen folgen können.
Im Doppelhaushalt 2021/2022 entstehen dadurch folgende - zu mindernde - Mehrkosten:

2021

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
B6	1	128,9	128,9
B3	3	110,6	331,8
A15	3	87,6	262,8
A14	3	75,0	225,0
A12	3	65,0	195,0
A9 LG2	3	42,3	126,9
Summe			1270,4

2022

Wertigkeit	Anzahl Verwendung	Pauschsatz Personalausgaben	Volumen
B6	1	133,4	133,4
B3	3	114,5	343,5
A15	3	90,7	272,1
A14	3	77,6	232,8
A12	3	67,3	201,9
A9 LG2	3	43,8	131,4
Summe			1315,1

Gleichzeitig wird der Stellenplan des Kapitels 06 15 entsprechend geändert.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 232			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-80**	**+/-**	**-90**
TITEL 526 04				80	Reg. Entw.	90

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für fachliche und wissenschaftliche Untersuchungen und Begleitung von Projekten im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich hierbei um neue Ansätze. Seitens der antragstellenden Fraktion wird keine Notwendigkeit gesehen, dafür Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, zumal insbesondere die Titelgruppe 56 erheblich eingekürzt werden muss.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 233			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-180**	**+/-**	**-145**
TITEL 531 02				180,0	Reg. Entw.	145,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen, Öffentlicheitsarbeit und Veranstaltungen im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel war im DHH 2019/2020 noch nicht vorhanden. Es ist eine Markenbildung (CI) für das Förderprogramm "Orte der Demokratie" und eine "gemeinsame Plattform zur Demokratiestärkung vorgesehen." Es ist nicht nachvollziehbar, was sich hinter den Projekten "Orte der Demokratie" verbirgt, zumal die entsprechende Richtlinie erst noch in Zusammenarbeit mit dem SMS erstellt werden soll. Andere Projekte mit ähnlichem Inhalt in anderen Bundesländern sind nicht bekannt, so dass eine vergleichende Betrachtung daraus erwachsender Kosten nicht möglich ist.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 234			20,0	SOLL neu	20,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-80**	**+/-**	**-80**
TITEL 531 03				100,0	Reg. Entw.	100,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen, Öffentlicheitsarbeit sowie begleitende Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Bürgerbeteiligung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um einen neuen Titel ohne Bezügen zu früheren Haushalten. In Ansehung der coroanbedingten Haushaltssituation sind jährlich lediglich 20,0 T€ für den Bereich Bürgerbeteiligung zur Verfügung zu stellen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 234			3,5	SOLL neu	4,5
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-4**	**+/-**	**-5,5**
TITEL 536 01				7,5	Reg. Entw.	10,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Beiräte und Kommissionen im Bereich Gleichstellung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es werden 2021 und 2022 Ausgaben für den Gleichstellungsbeirat (3,5 bzw. 4,5 T€), den Beirat für den Landesaktionsplan Vielfalt (2,0 bzw. 2,5 T€) und den Landesausschuss zur Bekämpfung von Diskriminierung in Sachsen (2,0 bzw. 3,0 T€) eingeplant. Die Mittel sind auf 3,5 bzw. 4,5 T€ zu kürzen.Damit einher geht die Umstrukturierung des Gleichstellungsbeirats zu einem Gleichberechtigungsbeirat. Die Notwendigkeit der Fortsetzung des Beirats für den Landesaktionsplan Vielfalt und den Landesausschuss zur Bekämpfung der Diskriminierung in Sachsen wird nicht gesehen und daher deren Arbeit nicht weiter finanziell unterstützt.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 235			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-5**	**+/-**	**-5**
TITEL 536 03				5,0	Reg. Entw.	5,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Beiräte und Kommissionen im Bereich Bürgerbeteiligung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Daraus sollen Kosten bezahlt werden, die im Zuge der Arbeit von Beiräten und Kommissionen entsteht. Der Titel steht in keinem Zusammenhang mit Titeln im Haushalt 2019/2020. Eine Notwendigkeit, diese Kosten aus Haltshaltsmitteln zu decken, wird nicht gesehen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 235			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-1355**	**+/-**	**-404,3**
TITEL 547 03				1355,0	Reg. Entw.	404,3

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Sächliche Verwaltungsausgaben für Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Ausgaben sind insbesondere für Vorhaben wie die "Umsetzung Charta der Vielfalt" i. H. v. 140 T€ p.a., "Koordinierungsstelle zum Aufbau und des Netzwerks für eine Antidiskriminierungskultur Sachsen (nadis) im ländlichen Raum", "Verstärkung der regionalen Beratung, Sensibilisierungskampagne" i. H. v. 140 T€ in 2021 und "Fortbildungsoffensive Diversität" i. H. v. 100 T€/20 T€ sowie die Beratungsangebote für Betroffene von Diskriminierung geplant. Ab 2022 sollen diese Vorhaben vollständig bzw. teilweise über die Förderrichtlinie Chancengleichheit gefördert werden (geringerer Mittelansatz in 2022 / höherer Mittelansatz dafür bei 06 15/684 52). Eine Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der sogenannten Diversität, z.B. in der Personalarbeit oder durch Entwicklung eines Diversitätsleitbildes ist gesellschaftspolitisch überflüssig. Dies gilt auch, als damit insbesondere die Bürger im ländlichen Raum agitiert und mit den geplanten Maßnahmen lediglich eine verschwindend geringe Minderheit bedient werden soll. Eine Notwendigkeit zur Fortführung der Vorhaben bzw. deren Ausbau, z.B. durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle, wird deshalb nicht gesehen. Es ist in der coronabedingten Haushaltssituation auch nicht angezeigt, den Umfang der zur Verfügung gestellten Mittel wie geplant zu erweitern.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 236			45,0	SOLL neu	46,4
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-40**	**+/-**	**-66,9**
TITEL 681 01				85,0	Reg. Entw.	113,3

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für gesellschafts- und sozialpolitische Auszeichnungen und Veranstaltungen im Bereich Gleichstellung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Für 2020 wurden 55,0 T€ für diesen Titel eingeplant. Mit den nunmehr eingeplanten erhöhten Mitteln sollen nicht nur Frauentagsveranstaltungen, Vernetzungstreffen von Frauen in Führungspositionen, sondern auch der sog. Best-Practice-Preis LSBTTIQ finanziert werden. Lediglich Mittel für den Gründerinnenpreis (45,0 bzw. 46,4 T€) sind zur Verfügung zu stellen, da damit die Innovation von Frauen als Ausdruck gleichberechtigten Wirkens in der Wirtschaft honoriert wird.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 236			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-70**	**+/-**	**-70**
TITEL 681 03				70,0	Reg. Entw.	70,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für gesellschafts- und sozialpolitische Auszeichnungen und Veranstaltungen im Bereich Bürgerbeteiligung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel ist neu. In der gegenwärtigen Haushaltssituation ist jedoch kein Spielraum für die Finanzierung neuer Auszeichnungen und begleitender Veranstaltungen. Der Titel ist deshalb komplett zu streichen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 237			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-590**	**+/-**	**-590**
TITEL 685 01				590,0	Reg. Entw.	590,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für das Else-Frenkel-Brunswik-Institut

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
In Folge der Corona-Pandemie beschloss der Freistaat Sachsen im April 2020 die Aufnahme von neuen Schulden in Höhe von sechs Milliarden Euro, was fast einem Drittel des aktuellen, 21 Milliarden Euro umfassenden Haushalts entspricht. Damit wurde das seit sieben Jahren geltende Neuverschuldungsverbot erstmals außer Kraft gesetzt. Dies korrespondierte mit der vom Sächsischen Landtag festgestellten „außergewöhnlichen Notsituation“ gemäß Art. 95 Abs. 5, 6 SächsVerf. Die Tilgung der Kredite muss spätestens innerhalb von acht Jahren erfolgen. Dies bedeutet nicht nur für den Doppelhaushalt 2021/2022, sondern auch für die folgenden Haushalte, dass generell alle Ausgaben auf den Prüfstand gehören – und dies gilt auch für neue Projekte, insbesondere dann, wenn deren unabweisliche Notwendigkeit nicht ersichtlich ist. In Sachsen existiert bereits eine Vielzahl von Projekten, welche sich vergleichbaren Themen widmen und durch den Freistaat Sachsen in unterschiedlichster Weise finanziert werden. Dies gilt zuvorderst für das Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus und Demokratieforschung an der Universität Leipzig. Es ist nicht ersichtlich, warum neben der dort betriebenen, die gesamte Bundesrepublik betreffenden Grundlagenforschung nicht auch spezifisch sächsische Themen erforscht werden können und es eines weiteren Instituts bedarf. Darüber hinaus ist bereits jetzt ersichtlich, dass das als „Dokumentations- und Forschungsstelle zur Analyse und Bewertung antidemokratischer und menschenfeindlicher Tendenzen“ bezeichnete Institut sich in seiner Forschungstätigkeit einseitig auf das Thema „Rechtsextremismus“ fokussiert und damit dem selbstgewählten Anspruch der Erforschung „antidemokratischer“ Tendenzen allenfalls teilweise gerecht wird. Eine vorläufige Fortführung des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts unter Bescheidung und Ausreichung von Mitteln bzw. Eingehung außerplanmäßiger Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushalt des Freistaats Sachsen ist deshalb nicht sachgerecht.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 237			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-5**	**+/-**	**-5**
TITEL 686 02				5,0	Reg. Entw.	5,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Mitgliedsbeiträge im Bereich Demokratie und Demokratieentwicklung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel ist neu. Eine Notwendigkeit, dass der Freistaat Mitglied der Gesellschaft für Politikdialektik, der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik oder DARE Network werden soll, ist nicht erkennbar. Welche Vorteile aus einer Mitgliedschaft erwachsen sollten, ist nicht ersichtlich.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 238			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-20**	**+/-**	**-20**
TITEL 686 03				20,0	Reg. Entw.	20,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Mitgliedsbeiträge im Bereich Bürgerbeteiligung

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel ist neu. Eine Notwendigkeit, dass der Freistaat Mitglied des Bundesnetzwerks Bürgerschaftlichs Engagement oder transparency international werden soll, ist nicht erkennbar. Welche Vorteile aus einer Mitgliedschaft erwachsen sollten, ist nicht ersichtlich.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 239			50,0	SOLL neu	50,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-505**	**+/-**	**-540**
TITEL 547 52				555,0	Reg. Entw.	590,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Sächliche Verwaltungsausgaben für Chancengleichheit von Frau und Mann mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Veranschlagt werden nur noch Initiativmaßnahmen zur Chancengleichheit von Frau und Mann als Beratungsergebnis des Gleichberechtigungsbeirates. Verausgabt werden die Mittel für Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung und nicht zur Gleichstellung. Eine tolerante Haltung gegenüber anderen Lebensweisen ist als ein erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel anzusehen. Es bedarf jedoch keiner finanziellen Förderung für dieses Vorhaben. Die staatlich geförderte Umerziehung und der Förderung der Akzeptanz anderer Lebensweisen ist auf Grund der freien Meinungsbildung jedes Einzelnen abzulehnen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 239			45,0	SOLL neu	45,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-56,7**	**+/-**	**-85**
TITEL 633 52				101,7	Reg. Entw.	130,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuweisungen für Projekte der Chancengleichheit von Frau und Mann mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben betrugen 2020 65,7 T€. Gefördert werden sollen zukünftig nur noch Projekte, die das Ziel der Gleichberechtigung anstreben und die zugehörige Öffentlichkeitsarbeit. Eine Notwendigkeit, Projekte mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu fördern, besteht nicht. Eine tolerante Haltung gegenüber anderen Lebensweisen ist als ein erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel anzusehen. Es bedarf jedoch keiner finanziellen Förderung für dieses Vorhaben. Die staatlich geförderte Umerziehung und der Förderung der Akzeptanz anderer Lebensweisen ist auf Grund der freien Meinungsbildung jedes Einzelnen abzulehnen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 240			500,0	SOLL neu	500,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-2420**	**+/-**	**-3280**
TITEL 684 52				2920,0	Reg. Entw.	3780,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für Chancengleichheit von Frau und Mann mit Bezug zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ist-Ausgaben 2020 beliefen sich auf 1.711,0 T€. Hieraus wurden Gleichstellungsprojekte (1.220,0 T€) und Projekte zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (491,0 T€) gefördert. Weder eine Ausweitung bestehender Projekte noch neue Projekte, wie z.B. die Koordinierungsstelle zum Aufbau des Netzwerkes für eine Antidiskriminierungskultur im ländlichen Raum, eine sog. Sensibilisierungskampagne, noch eine "Fortbildungsoffensive Diversität" sind für Sachsen angezeigt. Stattdessen gilt es die vorhandenen Mittel sparsam einzusetzen und nur noch ausgewählte, auf Gleichberechtigung der Geschlechter zielende Projekte mit Mitteln auszustatten. Der Mittelansatz wird deshalb auf 500T€ jährlich reduziert. Eine tolerante Haltung gegenüber anderer Lebensweisen ist als ein erstrebenswertes gesellschaftliches Ziel anzusehen. Es bedarf jedoch keiner gesonderten finanziellen Förderung für dieses Vorhaben. Die staatlich geförderte Umerziehung und die Förderung der Akzeptanz anderer Meinungen, Weltanschauungen und Lebensweisen ist auf Grund der freien Meinungsbildung eines jeden Einzelnen abzulehnen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 242			90,0	SOLL neu	90,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-240**	**+/-**	**-310**
TITEL 547 53				330,0	Reg. Entw.	400,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Sächliche Verwaltungsausgaben für Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und Menschenhandel

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die IST-Ausgaben betrugen 2020 lediglich 15,4 T€. Der Aufwuchs ist u.a. auf die "Modellprojekte für Innovation im Gewaltschutz" i. H. v. 100 T€/ 50 T€, die "Dunkelfeldstudie zur Viktimisierung vorrangig durch häusliche Gewalt, Stalking und sexualisierte Gewalt" i. H. v. 50 T€/150 T€ und die Etablierung der "Landeskoordinierung zur Umsetzung, Beobachtung und Bewertung der Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsbezogener Gewalt" i. H. v. 50 T€ p.a zurückzuführen. Die antragstellende Fraktion hält im wesentlichen nur Modellprojekte im Bereich Gewaltschutz für zielführend. Dafür werden 90,0 T€ zur Verfügung gestellt; die weiteren eingeplanten Mittel sind zu streichen.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 243			4200,0	SOLL neu	4700,0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-230**	**+/-**	**-2804**
TITEL 684 53				4430,0	Reg. Entw.	7504,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen für Projekte zum Schutz vor geschlechtsbezogener Gewalt und Menschenhandel

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der starke Mittelaufwuchs insbesondere in 2022 wird nicht mitgetragen. Richtig ist es, bestehende Projekte wie Frauen- und Kinderschutzeinrichtungen sowie Opferberatungsstellen weiter auskömmlich auszustatten. Weitere Projekte, wie bspw. das Modellprojekt "Beratungsnetz sexualisierte Gewalt" oder die Ausweitung der Täterberatungsstellen werden jedoch kritisch gesehen. Aufgrund dessen erfolgt eine Mitteleinkürzung in aufgeführtem Umfang.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 41

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 244			100,0	SOLL neu	100,0
KAP	15	Seite Erg. Vorl.			**-350**	**+/-**	**-350**
TITEL	685 54				450,0	Reg. Entw.	450,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Titel ist neu. Eine Förderrichtlinie liegt noch nicht vor. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation ist i.ü. bei Ausreichung von Zuschüssen an öffentliche Einrichtungen der Grundsatz der Sparsamkeit zu beachten. Deshalb ist der Titelansatz auf jährlich 100,0 T€ zu reduzieren.

Einbringer (Fraktion): AfD AfD 42

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 245			100,0	SOLL neu	100,0
KAP	15	Seite Erg. Vorl.			**-275**	**+/-**	**-290**
TITEL	686 54				375,0	Reg. Entw.	390,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an freie Träger

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um neue Ausgaben. Eine Förderrichtlinie liegt noch nicht vor. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation ist i.ü. bei Ausreichung von Zuschüssen an freie Träger der Grundsatz der Sparsamkeit zu beachten. Deshalb ist der Titelansatz auf jährlich 100,0 T€ zu reduzieren

AfD 43

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 245			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-315,5**	**+/-**	**-290**
TITEL 685 55				315,5	Reg. Entw.	290,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Mittel sollen voraussichtlich ausschließlich der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie, angesiedelt am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden, zugutekommen. Deren Aufgabe soll darin bestehen, Bildungsträgern und Kommunen praktische Instrumente an die Hand zu geben, um neue Zielgruppen für die politische Bildung zu erreichen. Der Focus soll dabei insbesondere auf die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung gerichtet sein. Eine Notwendigkeit, dafür ein eigenes Institut zu gründen, ist jedoch nicht erkennbar; Mittel sind hierfür nicht einzuplanen.

AfD 44

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 246			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-358,5**	**+/-**	**-290**
TITEL 686 55				358,5	Reg. Entw.	290,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an private Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Mittel sollen voraussichtlich ausschließlich der John-Dewey-Forschungsstelle für die Didaktik der Demokratie, angesiedelt am Institut für Politikwissenschaft der TU Dresden, zugutekommen. Deren Aufgabe soll darin bestehen, Bildungsträgern und Kommunen praktische Instrumente an die Hand zu geben, um neue Zielgruppen für die politische Bildung zu erreichen. Der Focus soll dabei insbesondere auf die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung gerichtet sein. Eine Notwendigkeit, dafür ein eigenes Institut zu gründen, ist jedoch nicht erkennbar; Mittel sind hierfür nicht einzuplanen.

AfD 45

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 246			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-110**	**+/-**	**-140**
TITEL 526 56				110,0	Reg. Entw.	140,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für fachliche und wissenschaftliche Untersuchungen und Begleitung von Projekten

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um neue Ansätze. Es ist nicht nachvollziehbar, was sich hinter den Projekten "Orte der Demokratie" verbirgt, zumal die entsprechende Richtlinie erst noch in Zusammenarbeit mit dem SMS erstellt werden soll. Andere Projekte mit ähnlichem Inhalt in anderen Bundesländern sind nicht bekannt, so dass eine vergleichende Betrachtung nicht möglich ist.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 46

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 247			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-143,8**	**+/-**	**-130**
TITEL 684 56				143,8	Reg. Entw.	130,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um neue Ansätze. Es ist nicht nachvollziehbar, was sich hinter den Projekten in der TG 56 "Orte der Demokratie" verbirgt, zumal die entsprechende Richtlinie erst noch in Zusammenarbeit mit dem SMS erstellt werden soll. Andere Projekte mit ähnlichem Inhalt in anderen Bundesländern sind nicht bekannt, so dass eine vergleichende Betrachtung nicht möglich ist. Desweiteren soll von der Einrichtung sogenannter Supportzentren nach Auskunft des SMJusDEG ohnehin abgesehen werden, so dass sich der Mittelansatz schon deshalb erheblich reduzieren dürfte.

AfD 47

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 247			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-143,8**	**+/-**	**-130**
TITEL 685 56				143,8	Reg. Entw.	130,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um neue Ansätze. Es ist nicht nachvollziehbar, was sich hinter den Projekten in der TG 56 "Orte der Demokratie" verbirgt, zumal die entsprechende Richtlinie erst noch in Zusammenarbeit mit dem SMS erstellt werden soll. Andere Projekte mit ähnlichem Inhalt in anderen Bundesländern sind nicht bekannt, so dass eine vergleichende Betrachtung nicht möglich ist. Desweiteren soll von der Einrichtung sogenannter Supportzentren nach Auskunft des SMJusDEG ohnehin abgesehen werden, so dass sich der Mittelansatz schon deshalb erheblich reduzieren dürfte.

AfD 48

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 248			0	SOLL neu	0
KAP 15	Seite Erg. Vorl.			**-633,6**	**+/-**	**-770**
TITEL 893 56				633,6	Reg. Entw.	770,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse für Investitionen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Es handelt sich um neue Ansätze. Es ist nicht nachvollziehbar, was sich hinter den Projekten in der TG 56 "Orte der Demokratie" verbirgt, zumal die entsprechende Richtlinie erst noch in Zusammenarbeit mit dem SMS erstellt werden soll. Andere Projekte mit vergleichbarer Konzeption außerhalb Sachsens sind nicht bekannt, so dass auch eine vergleichende Betrachtung nicht möglich ist. Desweiteren soll von der Einrichtung sogenannter Supportzentren nach Auskunft des SMJusDEG ohnehin abgesehen werden, so dass sich der Mittelansatz schon deshalb erheblich reduzieren dürfte.

AfD 49

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 261			30,0	SOLL neu	30,0
KAP	16	Seite Erg. Vorl.			**-200**	**+/-**	**-160**
TITEL 531 55					230,0	Reg. Entw.	190,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Die Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit sollen von 36,0 (2020) auf 230,0 (2021) bzw. 190,0 (2022) steigen. In Ansehung der coronabedingten Haushaltssituation haben sich die zukünftigen Ausgaben an denen der Vorjahre zu orientieren. Dementsprechend sind die Mittel um 200,0 T€ (2021) bzw. 160,0 T€ (2022) zu kürzen.

Einbringer (Fraktion): AfD

AfD 50

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 262			10,0	SOLL neu	10,0
KAP	16	Seite Erg. Vorl.			**-67**	**+/-**	**-33**
TITEL 536 55					77,0	Reg. Entw.	43,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veranstaltungen im Rahmen europäischer Projekte

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Eine Notwendigkeit, mehr Veranstaltungen des Formats "Europaquiz" oder der "Simulation Europäisches Parlament" durchzuführen, besteht nicht. Eine Fortführung im bisherigen Umfang unter entsprechendem Mitteleinsatz ist ausreichend.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 51

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 264			260,0	SOLL neu	260,0
KAP 16	Seite Erg. Vorl.			**-90**	**+/-**	**-90**
TITEL 686 55				350,0	Reg. Entw.	350,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Zuschüsse an freie Träger, Vereine und Verbände

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Der Planansatz wird verringert. Die Zuwendungshöhe in der Förderrichtlinie Internationale Zusammenarbeit ist unter Beachtung der Fördermittelanträge in den vergangenen Jahren zu reduzieren.

Einbringer (Fraktion): **AfD**

AfD 52

Ausschuss: **HFA**

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: **Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen**

Ausgabe/Einnahme:

		Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL 06	Seite Reg. Entw. 266			100,0	SOLL neu	100,0
KAP 16	Seite Erg. Vorl.			**-35**	**+/-**	**-35**
TITEL 536 71				135,0	Reg. Entw.	135,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veranstaltungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Ein gegenüber 2020 leicht erhöhter Mittelansatz dürfte auch in Ansehung des vom Verbindungsbüros 2019 ausgerichteten, sehr erfolgreichen und mit Mehrkosten verbundenen Weihnachtsmarktes ausreichend sein. Dies gilt insbesondere für das coronabedingt absehbar veranstaltungsarme Jahr 2021.

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 271			200,0	SOLL neu	250,0
KAP	16	Seite Erg. Vorl.			**-125**	**+/-**	**-159**
TITEL	536 81				325,0	Reg. Entw.	409,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veranstaltungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Ein Mittelaufwuchs in geplantem Umfang ist in Ansehung der coronabedingten Einschränkungen insbesondere in 2021 nicht gerechtfertigt. Da auch weiterhin Mittel bis zur Höhe von 75,0 T€ übertragbar bleiben sollen, kann ein eventuell bestehender Mehrbedarf im Jahr 2022 aus nicht verbrauchten Mitteln aus 2021 gedeckt werden.

AfD 54

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 291			140,0	SOLL neu	140,0
KAP	18	Seite Erg. Vorl.			**-20**	**+/-**	**-20**
TITEL 531 01					160,0	Reg. Entw.	160,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veröffentlichungen, Dokumentationen und Öffentlichkeitsarbeit

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
2020 beträgt das Soll 130 T€. Die signifikante Ausgabensteigerung in den Jahren 2021 und 2022 ist weder mit den Ausgaben des zurückliegenden Jahres in Übereinstimmung zu bringen, noch entspricht sie den Anforderungen einer sparsamen Mittelverwaltung in Ansehung der durch die Corona-Pandemie bestimmten Haushaltssituation. Soweit zur Begründung der Ausgabensteigerung ausgeführt wird, dass das Informationsbedürftnis der Bevölkerung umfangreiche Informationskampagnen verlange, ist die antragstellende Fraktion der Auffassung, dass es derartiger Kampagnen nicht bedarf.

AfD 55

Einbringer (Fraktion): AfD

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 292			700,0	SOLL neu	700,0
KAP	18	Seite Erg. Vorl.			**-180**	**+/-**	**-159**
TITEL 531 02					880,0	Reg. Entw.	859,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen
Ausgaben für Veranstaltungen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung
Mit einem Soll von 880 T€ für 2021 bzw. 859 T€ für 2022 würde der Haushaltstitel das Soll 2020 (678,1 T€) um ca. 30% übersteigen. Die signifikante Ausgabensteigerung in den Jahren 2021 und 2022 ist weder mit den Ausgaben des zurückliegenden Jahres in Übereinstimmung zu bringen, noch entspricht sie den Anforderungen einer sparsamen Mittelverwaltung in Ansehung der durch die Corona-Pandemie bestimmten Haushaltssituation. Soweit zur Begründung der Ausgabensteigerung ausgeführt wird, dass die gesellschaftlichen Erwartungen im Bereich der politischen Bildung gestiegen seien und es in Sachsen daher mehr Volksbildungsmaßnahmen bedürfe, ist die antragstellende Fraktion der Auffassung, dass es derartiger Erziehungsmaßnahmen nicht bedarf.

LINKE 01

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 94	18,0	30,0	30,0	SOLL neu	30,0
KAP	05				**13,0**	**+/-**	**13,0**
TITEL	412 05				17,0	Reg. Entw.	17,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit im Justizvollzug

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 686 02

Das ehrenamtliche Engagement in den sächsischen JVA soll gestärkt und gefördert werden. Dies trägt zur Resozialisierung bei, zudem können so auch die Bediensteten entlastetet werden.

LINKE 02

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 104	3.461,2	4.000,0	5.650,0	SOLL neu	7.300,0
KAP	05				**1.650,0**	**+/-**	**3.300,0**
TITEL	514 71				4.000,0	Reg. Entw.	4.000,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Verpflegung der Gefangenen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 686 02

Der Verpflegungssatz für Gefangenen soll von 3,05 Euro auf 6 Euro erhöht werden. Dies entspricht einer Näherung an den durchschnittlichen Verpflegungssatz der sächsischen Krankenhäuser. Die Verpflegung darf kein zusätzliches Strafübel darstellen. Eine gute und gesunde Ernährung ist zudem ein Beitrag zur Gesundheitsförderung.

LINKE 03

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 105	2.376,3	2.300,0	3.460,0	SOLL neu	4.400,0
KAP	05				**940,0**	**+/-**	**1.880,0**
TITEL	534 71				2.520,0	Reg. Entw.	2.520,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Ärztliche und zahnärztliche Versorgung der Gefangenen

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 686 02

Die Gesundheitskosten pro Gefangenem liegen weit unter dem, was pro Einwohner*in in Deutschland durchschnittlich verausgabt wird, obwohl es einen aus den Lebensumständen und der Lebensführung resultierenden prinzipiell höheren Behandlungsbedarf der Gefangenen gibt. Die Ausgaben der GKV pro Kopf im Jahr 2018 lagen in Sachsen bei 4 618 Euro (http://www.statistikportal.de/de/ggrdl/ergebnisse/gesundheitsausgabenrechnung) und dürften coronabedingt gestiegen sein.

LINKE 04

Einbringer (Fraktion): DIE LINKE

Ausschuss: HFA

Haushalt 2021/2022 – Änderungsantrag

Kapitelbezeichnung: Justizvollzug

Ausgabe/Einnahme:

			Ist 2019	*Soll 2020*	**2021**	**in TEuro**	**2022**
EPL	06	Seite Reg. Entw. 106	62,5	50,0	333,6	SOLL neu	607,2
KAP	05				**273,6**	**+/-**	**547,2**
TITEL	547 71				60,0	Reg. Entw.	60,0

Zweckbestimmung [ggf. A)alt, B)neu] incl. Haushaltsvermerke/Erläuterungen

Nicht auftteilbare sächliche Ausgaben

Deckungsvorschlag und Begründung der Änderung

Deckung zu Lasten 15 03 686 02

Bisher können Gefangene Angehörige, Freund*innen etc. nur anrufen, aber nicht von außen angerufen werden. Die sächsischen JVA haben dafür Verträge mit dem Monopolisten Telio abgeschlossen, der hohe Telefongebühren veranschlagt. Um eingehende Anrufe zu ermöglichen muss laut einem Gutachten eine monatliche Freischaltgebühr i.H.v. 15 Euro pro Gefangenem/r getätigt werden. Dies soll ermöglicht werden, perspektivisch aber die Gefangenentelefonie in Eigenregie durch den Freistaat Sachsen organisiert werden.

EINZELPLAN 06 – Abstimmungsliste HFA

Änderungsanträge der CDU-Fraktion, BÜNDNISGRÜNE, SPD-Fraktion BIM Nr. 503
BIM Nr. 540
Änderungsanträge der AfD-Fraktion BIM Nr. 504
Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE BIM Nr. 531

Stellungnahme des Ausschusses für Verfassung und Recht, Demokratie, Europa und Gleichstellung BIM Nr. 493

Kapitel 06 01 Ministerium

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
16	422 01	AfD 01	5 : 12 : 0
16	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 01	10 : 5 : 2
16	428 01	AfD 02	5 : 12 : 0
18	531 01	AfD 03	5 : 12 : 0
18	531 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 02	12 : 5 : 0
20	685 20	CDU/B'GRÜNE/SPD 03	10 : 5 : 2
20	811 01	AfD 04	5 : 12 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 01 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 7 : 0

Kapitel 06 02 Sammelansätze für den Gesamtbereich des Epl. 06

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
31	Vorbemerkung	AfD 05	5 : 12 : 0
38	525 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 04	12 : 5 : 0
42	534 01	AfD 06	5 : 12 : 0
45	681 01	AfD 07	5 : 12 : 0
45	684 06	CDU/B'GRÜNE/SPD 05	12 : 5 : 0
45	684 06	AfD 08	5 : 12 : 0
46	684 07	AfD 09	5 : 12 : 0
46	684 07	CDU/B'GRÜNE/SPD 06	12 : 5 : 0
46	684 08	AfD 10	5 : 12 : 0
46	684 08	CDU/B'GRÜNE/SPD 07	12 : 5 : 0
47	812 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 08	10 : 5 : 2
NEU	428 10	CDU/B'GRÜNE/SPD 09	10 : 5 : 2

Abstimmung über Kapitel 06 02 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 7 : 0

Kapitel 06 04 Ordentliche Gerichte

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
59	111 05	AfD 11	5 : 12 : 0
62	422 01	AfD 12	5 : 12 : 0
62	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 10	15 : 0 : 2
67	526 14	AfD 13	5 : 12 : 0
67	526 15	AfD 14	5 : 12 : 0
71	685 20	CDU/B'GRÜNE/SPD 11	15 : 0 : 2
72	812 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 12	17: 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 04 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 7 : 0

Kapitel 06 05 Justizvollzug

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
89	119 49	CDU/B'GRÜNE/SPD 13	17: 0 : 0
90	125 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 14	
90	125 10	AfD 15	5 : 12 : 0
90	125 10	CDU/B'GRÜNE/SPD 15	17 : 0 : 0
90	125 11	CDU/B'GRÜNE/SPD 16	17 : 0 : 0
90	125 13	CDU/B'GRÜNE/SPD 17	
91	232 01	AfD 16	5 : 12 : 0
92	129 75	CDU/B'GRÜNE/SPD 18	17 : 0 : 0
94	412 05	LINKE 01	7 : 10 : 0
94	412 05	CDU/B'GRÜNE/SPD 53	17 : 0 : 0
94	422 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 19	18 : 0 : 0
100	685 20	CDU/B'GRÜNE/SPD 20	
103	428 71	AfD 17	6 : 12 : 0
104	514 71	LINKE 02	2 : 16 : 0
105	534 71	LINKE 03	2 : 16 : 0
105	534 71	CDU/B'GRÜNE/SPD 21	10 : 6 : 2
106	547 71	LINKE 04	2 : 16 : 0
108	428 72	AfD 18	6 : 12 : 0
111	812 72	AfD 19	6 : 12 : 0
111	812 72	CDU/B'GRÜNE/SPD 22	12 : 6 : 0
134	428 72	CDU/B'GRÜNE/SPD 23	12 : 6 : 0
NEU	526 72	CDU/B'GRÜNE/SPD 24	12 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 05 mit Stellenplan und Anlagen und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 8 : 0

Kapitel 06 07 Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 07

Abstimmungsergebnis: 16 : 2 : 0

Kapitel 06 08 Verwaltungsgerichte

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
148	422 01	AfD 20	6 : 12 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 08 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 12 : 6 : 0

Kapitel 06 09 Arbeitsgerichte

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 09 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 : 2

Kapitel 06 10 Sozialgerichte

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
168	422 01	AfD 21	6 : 12 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 10 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 10 : 6 : 2

Kapitel 06 11 Finanzgericht

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 11

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 : 2

Kapitel 06 12 Ausbildungszentrum Bobritzsch

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 12 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 : 2

Kapitel 06 13 Leitstelle für Informationstechnologie der sächsischen Justiz

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 13 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 16 : 0 : 2

Kapitel 06 14 Staatsanwaltschaften

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
213	119 13	AfD 22	6 : 12 : 0
216	422 01	AfD 23	6 : 12 : 0
218	532 01	CDU/B'GRÜNE/SPD 25	19 : 0 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 14 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 06 15 Demokratie, Bürgerbeteiligung und Gleichstellung

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
232	422 01	AfD 24	6 : 13 : 0
232	428 10	CDU/B'GRÜNE/SPD 26	13 : 0 : 6
232	526 04	AfD 25	6 : 13 : 0
232	526 04	CDU/B'GRÜNE/SPD 27	13 : 0 : 6
233	531 02	AfD 26	6 : 13 : 0
233	531 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 28	13 : 6 : 0
234	531 03	AfD 27	6 : 13 : 0
234	536 01	AfD 28	
235	536 03	AfD 29	6 : 13 : 0
235	536 03	CDU/B'GRÜNE/SPD 29	13 : 6 : 0
235	547 03	AfD 30	6 : 13 : 0
236	681 01	AfD 31	
236	681 03	AfD 32	
237	685 01	AfD 33	
237	686 02	AfD 34	
238	686 03	AfD 35	

238	686 05	CDU/B’GRÜNE/SPD 30	13 : 6 : 0
239	547 52	AfD 36	6 : 13 : 0
239	547 52	CDU/B’GRÜNE/SPD 31	13 : 6 : 0
239	633 52	AfD 37	6 : 13 : 0
239	633 52	CDU/B’GRÜNE/SPD 32	13 : 6 : 0
240	684 52	AfD 38	6 : 13 : 0
240	684 52	CDU/B’GRÜNE/SPD 33	13 : 6 : 0
242	547 53	AfD 39	6 : 13 : 0
242	547 53	CDU/B’GRÜNE/SPD 34	13 : 6 : 0
242	681 53	CDU/B’GRÜNE/SPD 35	13 : 6 : 0
243	684 53	CDU/B’GRÜNE/SPD 36	13 : 6 : 0
243	684 53	AfD 40	6 : 13 : 0
243	893 53	CDU/B’GRÜNE/SPD 37	19 : 0 : 0
244	Titelgruppe 54	CDU/B’GRÜNE/SPD 38	13 : 6 : 0
244	685 54	AfD 41	6 : 13 : 0
245	686 54	CDU/B’GRÜNE/SPD 39	13 : 6 : 0
245	686 54	AfD 42	6 : 13 : 0
245	685 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 40	13 : 6 : 0
245	685 55	AfD 43	6 : 13 : 0
246	686 55	AfD 44	6 : 13 : 0
246	686 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 41	13 : 6 : 0
246	526 56	AfD 45	6 : 13 : 0
247	684 56	AfD 46	6 : 13 : 0
247	684 56	CDU/B’GRÜNE/SPD 42	13 : 6 : 0
247	685 56	AfD 47	6 : 13 : 0
247	685 56	CDU/B’GRÜNE/SPD 43	13 : 6 : 0
248	686 56	CDU/B’GRÜNE/SPD 44	13 : 6 : 0
248	893 56	AfD 48	6 : 13 : 0
248	893 56	CDU/B’GRÜNE/SPD 45	13 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 15 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 06 16 Europapolitik, EU-Angelegenheiten und Europäische Beziehungen

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
261	531 55	AfD 49	6 : 13 : 0
262	536 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 46	13 : 6 : 0
262	536 55	AfD 50	6 : 13 : 0
263	539 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 47	13 : 6 : 0
264	686 55	AfD 51	6 : 13 : 0
264	686 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 48	19 : 0 : 0
266	536 71	AfD 52	6 : 13 : 0
271	536 81	AfD 53	6 : 13 : 0
NEU	526 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 49	13 : 6 : 0
NEU	537 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 50	13 : 6 : 0
NEU	681 55	CDU/B’GRÜNE/SPD 51	13 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 16 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 11 : 6 : 2

Kapitel 06 17 Stellenpool Europa

Keine Änderungsanträge.

Abstimmung über Kapitel 06 17 mit Stellenplan

Abstimmungsergebnis: 17 : 0 : 2

Kapitel 06 18 Sächsische Landeszentrale für politische Bildung

Seite Reg. E.	**Titel**	**Änderungsantrag**	**Abstimmungsergebnis**
291	531 01	AfD 54	6 : 13 : 0
292	531 02	AfD 55	6 : 13 : 0
292	531 02	CDU/B'GRÜNE/SPD 52	13 : 6 : 0

Abstimmung über Kapitel 06 18 mit Stellenplan und Änderungen

Abstimmungsergebnis: 10 : 6 : 2

GESAMTABSTIMMUNG EINZELPLAN 06
mit Stellenplänen und sonstigen Anlagen in geänderter Fassung

Abstimmungsergebnis: 11 : 8 : 0